

UNTERRICHTUNG

durch die Landesregierung

Jahreswirtschaftsbericht Mecklenburg-Vorpommern 1999/2000

Jahreswirtschaftsbericht
Mecklenburg-Vorpommern
1999/2000

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Bericht zur wirtschaftlichen Lage	8
1.1 Konjunkturelle Entwicklung	8
Ergebnisse des Außenhandels 1999	15
Arbeitsmarkt und Beschäftigung 1999	16
1.2 Entwicklung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Branchen 1999	18
Landwirtschaft	18
Forstwirtschaft	22
Fischerei	22
Agenda 2000	23
Verarbeitendes Gewerbe	23
Industriebranche Ernährungswirtschaft	24
Industriebranche Schiffbau und Zulieferindustrie	28
Industriebranche Maschinenbau	30
Industriebranche Elektrotechnik	30
Industriebranche Gewinnung und Verarbeitung Steine und Erden	30
Industriebranche Gummi- und Kunststoffverarbeitung	32
Holzwirtschaft	32
Bauwirtschaft	34
Handwerk	36
Handel	36
Tourismuswirtschaft	37
Dienstleistungswirtschaft	40
Freie Berufe	41
Informationstechnik und Telekommunikation (IuK)	41
Hafenwirtschaft und Seeverkehr	42
Luftverkehr	43
1.3 Perspektiven für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2000/2001	43
2. Ein Standort mit Zukunft	47
2.1 Wirtschaftsnahe Infrastruktur	47
2.2 Verkehrsinfrastruktur	48
Straßeninfrastruktur	48
Straßengüterverkehr	50
Eisenbahninfrastruktur	51
Schienenpersonenfernverkehr	52
Öffentlicher Personennahverkehr	52
Hafeninfrastruktur/Wasserwege/Seeverkehr	53
Flughäfen/Luftverkehr	55

	Seite	
2.3	Tourismusinfrastruktur	56
	Ergebnisse der touristischen Investitionsförderung	57
	Prädikatisierung	58
	Marketingmaßnahmen	58
2.4	Berufsbildungsinfrastruktur	62
2.5	Technologieinfrastruktur	63
	Technologiezentren	65
	Kompetenzzentren	66
	Forschungszentren Hochschule/Wirtschaft	68
	Biotechnologien und Bio-Region Greifswald-Rostock	68
	Telemedizin	69
2.6	Telekommunikations- und Postinfrastruktur	69
	Festnetz	69
	Forschung/Entwicklung im Bereich der Telekommunikation	70
	Mobilfunk	70
	Startschuss zur dritten Mobilfunkgeneration UMTS (Universale Mobile Telecommunications System)	71
	Rundfunkversorgung	71
	Brief- und Frachtpostinfrastruktur	72
2.7	Messestandort Mecklenburg-Vorpommern und EXPO 2000	73
	Messestandort Rostock	73
	Weltausstellung EXPO 2000	73
2.8	Energiewirtschaft	74
	Stromwirtschaft im Umbruch	75
	Kraft-Wärme-Kopplung	76
	Markt für Ökostrom	76
	Wettbewerb auf dem Gasmarkt	77
	Ökologische Steuerreform	78
	Regenerative Energien	79
2.9	Wirtschaft und Umwelt	80

	Seite
2.10 Ordnungspolitische Infrastruktur	81
Beteiligungen des Landes	81
Ladenschluss	81
Bäder- und Fremdenverkehrsregelung	81
Kartellrecht	83
Verbraucherpolitik	86
Handwerksrecht	87
Schornsteinfegerwesen	88
Eichwesen	89
Schwarzarbeit	90
Kammeraufsicht	90
Versicherungsaufsicht	90
Öffentliches Auftragswesen	91
Preisprüfung bei öffentlichen Aufträgen	94
2.11 Regionale Strukturentwicklung Vorpommerns	95
3. Moderne Wirtschaftsstrukturen gestalten	103
3.1 Investitionsförderung	103
Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	103
Förderung der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	106
Tourismusförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur«	108
Investitionszuschüsse für KMU aus dem Landesaufbauprogramm	110
Bürgschaften und Garantien	112
Beteiligungen	112
Konsolidierung	112
Maßnahmen der Europäischen Strukturpolitik	113
EU-Gemeinschaftsinitiativen	115
INTERREG II A	115
KONVER II	116
KMU	117
URBAN	117
EU-Finanzkontrolle bei EFRE-kofinanzierten Maßnahmen	118
Wohnungsbau- und Städtebauförderung	119
3.2 Mittelstandspolitik	122
Beratungsagenturen für KMU	122
Herausbildung der Strukturen im Handel	123
Existenzgründungen	124
Maßnahmen zur Existenzgründung und Beratung	127
Abbau von Jugendarbeitslosigkeit unter Einbeziehung des Sofortprogramms der Bundesregierung	128
Betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik	129

	Seite	
3.3	Industriepolitik	130
	Branchengespräche und -dialoge	131
	Ernährungswirtschaft	131
	Metall-Elektro-Industrie	132
	Bauwirtschaft	133
	Holzwirtschaft	133
	Regionale Standortentwicklung	134
	ANKER-Projekt	136
	Treuhandnachfolge	136
4.	Potentiale für den Mittelstand entwickeln	137
4.1	Berufliche Bildung und Qualifizierung	137
	Berufsberatungsjahr 1998/99	137
	Berufsberatungsjahr 1999/2000	139
	Ergebnisse der Förderung von Ausbildungsplätzen im Ausbildungsjahr 1998/99	140
	Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung	140
	Modellversuch der beruflichen Bildung	142
4.2	Technologische Kompetenz und Innovationskraft	142
	Technologie- und Innovationsförderung	142
	Venture Capital	144
	Innovationsagentur Mecklenburg-Vorpommern	145
	Technologietransfer und Beratung	145
	Informations- und Kommunikationstechnologien	147
	Technologietage und Technologiepreis	149
	Produktdesign und Designpreis	150
4.3	Absatzförderung und Stärkung der Exportkraft	152
	Markteinführungsprogramm	152
	Personalkostenzuschuss für einen Außenwirtschaftsassistenten	152
	Messeförderung	153
	Förderung von Firmengemeinschaftsbüros im Ausland	153
	Wirtschaftskontakte in Mittel- und Osteuropa sowie im Ostseeraum	154
	Republik Polen	154
	Baltische Staaten	155
	Russische Föderation	156
	Osteuropaverteiler	156
	Multilaterale Zusammenarbeit in der Ostseeregion	156
	Norwegen	157
	Schweden	158
	Finnland	158
	Israel	159
	Japan	159
	Vereinigte Staaten von Amerika	159
	Entwicklungspolitische Zusammenarbeit	160

1. Bericht zur wirtschaftlichen Lage

1.1 Konjunkturelle Entwicklung in den neuen Ländern und in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1999

Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Ländern setzte sich im Jahr 1999 im Zuge eines leichten konjunkturellen Aufschwungs fort, jedoch wurde auch im Jahr 1999 - wie auch in den beiden vorangegangenen Jahren - kein Boden im gesamtwirtschaftlichen Angleichungsprozess gegenüber den westdeutschen Bundesländern gutgemacht.

Die Wirtschaftsdynamik war insgesamt schwächer als im Vorjahr, was allerdings aufgrund vorhergehender Prognosen zu erwarten war. Betrug die Wachstumsrate der ostdeutschen Wirtschaft 1998 noch 2,0 %, so waren es 1999 (ohne Berlin) nur noch 1,2 %. Unter Einbeziehung Berlins in das durchschnittliche Bruttoinlandsproduktes der neuen Länder würde sich die Steigerungsrate auf nur 0,9 % verringern. Die alten Länder sowie Deutschland insgesamt erreichten 1999 mit 1,4 % ebenfalls nur ein relativ geringes Wirtschaftswachstum.

Hingegen haben sich die regionalen Differenzierungen in der Wirtschaftsentwicklung fortgesetzt. Mecklenburg-Vorpommern gehört 1999 mit +1,7 % neben Thüringen zu den ostdeutschen Regionen mit einem Wirtschaftswachstum über dem Durchschnitt der neuen Länder. Die schwache Entwicklung in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin haben den ostdeutschen Durchschnitt gedrückt. Mecklenburg-Vorpommern liegt erstmals nach 1997 und 1998 wieder über dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum der neuen Länder.

Trotz dieser in einigen Teilbereichen positiven Entwicklung hat sich der Abstand zum früheren Bundesgebiet - gemessen an den gesamtwirtschaftlichen Indikatoren - vorerst nicht wesentlich verringert. Vor dem Hintergrund der drängenden Probleme auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt kann das Tempo des Aufholprozesses nicht befriedigen.

Die Gründe für die insgesamt geringere Dynamik auf gesamtwirtschaftlicher Ebene liegen in den unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Die Wirtschaftsentwicklung von Mecklenburg-Vorpommern und den anderen neuen Ländern wurde auch im Jahr 1999 stark von der Bauwirtschaft geprägt. Die hohe Wachstumsdynamik des Baubereiches war in den Anfangsjahren der Träger des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in Ostdeutschland. Die Rückgänge in der Bauwirtschaft verdeutlichen den strukturellen Anpassungsprozess dieses Wirtschaftsbereiches.

In Ostdeutschland konnten die Rückgänge der Bauproduktion in den letzten Jahren nur zum Teil durch positive Entwicklungen in den anderen Wirtschaftsbereichen kompensiert werden. Trotz dieser rückläufigen Tendenz ist die Bauwirtschaft nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in den neuen Ländern. Das zeigt sich unter anderem am Anteil des Baugewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung. Dieser ist in Ostdeutschland immer noch deutlich größer als in den alten Ländern.

Innerhalb des Produzierenden Gewerbes zeichnen sich 1999 positive Strukturverschiebungen zugunsten des Verarbeitenden Gewerbes ab. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe konnte im Jahr 1999 um 6,9 % gesteigert werden. Für die anderen Wirtschaftsbereiche können zur Zeit noch keine Aussagen zur Bruttowertschöpfung getroffen werden, da das entsprechende Zahlenmaterial voraussichtlich erst Mitte Juli 2000 zur Verfügung steht.

Tabelle 1-1: Wirtschaftswachstum in den neuen Ländern 1997 bis 1999

Land	Wachstumsraten des BIP gegenüber dem Vorjahr		
	preisbereinigt (real), in %		
	1997*	1998*	1999**
Berlin	+ 0,4	- 0,3	+ 0,1
Brandenburg	+ 4,0	+ 2,8	+ 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,7
Sachsen	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,3
Sachsen-Anhalt	+ 0,5	+ 3,2	+ 0,9
Thüringen	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,7
<u>nachrichtlich:</u>			
Neue Länder, ohne Berlin	-	-	+ 1,2
Neue Länder, einschließlich Berlin	+ 1,7	+ 2,0	+ 0,9

* in Preisen von 1991;

** ESVG 1995

Quelle: Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« (Berechnungsstand März 2000)

Tabelle 1-2: Indikatoren für den wirtschaftlichen Aufholprozess der neuen Länder

Früheres Bundesgebiet = 100	1991	1995	1998	1999
BIP in jeweiligen Preisen je Einwohner	31,3	55,0	55,9	56,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten	46,7	72,5	73,8	73,8
Arbeitsproduktivität *	31,0	57,3	59,4	59,9
Lohnstückkosten **	150,6	126,5	124,1	123,3

Quelle: Frühjahrsgutachten der Institute, April 1999; Angaben für 1999 prognostiziert. Ist-Daten sind noch nicht verfügbar.

* BIP in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen,

** Im Inland entstandene Bruttoeinkommen je abhängig Beschäftigten bezogen auf das nominale BIP je Erwerbstätigen

Tabelle 1-3: Wirtschaftswachstum nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Veränderung der Bruttowertschöpfung					
	preisbereinigt (real), in %					
	M-V			NBL*		
	1997	1998	1999**	1997	1998	1999**
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 13,1	+ 3,9	k.A.	+ 3,3	+ 3,1	k.A.
Produzierendes Gewerbe	+ 1,2	- 0,1	k.A.	+ 3,7	+ 2,9	k.A.
- Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	- 2,8	+ 2,5	k.A.	- 3,1	- 2,9	k.A.
- Verarbeitendes Gewerbe	+ 7,5	+ 8,6	+ 6,9	+ 10,9	+ 11,9	+ 3,4
- Bauwirtschaft	- 3,4	- 9,5	k.A.	- 3,5	- 8,8	k.A.
Handel und Verkehr	+ 3,2	+ 1,1	k.A.	+ 1,1	+ 1,4	k.A.
Dienstleistungsunternehmen	+ 3,6	+ 4,6	k.A.	+ 2,9	+ 4,8	k.A.
Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	- 3,3	- 0,5	k.A.	- 1,8	- 1,3	k.A.

* Neue Länder einschließlich Berlin;

** ESVG 1995; k.A.: Angaben lagen bis Redaktionsschluss nicht vor

Quelle: Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« (Berechnungsstand März 2000)

Tabelle 1-4: Struktur der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 1997 bis 1999

Wirtschaftsbereich	Unbereinigte Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen								
	M-V			NBL			ABL		
	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,0	3,1	k.A.	1,7	1,8	k.A.	1,0	1,0	k.A.
Produzierendes Gewerbe	28,6	27,5	k.A.	34,5	34,1	k.A.	32,6	32,8	k.A.
Handel und Verkehr	15,6	15,6	k.A.	12,7	12,7	k.A.	14,8	14,7	k.A.
Dienstleistungsunternehmen	29,6	30,6	k.A.	31,2	32,0	k.A.	38,2	38,6	k.A.
Staat, priv. Haushalte, priv. Org. ohne Erwerbszweck	23,4	23,2	k.A.	19,8	19,4	k.A.	13,3	12,9	k.A.

k.A.: Angaben lagen bis Redaktionsschluss nicht vor

Quelle: Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« (Berechnungsstand März 2000)

Die Investitionstätigkeit in den neuen Ländern verläuft seit einigen Jahren auf einem relativ hohen Niveau. Die Investitionen je Einwohner liegen deutlich über dem Niveau im früheren Bundesgebiet. Wichtig ist, dass in den neuen Ländern vor allem rentable Investitionen getätigt werden müssen. Nur so lässt sich auf längere Sicht der Expansionspfad bei der Produktion verbessern. Auch der Aufbau eines modernen, leistungsfähigen Kapitalstocks ist in der ostdeutschen Wirtschaft in den letzten Jahren beträchtlich vorangekommen. Die Ausstattung der Arbeitsplätze mit Sachkapital liegt trotz der hohen Investitionen noch unter denen in den alten Ländern.

Nach aktuellen Berechnungen des ifo-Instituts München zeigen sich im Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Ländern seit dem Jahr 1996 hingegen Abschwächungstendenzen in der Investitionstätigkeit. Die ostdeutsche Industrie hat demnach im Jahr 1999 mit rund 13,5 Mrd. DM um 7 % weniger investiert als im Vorjahr. Im Vergleich zu den Jahren nach der Wende ist dies ein Viertel weniger. Die Investitionen nähern sich dieser Auswertung zufolge seit 1996 an ein mittelfristig normales Niveau an. Das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Ländern hat für das Jahr 2000 Investitionen in Höhe von insgesamt 12,3 Mrd. DM geplant. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem Jahr 1999 von 8,5 %.

Das ifo-Institut rechnet für die nächsten ein bis zwei Jahre auch weiterhin mit abnehmenden Investitionen. Als Normalniveau wird von den Experten ein Investitionsvolumen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe von rund 11 Mrd. DM pro Jahr angenommen.

Weiterhin dürfte nach Einschätzung des ifo-Instituts die Industrieproduktion in Ostdeutschland im Jahr 2000 zwar kräftig steigen, für den Arbeitsmarkt werden voraussichtlich davon jedoch keine Entspannungssignale ausgehen. Die Personalplanungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sehen derzeit keine nennenswerten Aufstockungen vor. Dies könnte sich ändern, wenn die geplanten Investitionen von 12,3 Mrd. DM in diesem Jahr, die zu mehr als der Hälfte auf die Erweiterung der Produktionsanlagen entfallen, einsatzfähig werden.

Im 19. Anpassungsbericht, den die Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des BMWi im Juni 1999 vorlegten, wird festgestellt, dass es weiterhin hoher Investitionen bedarf, um die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze auf ein angemessenes Niveau zu bringen. Experten machen nicht nur die niedrige durchschnittliche Kapitalintensität in den neuen Ländern für den großen Rückstand der Arbeitsproduktivität verantwortlich.

Ein weiterer Faktor ist die mangelnde Auslastung der vorhandenen Anlagen. Ursächlich hierfür sind unter anderem Defizite im Technologiemanagement, Mängel in der Betriebsorganisation, Schwierigkeiten beim Marktzugang und bei der Einbindung in Liefernetzwerke sowie Fehlentscheidungen bei der Spezialisierung.

Im Anpassungsbericht wird deshalb geschlussfolgert, dass vor allem Maßnahmen wichtig sind, die einen höheren Nutzungsgrad sicherstellen. Dazu gehören neben der Optimierung der Produktionsabläufe und der Betriebsorganisation auch die Profilierung beim Produktionsortiment sowie die Verstärkung der Marktaktivitäten.

Insolvenzen. Die Zahl der Insolvenzen in Mecklenburg-Vorpommern nahm auch im Jahr 1999 nochmals zu, auch wenn sich der Anstieg der Insolvenzen stark abgeschwächt hat und der Höhepunkt im Insolvenzgeschehen erreicht sein dürfte. Im Jahr 1999 gingen insgesamt 838 Unternehmen in den Konkurs. Gemessen am Gesamtbestand an Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern sind das 1,73 %, d.h. pro 1.000 Unternehmen schlossen rund 17.

Die meisten Insolvenzen verzeichnete wie im Vorjahr das Baugewerbe gefolgt vom Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. Im Verarbeitenden Gewerbe sank hingegen die Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahr. Dies lässt auf eine gewisse Konsolidierung in diesem Wirtschaftsbereich schließen. Ähnliches trifft für das Gastgewerbe zu.

Bei der Ursachenbetrachtung der hohen Insolvenzneigung ostdeutscher Unternehmen ist vor allem auf die Auswirkungen des Gründungs geschehens auf die Insolvenzzahlen hinzuweisen.

Wegen des in den neuen Bundesländern - auch in Folge des Strukturwandels - höheren Anteils von neugegründeten Unternehmen am Unternehmensbestand wirkt sich das in den Anfangsjahren eines neugegründeten Unternehmens erhöhte Insolvenzrisiko entsprechend negativ auf die Insolvenzzahlen in Ostdeutschland aus. Hohe Gewerbeanmeldezahlen in Verbindung mit einem marktwirtschaftlichen Ausleseprozess (Verdrängungswettbewerb) führen in der Regel zu einer steigenden Zahl von Insolvenzfällen. Verschärfend wirken sich besonders die fehlenden Absatzmärkte für ostdeutsche Güter, die bei kleinen und mittleren Unternehmen oftmals geringe Eigenkapitalausstattung sowie die mangelnde Zahlungsmoral aus.

Gewerbemeldungen. Die Zahl der neugegründeten Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern erhöhte sich auch im Jahr 1999, wobei die Zunahme allerdings geringer ausfiel als in den Vorjahren. Die meisten Gewerbeanzeigen gab es in dem Wirtschaftsbereich Handel. Den stärksten Zuwachs bei den Gewerbe- und -abmeldungen gegenüber dem Vorjahr verzeichnete der Bereich Erbringung von sonstigen Dienstleistungen. Im Bereich des Baugewerbes gab es weniger Anmeldungen bei gestiegenen Abmeldungen.

Der Saldo von An- und Abmeldungen sank im Jahr 1999 drastisch gegenüber dem Vorjahr. Die Erfolgsaussichten für Unternehmensgründer werden auch weiterhin davon abhängen, inwieweit es ihnen gelingt, mit Produkten und Dienstleistungen Marktnischen zu finden, Wettbewerber zu verdrängen oder in neuen Märkten neue Nachfragepotenziale zu erschließen.

Von den insgesamt 16.027 Gewerbeanmeldungen waren 86,6 % echte Neuerrichtungen. Korrespondierend hierzu handelte es sich bei 82,2 % der Abmeldungen um vollständige Betriebsaufgaben; 60 % der Fälle betraf die Abmeldung von Kleingewerbetreibenden.

Die Gesamtzahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen aller Wirtschaftszweige in Mecklenburg-Vorpommern erhöhte sich im Jahr 1998 gegenüber dem Vorjahr um 1.294. Damit konnte ein stärkerer Zugang an Unternehmen als in den beiden Vorjahren verzeichnet werden. Der insgesamt von den Unternehmen realisierte Umsatz hat sich im letzten Jahr nur geringfügig erhöht und liegt seit 1996 bei rund 6,3 Mrd. DM. Nach den Jahren des rasanten wirtschaftlichen Wandels kann dies als Ausdruck der allgemeinen Normalisierung im Wirtschaftsgeschehen gewertet werden.

1998 gehörten mehr als ein Viertel aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen zum Wirtschaftszweig Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. Hier wurde auch mehr als ein Viertel des Gesamtumsatzes erwirtschaftet. Die Wirtschaftsbereiche Baugewerbe und Verarbeitendes Gewerbe konnten jeweils rund ein Fünftel zum Gesamtumsatz beisteuern. Aus dem Dienstleistungssektor gehört der Wirtschaftszweig Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen zu den Bereichen mit wachsender Bedeutung.

Tabelle 1-5: Insolvenzverfahren bei Unternehmen und Freien Berufen

	Gesamtvollstreckungsverfahren		
	1997	1998	1999
Erwerbsunternehmen und Freie Berufe	741	802	838
<i>Nach Wirtschaftsbereichen:</i>			
Land- und Forstwirtschaft	20	28	33
Fischerei und Fischzucht	0	1	1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	1	-
Verarbeitendes Gewerbe	79	95	69
Energie- und Wasserversorgung	0	0	1
Baugewerbe	300	301	360
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	152	143	137
Gastgewerbe	55	64	57
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	18	32	28
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3	1	2
Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen	86	121	117
Erziehung und Unterricht	5	2	3
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	21	13	26
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1	0	4

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern

Tabelle 1-6: Gewerbeanmeldungen

	Gewerbeanmeldungen			Gewerbeabmeldungen			Saldo		
	1998	1999	Veränd 98/99	1998	1999	Veränd 98/99	1998	1999	Veränd 98/99
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
insgesamt	16.736	16.027	-4,2	13.440	14.081	+4,8	3.296	1.946	-41,0
<i>darunter:</i>									
Verarbeitendes Gewerbe	633	546	-13,7	521	504	-3,3	112	42	-62,5
Baugewerbe	2.331	2.179	-6,5	1.641	1.773	+8,0	690	406	-41,1
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	4.930	4.739	-3,9	4.591	4.834	+5,3	339	-95	-128,0
Gastgewerbe	2.313	2.043	-11,7	1.874	1.852	-1,2	439	191	-56,5
Grundstücks- und Wohnungs- wesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienst- leistungen überwiegend für Unternehmen	3.140	3.043	-3,1	2.042	2.178	+6,7	1.098	865	-21,2
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	950	1.039	+9,4	575	641	+11,5	375	398	+6,1

ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe, 1999 vorläufige Angaben

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, eigene Berechnungen

Verbraucherpreise. Die Verbraucherpreise im Jahr 1999 blieben in Mecklenburg-Vorpommern relativ stabil. Im vergangenen Jahr verteuerte sich die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nur um 0,3 % gegenüber dem Vorjahr (1998: 1,4 %). In den Vorjahren lagen die Steigerungsraten der Verbraucherpreise jeweils deutlich über 1 %. Damit war 1999 das bisher günstigste Jahr für die Verbraucher. Wesentlichster Grund für diese positive Entwicklung war der Preissturz bei Waren und Leistungen der Nachrichtenübermittlung und bei Leistungen der Gesundheitspflege. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lagen ebenfalls unter denen des Vorjahres. Im Bereich Verkehr, Bildungswesen und Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen stiegen die Preise am deutlichsten.

Bruttomonatsverdienste. Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Arbeiter und Angestellten im Produzierenden Gewerbe Mecklenburg-Vorpommerns stiegen zwischen Oktober 1998 und Oktober 1999 mit 2,6 % sehr verhalten.

In den Jahren bis 1997 vollzog sich im Produzierenden Gewerbe Mecklenburg-Vorpommerns eine relativ kontinuierliche Angleichung der Verdienste an das Westniveau. Es wurden bei Angestellten 72,4 % und bei Arbeitern 74,2 % erreicht. 1998 stagnierte dieser Prozess bereits bei den Angestellten mit 72,4 % und ging bei den Arbeitern sogar auf 72,9 % zurück. Im Jahr 1999 fiel der Verdienstzuwachs gegenüber den alten Ländern insgesamt geringer aus. Dies führte zu einem Rückgang in der Angleichung bei Angestellten (auf 71,4 %) und Arbeitern (auf 72,1 %).

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste vollbeschäftigter Arbeitnehmer in Deutschland betragen 1999 rund 5.177 DM (alte Länder 5.377 DM). In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden dagegen im vergangenen Jahr nur 3.932 DM gezahlt. Die Ost-West-Relation betrug damit 73,1 %.

Erhebliche Unterschiede sind in den einzelnen Wirtschaftsbereichen festzustellen. Die höchsten Verdienste wurden im Fahrzeugbau gezahlt (West: 6.031 DM; Ost 4.308 DM). Danach folgten Energie- und Wasserversorgung mit 5.886 DM bzw. 4.901 DM und die Chemische Industrie mit 5.87 DM bzw. 4.044 DM. Die geringsten Bruttomonatsverdienste wurden im Bekleidungs-gewerbe registriert. Hier wurden im Durchschnitt in den alten Ländern 3.842 DM und in den neuen Ländern lediglich 2.271 DM gezahlt. Danach folgte auf den hinteren Plätzen das Textilgewerbe (West: 4.131 DM; Ost 2.644 DM) und die Herstellung von Möbeln mit 4.435 DM bzw. 3.139 DM.

Die Verdienste des Bereichs Bergbau; Steine und Erden waren im Jahr 1999 zwischen Ost und West am weitesten angeglichen. Hier werden 90,2 % der Bezüge der Kollegen aus den alten Ländern gezahlt. In der weiteren Rangfolge reiht sich der Bereich der Energie- und Wasserversorgung mit 83,3 % ein. Am größten waren die Verdienstabstände im Bekleidungs-gewerbe mit 59,1 %, im Textilgewerbe mit 64 % und in der Chemischen Industrie mit 68,9 %.

Im Bereich des Groß- und Einzelhandels, Kredit- und Versicherungsgewerbes lag der durchschnittliche Monatsverdienst in Deutschland im Jahr 1999 bei 4.951 DM. In den alten Ländern wurden durchschnittlich 5.044 DM und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 3.825 DM gezahlt. Damit lag die Ost-West-Relation bei 75,8 %. Im Jahr 1991 betrug sie in diesem Bereich nur 46,7 %.

Ergebnisse des Außenhandels 1999

Nach vorläufigen Angaben stagnierte das Außenhandelsvolumen Mecklenburg-Vorpommerns 1999 auf dem Niveau des Vorjahres. 1999 gingen die Exporte leicht um 1,2 % zurück. Ursächlich hierfür waren Exportrückgänge der Ernährungswirtschaft (-1,6 %) und der gewerblichen Wirtschaft (-1,0 %). Die Einfuhren nach Mecklenburg-Vorpommern gingen ebenfalls zurück. Hier war der Rückgang mit 4,6 % sogar stärker als bei den Ausfuhren.

Am Exportrückgang waren die Produkte der Ernährungswirtschaft und industriell-gewerbliche Produkte gleichermaßen beteiligt. Die Exporte entfallen zu 58 % auf die gewerbliche Wirtschaft und zu 42 % auf die Ernährungswirtschaft. Hauptexportgüter der gewerblichen Wirtschaft waren Wasserfahrzeuge, Maschinen und Anlagen, elektrotechnische Erzeugnisse. Bei Gütern der Ernährungswirtschaft waren vor allem Milcherzeugnisse und Getreide gefragt. Die wertmäßig höchsten Exportlieferungen gingen in die EU-Länder sowie in die mittel- und osteuropäischen Länder. Wichtigste Zielländer waren Russland und die Niederlande.

Tabelle 1-7: Die wichtigsten Ausfuhrländer Mecklenburg-Vorpommerns

Ausfuhrland	1998		Ausfuhrland	1999	
	Ausfuhrvolumen	Anteil		Ausfuhrvolumen	Anteil
	Mio. DM	%		Mio. DM	%
Niederlande	214	8,3	Russland	287	11,3
Russland	183	7,1	Niederlande	246	9,7
Polen	141	5,5	Antigua	159	6,3
Großbritannien	107	4,2	USA	132	5,2
Italien	98	3,8	Polen	121	4,8

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, 1999 vorläufige Angaben

Tabelle 1-8: Ausfuhr aus Mecklenburg-Vorpommern nach Produkten

	Ausfuhrvolumen			Anteile	
	1998	1999	Veränd.	1998	1999
	Mio. DM			%	
Gesamtausfuhr	2570	2539	- 1,2	100	100
Ernährungswirtschaft	1082	1066	- 1,6	42,1	42,0
Gewerbliche Wirtschaft	1488	1473	- 1,0	57,9	58,0
<u>darunter:</u>					
Wasserfahrzeuge	146	410	+180,8	5,7	16,1
Weizen/Roggen/Gerste	272	390	+ 43,4	10,6	15,4
Elektrotechn. Erzeugnisse	137	185	+ 35,0	5,3	7,3
Kunststoffe	81	71	- 12,4	3,2	2,8
Alteisen, Schrott	21	12	- 42,9	0,8	0,5
Maschinen und Anlagen	153	241	+ 57,5	6,0	9,5
Milch/Butter/Käse	230	258	+ 12,2	8,9	10,2
Ölfrüchte zur Ernährung (Raps)	58	109	+ 87,9	2,3	4,3
Stickstoff und andere Düngemittel	58	65	+ 12,1	2,3	2,6
Bier/Branntwein	25	11	- 56,0	1,0	0,4
Zucker	91	65	- 28,6	3,5	2,6
Kraftfahrzeuge	99	87	- 12,1	3,9	3,4

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, 1999 vorläufige Angaben

Arbeitsmarkt und Beschäftigung 1999

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern zeigte positive Tendenzen gegenüber dem Jahr 1998. Im Jahresdurchschnitt nahm die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr um 8.100 Personen oder 4,7 % auf 163.100 ab. Sie lag damit deutlich unter den Jahresdurchschnittswerten der vergangenen beiden Jahre (1997: 168.400; 1998: 171.100); bewegt sich aber gleichwohl auf einem sehr hohen Niveau.

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote - berechnet auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen - verringerte sich von 19,2 % (1998) auf 18,2 % im Jahr 1999.

Überdurchschnittlich ist binnen Jahresfrist aufgrund intensiver Hilfen der Arbeitsämter die Zahl der Langzeitarbeitslosen gesunken. Auch die Arbeitslosigkeit bei Jüngeren unter 25 Jahren nahm deutlich ab. Diese günstige Entwicklung bei dieser Altersgruppe wurde durch das »100.000-Jobs-Sofortprogramm« der Bundesregierung erreicht. Der gezielte Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente konnte insgesamt eine höhere Arbeitslosenquote verhindern.

Mecklenburg-Vorpommern hat seine Position im Ranking der ostdeutschen Länder untereinander verbessern können. Im Jahresdurchschnitt 1999 liegt unser Land mit einer Arbeitslosenquote von 18,2 % zwar immer noch an vorletzter Stelle vor Sachsen-Anhalt mit 20,3 %; der Abstand zu Brandenburg und den anderen Ländern außer Thüringen hat sich jedoch deutlich verringert.

Mecklenburg-Vorpommern kann die zweitgrößte Verbesserung gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1998 verbuchen. Nach Thüringen (-1,7 %-Punkte) erreichte Mecklenburg-Vorpommern einen Rückgang um einen Prozentpunkt, während die übrigen neuen Ländern lediglich Verbesserungen zwischen 0,1 bis 0,3 Prozentpunkte aufweisen. Im Jahresvergleich 1999 zu 1998 weisen Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern die deutlichsten Verbesserungen auf, während die Arbeitslosenzahlen in den übrigen Ländern weitgehend konstant bleiben.

Getrübt wird die Arbeitsmarktbilanz durch die vorliegenden Stichprobendaten aus der Beschäftigtenstatistik. Nach den vorliegenden Daten für Dezember 1999 konnte der Vorjahresstand nicht gehalten werden. In den aktuellsten Statistiken von Ende Dezember 1999 lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (inklusive ABM und SAM) mit 580.000 um 24.000 oder 4,0 % unter dem Vorjahresniveau. Das gleiche Bild zeigt sich bei der Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt d.h. ohne Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Instrumente.

Die Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt ist im Vergleich zu Dezember 1998 um 11.100 (-2,0 %) auf 534.300 gesunken.

Die Beschäftigungsentwicklung wird weiterhin vor allem durch die Auftragsschwäche im Bausektor negativ beeinflusst. Aber auch in den anderen Wirtschaftszweigen gibt es noch Arbeitsplatzverluste im Vergleich zum Vorjahr.

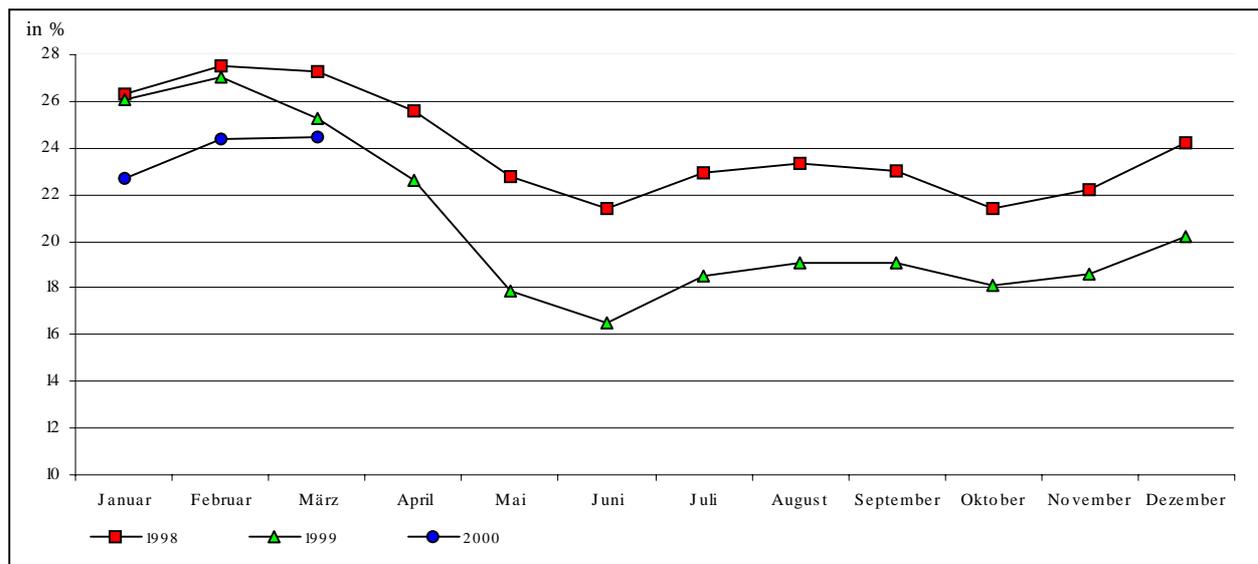
Die konjunkturellen Aufwärtstendenzen im Verarbeitenden Gewerbe schlagen in dieser Statistik noch nicht durch. Nur im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen konnten geringe Beschäftigungszuwächse erreicht werden. Insgesamt liegt der Rückgang der Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Niveau aller neuen Bundesländer.

Positive Anzeichen für die kommenden Monate können darin gesehen werden, dass sich der Rückgang seit Oktober 1999 sukzessive verringert.

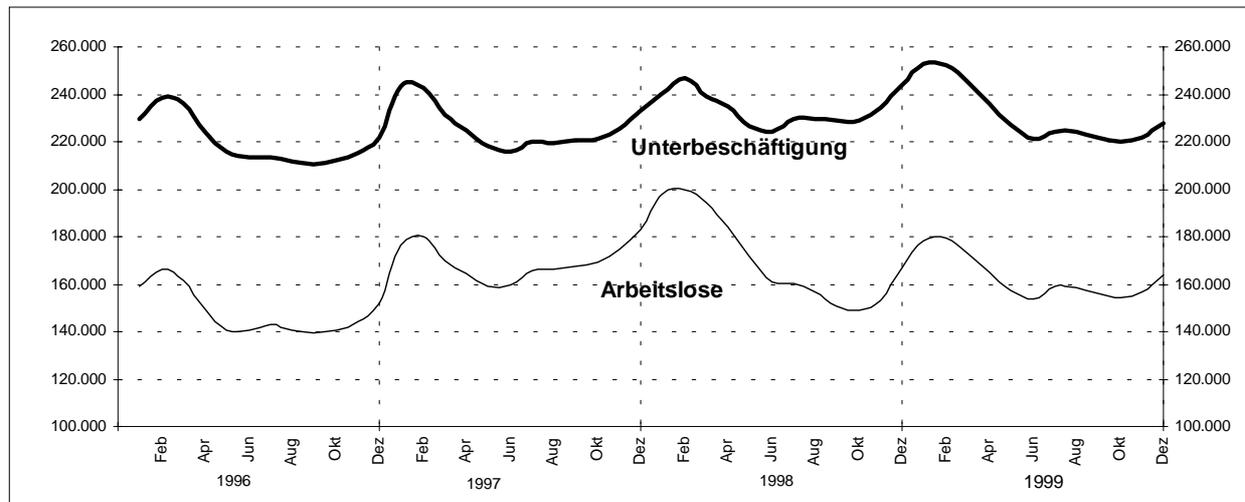
Die Unterbeschäftigung, d.h. die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, ist mit 226.400 Personen erneut geringer als im Vorjahr (-6,8 % bzw. -16.400 Personen).

Im Jahresdurchschnitt 1999 waren 725.600 Personen in Mecklenburg-Vorpommern erwerbstätig. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 0,1 %. In Deutschland insgesamt nahm dagegen die Zahl der Erwerbstätigen im letzten Jahr um 0,3 % zu; vor allem beeinflusst durch die bessere Entwicklung im früheren Bundesgebiet.

Abbildung 1-1: Arbeitslosenquote der 20- bis 25-Jährigen in den Jahren 1998 bis 2000



Quelle: Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern

Abbildung 1-2: Entwicklung des Arbeitsmarktes in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 1996 bis 1999

Quelle: Landesarbeitsamt Nord; Unterbeschäftigung = Berufliche Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen einschließlich Maßnahmen nach § 249h/242s Arbeitsförderungsgesetz, Arbeitslose

1.2 Entwicklung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Branchen 1999

Landwirtschaft

Das Wirtschaftsjahr in der Landwirtschaft umfasst den Zeitraum vom 1. Juli bis 30. Juni. In der Landwirtschaft haben sich weitgehend stabile und wettbewerbsfähige Strukturen herausgebildet. Im Jahr 1999 gab es 5.176 Betriebe; 4.446 in Form natürlicher Personen (darunter 2.332 Unternehmen im Nebenerwerb) und 730 in Form juristischer Personen. Gegenüber dem Vorjahr ist der Bestand um 480 zurückgegangen. Diese Veränderung betrifft insbesondere die Unternehmen in der Rechtsform natürlicher Personen. In Folge dieser Veränderung erhöhte sich die Flächenausstattung je Unternehmen von 134 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche im Jahr 1998 auf 151 ha im Jahr 1999. Die durchschnittliche Betriebsgröße in der Rechtsform juristischer Personen beträgt 1.055 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche.

Der Anteil der gepachteten Flächen ging in den Betrieben auf knapp 87 % zurück, liegt aber in der Mehrzahl der Betriebe erheblich über dem Anteil in den anderen Bundesländern. Das durchschnittliche Pachtentgelt erhöhte sich für die Betriebe im Vergleich zum Vorjahr für Ackerland von 183 auf 201 DM/ha und für Grünland von 106 auf 109 DM/ha. Gegenüber 1998 sind auch die Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke gestiegen. Die angespannte Marktsituation hat sich erschwerend auf die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen ausgewirkt. Im Marktfruchtbau gingen im Wirtschaftsjahr 1998/99 im Vergleich zum Vorjahr trotz relativ hoher Naturalerträge bei gesunkenen Getreide- und Rapspreisen die Umsatzerlöse aus der Pflanzenproduktion zurück. Bei nahezu unveränderten betrieblichen Aufwendungen sanken die meisten wirtschaftlichen Erfolgskennzahlen deutlich unter die Vorjahreswerte. Dennoch liegt die Arbeitsproduktivität mit 54.000 DM/Arbeitskraft im Durchschnitt aller Rechtsformen geringfügig über dem Bundesdurchschnitt.

Die erfolgreich wirtschaftenden Marktfruchtbetriebe unterschieden sich von der Gruppe der weniger erfolgreichen Unternehmen durch eine deutlich bessere Flächenausstattung, tendenziell höhere Naturalerträge sowie Umsatzerlöse aus der Pflanzenproduktion bei höheren Aufwendungen an ertragssteigernden Mitteln. Erfolgreiche Unternehmen beschäftigen kaum weniger Arbeitskräfte je Fläche, hatten jedoch einen höheren Anteil an Ackerfläche an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche und bauten mehr Getreide an. Die weniger erfolgreiche Gruppe wies bei unterdurchschnittlichen Naturalerträgen und Umsatzerlösen aus der Pflanzenproduktion im Mittel keine positive Gesamtkapitalrendite und auch keine Rentabilität aus. Die erfolgreiche Betriebsgruppe erzielte im Durchschnitt eine mehr als doppelt so hohe Flächen- und eine mehr als dreimal so hohe Arbeitsproduktivität als die weniger erfolgreiche Gruppe.

Die Futterbaubetriebe konnten das Niveau des Vorjahres in der Produktivität und Rentabilität nicht halten. Die Arbeitsproduktivität sank von rd. 42.400 DM/Arbeitskraft (im Wirtschaftsjahr 1997/98) auf durchschnittlich 39.800 DM/Arbeitskraft (Wirtschaftsjahr 1998/99).

Sowohl die erfolgreichen als auch die weniger erfolgreichen Milchviehbetriebe unterschieden sich kaum in der Betriebsgröße, in der Milchleistung, im Vieh- und Arbeitskraft-Besatz, in der Standortqualität sowie im Grünlandanteil. Auch Milchleistung, Milchpreis und Spezialaufwendungen waren in den erfolgreichen Betrieben nur geringfügig höher als bei der Vergleichsgruppe. Dagegen waren die Produktivitäts- und Liquiditätsunterschiede zwischen erfolgreichen und weniger erfolgreichen Milchviehbetrieben beachtlich.

Erfolgreiche Milchviehbetriebe konnten hohe Produktivitäts- und Rentabilitätswerte erreichen. Weniger erfolgreiche Betriebe wirtschafteten im Mittel mit Verlust, die eingesetzten Familienarbeitskräfte konnten nicht ausreichend entlohnt werden.

Sowohl im Marktfrucht- als auch im Futterbau erreichten die Unternehmen in der Rechtsform der natürlichen Personen nur eine ungenügende Anlagendeckung. Das Fremdkapital der Futterbaubetriebe in der Rechtsform natürlicher Personen ist im Mittel nicht durch abnutzbares Tier- und Umlaufvermögen gedeckt. Gleiches gilt für die Einzelunternehmen im Marktfrucht- bau. Trotz hoher Rentabilität ist die Eigenkapitalsituation unzureichend und damit die Finanzsituation dieser Betriebe nach wie vor kritisch.

Mehr als ein Fünftel aller landwirtschaftlichen Unternehmen erzielten keine ausreichende Rentabilität. Das betrifft 16 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche, 18 % der Arbeitskräfte und 19 % des Milchkuhbestandes. Der Anteil der Marktfruchtbetriebe und der Futterbaubetriebe ohne Eigenkapital war ungefähr gleich hoch.

Die wirtschaftliche Situation der Veredelungsbetriebe hat sich im Vergleich zum Vorjahr erheblich verschlechtert. Trotz deutlicher Verbesserungen natürlicher Erfolgsgrößen ging die Produktivität je Fläche und Arbeitskraft auf weniger als die Hälfte zurück. Eine vollständige Entlohnung der Beschäftigten war unter den Preisbedingungen nicht erreichbar.

Die Veredelungsbetriebe sind durch die gegebene Marktsituation in eine schwierige wirtschaftliche Situation geraten. Eigenkapital wurde in beachtlichen Größenordnungen verbraucht. In den Gemischtbetrieben gingen die Flächenproduktivität und Liquidität zurück, auch hier waren Einkommenseinbußen zu verzeichnen. Insgesamt stabilisierte sich die Produktivität in den landwirtschaftlichen Unternehmen von Mecklenburg-Vorpommern auf hohem Niveau, wobei die Eigenkapitalbildung und die Liquidität niedriger ausfielen als im Vorjahr. Nettoinvestitionen wurden in etwa wie 1998 getätigt. Die hohen Naturalerträge der Jahre 1998 und 1999 werden sich im laufenden Wirtschaftsjahr 1999/2000 nur zum Teil positiv auf Produktivität und Rentabilität im Marktfruchtbau auswirken.

Im Wirtschaftsjahr 1998/99 erzielten die Betriebe im ökologischen Landbau eine geringere Flächen- und Arbeitsproduktivität- sowie Rentabilität als die konventionelle Vergleichsgruppe. Die ökologisch wirtschaftenden Marktfruchtbaubetriebe konnten ihr wirtschaftliches Ergebnis u.a. durch höhere Erzeugerpreise im Vergleich zum Vorjahr verbessern. Dagegen weisen die ökologisch wirtschaftenden Futterbaubetriebe im Vergleich zum Vorjahr eine Verschlechterung ihres Ergebnisses aus. Zur langfristigen Gewährleistung stabiler Erträge und zur Sicherung der Rentabilität sind höhere Aufwendungen für Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit erforderlich. Gegenüber dem Vorjahr traten nur geringe Veränderungen im Anbauverhältnis ein. Rückgänge gab es im Vergleich zu 1998 wieder bei Hülsenfrüchten, Hackfrüchten und Feldfutter. Zuwächse gab es bei den Vermehrungskulturen, beim Obst- und Gemüseanbau und beim Anbau nachwachsender Rohstoffe auf Stilllegungsflächen.

Die Hektarerträge (Ernte 1999) lagen in Mecklenburg-Vorpommern für die Mehrzahl der Kulturen über dem mehrjährigen Mittel. Bei Winterraps wurden 40,5 dt/ha (+2,1 dt/ha Wirtschaftsjahr 1998/99) erreicht. Auch bei Getreide wurde mit 72,2 dt/ha das bisher beste Ergebnis (1997 = 67,9 dt/ha) deutlich übertroffen. Mit den Erträgen bei Zuckerrüben und Silomais wurden das Vorjahresniveau und die Höchsterträge der Vorjahre (1993 = 495,9 dt/ha bzw. 421,9 dt/ha) nicht erreicht. Bei Getreide und Winterraps wurden die bisher höchsten Gesamterntemengen eingebracht. Mit über 4 Mio. t Getreide hat Mecklenburg-Vorpommern einen Anteil an der deutschen Gesamternte von 9,6 %.

Der Viehbesatz hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht, ist aber immer noch vergleichsweise niedrig. Bestandszunahmen sind vor allem bei Schweinen und Rindern und hier besonders bei Mutterkühen, zu verzeichnen. Die Milchleistung je Kuh konnte kontinuierlich deutlich gesteigert werden und betrug im Landesdurchschnitt 6.555 kg. Die Milcherzeugung insgesamt und die Milchpreise sind im Vergleich zum Vorjahr um 5 % bzw. 7 % zurückgegangen. Mit der im Wirtschaftsjahr 1998/99 erzielten Milchleistung wurde der Anschluss an vergleichbare Länder hergestellt. Der Milchkuhbestand ist aufgrund der Quotenregelung rückläufig.

Die Rindfleischproduktion, ausgedrückt in Anzahl der Schlachtungen und Schlachtmenge, ging um 6 % bzw. 4 % zurück. Dagegen nahm die Schlachtschweineproduktion um 9 % zu. Die Auszahlungspreise für Schweine betragen im Wirtschaftsjahr im Durchschnitt 1,88 DM und im Kalenderjahr 2,06 DM/kg Schlachtgewicht.

Im Veterinärwesen gab es erstmals bei anzeigepflichtigen Tierseuchen und meldepflichtigen Tierkrankheiten keine innergemeinschaftlichen und nationalen Beschränkungen. Die Lebensmittelüberwachung und der Tierschutz wurden intensiviert. Im Pflanzenschutz gab es keine anzeigepflichtigen Quarantänekrankheiten. Das Auftreten von Schaderregern und Krankheiten lag im normalen Rahmen.

Die Landwirtschaft ist aufgrund ihrer Produktion eng mit der Natur und der Umwelt verbunden und leistet einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft. Eine nachhaltige Produktion dient der langfristigen Sicherung der Existenzgrundlage und wird mit der Einhaltung der guten fachlichen Praxis, welche auf der Einhaltung des geltenden Rechts beruht, gewährleistet. Die Landwirte haben neben zahlreichen umweltrelevanten Gesetzen im besonderen auf die Einhaltung des Düngemittel-, Pflanzenschutz-, Bodenschutz-, Naturschutz- und Gewässerschutzrechts zu achten. Auf ca. 17.000 ha wird ein Pilotprojekt »Landwirtschaftsberatung in Wasserschutzgebieten« mit dem Ziel der nachhaltigen Sicherung der Wasserressourcen für künftige Generationen gefördert.

Die integriert-kontrollierte Obst- und Gemüseproduktion wurde in 1999 auf 2.536 ha ausgedehnt und insgesamt mit einem Volumen von 1,92 Mio. DM bezuschusst. Der ökologische Landbau erfolgt in 438 Unternehmen mit insgesamt 83.635 ha. Die Förderung von Umweltmaßnahmen im ländlichen Raum erfolgte mit 15,75 Mio. DM. Die naturschutzgerechte Grünlandnutzung wurde auf ca. 68.000 ha umgesetzt und ist besonders auf Feuchtgrünland und durch die Grünlandrenaturierung zum Tragen gekommen.

Besonderes Augenmerk innerhalb der umweltrelevanten Maßnahmen gilt künftig dem Moorschutzprogramm des Landes. Dem Erhalt und der Entwicklung der Niedermoorflächen von ca. 290.000 ha soll durch Renaturierungsmaßnahmen eine moorschonende und grünlandgerechte Niedermoornutzung und eine Bewirtschaftung nach den Regeln der guten fachlichen Praxis von Niedermooren Rechnung getragen werden.

In Mecklenburg-Vorpommern sind mit Stand 1999 nunmehr 75.079 ha der Landesfläche als Naturschutzgebiete ausgewiesen. Als bedeutendem Rastplatzzentrum für Großvogelarten sind der Landwirtschaft auf Grund des begrenzten Haushaltes nachgewiesene Ertragsausfälle in Höhe von insgesamt 223.000 DM ersetzt worden. Der Seenfischerei wurden ca. 550.000 DM für Ausgleichszahlungen bereitgestellt. Künftig werden Ablenkfütterungen an Bedeutung gewinnen. Dem Ziel des Erhaltes der biologischen Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern dient die Meldung von 181.817 ha auf Grundlage der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-RL).

Forstwirtschaft

Etwa 22 % der Landesfläche ist Wald, damit liegt der Waldanteil unter dem Bundesdurchschnitt. 1999 hat die Waldfläche um 733 ha zugenommen. Unter den Baumarten dominiert die Kiefer mit über 44 % Anteil an der Waldfläche, gefolgt von Buche und Fichte.

Die positive Preisentwicklung der Vorjahre brachte eine weitere Stabilisierung auf den Rundholzmärkten. Für sägefähige Nadelholzsortimente herrschten 1999 gute bis sehr gute Marktbedingungen. Die Nachfrage für diese Sortimente nahm weiter zu, wodurch allerdings der Preisdruck auf stärkeres Nadelholzsortiment anstieg. Exportmöglichkeiten wirkten sich positiv auf den Marktpreis beim Buchenstammholz aus. Auch bei Eiche setzte sich eine leichte Marktbelebung fort, während der Absatz der sonstigen Laubhölzer insgesamt problematisch war. Das Buchenindustrieholz konnte problemlos zu leicht gestiegenen Preisen vermarktet werden, während sich die Kapazitätserweiterungen in der Holzwerkstoffindustrie bisher noch nicht wesentlich marktbelebend auf den Nadelholzbereich auswirkten.

Die inzwischen mehrjährige Phase eines auf niedrigem Schadniveau stabilisierten Waldzustandes setzte sich auch 1999 fort. Der Anteil der deutlich geschädigten Probestämme lag mit 10,7 % geringfügig höher als im Vorjahr. Lediglich bei der Eiche und Buche haben die Schäden wieder merklich zugenommen.

Fischerei

Bei gegenüber dem Vorjahr im wesentlichen gleichen Anlandungen der Großen Hochseefischerei verbesserten sich die Ergebnisse der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei um 8 % und die der Binnenfischerei um 11 %. Die Küstenfischer erzielten das beste Wirtschaftsergebnis seit 1991, da ein Erlöszuwachs von 26 % auf über 28 Mio. DM erreicht werden konnte. Die Erlössteigerung der Binnenfischer fiel dagegen mit 2 % sehr bescheiden aus.

Die Hochseefischerei musste wegen Preisverfalls bei wichtigen Fischarten erhebliche Verluste hinnehmen. Das Niveau der Aquakulturproduktion ist anhaltend zu niedrig. Zumindest konnten leichte Produktionsrückgänge der Forellenproduktion im Binnenland kompensiert werden.

In der Großen Hochseefischerei koordinierten vier deutsche Reedereien von Rostock aus mit unveränderter Beschäftigungszahl Fang und Verarbeitung an Bord der sechs Schiffe. Sowohl Fahrzeugbestand als auch Beschäftigtenzahl in der Küstenfischerei blieben 1999 erstmals seit 1991 konstant. Nach leicht verbessertem Trend der Gewinnsituation der Unternehmen 1997/98 trug das sehr gute Vorjahresergebnis weiter zur Stabilisierung bei.

Von 72.000 ha Binnengewässerfläche stand der überwiegende Teil der Binnenfischerei, aber auch der Freizeitfischerei zur Verfügung. Der seit 1998 konstatierte Konsolidierungsprozess in der Binnenfischerei setzte sich fort. Entgegen dem Trend an der Küste ist die Erlösentwicklung im Binnenland unbefriedigend. Ertragssteigerungen auf knapp 16 kg/ha hatten somit nur kompensatorische Effekte statt höherer Deckungsbeiträge zur Folge.

Die Fischerzeugung im Lande hat generell deutliche Reserven bei der Vermarktung. Mit der Niederlassung des elektronischen Fischmarktes in Rostock sollen hier neue, zukunftsweisende Wege beschritten werden. Die Bedeutung der Freizeitfischerei wächst unvermindert an, was als deutliches Zeichen für die Attraktivität der Gewässer zu werten ist.

Agenda 2000

Mit der Agenda 2000 ist der agrarpolitische Rahmen der weiteren Entwicklung für den Zeitraum 2000 bis 2006 in der Landwirtschaft vorgegeben. In der Pflanzenproduktion kann sich aufgrund der Erntemengen und der angenommenen Preisentwicklung insbesondere bei Getreide und Raps in Mecklenburg-Vorpommern die Wirtschaftlichkeit negativ entwickeln. In der tierischen Produktion wird die geschätzte Preisentwicklung vor allem in der Schweineproduktion das Wirtschaftsergebnis positiv beeinflussen. Insbesondere höhere Energiekosten werden die Kosten im Vorleistungsbereich ansteigen lassen.

Die Auswirkungen der Ökosteuer sollen mit der Einführung des Agrardiesels kompensiert und auf ein vertretbares Niveau gehalten werden. Ungeachtet dessen wird sich die Kostenentwicklung für die Landwirtschaft ungünstig auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe auswirken. Um so mehr gilt es, die Vorteile der Agrarstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten.

Verarbeitendes Gewerbe

Die Industriebetriebe Mecklenburg-Vorpommerns, d.h. Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, haben nach ersten vorläufigen Angaben des Statistischen Landesamtes im Jahr 1999 durchschnittlich 45.808 Personen beschäftigt und damit erstmals seit 1991 einen Jahreszuwachs (+2,9 % gegenüber 1998) zu verzeichnen. Mit diesem Personal wurde ein Jahresumsatz von 12,6 Mrd. DM getätigt, was einem Zuwachs von 3,5 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Der Umsatzzuwachs des Landes wurde maßgeblich von den Vorleistungsgüterproduzenten (+12,5 %) bewirkt, wobei auch hier ein Beschäftigungszugang von 8,7 % festgestellt werden konnte. Zu den Branchen mit überdurchschnittlichem Beschäftigungszugang und Umsatzzuwachs gehörten das Holzgewerbe (+23,4 % Personal; +50,1 % Umsatz), das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (+12,8 %; +11,7 %) und das Recycling (+80,5 %; +65,7 %). Diese Branchen sind vorwiegend auf Inlandsmärkten tätig, so dass der Exportanteil 1999 insgesamt nur 13 % betrug, knapp zwei Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Ursächlich dafür war der Schiffbau, dessen Auslandsumsatz sich nahezu halbierte. Auch der Gesamtumsatz und die Beschäftigung lagen in diesem Bereich mit -17,1 % bzw. -0,9 % unter dem Vorjahresniveau. Die Industrie ohne den Schiffbau erreichte dagegen einen Beschäftigungszugang von +3,5 %, einen Umsatzzuwachs von +6,0 % und einen Zuwachs des Auslandsumsatzes von +4,1 %.

Die gesamte Industriestruktur des Landes weicht auf Grund der starken Stellung einzelner Branchen von der gesamtdeutschen und ostdeutschen Struktur ab (vgl. Abbildung 1-3).

Industriebranche Ernährungswirtschaft

Die Ernährungswirtschaft hat in einem von ländlichen Räumen bestimmten Land wie Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Bedeutung. Zahlreiche Investitionen wurden seit 1991 in diesem Bereich für die erste Verarbeitungsstufe (aufnehmende Hand) sowie für die weitere Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte (zweite Verarbeitung) getätigt. Durch Modernisierungen und Rationalisierung der bestehenden Unternehmen sowie durch zahlreiche Neubauten (Schlachthöfe, Molkereien, Kartoffelverarbeiter, Brauereien) konnte die Veredelung und Wertschöpfung für landwirtschaftliche Erzeugnisse auch wesentlich erhöht werden. Die Maßnahmen zur Modernisierung und Rationalisierung wurden durch Fördermittel unterstützt. Das betraf auch die Vermarktung von Landesprodukten der Agrarwirtschaft durch die Arbeit der Absatzfördergesellschaft Mecklenburg-Vorpommern.

Tabelle 1-9: Entwicklung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Kennzahlen	Einheit	1997	1998	1999
Betriebe	Anzahl	529	556	608
Beschäftigte	Anzahl	45.107	44.498	45.808
Verändg. zum Vj.	%	-8,7	-1,3	+2,9
Arbeiterstunden	1000 h	52.328	52.609	54.116
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	1.984,5	1.967,8	2.051,5
Gesamtumsatz	Mio. DM	12.117,3	12.168,7	12.599,4
Verändg. zum Vj.	%	+4,0	+0,4	+3,5
darunter: Auslandsumsatz	Mio. DM	1.563,4	1.808,3	1.632,3
Verändg. zum Vj.	%	+27,2	+15,7	-9,7
Exportquote	%	12,9	14,9	13,0
Gesamtumsatz ohne Schiffbau		10.546,7	10.861,1	11.515,9
Verändg. zum Vj.	%	+6,2	+3,0	+6,0
darunter: Auslandsumsatz ohne Schiffbau		1.263,5	1.294,4	1.346,9
Verändg. zum Vj.	%	+32,1	+2,4	+4,1
Exportquote ohne Schiffbau	%	12,0	11,9	11,7
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	monatlich in DM	3.666	3685	3732
Gesamtumsatz je Beschäftigten	monatlich in DM	22.386	22.789	22.921
Lohn- und Gehaltssumme	je 100 DM Umsatz	16,38	16,17	16,28
Umsatz pro geleistete Arbeiterstunde	DM	231,56	231,30	232,82

Quelle: StaLA M-V; Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

1997: Veränderung zum Vorjahr ohne die neuen Betriebe aus der Handwerkszählung; Veränderungsrate wird beeinflusst durch die Veränderung der Abrechnungsmethodik eines Unternehmens (Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten).

Abbildung 1-3: Struktur des Umsatzes des Verarbeitenden Gewerbes 1999

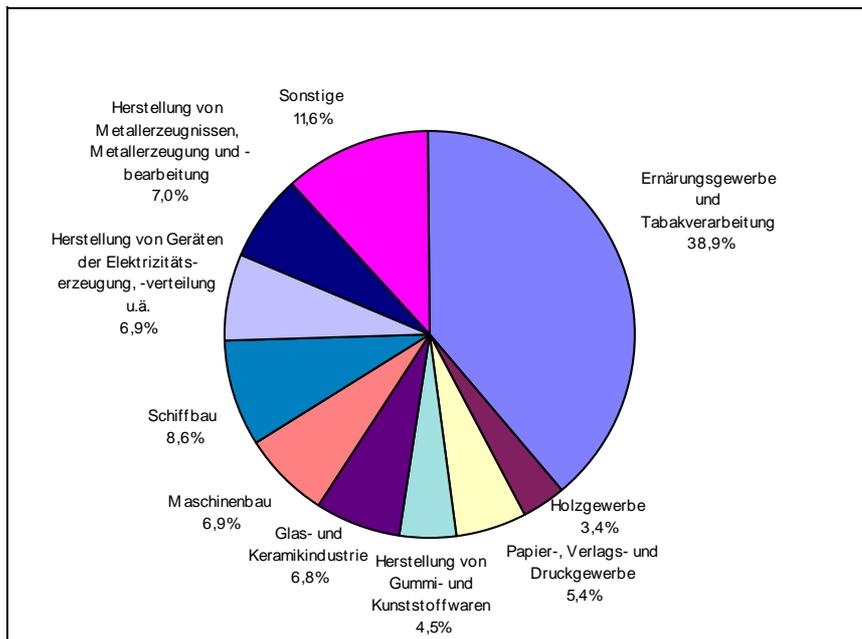
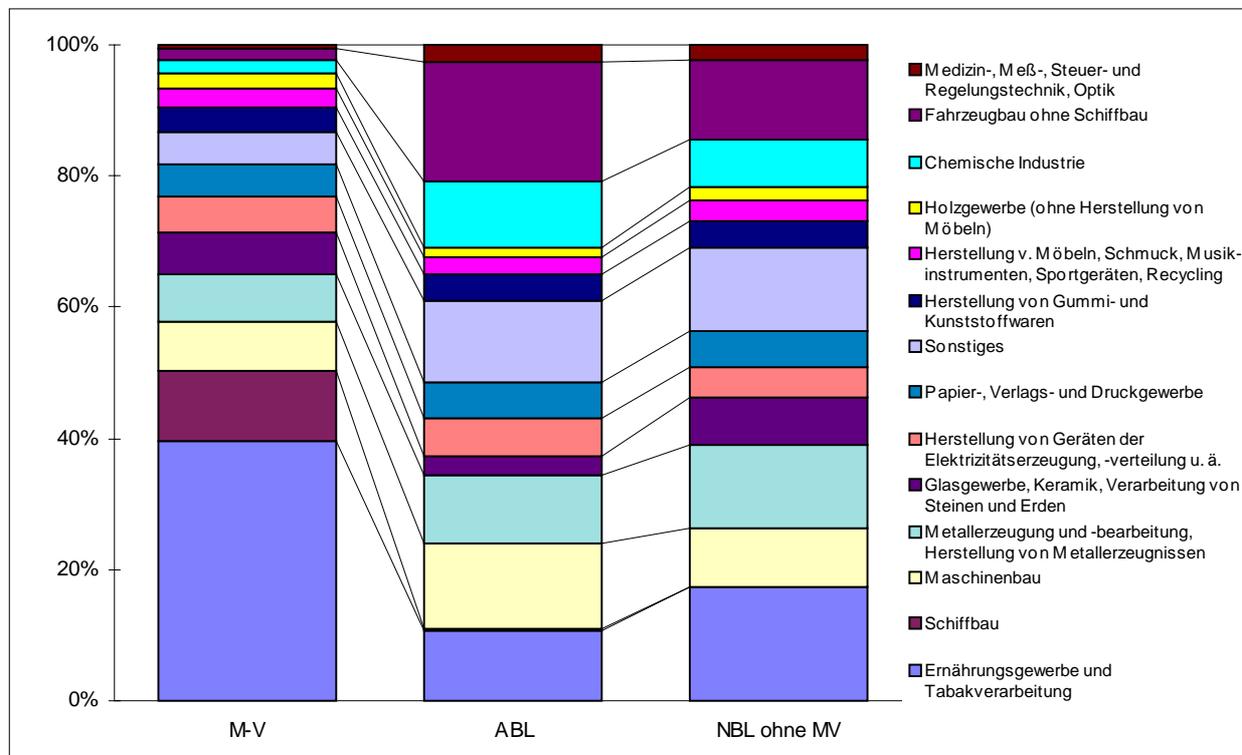


Abbildung 1-4: Struktur im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach dem Umsatz 1998 im regionalen Vergleich



In Mecklenburg-Vorpommern arbeiten in den gegenwärtig 134 Betrieben (Unternehmen mit jeweils 20 und mehr Beschäftigten) 13.127 Personen (+5,1 % gegenüber 1998). Bemerkenswert ist, dass die Anzahl der Beschäftigten in den Unternehmen der Schlacht- und Verarbeitung, der Obst- und Gemüseaufbereitung sowie dem sonstigen Ernährungsgewerbe trotz zahlreicher Rationalisierungsmaßnahmen um rd. 600 Arbeitskräfte zugenommen hat. Die Betriebe der Ernährungswirtschaft konnten ihren Umsatz leicht um 1,5 % steigern. Der Anteil am Gesamtumsatz von Bergbau und Verarbeitendem Gewerbe beträgt nunmehr 38,9 %. Damit prägt die Ernährungswirtschaft das Verarbeitende Gewerbe. Beim Auslandsumsatz der größeren Betriebe konnte gegenüber 1998 wieder eine positive Entwicklung verzeichnet werden. Er stieg um 2,3 %; die Exportquote erhöhte sich so von 8 % auf 8,1 %.

Die positive Entwicklung des Ernährungsgewerbes ist sehr erfreulich. Jedoch baut damit eine Branche eine Spitzenstellung auf, die sich derzeit in einer schwierigen Position befindet:

- Das Marktvolumen für industriell hergestellte Nahrungsgüter in Deutschland ist nur in geringem Maße entwicklungsfähig.
- Für die Entwicklung ist ein begrenzender Faktor die derzeit stagnierende Einkommensentwicklung in Europa.
- Die Branche muss mehr als bisher auf Innovationen setzen.
- Die Branche muss vor dem Hintergrund stagnierender und rückläufiger Umsätze im Handel mit Produkten der Ernährungsindustrie ihren Platz behaupten. Diese Situation wird derzeit durch das Einsetzen eines aggressiven Wettbewerbs verstärkt. Die Unternehmen können daher die erforderlichen Investitionen derzeit nur schwer überschauen.

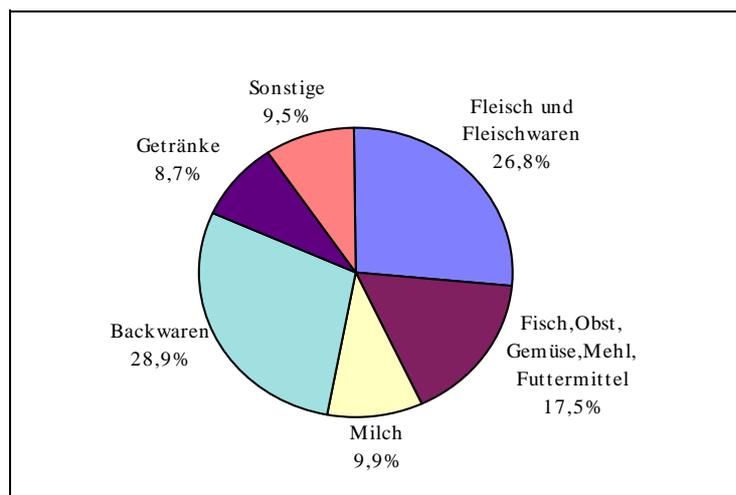
Die Landesregierung unterstützt die vorwiegend kleinen und mittleren Unternehmen der Ernährungsbranche bei der Stärkung des Absatzes und bei der technologischen Entwicklung, z. B. durch das Zentrum für Lebensmitteltechnologie in Neubrandenburg. Hier werden kleine und mittlere Unternehmen, die keine eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilung betreiben, bei der Lösung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen unterstützt.

Tabelle 1-10: Entwicklung im Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung

Kennzahlen	Einheit	1997	1998	1999
Betriebe	Anzahl	119	112	134
Beschäftigte	Anzahl	12.563	12.485	13.127
Arbeiterstunden	1000 h	15.834	15.483	16.121
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	423,9	424,1	436,4
Gesamtumsatz	Mio. DM	4.889,6	4.825,9	4.898,3
darunter: Auslandsumsatz	Mio. DM	429,6	386,7	395,7
Exportquote	%	8,8	8,0	8,1
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	monatlich in DM	2.812	2.831	2.771
Gesamtumsatz je Beschäftigten	monatlich in DM	32.434	32.211	31.095
Lohn- und Gehaltssumme	je 100 DM Umsatz	8,67	8,78	8,91
Umsatz pro geleistete Arbeiterstunde	DM	308,80	311,68	303,84

Quelle: StaLA M-V; Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

Abbildung 1-5: Struktur der Beschäftigung in der Ernährungswirtschaft im Jahresdurchschnitt 1999

Industriebranche Schiffbau und Zulieferindustrie

Die maritime Industrie in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Schiffbau als Kernbestandteil stellt ein wichtiges industrielles Rückgrat des Landes dar. Mecklenburg-Vorpommern nimmt die Chance wahr, zu einem führenden Standort der Schiffbauindustrie in Europa zu werden. Mit den in den Jahren 1998 und 1999 abgeschlossenen Umstrukturierungen sowie den zweiten Privatisierungen wurden gute Voraussetzungen geschaffen, um bei der Produktivitäts- und Effektivitätsentwicklung im internationalen Vergleich eine führende Position zu erreichen.

Der Schiffbau als ingenieur-technischer Kernbereich der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern konnte 1999 an die zukunftsorientierte Entwicklung der Vorjahre anknüpfen, obwohl die Produktionsleistung gemessen an den fertiggestellten Schiffen gegenüber 1998 zurückgegangen ist. Die Ursache hierfür liegt zum einen in dem gestiegenen Anteil arbeitsintensiver Spezialschiffe und zum anderen in der Fertigung größerer Schiffseinheiten. Das Erzeugnisprofil der einheimischen Werften besteht im Bau von Spezialschiffen, wobei der Anteil der Containerschiffe mit 75 % gegenwärtig sehr hoch ist.

Auf den Werften in Mecklenburg-Vorpommern wurden im Jahr 1999 insgesamt 16 Schiffsneubauten mit einem Auftragswert von rund 950 Mio. DM realisiert. Der Exportanteil an den Schiffsneubauleistungen betrug 1999 rd. 34 %. Im Jahr 1999 sind auf den Werften Mecklenburg-Vorpommerns keine Kapazitätsüberschreitungen eingetreten; die genehmigten Neubaukapazitäten auf 327.000 cgt pro Jahr wurden zu 96 % ausgeschöpft.

Für 2000 sind 19 Schiffsneubauten im Auftragswert von mehr als 1,6 Mrd. DM vorgesehen. Der Auftragsbestand der Werften in Mecklenburg-Vorpommern betrug im Frühjahr 2000 insgesamt 30 Schiffe im Auftragswert von 3,1 Mrd. DM. Im Vordergrund stehen dabei hohe Auftragseingänge der Aker MTW sowie der Volkswerft Stralsund.

Allerdings erweist sich die Begrenzung der Neubaukapazitäten für den Schiffbau in Mecklenburg-Vorpommern als äußerst hinderlich, da die gegenwärtigen Kapazitätslimite eine Produktion besonders wertschöpfungsintensiver Spezialschiffe (Kreuzfahrtschiffe, Fähren u.a.m.) nur bedingt zulassen. Damit ist eine freie, ausschließlich am Markt orientierte Auftragsaufnahme für die Werften Mecklenburg-Vorpommerns derzeit nicht möglich. Ein tiefer Einschnitt für die Schiffbauindustrie war der am 1. Juli 1999 gestellte Insolvenzantrag der Dieselmotorenwerk Rostock GmbH. Gemeinsam mit der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) gelang es dem Land einen Neuanfang für den Standort zu erreichen. Durch den Einstieg eines namhaften Schiffsdieselmotorenherstellers konnte die Fortsetzung des Schiffsmotorenbaus am Standort Rostock gesichert werden.

Im Umfeld der Werften gibt es in Mecklenburg-Vorpommern eine Vielzahl von wichtigen Zulieferbetrieben.

Tabelle 1-11: Schiffsneubau-Bilanz 1998 und 1999

Werft	1998		1999	
	Gesamt-Bauleistung		Gesamt-Bauleistung	
	Zahl	cgt*	Zahl	cgt*
MTW - Aker MTW Schiffswerft GmbH, Wismar	7	109.300	4	50.000
VWS - Volkswerft Stralsund GmbH	6	101.000	2	76.900
KWW - Kvaerner Warnow Werft GmbH, Warnemünde	6	136.700	4	38.600
PWW - Peene-Werft GmbH, Wolgast	4	36.200	6	37.800
Insgesamt	23	383.200	16	203.300

* cgt-Wert bezogen auf das Gesamtschiff

Tabelle 1-12: Auftragsbestand der Werften in den Jahren 2000 bis 2003

	Auftragsbestand	Anteile
	Mio. DM	%
Insgesamt	rund 2.300	100
<u>davon:</u>		
- Containerschiffe	1.430	62,2
- Kreuzfahrtschiffe	425	18,5
- technische Spezialschiffe	398	17,3
- Fischereifahrzeuge	46	2,0

Zu den strukturbedeutsamen Zulieferunternehmen zählen die Unternehmen:

- Neptun Industrie Rostock GmbH (NIR) (Fertigung von Stahlbaukomponenten sowie Schiffsreparaturen)
- KGW Schweriner Maschinenbau GmbH (Fertigung von Umschlagstechnik, Winden, Rudermaschinenanlagen)
- Metallguss Waren GmbH (Fertigung von Schiffspropeller bis zu 10 m Durchmesser, Verstellpropellerkomponenten, Spezialguss)
- Wismarer Propeller und Maschinenbau GmbH (Fertigung von Verstellpropellern, Wellenleitungen und Ruderkomponenten)
- Ingenieur- und Maschinenbau GmbH Rostock (IMG) (Projektierung und Lieferung von fertigungstechnischen Anlagen und Ausrüstung für den Schiffbau)

Neben den genannten Unternehmen gibt es noch ca. 50 mittelständisch geprägte Unternehmen mit schiffbauspezifischen Zulieferungen und Dienstleistungen sowie eine Reihe von Ingenieurunternehmen. Insgesamt verbindet sich mit der maritimen Industrie des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine Gesamtleistung von mehr als 2 Mrd. DM sowie ca. 7.000 Arbeitsplätze.

Industriebranche Maschinenbau

Die Maschinenhersteller in Mecklenburg-Vorpommern haben bereits im Jahr 1998 große Fortschritte gemacht. Mit einem Umsatzplus von über 29 % übertrafen sie den gesamtdeutschen Zuwachs ganz klar. 1999 konnte nicht an diese Steigerungsraten angeknüpft werden; der Umsatz sank um 2,8 %. Der Anteil dieses Wirtschaftsbereiches am Gesamtumsatz von Bergbau und Verarbeitendem Gewerbe lag im Jahr 1999 bei 7 %. Die Beschäftigungsentwicklung der Unternehmen hat sich weiter stabilisiert und verbessert. Am Jahresende 1999 waren 3.700 Mitarbeiter gegenüber 3.600 Mitarbeiter im Jahr 1998 im Maschinenbau tätig. Besonders erfolgreich waren die Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern im Auslandsgeschäft im Jahr 1998. Die Exportquote konnte von 12,2 % im Jahr 1997 auf 20,4 % im Jahr 1998 erhöht werden und somit die bisher zu einseitige Abhängigkeit vom Inlandsgeschäft etwas gelockert werden. Im Jahr 1999 ging zwar der Auslandsumsatz geringfügig zurück (-5,0 %) jedoch konnte die Exportquote bei der Marke von 20 % gehalten werden.

Ein positiver Trend ist auch in der Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen zu verzeichnen. Zurückzuführen ist das auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Zurückgewinnung von Marktanteilen.

Industriebranche Elektrotechnik

In Mecklenburg-Vorpommern konnte dieser Wirtschaftsbereich im Jahr 1999 seinen Gesamtumsatz deutlich um 32,8 % steigern. Darüber hinaus stieg die Exportquote auf nunmehr 14,7 %; im Jahr 1998 waren es noch 11,3 %.

Charakteristisch für die Branche in Mecklenburg-Vorpommern ist, dass viele Betriebe als Zulieferer auf dem bundesdeutschen Markt tätig sind. Waren 1998 in 23 Unternehmen 2.200 Mitarbeiter tätig, so erhöhte sich die Anzahl der Betriebe auf 25 und die Beschäftigtenzahl auf 2.340 Mitarbeiter.

Industriebranche Gewinnung und Verarbeitung Steine und Erden

Die in Mecklenburg-Vorpommern gewonnenen Steine und Erden sind für die Baustoffwirtschaft wichtige Rohstoffe. 1999 ist erstmals wieder ein leichter Anstieg bei den Gewinnungsmengen von Ton, Sand und Kies zu verzeichnen gewesen. Ebenso konnte der Trend der Reduzierung von Arbeitsplätzen im Bergbau und unter Bergrecht arbeitenden Betrieben gestoppt werden. Die positive Entwicklung bei der Gewinnung und Verarbeitung von Kreide setzte sich im Jahr 1999 fort.

Tabelle 1-13: Entwicklung im Maschinenbau

Kennzahlen	Einheit	1997	1998	1999
Betriebe	Anzahl	43	51	51
Beschäftigte	Anzahl	2.905	3.607	3.709
Arbeiterstunden	1000 h	3.151	4.058	4.338
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	141,6	173,0	180,2
Gesamtumsatz	Mio. DM	690,0	894,3	869,1
darunter: Auslandumsatz	Mio. DM	84,2	182,0	172,8
Exportquote	%	12,2	20,4	19,9
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	monatlich in DM	4.061	3.998	4.048
Gesamtumsatz je Beschäftigten	monatlich in DM	19.793	20.661	19.526
Lohn- und Gehaltssumme	je 100 DM Umsatz	20,51	19,35	20,73
Umsatz pro geleistete Arbeiterstunde	DM	218,98	220,37	200,33

Quelle: StaLA M-V; Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

Tabelle 1-14: Entwicklung der Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.

Kennzahlen	Einheit	1997	1998	1999
Betriebe	Anzahl	22	23	25
Beschäftigte	Anzahl	2.478	2.218	2.339
Arbeiterstunden	1000 h	2.923	2.880	2.995
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	131,6	107,8	125,0
Gesamtumsatz	Mio. DM	584,8	652,4	866,5
darunter: Auslandumsatz	Mio. DM	94,3	73,7	127,0
Exportquote	%	16,1	11,3	14,7
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	monatlich in DM	4.427	4.051	4.452
Gesamtumsatz je Beschäftigten	monatlich in DM	19.666	24.511	30.872
Lohn- und Gehaltssumme	je 100 DM Umsatz	22,51	16,53	14,42
Umsatz pro geleistete Arbeiterstunde	DM	200,07	226,52	289,32

Quelle: StaLA M-V; Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

Tabelle 1-15: Entwicklung im Bergbau, der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden sowie in der Glas- und Keramikindustrie

Kennzahlen	Einheit	1997	1998	1999
Betriebe	Anzahl	86	95	100
Beschäftigte	Anzahl	3.226	3.166	3.109
Arbeiterstunden	1000 h	4.213	4.070	4.020
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	140,5	143,2	146,3
Gesamtumsatz	Mio. DM	922,8	872,7	943,2
darunter: Auslandumsatz	Mio. DM	k.A.	k.A.	k.A.
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	monatlich in DM	3.629	3.770	3.922
Gesamtumsatz je Beschäftigten	monatlich in DM	23.838	22.971	25.281
Lohn- und Gehaltssumme	je 100 DM Umsatz	15,23	16,41	15,51
Umsatz pro geleistete Arbeiterstunde	DM	219,04	214,43	234,62

Quelle: StaLA M-V; Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Industriebranche Gummi- und Kunststoffverarbeitung

Die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren gehört zu einer Branche, die sich in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1999 auch besonders positiv entwickelte. Bei der Gesamtumsatzentwicklung von 1997 bis 1999 ist eine Steigerung von 22,1 % zu verzeichnen. Ihr Anteil an den Gesamtumsätzen des Verarbeitenden Gewerbes liegt im Jahr 1999 bei 4,5 %. Die Außenhandelsumsätze waren 1999 um 23 % höher als 1997. Die Exportquote liegt mit 25,4 % weit über dem Durchschnitt der Industrie unseres Landes. Diese positive Entwicklung sicherte nicht nur die Zahl der Arbeitsplätze, sondern bewirkte auch eine leichte Zunahme seit 1997. In der Branche sind zukünftig noch weitere Entwicklungspotenziale vorhanden. Der Werkstoff wird von den Verbrauchern in immer höherem Maße akzeptiert. Kooperationen verschiedener Partner der Branche untereinander und mit wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes könnten zu zukünftigen Schlüsselfaktoren für Wirtschaftswachstum und sichere Arbeitsplätze werden.

Holzwirtschaft

Die Holzwirtschaft gehört zu den traditionsreichen Wirtschaftszweigen und hat für das Land eine große Bedeutung. Hierbei stehen die Bereiche Wald, Holzbearbeitung und Holzverarbeitung in einer engen Vernetzung zueinander. Das Holzgewerbe erreichte im Jahr 1999 eine überdurchschnittliche Umsatzentwicklung. Es erreichte mit 427,9 Mio. DM einen Anteil von 3,4 % am Verarbeitenden Gewerbe. Die Exportquote betrug 17,9 %.

Tabelle 1-16: Entwicklung der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren

Kennzahlen	Einheit	1997	1998	1999
Betriebe	Anzahl	25	26	29
Beschäftigte	Anzahl	1.597	1.621	1.621
Arbeiterstunden	1000 h	1.972	1.943	1.978
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	75,8	77,2	76,3
Gesamtumsatz	Mio. DM	468,8	459,8	572,4
darunter: Auslandumsatz	Mio. DM	118,3	120,8	145,5
Exportquote	%	25,2	26,3	25,4
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	monatlich in DM	3.957	3.969	3.923
Gesamtumsatz je Beschäftigten	monatlich in DM	24.463	23.638	29.425
Lohn- und Gehaltssumme	je 100 DM Umsatz	16,18	16,79	13,33
Umsatz pro geleistete Arbeiterstunde	DM	237,73	236,65	289,37

Quelle: StaLA M-V; Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Tabelle 1-17: Entwicklung im Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)

Kennzahlen	Einheit	1997	1998	1999
Betriebe	Anzahl	22	26	34
Beschäftigte	Anzahl	1.150	1.478	1.823
Arbeiterstunden	1000 h	1.551	2.016	2.565
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	45,1	57,8	71,4
Gesamtumsatz	Mio. DM	220,8	285,1	427,9
darunter: Auslandumsatz	Mio. DM	17,3	32,4	76,5
Exportquote	%	7,8	11,4	17,9
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	monatlich in DM	3.265	3.257	3.266
Gesamtumsatz je Beschäftigten	monatlich in DM	16.003	16.075	19.561
Lohn- und Gehaltssumme	je 100 DM Umsatz	20,40	20,26	16,70
Umsatz pro geleistete Arbeiterstunde	DM	142,4	141,4	166,8

Quelle: StaLA M-V; Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

In der Branche vollzogen sich 1999 gravierende Veränderungen infolge der Schaffung neuer Holzverarbeitungskapazitäten. Dazu zählen u. a. das Holzverarbeitungszentrum in Wismar mit den Firmen Klausner und Egger sowie das Großsägewerk der Fa. Pollmeier in Malchow. Diese Vorhaben stehen in einer wirtschaftspolitischen Linie, die in den vergangenen Jahren auf den Ausbau einer wettbewerbsfähigen Struktur des Holzverarbeitungssektors im Lande mit einem entsprechenden Betriebsgrößenmix orientiert war. Das bedeutet, dass sich neben der Ansiedlung großer Unternehmen mittelständische Unternehmen der Holzverarbeitung etablieren und entwickeln können.

Mit dem Ausbau und der Neuansiedlung im Schnittholzbereich konnte in hohem Maße eine verbesserte Wertschöpfung des bisher noch unausgeschöpften Potenzials der Ressource Holz erreicht werden. Die wirtschaftliche Lage hat sich für die Unternehmen zum Vorjahr dahingehend geändert, dass durch die Schaffung neuer und die Erweiterung vorhandener Kapazitäten die kontinuierliche Holzversorgung zunehmend in den Mittelpunkt gerückt wurde. Der Ausbau und Aufbau neuer Verarbeitungskapazitäten hat bereits zu regionalen Rohholzversorgungsempässen geführt.

Bauwirtschaft

Die Bauwirtschaft ist nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Mecklenburg-Vorpommern. Im Baugewerbe ist die Situation auch im Jahr 1999 sehr angespannt gewesen. Der Wirtschaftsbereich hat deutliche Einbußen verzeichnen müssen. Die strukturelle Anpassungskrise setzte sich im Baugewerbe Mecklenburg-Vorpommerns wie auch in den anderen neuen Ländern fort.

Bauhauptgewerbe. Die Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung in den Baubetrieben mit 20 und mehr Beschäftigten ist weiterhin rückläufig. Die Betriebe des Bauhauptgewerbes verzeichneten im Jahr 1999 einen Umsatzrückgang von 7,3 %. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten um knapp 4.300 (-13 %). Auch bei den Arbeitsstunden war ein deutlicher Rückgang um 10,6 % zu verzeichnen. In diesem Zusammenhang ging auch die Bruttolohn- und -gehaltssumme um 11 % zurück. Vom Rückgang des baugewerblichen Umsatzes sind fast alle Sparten des Bauhauptgewerbes betroffen. Die stärksten Umsatzrückgänge musste der landwirtschaftliche Bau hinnehmen. Trotz dieser starken Rückgänge erfolgt die Bautätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern immer noch auf einem vergleichsweise hohen Produktionsniveau.

Ausbaugewerbe. Die 366 Betriebe des Ausbaugewerbes realisierten im Jahr 1999 einen baugewerblichen Umsatz von 1.704 Mio. DM (-11,7 % gegenüber dem Vorjahr). Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich um 14,0 % auf 12.623 Personen. Die Entwicklung des baugewerblichen Umsatzes und der Beschäftigung verlief in nahezu allen Wirtschaftszweigen des Ausbaugewerbes mit zweistelligen Rückgängen. Der große Umsatz- und Beschäftigungsrückgang wird wegen der weiter rückläufigen Tendenz im vorgelagerten Bauhauptgewerbe weiter anhalten.

Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten konnte aufgrund des starken Personalabbaus um 2,6 % gesteigert werden. Die Zahl der Arbeitsstunden nahm um 14,6 % ab. Die Summen der Löhne und Gehälter sank insgesamt um 12,7 %.

Nach nunmehr fünfjähriger Rezession in den gesamtdeutschen Bauinvestitionen zeichnet sich im Jahr 2000 eine leichte Trendwende ab. Da die Erholung nur sehr moderat ausfällt, sind konjunkturelle Impulse aus diesem Bereich jedoch nicht zu erwarten. Die nach den vereinigungsbedingten Übersteigerungen vergleichsweise noch schwache Nachfrage stabilisiert sich erst langsam. Der Verlauf der Bauinvestitionen wird sich in den alten und den neuen Ländern weiter differenziert darstellen. Belebungstendenzen zeigen sich vornehmlich in den alten Ländern, insbesondere im Eigenheimbau und bei gewerblichen Bauten. Erste Indikatoren wie stabile bis wieder leicht steigende Immobilienpreise, eine höhere Anzahl von Baugenehmigungen und -aufträgen sowie deutlich gestiegene Geschäftserwartungen im westdeutschen Bauhauptgewerbe unterstützen diese Einschätzung.

In den neuen Ländern dürften die Bauinvestitionen 1999 das Vorjahresergebnis erneut leicht unterschreiten. Hier stehen einer raschen Erholung vor allem weiterhin hohe Angebotsüberhänge im Mietwohnungsbau und im gewerblichen Bau entgegen.

Gestützt wird der Wohnungsbau in den neuen Ländern durch Finanzhilfen des Bundes im Rahmen des Förderprogramms der Länder zur Neuschaffung von Wohnraum, durch Maßnahmen zur Modernisierung und Instandsetzung von erneuerungsbedürftigen Wohnbeständen sowie durch eine geplante Aufstockung des Kreditverbilligungsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Tabelle 1-18: Entwicklung im Bauhauptgewerbe

Kennzahlen	Einheit	1997	1998	1999
Betriebe	Anzahl	711	672	576
Beschäftigte	Anzahl	36.377	31.904	27.620
Arbeitsstunden	1000 h	44.595	40.531	36.231
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	1.455,5	1.298,8	1.156,0
Gesamtumsatz	Mio. DM	5.933,1	5.168,9	4792,1
darunter: baugewerblicher Umsatz	Mio. DM	5.858,3	5110,5	4.741,3
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	monatlich in DM	3.334	3392	3488
Gesamtumsatz je Beschäftigten	monatlich in DM	13.592	13.501	14.458
Lohn- und Gehaltssumme	je 100 DM Umsatz	24,53	25,1	24,12
Umsatz pro geleistete Arbeiterstunde	DM	133,04	127,5	132,26

Quelle: StaLA M-V; Angaben für Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Tabelle 1-19: Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Handwerk im Jahr 1999

Gewerbegruppe	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
	Umsatz	Beschäftigung
Bau- und Ausbaugewerbe	- 4,1	- 9,1
Elektro- und Metallgewerbe	- 1,3	- 4,4
Holzgewerbe	+ 2,3	- 3,8
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	- 6,0	- 1,6
Nahrungsmittelgewerbe	+ 2,8	+ 6,2
Bäcker	+ 6,6	+ 7,4
Fleischer	+ 0,1	+ 5,1
Gesundheits-, und Körperpflege, chemische und sonstige Reinigung	+ 1,5	- 3,9
Augenoptiker	+ 19,6	- 0,5
Zahntechniker	+ 22,9	- 12,1
Friseure	- 3,6	- 5,2
Gebädereiniger	- 7,6	- 3,0
Glas-, Papier-, keramisches- und sonstiges Gewerbe	+ 2,2	+ 0,7
Druckerhandwerk	+ 15,3	+ 6,3
Handwerk insgesamt	- 1,8	- 5,1

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern

Der gesamtdeutsche Wertschöpfungsanteil des Baugewerbes wird weiter zurückgehen, auch wenn zumindest in den alten Ländern wieder mit einer Zunahme der Wertschöpfung im Baugewerbe gerechnet werden kann. Dieser Zuwachs dürfte allerdings hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zurückbleiben.

Die Landesregierung unterstützt den gravierenden Strukturwandel in der Bauwirtschaft durch konkrete Maßnahmen im Rahmen des Branchendialogs Bauwirtschaft.

Handwerk

Im Jahr 1999 wurde ein Jahresumsatz von 16,8 Mrd. DM erzielt. Dies bedeutet einen Rückgang von 1,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die Beschäftigung in den selbständigen Handwerksbetrieben in Mecklenburg-Vorpommern sank im Jahr 1999 um 5,1 %. Im Vorjahr waren es noch 5,3 %. Hochgerechnet ergibt dieser Rückgang einen Beschäftigungsrückgang von rund 6.000 Personen.

Innerhalb des Handwerks verlief die Entwicklung ungleichmäßig. Die rückläufige Gesamtten-
denz ist vor allem auf die Gewerbegruppen, Bau- und Ausbaugewerbe, Elektro- und Metallgewerbe sowie Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe zurückzuführen.

Positiv entwickelten sich das Nahrungsmittelgewerbe - hier vor allem Bäcker und Fleischer - sowie das Druckerhandwerk. Hier wurden neben Umsatz- auch Beschäftigungszuwächse erreicht.

Das Holzgewerbe erreichte dagegen im letzten Jahr mit weniger Beschäftigten einen größeren Umsatz als im Jahr zuvor. Das gleiche trifft auch auf die Gewerbegruppe der Gesundheits- und Körperpflege, chemischen und sonstigen Reinigung zu. Innerhalb dieser Gruppe konnten vor allem Zahntechniker und Augenoptiker nach Umsatzeinbußen des Jahres 1998 in diesem Jahr wieder ein Umsatzplus verzeichnen. Bei den Friseuren kam es 1999 nach abermals sinkenden Umsätzen erstmals seit 1996 auch zu einem Beschäftigungsabbau.

Handel

Im Einzelhandel konnte im Jahr 1999 ein Umsatzplus von nominal um 2,7 % (real +2,5 %) gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden. In den einzelnen Branchen verlief die Umsatzentwicklung jedoch recht differenziert. Der Trend zur Teilzeitarbeit setzte sich in diesem Bereich weiter fort. Sie nahm um 5,3 % zu. Dagegen verringerte sich die Vollbeschäftigung um 1,3 %. Die Beschäftigung nahm im Einzelhandel 1999 insgesamt um 1,3 % zu

Die Lage im Großhandel hat sich im Laufe des Jahres 1999 weiter verbessert. Es wurde ein leichtes Umsatzplus von nominal 3,3 % (real +3,6 %) erreicht. Umsatzsteigerungen wurden in fast allen Bereichen registriert. Der Bereich Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren erzielte ein deutliches Plus von 15,5 % (real +18,0 %). Rückläufig waren dagegen die Umsätze im Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen (nominal -0,3 %; real -2,1 %). Starke Umsatzrückgänge verzeichnete auch der Bereich des Kfz-Großhandels mit immerhin -6,5 % (real -7,9 %). Die Beschäftigung im Großhandel sank 1999 um 1,8 %. Dabei verringerte sich die Anzahl der Vollzeitarbeitskräfte um 2,3 %. Die Teilzeit nahm um 2,9 % zu.

Tourismuswirtschaft

Der Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern wird ohne Zweifel durch den Tourismus geprägt. Die Tourismuswirtschaft des Landes hat sich durch dynamisches Wachstum der Gästenachfrage, der Übernachtungen und des Umsatzes im Gastgewerbe weiter zu einer stabilen und verlässlichen Säule der Wirtschaft entwickelt.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern besitzt als Reiseziel mit den unterschiedlichen Reisegebieten und der Vielfalt und Qualität der Angebote eine sehr hohe nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Insbesondere die Investitionen des Gastgewerbes, erweiterte Freizeit- und Sportangebote sowie die Fertigstellung und Inbetriebnahme einer Vielzahl öffentlicher Tourismus- und Kultureinrichtungen, haben Mecklenburg-Vorpommern 1999 ein unverwechselbares eigenes Profil und Image gegeben.

Für das Jahr 1999 kann eine außerordentlich erfolgreiche Reiseverkehrsbilanz gezogen werden. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes wurden insgesamt 3,8 Mio. Gäste und 15,6 Mio. Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben mit neun und mehr Betten registriert. Das ist ein neuer Rekord. Damit verknüpft sind Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr von 13,5 % bzw. 17,6 %. Dies sind Spitzenwerte in Deutschland.

Besonders stark vom Boom der Übernachtungszahlen profitierten die Reisegebiete Rügen/Hiddensee mit einem Plus von 21,1 % sowie Vorpommern mit 20,4 %. Aber auch in den übrigen Reisegebieten Westmecklenburg, Mecklenburgische Ostseeküste sowie Mecklenburgische Schweiz und Seenplatte lagen die Zuwachsraten jeweils im zweistelligen Bereich.

Mecklenburg-Vorpommern war nach Bayern das zweitbeliebteste Campingziel. Rund 16 % aller Campingübernachtungen Deutschlands wurden hier registriert; dies waren 866.000 Ankünfte und 3,3 Mio. Übernachtungen. Das entspricht Steigerungsraten von 18,4 % bzw. 20,0 % gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Auslandsgäste wuchs um 11,8 % auf 143.254; darunter kamen allein 45 % aus Dänemark und Schweden.

Die Verweildauer lag bei 4,1 Tagen (1998: 4,0 Tage). Die durchschnittliche Auslastung der vorhandenen Bettenkapazität erhöhte sich 1999 erstmals wieder auf 33,9 % (1998: 33,2 %) und liegt somit 4,1 %-Punkte über der durchschnittlichen Auslastung der gewerblichen Betten aller neuen Bundesländer, die nach dem OSGV-Tourismusbarometer 2000 im Jahr 1999 bei 29,8 % lag.

Die Hotellerie, die über etwa ein Drittel der gesamten Bettenkapazitäten in Mecklenburg-Vorpommern verfügt, lag mit 36,1 % durchschnittlicher Auslastung deutlich über dem Landesdurchschnitt aller Beherbergungsarten und ebenso über dem Vorjahreswert (1998: 34,7 %).

Innerhalb der einzelnen Betriebsarten differiert die Auslastungsentwicklung. So stieg im Bereich der Rehabilitationseinrichtungen die Quote wieder um 6,9 % auf 66,9 %. Größere Betriebe mit zusätzlichen Produkten und eigenen Freizeitinfrastrukturangeboten profitierten ebenfalls von der wachsenden Nachfrage. Dies betrifft im Besonderen die Seebäder, Seeheilbäder, Luftkurorte und Erholungsorte mit einer modernen und abwechslungsreichen Infrastruktur.

Bezogen auf 1.000 Einwohner wurden 1999 rund 8.700 Gästeübernachtungen registriert, 1.300 mehr als im Jahr zuvor. Die Übernachtungszahlen in den vielen kleinen Pensionen und Privatquartieren mit weniger als neun Betten blieben dabei sogar unberücksichtigt, da sie amtlich nicht erfasst werden. Mecklenburg-Vorpommern konnte sich in der Beliebtheitsskala aller deutschen Urlaubsziele somit ganz vorne behaupten.

Im Rahmen einer Studie des Wirtschaftsministeriums vom Frühjahr 2000 über den Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor Tourismus wurden die bisherigen Kennziffern aus der Tourismuskonzeption des Landes von 1998 und auch anderer Studien auf der Basis aktueller Statistiken und Erhebungen neu ermittelt.

In der Auswertung ergeben sich nachfolgende Ergebnisse:

In den Kern- und Nebenbereichen der Tourismusbranche sind rund 106.400 Menschen tätig, davon rund 53.600 im touristischen Kernbereich, insbesondere dem Beherbergungs- und Gastronomiesektor, und rund 53.000 in der 2. und 3. Ausbaustufe der touristischen Dienstleistungen. Damit beträgt der Anteil an der Gesamtbeschäftigung in 1999 rund 15,1 %. Der Anteil der beschäftigten Frauen in diesem Wirtschaftszweig liegt bei ca. 70 %. Die Ausgaben im Urlaubs-, Geschäfts- und Tagestourismus ergaben 1999 einen Bruttowert von 4,7 Mrd. DM, darunter rund 1,5 Mrd. DM in Beherbergung und Gastronomie und rund 2,1 Mrd. DM durch den Tagestourismus. Der errechnete Gesamtumsatz der Branche einschließlich der Vorleistungen von ca. 50 % lag bei 9,9 Mrd. DM. Die durch den Tourismus erwirtschaftete Wertschöpfung lag 1999 bei rund 5 Mrd. DM. Das entspricht einem Anteil von 10,1 % am Bruttoinlandsprodukt für Mecklenburg-Vorpommern.

Der maritimen Tourismuswirtschaft kommt aufgrund der Beschäftigungs- und Wertschöpfungseffekte in Mecklenburg-Vorpommern eine steigende Bedeutung zu. So wird durch Unternehmen der Branche mit ca. 5.800 Beschäftigten ein Umsatz von mehr als 305 Mio. DM erzielt. Die Hauptumsatzträger sind hierbei der Bootstourismus und Wassersport, gefolgt von den maritimen Veranstaltungen, der Fahrgastschiffahrt, der Fährpassagierfahrt und der Kreuzschiffahrt. Allein 1999 konnten die Anläufe von Kreuzfahrtschiffen in Rostock und Sassnitz im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt werden. Die maritime Tourismuswirtschaft trägt etwa 10 % zur gesamten touristischen Wertschöpfung bei.

Tabelle 1-20: Entwicklung der Beherbergungsbetriebe, des Bettenangebotes und der Übernachtungen

	1997	1998	1999
Beherbergungsbetriebe insgesamt *	1.917	2.084	2.229
Betten Insgesamt *	114.086	130.098	146.131
Übernachtungen	11.579.000	13.279.580	15.615.850
Übernachtungen pro Bett	98,3	102,1	106,9
Durchschnittliche Bettenauslastung der angebotenen Betten	34,1	33,2	33,9

* jeweils im Durchschnitt des Jahres

Tabelle 1-21: Die beliebtesten Urlaubsziele in Deutschland

Land	Gästeübernachtungen		Veränderung	Übernachtungen pro 1.000 Einw.	
	1998	1999	1999/1998	1998	1999
	Mio.		%		
1. Mecklenburg-Vorpommern	13,3	15,6	+ 17,6	7.383	8.700
2. Schleswig-Holstein	20,5	20,5	+ 0,3	7.405	7.414
3. Bayern	68,6	70,9	+ 3,4	5.673	5.850
4. Rheinland-Pfalz	16,9	17,9	+ 5,5	4.207	4.434
5. Niedersachsen	32,3	32,6	+ 1,0	4.106	4.143
6. Hessen	22,9	24,0	+ 5,0	3.790	3.974
7. Nordrhein-Westfalen	34,7	35,6	+ 2,5	1.933	1.981
nachrichtlich:					
Westdeutschland	240,0	247,5	+ 3,2	3.714	3.825
Ostdeutschland	54,6	60,5	+ 10,9	3.135	3.482
Deutschland	294,6	308,0	+ 4,6	3.590	3.752

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Abbildung 1-6: Gäste in Mecklenburg-Vorpommern 1992 - 1999

in Beherbergungsstätten (ab 9 Betten) und auf Campingplätzen insgesamt (in 1.000)

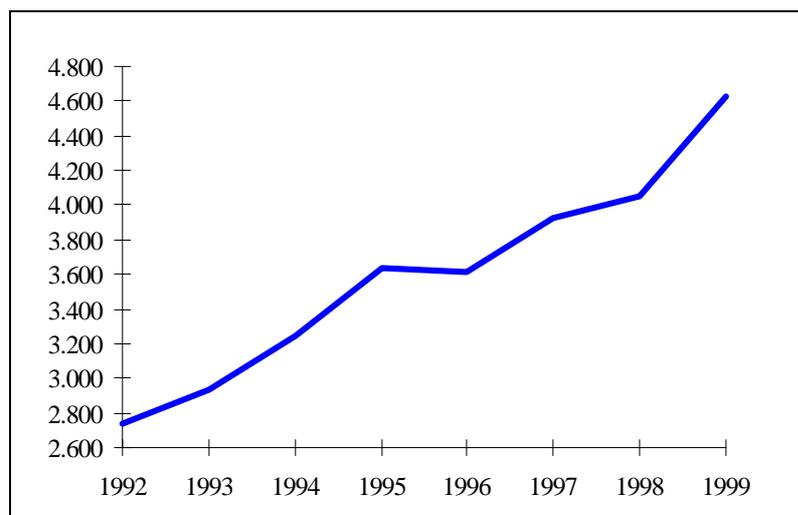
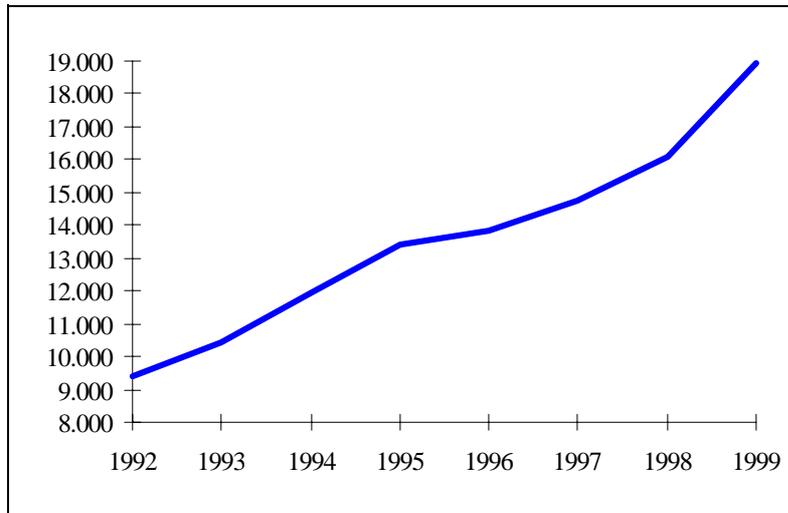


Abbildung 1-7: Übernachtungen in Mecklenburg-Vorpommern 1992 - 1999
in Beherbergungsstätten (ab 9 Betten) und auf Campingplätzen insgesamt (in 1.000)



Dienstleistungswirtschaft

Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland - und damit auch die Mecklenburg-Vorpommerns - wird entscheidend mitbestimmt von der qualitativen und quantitativen Entwicklung des Dienstleistungssektors. Der vielfach beschriebene und auch in der Wissenschaft diskutierte strukturelle Veränderungsprozess von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und schließlich zur Informations- und Wissensgesellschaft findet weltweit statt und ist mit erheblichen ökonomischen Konsequenzen verbunden.

Es darf vermutet werden, dass in Deutschland auf dem Dienstleistungssektor weitere Entwicklungsmöglichkeiten und ungenutzte Potenziale vorhanden sind, die durch unternehmerische Innovationen erschlossen werden können. Damit verbinden sich auch Erwartungen auf neue Arbeitsplätze - sowohl für niedrig - als auch für hochqualifizierte Arbeitnehmer. Die Erschließung der Dienstleistungspotenziale ist aus gegenwärtiger Sicht eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, denn die Rationalisierungsprozesse in der Industrie sind noch längst nicht abgeschlossen.

Die Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleistungen bedingt, dass spezielle Tätigkeiten und Fertigkeiten gefragt werden, auf die sich die Aus- und Weiterbildung einstellen muss. So wie früher die Ausbildung in groben Zügen auf Landwirtschaft und Industrie ausgerichtet war, ist jetzt eine Beschäftigung mit zum Teil neuen Berufsbildern erforderlich, die auf Grund der Tertiärisierung - d. h. der Verschiebung der sektoralen und funktionalen Gewichte - und des technischen Fortschritts entstehen.

Nach Berechnungen des ifo-Instituts stieg die reale Wertschöpfung der ostdeutschen Dienstleister zwischen 1991 und 1997 anderthalbmal so stark wie die Wertschöpfung in der Gesamtwirtschaft. Seit 1992, als die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr 18,6 % betrug, nahm die Dynamik der Dienste jedoch rapide ab (1996: +4,3 %, 1997: +2,4 %). Daraus folgt, dass auch der Service-Sektor - wegen der engen Verflechtungen zwischen Industrie und Dienstleistungen - ein wirtschaftlich starkes Umfeld mit einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur einschließlich einer leistungsfähigen Industrie braucht, um voll zur Entfaltung kommen zu können.

Ein wichtiger Teil des Dienstleistungsbereichs stellen die unternehmensnahen Dienstleistungen dar. Trotz enormer Zuwachsraten in den vergangenen Jahren besteht in den neuen Ländern hier noch Nachholbedarf.

Bei den in den vergangenen Jahren entstandenen unternehmensnahen Dienstleistern handelt es sich überwiegend um kleine und mittelständisch strukturierte Unternehmen. Im Vergleich zu den Bau- und Industrieunternehmen überwiegen bei den Dienstleistern sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Umsätzen die unteren Größenklassen. Gleichzeitig sind diese Dienstleistungsunternehmen durch ein vergleichsweise hohes Qualifikationsniveau der Beschäftigten gekennzeichnet.

Freie Berufe

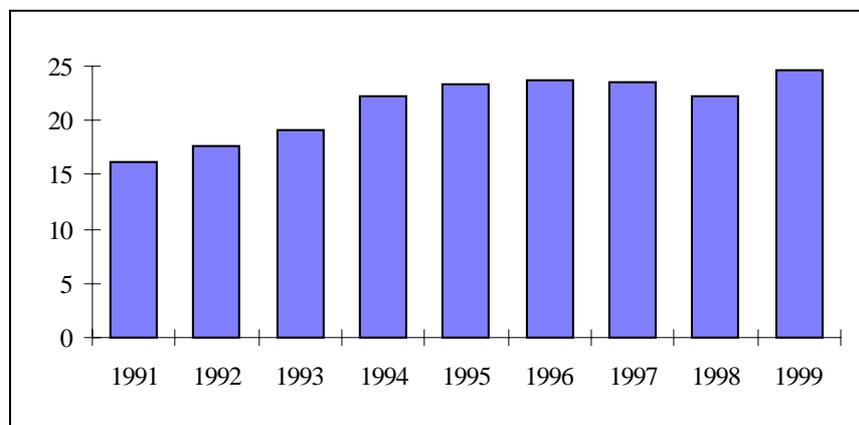
Die Entwicklung des Dienstleistungsangebotes der Freien Berufe in Mecklenburg-Vorpommern zeigt 1999 wie bereits in den Vorjahren eine steigende Tendenz, wenn auch auf niedrigem Niveau. Dieses bietet für den Verbraucher eine günstige Ausgangssituation im Wettbewerb, führt jedoch teilweise zu ruinösen Praktiken und Anwendungen der Gebührenordnungen. Hierunter leidet vor allem die große Anzahl von Architekten und Bauingenieuren. Trotz gleichzeitig sinkender Bauaufträge ist weiterhin ein Anstieg von Planern auf diesem Gebiet zu verzeichnen. Ebenso ist von einer Sättigung im medizinischen Bereich auszugehen; auch hier steigt die Niederlassung von Ärzten trotz rückläufiger demographischer Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Dieses Überangebot im Markt wird jeden Einzelnen zwingen, die Qualität seiner Leistungen zu verbessern und soweit möglich, zusätzliche Märkte außerhalb des Landes zu suchen. Deshalb ist die Landesregierung bemüht, die Förderprogramme für Freie Berufe auf eine Qualitätsoptimierung und die Ausweitung ihrer Märkte auszurichten.

Informationstechnik und Telekommunikation (IuK)

Die IuK-Branche in Mecklenburg-Vorpommern umfasst mittlerweile über 550 Unternehmen, von denen rund 180 Firmen Forschung und Entwicklung betreiben. Die Umsatz- und Beschäftigtenzahlen stiegen stetig. Gegenwärtig sind in dieser Branche etwa 5.000 Personen im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Weitere 5.000 Beschäftigte sind im Telekommunikationsbereich tätig. Hinzu kommen noch die sich mit zunehmender Dynamik entwickelnden Call-Center. Derzeit gibt es in unserem Land 28 derartige Einrichtungen mit fast 5.000 Beschäftigten. In Mecklenburg-Vorpommern kann also von einer Gesamtbeschäftigtenzahl im IuK-Bereich von annähernd 15.000 ausgegangen werden.

Tabelle 1-22: Freie Berufe 1998 und 1999

	1998	1999
	Anzahl	
Heilkundliche Berufe		
Ärzte	2.430	2.471
Zahnärzte	1.330	1.338
Apotheker	746	770
Rechts- und wirtschaftsberatende Berufe		
Rechtsanwälte	1.197	1.296
Steuerberater/Steuerbevollmächtigte	524	553
Wirtschaftsprüfer/Vereidigte Buchprüfer	89	98
Technische u. naturwissenschaftliche Berufe *		
Architekten	1.169	1.172
Beratende Ingenieure/Freie Ingenieure	1.923	1.954

Abbildung 1-8: Seegüterumschlag der Seehäfen 1991 - 1999 (in Mio. t)

Hafenwirtschaft und Seeverkehr

Die Hafenwirtschaft ist ein sehr wichtiges wirtschaftliches Standbein in unserem Land. Der besonderen strategischen Substanz der Hafenwirtschaft misst die Landesregierung große Bedeutung bei. Mecklenburg-Vorpommern ist mit seinen kleinen bis mittelgroßen und äußerst flexiblen Häfen ein wichtiges Verbindungsglied im europäischen Nord-Süd- und Ost-West-Verkehr.

Im Güterumschlag über See haben weltwirtschaftliche Sonderfaktoren - Krisen in Russland und Asien - sowie umfangreiche Umbau- und Sanierungsarbeiten an Hafenanlagen zu einem Rückgang des Umschlages in unseren Häfen von 23,6 Mio. Tonnen in 1997 auf 22,2 Mio. Tonnen in 1998 geführt. 1999 haben die See- und Fährhäfen in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Seegüterumschlag von 24,7 Mio. Nettotonnen das beste Ergebnis seit der Wende erzielt. Im Vergleich zu 1998 entspricht dies einer Steigerung um 2,5 Mio. Tonnen (+11,3 %). Hervorzuheben sind insbesondere die Umschlagszuwächse in Wismar (+32,0 %), Rostock (+12,9 %) und Wolgast (+13,4 %). Unter Berücksichtigung der Eigengewichte der Transportmittel im Fährverkehr erhöht sich der Seegüterumschlag der Häfen in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu 1998 von 28,5 Mio. Tonnen auf 31,0 Mio. Tonnen.

Tabelle 1-23: Verkehr auf den Flughäfen Rostock-Laage, Heringsdorf, Neubrandenburg und Parchim

Verkehrsart	1997	1998	1999
Flughafen Rostock-Laage			
Flugbewegungen	11.100	12.700	12.750
Fluggäste	79.000	103.000	88.000
Luftpost (t)	1.783	2.432	3.400
Flughafen Heringsdorf			
Flugbewegungen	10.000	8.800	9.700
Fluggäste	25.100	23.200	21.600
Flughafen Neubrandenburg			
Flugbewegungen	10.250	10.800	13.000
Fluggäste	19.600	18.100	25.900
Flughafen Schwerin-Parchim			
Flugbewegungen	7.600	7.600	10.600
Fluggäste	8.600	10.700	13.800

Quelle: Angaben der Flughäfen

Luftverkehr

Der gewerbsmäßige Luftverkehr in Mecklenburg-Vorpommern hat sich auch 1998 und 1999 überwiegend positiv entwickelt. Die Anzahl der beförderten Passagiere an allen 20 Flugplätzen im Lande stieg leicht von insgesamt rund 226.000 auf rund 228.600. Davon sind etwa ein Drittel im gewerbsmäßigen Luftverkehr befördert worden. Die Anzahl der Flugbewegungen nahm im gleichen Zeitraum um 3 % zu von 91.000 auf 94.000.

1.3 Perspektiven für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2000/2001

In den letzten Jahren wurden in den neuen Ländern beachtliche Fortschritte erreicht. Hierzu zählen unter anderem die Modernisierung der Produktionsanlagen, die wirtschaftsnahe Infrastruktur, der Bereich des Wohnungs- und Städtebaus sowie die Beseitigung von Umweltschäden. Der Aufholprozess ist ein gutes Stück vorangekommen und die weiteren Perspektiven lassen hoffen. Jedoch muss nach den neuesten Zahlen zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes festgestellt werden, dass sich der Angleichungsprozess zur Zeit in einem schwierigen Abschnitt befindet. Er kommt - ungeachtet der Fortschritte in einigen Teilbereichen - gesamtwirtschaftlich gesehen gegenwärtig nicht voran. Deshalb bleiben auch in den nächsten Jahren große Anstrengungen erforderlich, um eine moderne Wirtschaft und eine leistungsfähige Infrastruktur in den neuen Ländern zu entwickeln. Vor allem gilt es, die strukturellen Schwächen in der ostdeutschen Wirtschaft zu mindern.

Als ein deutlicher Beleg für noch viele ungelöste Probleme sind die hohen Arbeitslosenzahlen anzusehen. Die ostdeutschen Unternehmen liegen bei der Produktivität in ihrer Gesamtheit noch deutlich hinter den westdeutschen Unternehmen zurück. Die Ertragslage ist insgesamt noch immer unzureichend und hat sich in der jüngsten Vergangenheit kaum verbessert. Auch auf den überregionalen Märkten sind die ostdeutschen Unternehmen noch nicht ausreichend präsent. Darüber hinaus bestehen noch deutliche Defizite im Bereich der Infrastruktur. Für die neuen Länder kommt es vor allem darauf an, eine klare und verlässliche Perspektive zu haben. Es ist wichtig zu wissen, unter welchen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Aufbau Ost weitergeführt wird. Die Solidarität mit den ostdeutschen Ländern muss auch über das Jahr 2004 hinaus gewahrt bleiben. Mecklenburg-Vorpommern ist zuversichtlich, dass sich eine Anschlussregelung für den Solidarpakt finden lässt.

Die Einschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern ähneln sich in den verschiedensten Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Forschungsinstitute, des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Bundesregierung. Die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung in den neuen Ländern wird aber dadurch erschwert, dass für diese keine eigenständigen Prognosen mehr errechnet werden.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigen in ihrem Frühjahrsgutachten 2000, dass sich Deutschland im Jahr 2000 in einem kräftigen Aufschwung befindet. Sie stellen fest, dass seit Mitte 1999 die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung rasch zunimmt. Der Aufschwung wird größtenteils durch den Export vorangetrieben. Die Binnennachfrage nimmt ebenfalls zu.

Die konjunkturelle Erholung hat seit dem Herbst des vergangenen Jahres auch den gesamten Arbeitsmarkt erfasst. Vor allem in den alten Ländern hat sich der Arbeitsmarkt belebt. Hier hat sich die Zahl der Erwerbstätigen deutlich erhöht und die Zahl der Arbeitslosen ist zurückgegangen.

Positiv werden sich auch die im Rahmen der geplanten Reform der Einkommen- und Unternehmenssteuer vorgesehenen Entlastungen auf die gesamtwirtschaftliche Lage auswirken.

Insgesamt wird von den Forschungsinstituten die reale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2000 und 2001 auf jeweils +2,8 % geschätzt. Im Zuge der steigenden Wachstumsraten wird sich auch die Beschäftigung zügig ausweiten und die Zahl der Arbeitslosen wird weiter zurückgehen. Der Preisanstieg wird trotz der anhaltenden konjunkturellen Expansion moderat bleiben. Die konjunkturellen Aussichten für die gesamte deutsche Wirtschaft sind damit sehr günstig. Aber im Verlauf des Jahres ist damit zu rechnen, dass sich das Tempo verringern wird.

Im Verarbeitenden Gewerbe sind weiterhin positive Tendenzen zu beobachten; so könnte die Industrieproduktion im Jahresverlauf 2000 wiederum zunehmen. Dagegen ist im Baugewerbe auch im Jahr 2000 ein Rückgang zu erwarten. Im tertiären Sektor gleichen sich die Wachstumsraten in Ost und West weitgehend an. Bei verschiedenen Unternehmensdienstleistern können sogar höhere Steigerungsraten als im Westen erwartet werden.

Für das Jahr 2000 und 2001 ist in den neuen Ländern weiterhin mit einem leichten Rückgang der Erwerbstätigkeit zu rechnen. Für das Jahr 2000 ist ein Rückgang der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern um 14.000 Personen zu erwarten. Im folgenden Jahr sinkt die Zahl der Arbeitslosen noch einmal um knapp 30.000. Die Arbeitslosenquote wird von den Wirtschaftsforschungsinstituten auf 16,8 % im Jahresdurchschnitt geschätzt.

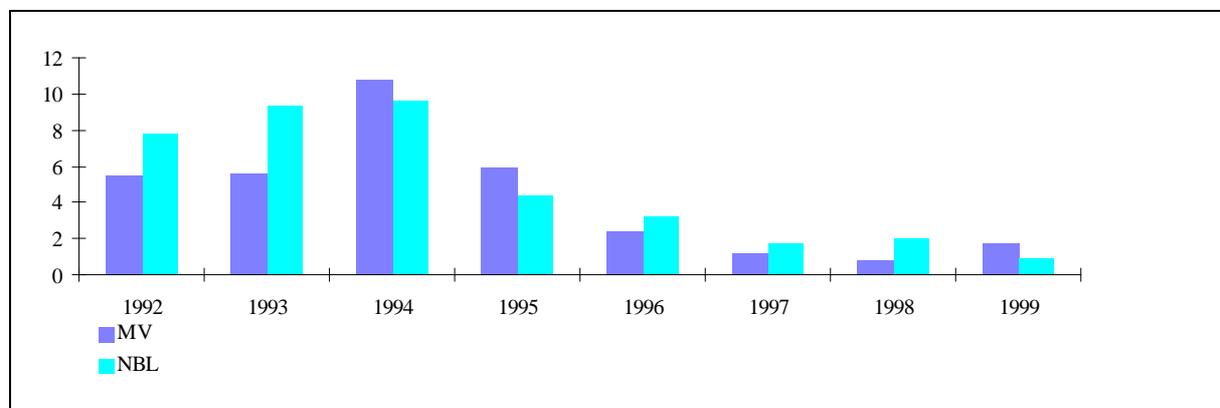
Für Mecklenburg-Vorpommern wird im Jahr 2000 mit einem Wachstum entsprechend dem Durchschnitt der neuen Länder gerechnet. Die - gemessen an den Erfordernissen - relativ geringe Wachstumsrate des Wirtschaftswachstums begründet sich vor allem mit deutlichen Rückgängen der Wirtschaftsleistung in der Bauwirtschaft, da der Umstrukturierungsprozess in diesem Bereich noch nicht abgeschlossen ist. Gleichwohl werden sich der Strukturwandel und der Anpassungsprozess fortsetzen.

In dem Maße wie wachstumsträchtige Branchen, so z.B. das Verarbeitende Gewerbe und der Dienstleistungssektor, weiterhin an Gewicht zunehmen und sich gleichzeitig die Baubranche konsolidiert, wird das Wirtschaftswachstum in Mecklenburg-Vorpommern wieder deutlicher ausfallen. Die NORD/LB - Landesbank für Mecklenburg-Vorpommern - geht davon aus, dass das Wirtschaftswachstum in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2000 nicht viel unter dem für Gesamtdeutschland prognostizierten Wachstum von bis zu 3 % bleiben wird.

Die zuletzt moderate Lohnentwicklung und die durch andere Rahmenbedingungen geschaffenen günstigen Bedingungen für die Wirtschaftstätigkeit sollten durch die dringend erforderlichen Reformen flankiert werden, damit die wirtschaftliche Dynamik sich erhöht und über längere Zeit anhält. Die Unternehmen benötigen vor allem klare, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, die zur Investitionstätigkeit in Deutschland ermutigen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen. Der staatlichen Wirtschaftspolitik werden beim Aufbau Ost auch Grenzen aufgezeigt. So ist sie nicht in der Lage, negative Auswirkungen auf die Kostensituation der Unternehmen im Falle einer sich nicht an den Produktivitätsfortschritten orientierenden Tarifpolitik zu kompensieren. Ihr bleibt nur die Möglichkeit, günstige Investitions- und Standortbedingungen zu schaffen. Der Entfaltung von privater unternehmerischer Tätigkeit kommt eine entscheidende Rolle beim Aufbauprozess einer leistungsfähigen Wirtschaft zu. Hierfür bietet Mecklenburg-Vorpommern viele Standortvorteile.

Abbildung 1-9: Wirtschaftswachstum in MV und NBL

Reale Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (Berechnungsstand März 2000); 1999 (ESVG 1995)

Tabelle 1-24: Prognosen 2000 - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Deutschland	Frühjahrs- gutachten ¹	Sachver- ständigenrat ²	Prognose- spektrum ³	JWB Bund ⁴
BIP real	2,8	2,7	2,3 - 2,8	2,5
BIP nominal	3,0	3,8	2,9 - 3,9	3 - 3,5
Privater Verbrauch real	2,3	2,1	2,0 - 2,3	2,5
Staatsverbrauch real	0,2	1,1	-0,1 - 1,1	1,0
Bruttoanlageinvestitionen real	3,2	3,4	2,6 - 3,8	3,0
Ausrüstungen	6,7	5,8	4,9 - 6,7	5,0
Bauten	0,5	1,0	-0,3 - 2,1	1,5
Inlandsnachfrage real	1,9	2,2	1,8 - 2,2	2,0
Ausfuhr real	9,3	6,6	6,1 - 9,3	7,0
Einfuhr real	6,5	5,1	4,9 - 7,2	6,0
Volkseinkommen	2,7	3,6	3,2 - 3,8	3,0
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit	2,3	2,3	1,7 - 2,5	2,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,4	6,8	5,3 - 7,1	5,5
Verfügbares Einkommen	3,8	3,7	3,3 - 3,8	3,5
Sparquote (%)	9,3	9,1	9,1 - 9,8	9,5
Arbeitslosenquote (%)	9,6	9,9	9,7 - 9,9	10,0

¹ April 2000;² November 1999;³ Institute, Organisationen und Banken von Okt. 1999 bis Jan. 2000⁴ Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2000

2. Ein Standort mit Zukunft

2.1 Wirtschaftsnahe Infrastruktur

Für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern ist der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur von fundamentaler Bedeutung. Defizite gibt es vor allem noch bei der kommunalen Infrastruktur. Diese müssen schnellstmöglich beseitigt werden, um die wirtschaftlichen Standortbedingungen Mecklenburg-Vorpommerns weiter zu verbessern.

Deshalb wurden und werden die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (GA) und des »Europäischen Fonds für regionale Entwicklung« (EFRE) bereitstehenden Finanzmittel im erheblichen Umfang für den Aufbau und die Modernisierung der wirtschaftsnahen Infrastruktur eingesetzt.

Die wirtschaftsnahe Infrastruktur muss die vorhandenen industriellen Zentren stabilisieren und nachhaltig für die Verbreiterung der industriellen Basis sorgen. Der Schlüssel für Aktivitäten von Investoren liegt auch zukünftig in der bedarfsgerecht zur Verfügung gestellten Infrastruktur.

Im Rahmen der Erschließung von Industrie- und Gewerbegebiete wurden bisher 185 Gewerbegebiete mit einer nutzbaren Fläche von rund 3.700 ha gefördert, die im Landesdurchschnitt zu mehr als zwei Drittel ausgelastet sind. Darunter befinden sich 44 wieder nutzbar gemachte Altstandorte, die einen Schwerpunkt der Förderung bilden. Die Förderung der Erschließung neuer Flächen erfolgt nur noch im Einzelfall bei konkreten Ansiedlungsvorhaben von Investoren. Zunehmende Bedeutung hat die sich an den regionalen Anforderungen orientierte Förderung von Einzelmaßnahmen an Gewerbebeständen zur Verbesserung der kleinräumigen Infrastruktur, d.h. beispielsweise Bau funktionsfähiger Straßenverbindungen, Ver- und Entsorgungseinrichtungen und ähnliches. Bestehende Standortnachteile müssen kontinuierlich kompensiert werden. Das beinhaltet auch wettbewerbsfähige Preise und Gebühren.

Dem Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur im Umfeld von Gewerbebeständen und die Anbindung an überregional bedeutsame Straßen kommt eine Schlüsselstellung zu. In der Förderpraxis zeigt sich immer wieder, dass die Transportwege für Investoren eine immens wichtige Bedeutung haben. Durch den Bau der Ostseeautobahn verbessert sich deutlich die Erreichbarkeit verkehrsmäßig bisher schlecht erschlossener Regionen. Die Gewerbebestände werden künftig auf direktem Wege mit der A 20 verbunden sein. Prioritäten werden auch beim Ausbau der Hafeninfrastruktur gesetzt.

Die Förderung überbetrieblicher Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten (ÜBS) sowie von Berufsschulen erfolgt mit dem Ziel, die Ausbildungsbedingungen umfassend und nachhaltig zu verbessern. Durch die Förderung von Forschungs-, Technologie- und Gewerbezentren kann das Potenzial zukunftssträchtiger Technologien genutzt werden. Darüber hinaus ist die Verbesserung der touristischen Infrastruktur einer der Schwerpunkte der GA/EFRE-Förderung.

Die sich wandelnden Anforderungen an einen Standort zur Verringerung von Entwicklungsunterschieden sind oft nur im regionalen Verbund zu erfüllen. Für viele kommunale Aufgaben wird eine gemeinsame Planung und Umsetzung in größeren räumlichen Zusammenhängen immer dringlicher.

Als Fazit bleibt festzustellen: Nur durch fortdauernde Verbesserungen der wirtschaftsnahen Infrastruktur kann der Anschluss des Landes an das wirtschaftliche Niveau der westdeutschen Länder geschafft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Unternehmen verbessert werden.

Tabelle 2-1: Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur nach Investitionsarten 1998 und 1999*

Investitionsarten	Bewilligte Anträge	Investitions- volumen	Förder- volumen
	Anzahl	Mio. DM	
Industrie- und Gewerbelände sowie Wiederherstellung und Standortverbesserung von Altstandorten	13	75,8	56,3
Errichtung und Ausbau von Verkehrsverbindungen	17	36,1	25,4
Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen	25	171	106,2
Überbetriebliche Aus-, Fort- und Umschulungsstätten sowie Berufsschulen	18	117,4	71,7
Errichtung/Ausbau von Technologie- und Gründerzentren	2	26,1	20,9
Verbesserung der touristischen Infrastruktur	137	161	102,6
Regionale Entwicklungskonzepte	2	0,1	0,09
Planungs- und Beratungsleistungen Infrastruktur	35	3,4	2,5
Summe	249	590,9	385,69

* einschließlich VE für Folgejahre

Quelle: Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern

2.2 Verkehrsinfrastruktur

Zweifelsohne ist die überregionale Erreichbarkeit Mecklenburg-Vorpommerns auf dem Straßen-, Schienen-, Luft- oder Wasserweg ein grundlegender Standortfaktor. Und der soll sich - insbesondere für die bisher abgelegenen vorpommerschen Regionen - in den kommenden Jahren vor allem durch den Bau der Ostseeautobahn A 20 grundlegend verbessern, zumal viele Gewerbestandorte auf direktem Wege mit der A 20 verbunden sein werden. Priorität hat auch der Ausbau der Eisenbahnen und der Seehäfen.

Straßeninfrastruktur

Das Straßennetz in Mecklenburg-Vorpommern umfasst rund 20.000 km. Darunter sind 262 km Autobahn, 2.070 km Bundesstraßen, 3.224 km Landes- und 4.185 km Kreisstraßen. Seit 1990 wurden rund 90 % der Bundesstraßen und rund 40 % der Landesstraßen in Mecklenburg-Vorpommern erneuert bzw. ausgebaut. Bund und Land setzten seither nahezu 4 Mrd. DM für die Modernisierung des gesamten Straßennetzes im Land ein.

Verkehrsprojekte

Das größte straßenbauliche Vorhaben ist die zu den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit zählende Autobahn A 20. Sie wird in Mecklenburg als West-Ost-Verbindung und in Vorpommern als Nord-Süd-Verbindung die küstennahen Verkehrsströme einschließlich der hafenorientierten Verkehre aufnehmen und das Land mit den großen Wirtschaftszentren verbinden. Die Autobahn schafft günstige Voraussetzungen für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe in verkehrsmäßig bisher schlecht erschlossenen Räumen. Von den 324 km (282 km in MV) der A 20 wurden 26,5 km zwischen der Anschlussstelle Grevesmühlen und dem Autobahndreieck Wismar Ost bereits 1998 fertiggestellt. Im Mai bzw. Dezember 2000 werden die Abschnitte Schönberg-Grevesmühlen (16,3 km) und Wismar Ost-Autobahnkreuz Rostock (51 km) dem Verkehr übergeben. Im Bau befinden sich weitere 80 km (59 davon in MV). In einigen Bauabschnitten entstehen bereits die großen Brückenbauwerke. 89 wurden fertiggestellt und 63 werden z.Z. gebaut. Bis 2005 soll die gesamte Autobahn fertiggestellt werden. Die Gesamtkosten für die Autobahn auf Landesgebiet werden bei rund 3,2 Mrd. DM liegen. Der Hauptteil der Aufträge - 60 bis 70 % - geht an einheimische Firmen.

Bis 2005 soll auch der Rügenzubringer B 96 n fertiggestellt und damit eine verbesserte Verkehrsanbindung Nordvorpommern und Rügen geschaffen werden. Die zweite Strelasundquerung soll zum Teil aus privaten Mitteln finanziert werden.

Zwischen Schwerin und Wismar wird an der Verlängerung der A 241 gearbeitet.

Tabelle 2-2: Straßenbaubilanz 1998/99

	Mio. DM	Bundesfernstraßen		Landesstraßen
		Autobahnen	Bundesstraßen	
Ausgaben für Bau und Unterhaltung gesamt		857		316
Neubau von Straßen	km	26	30	2
Erneuerung und Ausbau von Straßen	km	36	169	258
Neubau von Brücken	Anzahl	6	37	21
Sanierung von Brücken	Anzahl	7	24	17
Bau von Radwegen	km	-	79	44
Ausrüstung mit Schutzplanken	km	25	21	6
Ausbau von Knotenpunkten	Anzahl	-	37	26
Ausstattung mit Lichtsignalanlagen	Anzahl	-	32	9
Ausbau von Ortsdurchfahrten	Anzahl	-	31	27
Beseitigung von Bahnübergängen	Anzahl	-	14	-

In den Jahren 1998 und 1999 wurden 26,5 km Autobahn neu gebaut, 66 km Autobahn erneuert, 30 km Bundesstraßen neu gebaut, 169 km Bundesstraßen saniert sowie 278 km Landesstraßen saniert. An Bundes- und Landesstraßen wurden 124 km Radwege neu angelegt und 99 Brücken gebaut oder instandgesetzt. Trotz dieser beachtlichen Leistungen besteht jedoch immer noch ein großer Nachholbedarf, insbesondere bei Landes-, Kreis- und kommunalen Straßen.

Im Jahr 2000 stehen in Mecklenburg-Vorpommern für den Bau von Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen insgesamt 675 Mio. DM zur Verfügung. Zahlreiche neue Ortsumgehungen - erhöhen Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit sowie Wohn- und Lebensqualität der Anwohner an den vorherigen Durchfahrtsstraßen. Fertiggestellt sind die Ortsumgehungen B 104 Gadebusch, B 106 Schwerin, B 5 Boizenburg, B 105 Kröpelin, B 106 Wismar, B 104 Brüel und B 104 Schönberg. Im Bau befinden sich die Umgehungen B 104 Schwerin, B 105 Bentwisch, B 96/105 Stralsund, B 96 Greifswald, B 109 Anklam, B 96 Neustrelitz, B 110 Jarmen und B 192 Penzlin. Weitere sind in der planerischen Vorbereitung.

Straßengüterverkehr

Der Lastkraftwagen ist auch in Mecklenburg-Vorpommern der dominierende Verkehrsträger des Güterverkehrs.

Unter den gegebenen Rahmenbedingungen des Angebots erfüllt der Lkw die gestiegenen Anforderungen der Nachfrage nach Transport- und Logistikleistungen vielfach vorteilhafter und preislich günstiger als die Eisenbahn.

Die kleinen und mittleren Unternehmen des Speditions- und Transportgewerbes in Mecklenburg-Vorpommern leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Sie tun dies in einem Transportmarkt, der durch einen scharfen Preiswettbewerb mit Unternehmen aus West- und Osteuropa, zunehmenden Kostenbelastungen insbesondere durch gestiegene Dieselpreise und im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz ungleiche Wettbewerbsbedingungen gekennzeichnet ist. Aufgrund dieser Marktlage stellt sich für eine zunehmende Zahl von Unternehmen die Existenzfrage. Dementsprechend hat sich die Stimmung im deutschen Straßengüterverkehrsgewerbe erheblich verschlechtert.

Die anstehende Osterweiterung der EU wird auf die Wirtschaft und die Verkehrsinfrastruktur erhebliche Auswirkungen haben. Die Transportunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern werden in besonderem Maße aufgrund der höheren Kostenbelastungen in Gefahr geraten, Marktanteile zu verlieren. In Abstimmung mit den Verbänden des Güterkraftverkehrs werden Übergangsregelungen angestrebt.

Mit der steigenden Belastung der Straßen nimmt auch die Kritik am Straßengüterverkehr zu. Im Interesse der Bevölkerung, der Umwelt und auch des Straßenverkehrs selbst wird versucht, die Vorteile der Verkehrsträger Schiene und Schiff stärker als bisher zu nutzen. Dazu ist es erforderlich, dass sich das Angebot im Schienengüterverkehr einschließlich des kombinierten Verkehrs in Preis und Qualität erheblich verbessert. Mehr Wettbewerb auf der Schiene und bessere Rahmenbedingungen für den Eisenbahnverkehr europaweit sind erforderlich. Dies erfordert auf europäischer Ebene die Öffnung des Marktzugangs sowie Angleichungen von technischen Systemen und Normen. Der Schienengüterverkehr muss seinen Stärken entsprechend auf mittleren und langen Strecken konkurrenzfähig gemacht werden. Dann lassen sich auch die vom Land unterstützten Vorhaben zur Förderung des Kombinierten Verkehrs, insbesondere im Seehafen und im Güterverkehrszentrum Rostock, zielentsprechend verwirklichen.

Eisenbahninfrastruktur

Das Schienennetz in Mecklenburg-Vorpommern umfasst insgesamt 2.019 km. Von den 1.611 km im Personenverkehr werden 1.002 km als Hauptbahnen und 609 km als Nebenbahnen betrieben. Vom gesamten Streckennetz sind 25 % zweigleisig und 43 % elektrifiziert. 400 Anschlussbahnen bzw. -gleise für Wirtschaftsunternehmen ergänzen das Netz.

Auf der Insel Usedom führt die Usedomer Bäderbahn - eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn AG - auf 52 km Nebenbahnstrecke den Schienenpersonennahverkehr durch. Ende Mai 2000 wird das Unternehmen zusätzlich den Betrieb auf der 19 km langen Festlandsstrecke Züssow-Wolgast übernehmen. Zu den Nebenbahnen gehören auch die überwiegend für den Tourismus bedeutsamen Schmalspurbahnen: Der »Molli« im Landkreis Bad Doberan sowie der »Rasende Roland« auf der Insel Rügen - mit zusammen 40 km Länge. Beide Bahnen gingen mit der Regionalisierung in das Eigentum der Landkreise über.

Ausbau der Eisenbahninfrastruktur

Schienenpersonenfernverkehr

- Ausbau der Strecke Lübeck bzw. Hagenow Land - Bad Kleinen - Rostock - Stralsund für eine Geschwindigkeit von 160 km/h, teilweise Elektrifizierung und Zweigleisigkeit (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 1); Forderung des Landes nach Zweigleisigkeit mit Elektrifizierung auf der Gesamtstrecke und Verbindungskurve Bad Kleinen; Fertigstellung des eingleisigen Ausbaus auf dem Abschnitt Ribnitz-Damgarten West - Stralsund im Herbst 1999 erfolgt.
- Ausbau der Strecke Rostock-Neustrelitz-Berlin zur Erreichung einer Fahrzeit von unter 2 Stunden
- Ausbau der Strecke Stralsund-Pasewalk-Berlin zur Erreichung einer Fahrzeit von rund 2 Stunden
- Ausbau der Strecke Bützow-Neubrandenburg-Stettin, Ziel ist eine Fahrzeit von ca. 3 Stunden zwischen Lübeck und Stettin
- Beschleunigung der Strecken Stralsund - Neubrandenburg - Neustrelitz und Wismar - Bad Kleinen für mindestens 120 km/h, sowie der Strecke Rehna - Schwerin - Parchim für 80 km/h bis 120 km/h.

Schienenpersonennahverkehr

- Eisenbahnanbindung der Insel Usedom über eine kombinierte Straßen-/Eisenbahnklappbrücke in Wolgast, Inbetriebnahme im Mai 2000; sukzessiver Ausbau des Inselbahnstreckennetzes auf 80 km/h und der Zulaufstrecke Züssow - Wolgast für 100 km/h.
- Die Strecke Wismar - Rostock - Tessin wird derzeit für 80 km/h ausgebaut; komplette Fertigstellung im November 2000.
- Ausbau der Strecke Rövershagen-Graal Müritz für 80 km/h mit Elektrifizierung
- Fertigstellung des Gleises Putbus - Lauterbach Mole zu einem auch für die Schmalspurbahn Rasender Roland geeigneten Dreischienengleis im Mai 1999 abgeschlossen.

Um einer weiteren Verlagerung der Verkehrsleistungen von der Schiene auf die Straße entgegenzuwirken, muss die Attraktivität des Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene weiter verbessert werden, unter anderem durch höhere Geschwindigkeiten im Fernverkehr wie im Personennahverkehr. Die dafür notwendigen Investitionen sollen vorwiegend aus dem sogenannten Altlastenfonds nach dem Deutsche-Bahn-Gründungsgesetz gespeist werden, den der Bund zur Angleichung des ostdeutschen Schienennetzes an den Standard der früheren Deutschen Bundesbahn (DB) eingerichtet hat.

Schienenpersonenfernverkehr

Der Schienenpersonenfernverkehr wird von der Deutschen Bahn AG (DB AG) eigenwirtschaftlich betrieben und hinsichtlich der Angebotsgestaltung lediglich mit den Ländern abgestimmt. In Mecklenburg-Vorpommern verkehren auf den Hauptverkehrsachsen InterRegio-Züge, ergänzt durch einzelne InterCity-Zugpaare.

Nach der politischen Entscheidung gegen den Bau der Transrapidstrecke Hamburg-Schwerin-Berlin fordert das Land schnelle und häufig verkehrende Fernverkehrslinien auf den Achsen Kiel-Lübeck-Schwerin-Berlin und Rostock-Güstrow-Neustrelitz-Berlin. Weiterhin fordert das Land den InterCity-Regelhalt in Ludwigslust und eine adäquate Fernverkehrsanbindung für das Oberzentrum Neubrandenburg.

Der seit 1998 jeweils im Sommer erfolgreich eingesetzte UrlaubsExpress der DB AG wird vom Rhein-Ruhr-Gebiet aus in diesem Jahr nicht nur wichtige Zielorte auf Rügen, sondern nach Inbetriebnahme der Brückenanbindung in Wolgast erstmalig auch Zinnowitz auf Usedom direkt bedienen. Das Vorhaben wird weiterhin vom Land Mecklenburg-Vorpommern gefördert. Zum Sommer 2000 werden neue Autoreisezüge eingerichtet. Autoreisen nach Mecklenburg-Vorpommern werden durch einen Tageszug von Dortmund nach Rostock und Rügen und einen Nachtzug aus Stuttgart und dem Raum Rhein-Main erheblich erleichtert.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) als Teil des ÖPNV ist seit dem 1. Januar 1996 das Land Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch das Wirtschaftsministerium, das seine konzeptionellen Aussagen zum SPNV und grundsätzliche Aussagen zum sonstigen ÖPNV im ÖPNV-Landesplan festgelegt hat. Die Verantwortung für den sonstigen ÖPNV tragen die Landkreise bzw. die kreisfreien Städte. Sie stellen auf der Basis des ÖPNV-Landesplanes einen Nahverkehrsplan für ihr Gebiet auf. Die seit Anfang 1996 bestehende Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH (VMV), bei der das Land alleiniger Gesellschafter ist, plant, organisiert und finanziert den SPNV. Die VMV übernimmt für das Land die Bestellfunktion der Betriebsleistungen bei der DB AG und weiteren Betreibern des SPNV.

Die Leistungen des SPNV basieren auf dem ÖPNV-Landesplan. Sie werden von fünf Unternehmen erbracht. Drei von ihnen sind Neugründungen, die eigene - zuvor von der DB AG bediente - Strecken betreiben. Hinzu kommen 46 Unternehmen mit Straßenbahn- und Buslinien. Die private Ostmecklenburgische Eisenbahngesellschaft mbH (OME) erbringt seit Mitte 1998 jährlich 1,8 Mio. Zugkilometer Betriebsleistung. Dies entspricht einem Anteil von 10 % am gesamten SPNV des Landes. Zur weiteren Förderung des Wettbewerbs mit dem Ziel einer Senkung des Zuschussbedarfs sind Leistungen für drei Teilnetze ausgeschrieben worden. Der Leistungsumfang hierfür entspricht etwa 20 % des SPNV im Land.

Die DB Regio wird nach erfolgtem Zuschlag ab dem Herbst 2000 den Betrieb auf der Strecke Wismar - Rostock - Tessin aufnehmen. Zum Fahrplanwechsel im Juni 2001 übernehmen die Stadtwerke Schwerin den Verkehr auf der Relation Rehna - Schwerin - Parchim. In beiden Fällen werden Qualitätsverbesserungen bei gleichzeitigen deutlichen Minderungen des Zuschussbedarfs für das Land entstehen. Für das Teilnetz Südmecklenburg ist das Ausschreibungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Hier wird mit einer Betriebsaufnahme im Dezember 2002 gerechnet.

Förderung des ÖPNV im Jahr 1999

- Zuwendungen an Verkehrsunternehmen und kommunale Gebietskörperschaften für Bau und Ausrüstungsinvestitionen im ÖPNV und SPNV: 46,9 Mio. DM
- Zuwendungen für Fahrzeuge im ÖPNV und SPNV: 24,1 Mio. DM
- Ausgleichszahlungen an die Verkehrsunternehmen
 - (1) für den Ausbildungsverkehr: 41,8 Mio. DM
 - (2) für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im ÖPNV: 8,4 Mio. DM
- Ergänzend erhalten die Träger des ÖPNV nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) jährlich 33 Mio. DM für investive und nichtinvestive Maßnahmen im ÖPNV.

Im Rahmen des Projektes »Vorpommern-Regionalbahn« wurde ein Konzept erarbeitet, das sich in Abstimmung mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen befindet. Eine Realisierung von Angebotsverbesserungen wird für 2002 angestrebt.

Zum Jahresbeginn 2000 trat die Landesrichtlinie zur Förderung alternativer Bedienungsformen (Anruf-Sammeltaxi, Anrufbus, Bürgerbus) in Kraft. Damit wird die Einführung bedarfsabhängiger Nahverkehrssysteme im Land unterstützt. Über die Richtlinie zur Förderung von Verkehrskooperationen, die seit dem Frühjahr 2000 in Kraft ist, werden die Zuwendungen des Landes einheitlich geregelt. Die Förderung von Kooperationen der Verkehrsunternehmen ist für die Schaffung eines ganzheitlichen ÖPNV in den jeweiligen Regionen.

Wichtige Vorhaben im ÖPNV sind die Straßenbahnnetzerweiterung in Rostock mit Unterfahung des Hauptbahnhofs sowie der vollständige Ersatz der Schweriner Straßenbahnen durch neue Niederflurfahrzeuge.

Hafeninfrastruktur/Wasserwege/Seeverkehr

Im Bewusstsein, dass erhebliche wirtschaftliche Impulse von Häfen auf die jeweilige Region und das Land ausgehen, wurde der weitere Ausbau der Seehäfen im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien festgeschrieben.

Im Rahmen der GA wurden seit 1990 Fördermittel in Höhe von 720 Mio. DM für Hafeninfrastrukturprojekte bewilligt. Das dadurch ermöglichte direkte Investitionsvolumen beträgt fast 1 Mrd. DM.

Das Erfordernis, die Hafeninfrastruktur zu modernisieren und permanent den sich ändernden Anforderungen der Hafen- und Schifffahrtskunden anzupassen, besteht fort. Dieses gilt in besonderem Maße ebenfalls für die privat zu finanzierende Suprastruktur.

Neben dem bedarfsgerechten Ausbau der Seehafeninfrastruktur kommt leistungsfähigen, den nautischen und wirtschaftlichen Anforderungen der Schifffahrt gerecht werdenden seewärtigen Zufahrten für die Hafenauswahl der Verleger und Reederei eine entscheidende Bedeutung zu. Ungenügende Fahrwasserverhältnisse können Reederei zur Abkehr von einem Hafen veranlassen. Die Sicherung von leistungsfähigen seewärtigen Zufahrten hat deshalb für die Häfen Priorität.

Die verbesserten Hafenzufahrten nach Wolgast und Ueckermünde werden durch die Schifffahrt bereits seit 1997 genutzt. Von der Zweischiffigkeit des Seekanals Rostock profitiert der nach wie vor zunehmende Fährverkehr im Seehafen schon seit Mai 1998. Die Vertiefung des Seekanals von 13,0 m auf 14,5 m - wichtig für den Massengutverkehr - wurde im August 1999 fertiggestellt. Die Fahrrinne zum Seehafen Wismar wurde 1999 beidseitig um 30 m verbreitert und in diesem Bereich auf 6 m vertieft. Mit dem Ausbau der Ostansteuerung Stralsund bis Ende des Jahres 2000, werden unsere Häfen für die Anforderungen der Schifffahrt in den nächsten Jahren gut gerüstet sein.

Die erfreuliche Entwicklung beim Seegüterumschlag der See- und Fährhäfen Mecklenburg-Vorpommern ist in starkem Maße auch auf die erzielten Fortschritte beim Ausbau der Hafeneninfrastruktur sowie der seewärtigen Hafenzufahrten zurückzuführen. Weitere positive Impulse für die Hafenentwicklung werden von Verbesserungen bei den Hinterlandverbindungen (A 20, A 241) erwartet.

Mit dem Seeschifffahrtsanpassungsgesetz vom 29. Mai 1998 haben sich seit dem 1. Januar 1999 die Rahmenbedingungen für die deutsche Handelsflotte verbessert. Deutsche Reederei können seit diesem Zeitpunkt zwischen dem EU-konformen ertragsunabhängigen Tonnagesteuersystem und dem bisherigen Gewinnbesteuerungssystem wählen sowie 40 % der auf deutsche Seeleute abzuführenden Lohnsteuer einbehalten. Zwei große Ziele, die Erhaltung der deutschen Handelsflotte unter deutscher Flagge und die dauerhafte Beschäftigungssicherung für deutsche Arbeitnehmer an Bord und an Land, werden damit von der Bundesregierung und den Küstenländern gemeinsam verfolgt.

Bund und Küstenländer haben sich dagegen ohne Erfolg in Brüssel für eine Verlängerung des Tax-Free-Verkaufes im innergemeinschaftlichen Seeverkehr über den 30. Juni 1999 hinaus eingesetzt. In der Folge mussten in Mecklenburg-Vorpommern 62 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Fortsetzung des Tax-Free-Verkaufs im Rahmen von Kurzreisen zwischen Häfen in Vorpommern und Polen wirkt zumindest teilweise kompensierend.

Mit dem Grünbuch über Seehäfen und Seeverkehrsinfrastruktur hat die EU-Kommission eine für die Weiterentwicklung auch der deutschen Seehafenpolitik hilfreiche Diskussionsgrundlage geschaffen. Insbesondere dem Hauptanliegen der deutschen Seehafenpolitik - die Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen unter den europäischen Seehäfen - kommt das Grünbuch mit einer Reihe wichtiger Überlegungen entgegen. Eine entscheidende Bedeutung wird von deutscher Seite dem Subsidiaritätsprinzip sowie dem Prinzip weitgehender Freiheit von marktregulierender Einflussnahme staatlicher Stellen beigemessen. Bund und Küstenländer sind sich einig, dass der sich verschärfende Wettbewerb zwischen Hafenunternehmen bzw. -standorten entlang der Nord- und Ostseeküste eine verstärkte Koordinierung der staatlichen Flankierung durch die deutsche Seehafenpolitik erfordert.

Diesem Wettbewerb stellen sich unsere Häfen, und sie tun dies mit fairen Mitteln. Mecklenburg-Vorpommern hat deshalb gemeinsam mit dem Bund und den Küstenländern am 22. Februar 1999 eine »Gemeinsame Plattform zur deutschen Seehafenpolitik« verabschiedet und tritt damit für die Herstellung und Sicherung gleicher und fairer Wettbewerbsbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene ein. Zur Zeit wird ein Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der »Gemeinsamen Plattform« zwischen Bund, Küstenländern und dem Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe abgestimmt.

Flughäfen/Luftverkehr

Luftfahrtinfrastruktur
<u>Regionalflughäfen</u> Rostock-Laage, Neubrandenburg, Schwerin-Parchim
<u>Regionalflugplätze</u> Gütin, Heringsdorf, Barth, Anklam
<u>Verkehrslandeplätze</u> Neustadt-Glewe, Rerik-Zweedorf, Rechlin-Lärz, Wismar

Das Land ist zuständig für die Genehmigung und die Aufsicht über den Betrieb der Flugplätze. Bei allen Maßnahmen steht die Sicherheit des Luftverkehrs an erster Stelle. Daneben ist die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Flugplätze ein vorrangiges Ziel. Dem dient auch das Ende 1997 beschlossene Luftverkehrskonzept des Landes, das die 20 Flugplätze in vier Kategorien einteilt. Das Wirtschaftsministerium bemühte sich seit 1999 verstärkt um die Privatisierung der Betreibergesellschaft des Flughafens Schwerin-Parchim und hat dazu das Beratungsunternehmen Ernst&Young London mit der Investorensuche betraut. Derzeit läuft eine EU-weite Ausschreibung zur Privatisierung.

Flughafen Rostock-Laage
Neben den Linienflügen nach Dortmund, Hamburg, Hannover, Köln/Bonn und Zürich gehen Charterflüge in die Türkei (Antalya), nach Spanien (Mallorca, Kanarische Inseln) Griechenland (Kreta) und Tunesien (Monastir). Insgesamt wurden 1999 rund 90.000 Fluggäste abgefertigt. Für das Jahr 2000 werden über 100.000 Passagiere erwartet.
Flughafen Schwerin-Parchim
Der ehemalige Militärflugplatz wurde Ende 1992 in einen zivilen Flugplatz umgewandelt. Ein Mehrzweckgebäude für die Passagierabfertigung wurde in Betrieb genommen. Seit 1999 finden Charterflüge nach Tunesien (Djerba) und nach Spanien (Mallorca) statt, wobei bislang rund 15.000 Passagiere abgefertigt wurden.
Flughafen Heringsdorf auf Usedom
In den Sommermonaten besteht eine Linienflugverbindung von Augsburg über Berlin. Diese Flüge werden von rund 2.500 Passagieren in der Saison genutzt.
Flugplatz Anklam
Am Flugplatz Anklam wurde die Start- und Landebahn von 900 auf 1.200 m verlängert, um den gestiegenen europäischen Betriebsvorschriften gerecht zu werden.

2.3 Tourismusinfrastruktur

Die kommunale und gewerbliche touristische Infrastruktur hat sich quantitativ sowie qualitativ in den letzten beiden Jahren deutlich entwickelt. Hier sind entscheidende saisonverlängernde bzw. witterungsunabhängige Produkte entstanden. Dies betrifft nicht nur den Ausbau der Freizeit- und Erholungsbäder; auch die sich entwickelnden Standorte für Festspiele, Konzerte und Freilichttheater sind Ausdruck neuer Angebotsstrukturen.

In den Jahren 1998 und 1999 erfolgte die touristische Infrastrukturförderung weitgehend über die GA. Die im Rahmen dieses Programms an die Kommunen und Landkreise ausgereichten Zuwendungen sowie die dadurch ausgelösten Investitionen sind in nachfolgender Tabelle dargestellt.

Tabelle 2-3: Fördervolumen GA im Bereich Infrastruktur Tourismus

	1998	1999
	Mio. DM	
Gesamtinvestition	59,7	142,6
Zuschussvolumen	40,6	86,3

Die Fördermittel für touristische Infrastruktur haben sich 1999 gegenüber dem Vorjahr 1998 etwa verdoppelt.

In erster Linie wurden solche Maßnahmen unterstützt, die zu einer Erweiterung des Angebotes landschaftsgebundener Erholungsanlagen beitragen, z. B. Errichtung von Wasserwanderrastplätzen, Bootsanlegern sowie der Bau und die Erneuerung von Rad- und Wanderwegen. Vorrangig in touristischen Schwerpunkträumen erfolgte die Unterstützung von Kläranlagen, Abwasseranlagen und Erschließungsmaßnahmen. Im Rahmen des Landesprogramms »Touristische Infrastrukturförderung« wurden außerdem Maßnahmen zum Bau öffentlicher Infrastruktureinrichtungen wie Rekonstruktionsmaßnahmen in zoologischen Gärten, Aufstellung touristischer Hinweisschilder oder Errichtung von Touristinformationen unterstützt.

In der gewerblichen Tourismusförderung wurden verstärkt Zuwendungen für solche Maßnahmen gegeben, die mit einer Kombination von Sport-, Freizeit-, Kultur-, Gesundheits- und Erholungsangeboten einen Beitrag zur Saisonverlängerung bzw. zur Verbesserung des Angebotes bei Schlechtwetter leisten werden. So ging mit der Eröffnung des Hanse-Doms in Stralsund das größte Tourismusvorhaben Vorpommerns in Betrieb.

Das Wirtschaftsministerium sieht den Bedarf an touristischen Freizeitbädern in Mecklenburg-Vorpommern als weitgehend gedeckt an. Seit 1991 wurden Zuwendungsbescheide für die Errichtung von Spaß-, Erlebnis- und Kombibädern in Warnemünde, Greifswald, Stralsund, Röbel, Sellin, Güstrow und Wismar ausgereicht. Weiterhin wurden Fördermittel zugesagt für die Standorte Graal-Müritz, Ahlbeck/Heringsdorf und Boltenhagen, wobei es sich hier vorrangig um sogenannte Gesundheitsbäder handelt. Die Badvorhaben in Linstow und Göhren-Lebbin sind Bestandteile der mit GA-Zuschüssen begleiteten Ferienanlagen.

Ergebnisse der touristischen Investitionsförderung

Im Rahmen der touristischen Infrastrukturförderung wurde der Bau bzw. Ausbau von Radwegen/Radfernwegen, die Errichtung von Wasserwanderrastplätzen, Kläranlagen, Anlegern, Erschließungsmaßnahmen sowie die Errichtung von weiteren Infrastrukturprojekten mit GA-Mitteln unterstützt. Im Jahr 1999 erfolgte für 72 Investitionsmaßnahmen die Ausreichung von Zuwendungen in Höhe von 86,3 Mio. DM, bei einem Investitionsvolumen von 142,6 Mio. DM.

Tabelle 2-4: Erlebnis- und Kombibäder in Mecklenburg-Vorpommern

Name/Investitionsort/Region	Art	Gesamt- investition	Zu- schuss	Status
		Mio. DM		
»Nemo die Wasserwelt«, Sellin (Landkreis Rügen)	GW	24,97	12,14	in Betrieb
Freizeitbad Greifswald	GW	30,00	14,09	in Betrieb
Freizeit- und Erholungspark »Hanse-Dom«, Kramerhof bei Stralsund (Landkreis Nordvorpommern)	GW	71,25*	34,47	in Betrieb
Ferienpark Linstow (Landkreis Güstrow)	GW	20,00s*	10,00	im Bau
Erlebnisbad Warnemünde (Rostock)	GW	58,81	28,48	im Bau
»Familien- und Freizeitbad Wonnemar«, Wismar	GW	52,90	23,20	im Bau
Aquadrom Graal-Müritz (Landkreis Bad Doberan)	GW	18,00	6,10	in Planung
Ostsee-Therme Boltenhagen (Landkreis Nordwestmecklenburg)	GW	12,84	5,58	in Betrieb
Fleesensee-Therme Göhren-Lebbin (Landkreis Müritz)	GW	43,31	16,72	in Betrieb
Oase-Kombibad Güstrow	GW	28,51	14,04	im Bau
Müritz-Therme Röbel (Landkreis Müritz)	IF	21,72	19,35	in Betrieb
Ostsee-Therme Ahlbeck/Heringsdorf (Landkreis Ostvorpommern)	IF	34,70	29,81	in Betrieb

Anmerkung: GW gefördert als gewerbliches Tourismusunternehmen aus Mitteln der GA

IF ... gefördert als kommunale touristische Infrastruktur aus Mitteln der GA

s ... geschätzt

* einschließlich Vitarium

Tabelle 2-5: Geförderte GA-Infrastrukturprojekte aufgeschlüsselt nach der Investitionsart im Jahr 1999

Investitionsart	Geförderte	Gesamt- investition	Zuschuss
	Vorhaben	1.000 DM	
Strandpromenaden	6	17.304,1	13.443,4
Wasserwanderrastplätze/Anleger	6	9.971,1	7.860,8
Radwanderwege	13	7.294,4	3.806,5
Erschließung von touristischen Erholungszentren	15	19.584,5	12.844,7
öffentliche Freizeitbäder	1	89,7	71,7
öffentliche Toiletten	1	147,8	118,2
sonst. touristische Infrastruktur	15	46.888,0	23.819,3
Errichtung oder Ausbau von Energie- und Wasserversorgungsleitungen	1	54,5	28,0
Errichtung oder Ausbau von Anlagen für die Beseitigung bzw. Reinigung von Abwasser	10	40.979,1	24.046,0
Beratungs- und Planungsleistungen für die Infrastruktur	4	344,0	215,1

Stand: 31. Dezember 1999

Prädikatisierung

Der Beirat für Kur- und Erholungsorte sowie seine Arbeitsgruppe Ortsbesichtigungen konzentrierten sich 1998/99 auf die dauerhafte bzw. erstmalige Prädikatisierung der Kur- und Erholungsorte nach dem Kurortgesetz des Landes. Das Prädikat »Seeheilbad« wurde der Gemeinde Boltenhagen verliehen. Die Städte Plau am See und Waren (Müritz) erhielten das Prädikat »Luftkurort«.

Sassnitz und Mönkebude wurde die erstmalige und den bisher befristet anerkannten Gemeinden Feldberg, Klink und Röbel die dauerhafte Anerkennung als »Erholungsorte« zuerkannt. Die dauerhafte Anerkennung erlangten auch das Ostseeheilbad Graal-Müritz und die Seebäder Binz, Baabe und Göhren sowie Dierhagen, Ahrenshoop, Wustrow und Lubmin (vgl. auch Tabelle 2-6).

Marketingmaßnahmen

Die Erhöhung des touristischen Bekanntheitsgrades des Landes Mecklenburg-Vorpommern im In- und Ausland erfolgt durch konzentrierte Marketingmaßnahmen mit dem Ziel:

- neue Gäste zu gewinnen,
- die Auslastung der Kapazitäten zu erhöhen,
- die Rentabilität der Unternehmen zu sichern.

Die Entwicklung vertriebsfähiger Produkte, das Marketing und die Erschließung von Vertriebskanälen bildeten Schwerpunktaufgaben bei der Vermarktung des Tourismusstandortes Mecklenburg-Vorpommern.

Durch Kooperationen zwischen einzelnen Verbänden werden Reibungsverluste sowie die Doppelung von Projekten und Themen vermieden. Das Wirtschaftsministerium unterstützte die Werbemaßnahmen der Tourismusorganisationen 1999 in Höhe von insgesamt 2,8 Mio. DM.

Durch den Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern e.V., die Regional- und Branchenverbände sowie gewerbliche Anbieter konnte die Gestaltung und das Angebot touristischer Produkte stark verbessert werden. Dazu zählen unter anderem eine Vielzahl von Angeboten aus dem Bereich Wellness, Beauty und Fitness, Städte- und Kulturtouren, Urlaub in Schlössern und Herrenhäusern, Wassersportangebote sowie Ferienangebote für Kinder und Jugendliche.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die gezielte Vermarktung der in großen Teilen geförderten Radfernwege »Mecklenburger Seenweg«, »Berlin-Kopenhagen« sowie des Ostseefernweges über den Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern.

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG entstanden neue, erfolgreiche Produkte wie z.B. der »UrlaubsExpress«, der in den letzten beiden Jahren in der Hauptsaison Urlauber aus Nordrhein-Westfalen nach Mecklenburg-Vorpommern brachte. Durch die gemeinsame Werbung von Land und Bahn konnten zusätzliche Effekte bei der Kundenwerbung in dem wichtigen Quellmarkt Nordrhein-Westfalen erzielt werden.

Zur Verbesserung des Vertriebs ist die Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien unverzichtbar. Auch in den letzten beiden Jahren wurde die Einrichtung des landesweiten Informations- und Reservierungssystem gefördert. Seit 1999 unterstützt das Wirtschaftsministerium die Neueinstellung von Vertriebs- und Marketingfachleuten (Absolventen) in kleinen und mittleren Unternehmen der Tourismuswirtschaft. Ziel der Förderung ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Unternehmen der Tourismuswirtschaft durch die qualitative Verbesserung der Personalstruktur.

Tabelle 2-6: Anerkannte Kur- und Erholungsorte in Mecklenburg-Vorpommern

Gemeinde/Ortsteil	Prädikat	seit/bis
Ostseeheilbad Ahlbeck	Seeheilbad	seit 12/1997
Ostseebad Ahrenshoop	Seebad	seit 12/1999
Ostseebad Baabe	Seebad	seit 01/1998
Bad Doberan	Moor-Heilbad	befristet bis 06/2000
Bad Doberan/Ortsteil Heiligendamm	Seeheilbad	befristet bis 02/2001
Bad Sülze	Moor-Heilbad	befristet bis 12/2000
Ostseeheilbad Bansin	Seebad	seit 12/1997
Ostseebad Binz	Seebad	seit 01/1998
Ostseebad Boltenhagen	Seeheilbad	seit 03/1998
Born	Erholungsort	seit 06/1994
Breege	Seebad	seit 03/1996
Ostseebad Dierhagen	Seebad	seit 04/1998
Dranske	Erholungsort	seit 03/1996
Feldberg	Erholungsort	seit 02/1998
Gager/Groß Zicker	Erholungsort	seit 07/1995
Ostseeheilbad Graal-Müritz	Seeheilbad	seit 02/1998
Ostseebad Göhren	Seebad	seit 01/1998
Seebad Heringsdorf	Seeheilbad	seit 12/1997
Seebad Insel Hiddensee	Seebad	seit 07/1995
Insel Poel	Erholungsort	seit 04/1997
Karlshagen	Erholungsort	seit 10/1997
Klink	Erholungsort	seit 02/1998
Ostseebad Koserow	Seebad	seit 02/1996
Krakow am See	Luftkurort	befristet bis 12/2000
Ostseebad Kühlungsborn	Seebad	seit 02/1996
Seebad Loddin	Seebad	seit 02/1996
Lubmin	Seebad	seit 12/1999
Middelhagen	Erholungsort	seit 07/1994
Mönkebude	Erholungsort	seit 06/1999
Ostseebad Nienhagen	Seebad	seit 12/1997
Plau am See	Luftkurort	seit 02/1998
Ostseebad Prerow	Seebad	seit 12/1997
Ostseebad Rerik	Seebad	seit 09/1996
Putbus	Erholungsort	seit 09/1997
Putgarten	Erholungsort	seit 10/1997
Röbel (Müritz)	Erholungsort	seit 02/1998
Rostock/Warnemünde, Hohe Düne, Diedrichshagen, Markgrafenheide	Seebad	seit 02/1996
Ostseebad Sellin	Seebad	seit 12/1997
Sternberg	Erholungsort	seit 04/1997

Gemeinde/Ortsteil	Prädikat	seit/bis
Ostseebad Thiessow	Seebad	seit 12/1997
Trassenheide	Seebad	seit 10/1997
Seebad Ückeritz	Seebad	seit 02/1996
Waren (Müritz)	Luftkurort	seit 05/1999
Wieck	Erholungsort	seit 06/1995
Ostseebad Wustrow	Seebad	seit 07/1998
Seebad Zempin	Seebad	seit 02/1996
Ostseebad Zingst	Seebad	seit 12/1997
Ostseebad Zinnowitz	Seebad	seit 02/1996
Sassnitz	Erholungsort	seit 09/1998

Stand: Januar 2000

Seit 1999 besteht weiterhin die Möglichkeit der Unterstützung von firmengetragenen Info-Points an exponierten Standorten entlang der Autobahnen, der Bundes- und Landesstraßen oder von bundesweiten Info- Büros zur Vermittlung von Informationen, zur Vermarktung von einheimischen Produkten und zum Vertrieb von touristischen Dienstleistungen.

Nach dem 1. Tourismussymposium 1997 wurde intensiv an der Qualitätsverbesserung gearbeitet. Dabei spielten die Nutzung des vorhandenen wissenschaftlichen Potenzials des Landes, die vielfältigen Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten der Tourismuswirtschaft und der durchgeführte internationale Austausch eine entscheidende Rolle. So wurden u.a. in einem bundesweit einmaligen Projekt neue Wege bei der Qualifizierung von Campingplatzbetreibern gegangen.

Unter Schirmherrschaft des Wirtschaftsministers wurde für das Jahr 1999 erstmalig ein Preis für Qualitätstourismus und ein Forschungspreis für Qualitätsentwicklung im Tourismus Mecklenburg-Vorpommerns ausgeschrieben. Die NORD/LB und die Sparkassenfinanzgruppe in Mecklenburg-Vorpommern haben die Preise in Höhe von 20.000 DM und 5.000 DM gestiftet. Auf dem 2. Tourismussymposium der Arbeitsgruppe Qualitätstourismus am 22. März 2000 wurden fünf Preisträger ausgezeichnet.

Auch die 1999 durchgeführten Wettbewerbe, wie z.B. »Vorbildliche Campingplätze in Mecklenburg-Vorpommern« oder »Blaue Europa-Flagge« tragen zur Stärkung des Landesimages und zur Qualitätsverbesserung bei.

Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern führte der Wirtschaftsminister am 18. März 1999 ein Branchengespräch mit Vertretern der Tarifparteien, der Tourismuswirtschaft, den Verbänden, der Verwaltung und Politik zum Thema »Stagnation oder Entwicklung der Branche und ihrer Rahmenbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern« durch. Diese Gesprächsrunde war Beginn eines kontinuierlich angelegten Forums zu Themen wie Rahmenbedingungen, Situationsanalyse der Branche, Aufgaben und Initiativen.

NORD/LB-Tourismuspreis 2000 für Mecklenburg-Vorpommern

Preis für Qualitätstourismus in Mecklenburg-Vorpommern

1. Preis: Arbeitsgemeinschaft Rügener Heilkreide: Mit dem Produkt »Rügener Heilkreide« wurde ein regionaltypischen Angebot entwickelt und ein überregionaler Werbeträger für die Region und Mecklenburg-Vorpommern als Tourismusland geschaffen.

2. Preis: Hotel Bornmühle: Mit dem 1992 eröffneten Hotel Bornmühle ist es der Familie Wiegert-Budeus gelungen, durch ein qualitativ hochwertiges Angebot und der Entwicklung neuer innovativer Produkte das Hotel Bornmühle im Binnenland Mecklenburg-Vorpommerns erfolgreich zu positionieren.

3. Preis: Hotel Gutshaus Stellshagen: Das Hotel Gutshaus Stellshagen hat sich auf der Grundlage eines streng ökologischen Anspruchs, verbunden mit gesundheitsorientierten Aspekten und der einzigartigen, zielgruppenorientierten Ausrichtung des gesamten Angebots erfolgreich eine Marktnische erschlossen und seine Marktposition konsequent gefestigt.

Forschungspreis für Qualitätsentwicklung im Tourismus Mecklenburg-Vorpommerns

1. Preis: Sandra Woldt

»Touristische Großveranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein im Vergleich« Die Diplomarbeit von Frau Sandra Woldt beinhaltet Aussagen, die sowohl für die Verbesserung der Qualität, die Erhöhung der Anziehungskraft und Steigerung der wirtschaftlichen Effekte existierender, als auch für das Initiieren neuer touristischer Großveranstaltungen genutzt werden können.

2. Preis: Rona Lubatschowski

»Kreuzfahrthäfen im Ostseeraum und ihre touristischen Angebote«

Die Diplomarbeit arbeitet heraus, dass Kreuzfahrthäfen ein wichtiger Bestandteil des touristischen Angebots von Küstenregionen sind. Sie sind Wirtschaftsfaktor für die Region und tragen zugleich zur Bildung eines positiven Images und zur Erhöhung der Anziehungskraft der jeweiligen Tourismusregion bei.

Auch die Arbeitsgruppe 2 »Vorpommern« im Rahmen des Bündnisses für Arbeit ist mit Fragen der Tourismusinfrastruktur und des -marketings befasst. Eine Fülle von gewerblichen oder kommunalen Infrastrukturmaßnahmen sind beschlossen, bzw. befinden sich im Bearbeitungsprozess. Als attraktive Ziele erleichtern sie die Vermarktung der Region erheblich.

Die konzeptionelle Grundlagenarbeit wurde 1998 und 1999 fortgesetzt, z. B. mit der Aktualisierung bzw. Fortschreibung der landesweiten Tourismuskonzeption im März 1998, ergänzenden Branchenanalysen und thematischen Studien wie das Gutachten über die Entwicklungschancen des maritimen Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern (März 2000) oder die Studie über die volkswirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Tourismus für Mecklenburg-Vorpommern (April 2000). Erstmals wurden Teile des touristischen Gesamtangebotes in Form eines Tourismuskatasters zentral erfasst und im Band 2 der Tourismuskonzeption veröffentlicht. Die 1993 erstmals definierten Tourismusräume Mecklenburg-Vorpommerns (Fördergebietskulisse) unterlagen 1998 ebenfalls einer neuen Erfassung und Bewertung. Mit der Aktualisierung des Tourismuskatasters und der zum Teil neuen Klassifizierung der Tourismusräume erhöhte sich die Anzahl der in Tourismusschwerpunkt- und Tourismusentwicklungsräumen liegenden Gemeinden von ehemals rund 560 auf nunmehr etwa 820 von rund 1.000 Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser komplexe Prozess ermöglichte jedoch auch eine weitere Differenzierung der Förderung nach Entwicklungs- und Schwerpunkträumen.

In Zusammenarbeit mit dem H.W.G Verlag & Werbung erschien 1999 eine Sonderausgabe des Magazins Convention International über Tagungsmöglichkeiten in Mecklenburg-Vorpommern in deutsch und englisch.

Im seit 1998 bestehenden Tourismusausschuss des Landtages wurden Schwerpunktaufgaben wie Verbesserung des Marketings, Fragen der Aus- und Weiterbildung in der Tourismuswirtschaft, Urlaub auf dem Lande, Jugendtourismus sowie die Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG thematisiert. Im September 1999 legte das Wirtschaftsministerium dem Landtag einen Bericht zur Verbesserung des Marketings im Tourismus vor.

In den letzten Jahren hat die Zusammenarbeit im Ostseeraum ständig an Bedeutung gewonnen. Das Land fördert die internationale Tourismuszusammenarbeit, insbesondere mit dem unmittelbaren Nachbarn Polen. Die Landesregierung fördert durch regelmäßige Kontakte und Konsultationen auf politischer und Arbeitsebene die Kontakte mit der Partnerwojewodschaft Westpommern und unterstützt die Akteure der Euroregion POMERANIA bei der Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dazu gehört die Förderung des Umweltbildungszentrums Stettin - Uecker-Randow im Tierpark Ueckermünde, die Unterstützung bei deutsch-polnischen Unternehmerforen der Tourismuswirtschaft sowie der Herausgabe zweisprachiger Werbematerialien. Eine Reihe von regionalen Tourismusverbänden des Landes arbeiten mit anderen Ostseeanrainern zusammen an EU-Tourismusprojekten im Ostseeraum.

2.4 Berufsbildungsinfrastruktur

Auch die Bildung stellt einen entscheidenden Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung dar. Dazu gehört das Gesamtangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen und überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen, die Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung hervorbringen. Die öffentliche Förderung von überbetrieblichen Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten (ÜBS) sowie von Berufsschulen zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Berufsbildung wird eng auf den Bedarf der regionalen Wirtschaft an geschulten Arbeitskräften abgestimmt.

Wesentlicher Bestimmungsfaktor für Struktur und Ausstattung ist die aktuelle Arbeitsorganisation in den Betrieben, die dem dauernden technischen und wirtschaftlichen Wandel unterliegt.

Überbetriebliche Ausbildungsstätten unterstützen die betriebliche Berufsausbildung im dualen System. Sie bieten jene Ausbildungsinhalte an, die im Betrieb nicht im erforderlichen Umfang vermittelt werden können und gewährleisten so eine hohe Qualität der Berufsbildung. Darüber hinaus verbessern die ÜBS die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe. Die Förderung der überbetrieblichen Bildungsstätten ist deshalb eine wichtige bildungspolitische Aufgabe.

Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe erfüllen im dualen Berufsausbildungssystem einen gemeinsamen Bildungsauftrag. Angesichts der innovativen Entwicklung in der Wirtschaft sind neben dem Lernort Betrieb die notwendigen Voraussetzungen in den Berufsschulen zu schaffen, damit sie auch zukünftig den erforderlichen Fachkräftebedarf sichern helfen. Die finanzielle Förderung der Berufsschulen mit Mitteln der GA und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung unterstützt den Ausbau und die Modernisierung der beruflichen Schulen. Eine spürbare und beschleunigte Verbesserung der technischen Ausstattung im Schlüsselbereich IuK/Multimedia wird intensiv fortgesetzt. Damit wird - wie im »Ausbildungspakt 2000 Plus« verankert - ein konkreter Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung geleistet.

2.5 Technologieinfrastruktur

Der industrielle Strukturwandel in der Wirtschaft bewirkt eine immer rasantere Entwicklung neuartiger Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsbereiche. Hier liegen die Zukunftschancen für Mecklenburg-Vorpommern. Der Ausbau zu einem modernen Forschungs- und Technologiestandort erfordert Ideen und Kreativität.

Die Landesregierung unterstützt mit einer gezielten Förderung sowie durch geeignete Rahmenbedingungen die Entstehung eines technologie- und wissenschaftsfreundlichen, innovativen Klimas. Dies soll entscheidend dazu beitragen, dass neue wettbewerbsfähige Unternehmen entstehen und anspruchsvolle, zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Tabelle 2-7: Förderung der überbetrieblichen Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten sowie Berufsschulen*

Jahr	Bewilligte Anträge	Investitionsvolumen	Fördervolumen
		Mio. DM	
1990	1	1,5	1,1
1991	47	62,0	47,8
1992	4	1,6	0,9
1993	13	60,5	9,3
1994	29	191,6	59,4
1995	24	109,6	51,9
1996	8	48,6	12,6
1997	14	105,8	36,0
1998	7	30,8	22,2
1999	18	89,2	49,7
Insgesamt	165	701,2	290,9

Stand: März 2000; *gefördert durch die Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« und durch das Landesprogramm Mecklenburg-Vorpommern

Die offensive Technologiepolitik des Wirtschaftsministeriums ist auf folgende Schwerpunkte gerichtet:

- weiterer Ausbau einer bedarfsgerechten Technologieinfrastruktur,
- Unterstützung effizienter Formen des Technologietransfers,
- Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen und -ansiedlungen,
- Förderung neuer, zukunftsweisender technologischer Entwicklungen bei Produkten, Verfahren und Dienstleistungen sowie deren Vermarktung,
- Förderung wirtschaftsnaher Forschung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Spezifische Förderinstrumente und Infrastrukturmaßnahmen sollen die Anwendung und Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie deren Umsetzung in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen beschleunigen.

Bei den zunehmend schärfer werdenden Bedingungen auf dem Weltmarkt wird der Wettlauf zwischen Forschungsergebnis, Produktidee und Markteinführung immer kürzer. Erst die erfolgreiche Vermarktung ist der Schlüssel zum Erfolg und oft für die Existenz eines Unternehmens entscheidend. Durch die Komplexität und das Ineinandergreifen der Förderinstrumente des Landes kann der Innovationsprozess von der Produktidee bis zum Absatz begleitet werden.

Bildung und Wissen gehören heute zu den entscheidenden Wettbewerbsfaktoren. In Mecklenburg-Vorpommern wird deshalb die enge Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft besonders unterstützt. Wirtschafts- und Bildungsministerium setzen mit abgestimmten Programmen in speziellen Verbundprojekten eine Forschungs- und Technologieförderung um, an der Hochschullehrer und Unternehmer gleichermaßen beteiligt sind. Die Forschungszentren Hochschule/Wirtschaft, die überwiegend in den Technologiezentren bzw. branchenspezifischen Zentren angesiedelt sind und die ebenfalls von beiden Landesministerien unterstützte Innovationsagentur Mecklenburg-Vorpommern e.V. dienen wirksam einem schnellen Forschungs- und Technologietransfer in die Wirtschaft.

Die Zukunftstechnologien tragen zur erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei. Ausbaufähige Potenziale bestehen u. a. in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, Biotechnologie, Biomedizin und Medizintechnik, Telemedizin, regenerative Energie und Umwelttechnologie, maritime Technologien sowie der Lebensmitteltechnologie.

Aus wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Erwägungen heraus kommt Existenzgründungen, besonders von technologieorientierten Unternehmen, eine große Bedeutung zu. Unternehmensgründungen, speziell aus dem Hochschulbereich, werden gezielt gefördert, um Fachkräfte und Know-how im Land zu halten. Gerade durch solche Existenzgründungen können qualifizierte, interessante und zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Technologiezentren

Die Technologiezentren in Mecklenburg-Vorpommern haben sich zur bewährten Infrastruktur für neue Unternehmen und Existenzgründer entwickelt.

Mit der Inbetriebnahme des Biomedizinischen Technikums Teterow im Mai 1999 sind sechs interdisziplinäre und vier branchenspezifische Technologiezentren im Land vorhanden. Die Konzentration des Innovationspotenzials an wenigen Standorten begünstigt neben Synergieeffekten auch ein effizientes Management und die optimale Nutzung der in den Zentren angebotenen Infrastruktur.

Aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen, wie kostengünstige Vermietung von attraktiven Büro-, Labor- und Werkstattflächen, Ausstattung der Labore mit modernsten Großgeräten und effektive Beratungs- und Serviceleistungen, hat sich die Anzahl der Antragsteller für die Aufnahme in die Zentren stetig erhöht. Innerhalb der Technologiezentren liegt der Schwerpunkt derzeit auf der Erweiterung der vermietbaren Flächen und des Dienstleistungsangebotes sowie auf der Schaffung von Technologieparks im Umfeld der Zentren.

Die Parks bieten den Unternehmen die Möglichkeit, zu expandieren und zu investieren. Neben diesen interdisziplinären Zentren und Parks gibt es in Mecklenburg-Vorpommern auch branchenspezifische Einrichtungen, die sich jeweils speziellen Technologiefeldern widmen. Hier wird die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und damit vor allem die anwendungsorientierte und bedarfsgerechte Forschung mit dem Ziel der raschen Überführung in ein Spitzenprodukt unterstützt.

Diese hochspezialisierten High-Tech-Zentren auf den Gebieten Biotechnologie, Biomedizin und Lebensmitteltechnologie orientieren sich an den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potenzialen des Landes und an den neuesten internationalen Trends. Sie nutzen die durch das Management der Zentren angebotene spezifische Infrastruktur sowie apparative Ausstattung.

Interdisziplinäre Technologiezentren
- Technologiezentrum Warnemünde (TZW): Lasertechnik, Sensortechnik, Umwelttechnik, IuK-Technik
- Technologiezentrum-Fördergesellschaft Vorpommern (TZV): Sensortechnik, Biotechnologie, Umwelttechnik, digitale Kartographie
- Rostocker Innovations- und Gründerzentrum (RIGZ): Elektronik, graphische Datenverarbeitung, Oberflächenbeschichtung, Umwelttechnik, Biomedizin
- Technologie- und Gewerbezentrum Schwerin/ Wismar (TGZ): Umwelttechnik, Medizintechnik, Sensortechnik, Informatik, Softwareentwicklung
- Technologie-, Innovations- und Gründerzentrum Neubrandenburg (TIG): Bautechnologie, erneuerbare Energien, Umwelt- und Schadstoffanalytik, Prüf- und Messtechnik
- Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum: Maschinenbau und Schiffbautechnik, Umwelttechnik, regenerative Energien, Multimedia

Branchenspezifische Technologiezentren
- Biotechnikum Greifswald: Medizinische Diagnostik, Molekulare Medizin, Zelltechnologie, Oberflächenbeschichtung von Biomaterialien
- Forschungszentrum Biomaterialien und Biosystemtechnik Rostock: Implantattechnologie, Biomaterialien, Mess- und Sensorsysteme, Zelltechnologie, extrakorporale Detoxikation
Zentrum für Lebensmitteltechnologie Neubrandenburg: Lebensmitteltechnologie, Lebensmittelanalytik
Biomedizininteknikum Teterow: Implantattechnologie, Biomaterialien

Tabelle 2-8: Entwicklung der Unternehmen in den Technologiezentren

	Firmen insgesamt seit Gründung	zur Zeit ansässig	aus TGZ ausgezogen	Geschäfts- einstellungen	Konkurse
TZW (Warnemünde)	105	62	36	6	1
TZV (Greifswald)	91	40	52	13	7
RIGZ (Rostock)	73	43	29	1	0
TGZ (Schwerin/Wismar)	130	52	52	19	7
TIG (Neubrandenburg)	92	39	41	5	5
SIG (Stralsund)	22	20	0	2	0
Biotechnikum Greifswald	17	17	0	0	0
Forschungszentrum Rostock	15	15	0	0	0
BMTT (Teterow)	8	8	0	0	0
ZLT (Neubrandenburg)	8	8	0	0	0
Summe	561	304	210	46	20

Quelle: Angaben der Technologiezentren; Stand: 31. Dezember 1999

Die Technologiezentren sind nicht für eine dauerhafte Ansiedlung der Unternehmen vorgesehen. Sie haben gleichsam eine Brutkastenfunktion. In der schwierigen Startphase werden die Firmen unterstützt und befähigt, die Zentren nach fünf bis acht Jahren wieder zu verlassen. Bisher haben sich 210 Firmen erfolgreich außerhalb der Zentren niedergelassen

Kompetenzzentren

Bei der Ansiedlung von technologieorientierten Unternehmen ist das am Ort vorhandene Know-how eine wesentliche Entscheidungsgrundlage. Deshalb wird in Mecklenburg-Vorpommern der Aufbau von Kompetenzzentren - also die Bündelung der vorhandenen und ausbaufähigen Potenziale - besonders gefördert. Die Kompetenzzentren sind meistens in den Technologiezentren angesiedelt. Gegenwärtig arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern fünf solcher Einrichtungen, zehn weitere befinden sich in der Planungsphase.

Kompetenzzentren

- Sensorzentrum (im TZV Greifswald)
- Zentrum für regenerative Energie »energieplus« (im TIG Neubrandenburg)
- Neuroinformatikzentrum (im TGZ Schwerin)
- Multimedia-Kompetenzzentrum der Fachhochschule Stralsund
- Kompetenzzentrum für Biomaterialien Rostock (im Forschungszentrum Rostock)

Kompetenzzentren (in Planung)

- Zentrum für Multimedia- und Kommunikationstechnologie (Rostock): In Zusammenarbeit mit der Universität Rostock, der Fraunhofer Gesellschaft, dem Zentrum für Graphische Datenverarbeitung und dem Arbeitskreis IuK der Innovationsagentur sollen die Aktivitäten im Lande konzentriert und Entwicklungen multimedialer Produkte und Anwendungen initiiert werden.
- Maritimes Innovationszentrum Rostock-Warnemünde: Das Zentrum soll Prozessinnovationen im Schiffbau unterstützen und das Know-how der anwendungsorientierten Wissenschaft und Forschung in die schiffbaulichen Produkte und Produktionsanlagen einbringen sowie stabile Zulieferbeziehungen aufbauen.
- Fraunhofer Anwendungszentrum für Großstrukturen und Produktionstechnik (Rostock): Vorbereitet wird die Zusammenarbeit von Forschungsbereichen des Maschinenbaus und des Schiffbaus der Universität Rostock in Kombination mit einer Einrichtung für angewandte Forschung nach dem bewährten Modell der Fraunhofer-Gesellschaft. In dem Zentrum sollen in Zusammenarbeit von Unternehmen und Universität neue Produkte und Verfahren zur Produktionsoptimierung im Maschinen- und Schiffbau entwickelt werden.
- Lasertechnologie- und -transferzentrum (Erweiterung TZW): Das Zentrum soll neuartige Lasertechnologien für Unternehmen anwendungsfähig machen und deren Einführung unterstützen.
Kompetenzzentrum Kunststofftechnik Wismar: In enger Zusammenarbeit werden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen auf dem Gebiet der Kunststoffverarbeitung Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Produkt-, System- und Verfahrensentwicklung durchführen.
- Zentrum für Mikrofluid/Mikrosystemtechnik (Parchim): In dem Zentrum sollen Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und technologieorientierten Unternehmen auf den Gebieten Hydraulik, Werkstofftechnik, der innovativen Verschmelzung von klassischer Hydraulik und Mikrotechnik erfolgen.
- Diabetes Informations- und Service- Center: Dieses Center soll die Anwendung telemedizinischer Dienstleistungen für chronische Erkrankungen am Beispiel des Diabetes mellitus demonstrieren. Es soll als Ausgangspunkt für gezielte telematische Anwendungen im Gesundheitswesen dienen.
- Brandlaboratorium für Tests, Versuche und Zertifizierungen (Erweiterung TZW): In dieser Einrichtung sollen Materialien, Erzeugnisse und Technologien hinsichtlich ihrer Brand- und Feuersicherheit geprüft und weiterentwickelt werden sowie spezielle brandschutztechnische Untersuchungen erfolgen.
- Biomedizinisches Forschungszentrum an der Universität Rostock: Schwerpunkt ist u.a. die Stammzellen-, Krebs- und Proteomforschung sowie deren Anwendung in der Pharmaindustrie.
- Zentrum für innovative und nachhaltige Agrobiotechnologie (Groß Lüsewitz): Die Bündelung des Forschungspotenzials in der BioRegion Greifswald-Rostock soll durch die Entwicklung moderner biotechnologischer Verfahren in der Tier- und Pflanzenproduktion, deren Umsetzung in die Praxis sowie die Bewertung von Verfahren zur Schaffung einer ressourcenschonenden, ökologischen und regenerativen landwirtschaftlichen Produktion beitragen.

Forschungszentren Hochschule/Wirtschaft

Die Forschungszentren Hochschule/Wirtschaft basieren auf dem Konzept, durch eine enge Verknüpfung mit der Wirtschaft sowohl den Technologietransfer zu beschleunigen und Existenzgründungen zu fördern als auch auf die Hochschulforschung stimulierend zu wirken. Das Wirtschafts- und das Bildungsministerium fördern die fachspezifische Grundausrüstung dieser Einrichtungen.

Forschungszentren Hochschule/Wirtschaft
<ul style="list-style-type: none"> - Forschungszentrum Sensorik e.V. - Institut für marine Biotechnologie e.V. - Institut für Implantattechnologie und Biomaterialien e.V. - Institut für Mess- und Sensorsysteme e.V. - Institut für Zelltechnologie e.V. - Verein für Extrakorporale Detoxikation e.V. - Dahlberg-Institut für Diagnostik und Instandsetzung historischer Bausubstanz e.V. - Institut für Oberflächen- und Dünnschichttechnik e.V. - Institut für Polymertechnologien e.V. - Institut für Angewandte Biowissenschaften e.V. - Institut für Mikrosysteme und Gerätetechnik e.V.

Biotechnologien und Bio-Region Greifswald-Rostock

Aus dem Bundeswettbewerb BioRegio etablierte sich erfolgreich die Region Greifswald-Rostock als attraktiver Standort für die Wissenschafts- und Wirtschaftsbereiche Medizin, Landwirtschaft und marine Biotechnologie, für innovative Entwicklungen auf dem Gebiet der Biotechnologie und Biomedizin. Die Branche bietet bereits jetzt in über 64 Unternehmen und zahlreichen Forschungseinrichtungen mehr als 1.800 Arbeitsplätze.

Mit den speziell biotechnologisch orientierten Technologiezentren in Greifswald, Rostock-Warnemünde und Teterow entstanden Netzwerke für Informationsaustausch und kommerzielle Umsetzung biotechnologischer und biomedizinischer Entwicklungen. 23 Firmenneugründungen allein im Bereich der modernen Biotechnologien unterstreichen die wirtschaftliche Dynamik der Region. Jährlich kommen ca. sieben bis acht Neugründungen hinzu. Für die Profilentwicklung der BioRegion hat auch die Bildung eines Forschungs- und Entwicklungsverbundes von zehn innovativen, technologieorientierten Unternehmen beigetragen.

Herausragendes Beispiel für aussichtsreiche Hochschulausgründungen ist eine Firma mit der Entwicklung der »künstlichen Leber« sowie deren klinischer Anwendung. Auch die Ansiedlung von Tochterunternehmen großer, renommierter Biomedizinfirmen in der BioRegion Greifswald trägt zur Profilierung des Standortes bei.

Im April 1998 hat die Kontaktstelle der BioRegion ihre Arbeit am BioTechnikum Greifswald aufgenommen. Sie koordiniert die Umsetzung der BioRegion-Konzeption und dient als Anlauf- und Kontaktstelle für Ansiedlungswünsche, Projektbegleitung und -begutachtung sowie nationale und internationale Kontakte.

Telemedizin

Eine neue Technologieanwendung zeichnet sich auf dem Gebiet der Telemedizin ab. Sie ermöglicht hochwertige medizinische Versorgung mit den computertechnischen Möglichkeiten zu verbinden. Die Anwendungsgebiete im Gesundheitswesen sind:

- Erarbeitung und Verfügbarmachung von medizinischem Wissen,
- Digitalisierung von Patientendaten,
- zeitnahe Austausch von Expertenwissen und Patientendaten in der Behandlung,
- Verwaltungs- und Abrechnungssysteme.

Der besondere Vorteil liegt sowohl in einer besseren Betreuung der Patienten, als auch in Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen. In Notfällen ist eine schnellere Versorgung durch Konsultation von Spezialisten möglich. Weiterhin werden kosten- und zeitintensive Doppeluntersuchungen durch digitalisierten Datenaustausch überflüssig.

Von besonderem Interesse ist der patientenorientierte Ansatz zur telemedizinischen Betreuung von Patienten mit der Einbindung der Touristen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung oder gesundheitlichem Risiko innerhalb der neuen telemedizinischen Dienste. Darüber hinaus ergeben sich neue Anwendungsfelder für Unternehmen der IuK- und Medizintechnik-Branche.

Der Aufbau der Telemedizin erfordert eine Vernetzung der Krankenhäuser und Arztpraxen. Mecklenburg-Vorpommern besitzt das modernste Telekommunikationsnetz Deutschlands und hat damit beste Voraussetzungen für den Aufbau und die Entwicklung von Kommunikationsnetzen für den Informationsaustausch.

Um diesen Prozess zu beschleunigen, wird sich die Deutsche Telekom AG an einem zu gründenden Anwenderzentrum Telemedizin (ATEM) beteiligen. Dieses Zentrum wird konzeptionelle Vorstellungen auf dem Gebiet der Telemedizin entwickeln und umsetzen, vorhandene Kapazitäten und Lösungen in Mecklenburg-Vorpommern koordinieren sowie Informationsdienste realisieren.

2.6 Telekommunikations- und Postinfrastruktur

Festnetz

Mecklenburg-Vorpommern verfügt seit Herbst 1997 über das modernste digitale Telefon- und Datennetz der Welt. Die Deutsche Telekom AG investierte in den neuen Ländern rund 50 Mrd. DM, darunter allein rund 5 Mrd. DM in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Versorgungsgrad der Haushalte mit Telefonanschlüssen beträgt derzeit nahezu 100 %. Mit dem 1997 abgeschlossenen Programm »Telekom 2000 - Aufbau Ost« wurde die Zielstellung erreicht, Telefon- und Datenanschlüsse überall kurzfristig und in hoher Qualität bereitzustellen.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es im Festnetz insgesamt 288 Ortsnetze. Bereits seit März 1997 ist das Telekommunikationsnetz vollständig digitalisiert. Mecklenburg-Vorpommern war damit das erste Bundesland in Deutschland, in dem die Digitalisierung flächendeckend abgeschlossen wurde. Es bietet neben den herkömmlichen Möglichkeiten des Telefonierens völlig neue, auf die Zukunft ausgerichtete Anwendungen, wie zum Beispiel die parallele Übertragung von Sprache, Bild, Text und Daten in extrem hoher Geschwindigkeit (64 kBit/s). Bis Ende 1997 waren rund 44.500 ISDN-Anschlüsse realisiert. Angaben für das Jahr 1999 liegen nicht vor.

Mit T-ISDN dsl bietet die Deutsche Telekom AG nunmehr auch in Mecklenburg-Vorpommern den breitbandigen Internetzugang per ADSL (Asymmetric Digital Subscriber Line) an. Seit Dezember 1999 ist die DSL-Technik in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin verfügbar. Im Jahr 2000 erfolgt der Ausbau in Wismar, Greifswald und Stralsund.

Forschung/Entwicklung im Bereich der Telekommunikation

Die Deutsche Telekom AG hat in Güstrow eine Außenstelle der T-Nova, Entwicklungszentrum Berlin errichtet. Damit hat die Telekom erstmals Forschungs- und Entwicklungsleistungen, speziell Softwareentwicklungen für den Supportbereich, nach Mecklenburg-Vorpommern vergeben. Hier werden Ende 2000 insgesamt 100 Beschäftigte tätig sein.

Mobilfunk

In Mecklenburg-Vorpommern steht das analoge Funktelefonnetz C-Tel flächendeckend zur Verfügung. Das digitale Funktelefonnetz D1 ist nahezu komplett in der Fläche in Mecklenburg-Vorpommern verfügbar. Die Funkrufdienste Cityruf und Scall wurden in Mecklenburg-Vorpommern bedarfsgerecht ausgebaut. Es besteht eine Flächenversorgung von über 90 %.

Mit dem Bündelfunkdienst CHEKKER, der vor allem von kleineren Firmen und Unternehmen des Mittelstandes genutzt wird, sind die Regionen Rostock, Stralsund, Greifswald, Neubrandenburg, Bergen, Schwerin sowie seit 1997 auch Usedom dem Bedarf entsprechend versorgt. Des weiteren besteht ein Netzverbund mit den Netzen Hamburg und Bremen in der Maxizone Küsten CHEKKER. Der Bündelfunk Chekker wurde von der Tochter der Deutschen Telekom T-Mobil an Dolphin- Telecom, ein europaweit agierendes Unternehmen, verkauft. Der mobile Datenfunkdienst MODACOM wurde weiter ausgebaut und deckt 85 % der Landesfläche von Mecklenburg-Vorpommern ab.

Das Mobilfunknetz D2 von Mannesmann Mobilfunk erreichte Ende 1999 für die Nutzung von 2-Watt-Mobilfunkgeräten einen Versorgungsgrad von 97,8 % der Landesfläche und von 99 % der Einwohner. Grenzüberschreitendes Telefonieren ist für D2-Kunden nach GSM-Standard gegenwärtig in 92 Ländern möglich, d.h. in diesen Ländern ist jeder D2-Kunde - wie im Inland - unter seiner Rufnummer erreichbar. Für Mecklenburg-Vorpommern ist dabei bedeutungsvoll, dass ein derartiger Telefonverkehr aus dem D2-Netz mit allen skandinavischen Ländern wechselseitig erfolgen kann. Das Mobilfunknetz E-plus erreichte Ende 1999 einen Versorgungsgrad von 85 % der Landesfläche und von 94 % der Einwohner.

Startschuss zur dritten Mobilfunkgeneration UMTS (Universale Mobile Telecommunications System)

Nach erfolgter Versteigerung von Frequenzen (2x60 MHz gepaart und 1x25 MHz ungepaart) bis August 2000 wird die Vergabe bundesweiter Lizenzen zum Ausbau multimedialfähiger Mobilfunknetze (2 Mbit/s) in der ganzen Bundesrepublik und damit auch in Mecklenburg-Vorpommern vorgenommen. Der Versorgungsgrad von 50 % der Bevölkerung soll innerhalb von drei Jahren nach Lizenzerteilung (Dezember 2003) erreicht werden. UMTS wird ermöglichen, dass ein Angebot drahtloser multimedialer Breitbanddienste einschließlich des Internetzugangs und anderer Dienste, die sich auf das Internetprotokoll stützen, und neue flexible und personalisierte Dienste und hohe Datenübertragungsraten realisierbar werden. Bürger und Unternehmen können über ein Handy ins Internet gelangen und entsprechend kommunizieren. Damit beginnt eine neue Epoche des Mobilfunks.

Wettbewerb im Telekommunikationsbereich

Seit dem 1. Januar 1998 achtet die Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation (RegPT), dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie nachgeordnet, auf einen fairen Wettbewerb im Telekommunikations- und Postmarkt. Sie ist zugleich Anlaufstelle für Verbraucher gemäß Kundenschutzverordnung, Postgesetz und Telekommunikationsgesetz.

Der Regulierungsbehörde ist ein Beirat zugeordnet, der aus je neun Mitgliedern des Deutschen Bundestags und des Bundesrates besteht. Mecklenburg-Vorpommern ist im Beirat durch den Wirtschaftsminister vertreten.

Auf Initiative der Landesregierung wurden die in Planung und Realisierung befindlichen Mobilfunknetze der verschiedenen Anbieter - unter deren Mitwirkung - in einem landesweiten Konzept koordiniert. Dabei wurde die Anzahl der zu errichtenden Antennenträger durch Standortoptimierung und Mitbenutzung reduziert, ohne dabei den Versorgungsgrad negativ zu beeinflussen. Dieser Modellfall ist bundesweit einmalig. Der Aufbau des UMTS- Netzes wird einen weiteren Bedarf an Antennenträgern nach sich ziehen.

Rundfunkversorgung

Landesweit sind in Mecklenburg-Vorpommern alle Hörfunkprogramme und Fernsehprogramme von ARD, ZDF und N3 sowie die privaten Hörfunkprogramme ANTENNE Mecklenburg-Vorpommern und Ostseewelle zu empfangen. Darüber hinaus senden seit 1997 ein offener Kanal (für Hörfunk) in Neubrandenburg und je ein offener Kanal (für Fernsehen) in Rostock und auf Rügen.

Das Breitbandkabelnetz der Deutschen Telekom AG wird von 305.000 Kunden (1997) genutzt. In allen Breitbandkabelnetzen des Landes werden durchschnittlich 30 TV- und 13 UKW-Programme sowie 16 Programme des Digitalen Satellitenrundfunks angeboten.

Die Deutsche Telekom AG hat 1999 eine Ausschreibung vorgenommen, um 35% des Breitbandnetzes an geplante Regionalgesellschaften zu verkaufen. Mecklenburg- Vorpommern, Hamburg und Schleswig- Holstein sollen als eine Regionalgesellschaft ein Kaufangebot unterbreiten. Derzeitig sind keine Aktivitäten bekannt.

Brief- und Frachtpostinfrastruktur

Seit dem 1. Januar 1998 ist das neue Postgesetz in Kraft. Damit ist eines der wichtigsten Reformvorhaben der deutschen Wirtschaftsgeschichte erfolgreich auf den Weg gebracht: die Privatisierung und Liberalisierung des Post- und Telekommunikationssektors.

Das Postgesetz bildet einerseits den Ordnungsrahmen für die Einführung von Wettbewerb auf dem deutschen Postmarkt und stellt andererseits die im Grundgesetz geregelte flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen sicher. Nach dem neuen Postgesetz erhält die Deutsche Post AG eine Exklusivlizenz bis Ende 2002 für Briefe bis 200 Gramm und für Infopostsendungen bis 50 Gramm. Die vollständige Freigabe des Postmarktes für den Wettbewerb erfolgt Anfang 2003.

Mit dem Konzept »Brief 2000« hat die Deutsche Post AG ihr gesamtes Briefpostlogistiksystem neu ausgerichtet. Insgesamt 4 Mrd. DM wurden in den Aufbau der Briefnetze in ganz Deutschland investiert. Dazu wurden bis Ende 1998 insgesamt 83 hochautomatisierte Briefzentren errichtet.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es drei solcher Briefzentren, die nun dafür sorgen, dass 95 % der täglich 70 Mio. bundesweit bearbeiteten Briefsendungen am nächsten Tag den Empfänger erreichen. Dazu trägt auch das bundesweite Nachtluftpostnetz bei, an das Mecklenburg-Vorpommern über den Flughafen Rostock-Laage angeschlossen ist. Derzeit prüft die Post AG, ob der Flugplatz in Parchim ebenfalls einbezogen werden kann.

Außerdem hat die Deutsche Post AG mit 33 neuen Frachtpostzentren an verkehrstechnisch optimalen Standorten und mit rund 480 angeschlossenen Zustellbasen ein kundenorientiertes Transport- und Logistiknetz geschaffen. In jedem Frachtpostzentrum können stündlich 24.000 Pakete bearbeitet werden. In Mecklenburg-Vorpommern wurde ein Frachtpostzentrum in Neustrelitz errichtet.

Die Deutsche Post AG eröffnete im Januar 2000 in Schwerin das bundesweit 33. Direkt Marketing Center. Ziel der Post AG ist es, besonders kleine und mittelständische Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern und im Großraum Lübeck über Direktwerbung zu beraten und von den Vorteilen der direkten Kundenansprache per Post zu überzeugen.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde zum Juli 1999 die Direktion Briefdienst aufgelöst, ebenso die Niederlassung Postfilialen Greifswald. Entstanden ist die Niederlassung Vertrieb BRIEF KOMMUNIKATION in Schwerin, die sich verstärkt den Geschäftskunden zuwendet. Im Zuge der Umsetzung des Filialkonzeptes der Deutschen Post AG wird der Schwerpunkt in der Errichtung von Center-Filialen an Standorten von Open-Service-Filialen liegen (Beispiel Güstrow).

2.7 Messestandort Mecklenburg-Vorpommern und EXPO 2000

Messestandort Rostock

Das Messegeschehen Mecklenburg-Vorpommerns orientiert sich an der kleinbetrieblichen Wirtschaftsstruktur des Landes. Deshalb gibt es in Mecklenburg-Vorpommern überwiegend regionale Messen, beispielsweise in den Hansestädten Rostock, Stralsund, Greifswald und Wismar sowie in Schwerin, Güstrow, Neubrandenburg und Neustrelitz. Diese regionalen Messen spielen in einem strukturschwachen Land wie Mecklenburg-Vorpommern in ihrem regionalen Umkreis eine bedeutende Rolle. Langfristig ist es das Ziel der Wirtschaftspolitik, in Mecklenburg-Vorpommern einen überregionalen Messestandort zu etablieren.

Bereits im Jahr 1992 wurde die Hansestadt Rostock in Übereinstimmung mit den Industrie- und Handelskammern des Landes als Standort für ein zukünftig zu entwickelndes Messezentrum ausgewählt. Aufgrund der über hundertjährigen Tradition der Rostocker Messe, der guten Erreichbarkeit der Stadt, ihrer Lage im Ostseeraum und nicht zuletzt wegen ihrer Rolle als wirtschaftliches Zentrum des Landes bietet sich die Hansestadt Rostock als auszubauender Messestandort mit einem attraktiven Messezentrum an. Im Mai 2000 begannen die Erschließungsarbeiten für das neue Messegelände.

Das Wirtschaftsministerium unterstützt den Aufbau des Messezentrums im Rahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur mit ca. 50 Mio. DM. Ende 2001 soll das Messezentrum fertiggestellt sein.

Inhaltlich kommt es darauf an, das technologische Potenzial der Region um Rostock widerzuspiegeln und ein überregional ausgerichtetes Messeangebot zu den Themenfeldern Technologie (Medizintechnik, Biomedizintechnik, maritime Informationstechnologie, Computergrafik), Lebensmittelindustrie und Fischwirtschaft, Umwelt- und Energietechnik, erneuerbare Energien, Verkehrs- und Hafengewirtschaft sowie Kooperationsveranstaltungen mit den Ostseeanrainern zu realisieren. Darüber hinaus müssen bestehende Messen (Ostseemesse, Gastro, RO-Bau, Umweltmesse) konzeptionell weiterentwickelt werden.

Weltausstellung EXPO 2000

Vom 1. Juni bis 31. Oktober 2000 findet in Hannover die Weltausstellung EXPO 2000 statt. Sie steht unter dem Thema »Mensch - Natur - Technik« und widmet sich den zentralen Zukunftsfragen der Menschheit an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

Mecklenburg-Vorpommern präsentiert sich im Rahmen der EXPO 2000 zum einen im Deutschen Pavillon in Hannover, zum anderen über die sogenannten »Weltweiten Projekte« im Land selbst. Vom 3. bis 9. Juli 2000 fand die Länderwoche Mecklenburg-Vorpommern statt, bei der das Land mit zahlreichen Events auf sich aufmerksam machte.

Im Länderausstellungsbereich des Deutschen Pavillons stellt jedes Bundesland ein historisches Exponat aus. Mecklenburg-Vorpommern ist mit den Überresten einer bei Gellen/Rügen geborgenen Handelskogge aus dem 14. Jahrhundert vertreten. Diese sogenannte »Gellen-Kogge« symbolisiert zum einen die Verbundenheit Mecklenburg-Vorpommerns mit dem Ostseeraum und zum zweiten Mecklenburg-Vorpommern als Standort einer modernen, international wettbewerbsfähigen maritimen Industrie. Dieses Exponat ist Ausgangspunkt für die Präsentation Mecklenburg-Vorpommerns, aus dem sich heraus die Themenfelder Schiffbau, Schifffahrt, Tourismus und Technologie ableiten.

Im Rahmen der sogenannten »Weltweiten Projekte«, die sich dezentral zu Hannover in den Bundesländern befinden und unter dem Thema »Mensch-Natur-Technik« Lösungen für die ökologischen und ökonomischen Probleme des 21. Jahrhunderts demonstrieren sollen, ist Mecklenburg-Vorpommern mit zehn Projekten registriert.

Mecklenburg-Vorpommern möchte die EXPO 2000 auch in touristischer Hinsicht nutzen. Aus diesem Grund wurden speziell für EXPO-Besucher und Touristen touristische Angebote entwickelt, um sie zu bewegen, den Besuch der Weltausstellung mit einem Aufenthalt in Mecklenburg-Vorpommern zu verbinden. Ganz besonderes der westliche Teil Mecklenburg-Vorpommerns liegt im direkten Einzugsbereich der Weltausstellung. In der Broschüre »EXPO plus Holiday«, die im gesamten Bundesgebiet breit gestreut wird, werden touristische Angebote unterbreitet; insbesondere für Familien gibt es preiswerte Übernachtungsangebote. Sowohl die Präsentation des Landes in Hannover als auch die Weltweiten Projekte im Land werden durch die Projektgruppe EXPO 2000 bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Mecklenburg-Vorpommern mbH koordiniert.

Weltweite Projekte in Mecklenburg-Vorpommern

- Die umweltgerechte Stadt Güstrow
- Vision Fusion-Energiekompetenz (Greifswald-Lubmin)
- Lebensräume - Das Duwenbeek-Projekt (Lanzengraben/Rügen)
- Intelligentes Verkehrsleitsystem Rügen
- Zukunftszentrum Biologie und Technik (Nieklitz bei Zarrentin)
- Tandem Kids - Jugenddialog an der Ostsee (Boltenhagen)
- Glaisin - Dorf mit Zukunft
- Initiative 50 (Neue Wege zur Vermittlung von älteren Arbeitnehmern (Neustadt-Glewe)
- Sea-flow-Variant (Simulation für Strömungskraftwerke an beliebigen Standorten (Rostock)
- Die künstliche Leber - eine Technologie zur Blutentgiftung (TERAKLIN AG, Rostock)

2.8 Energiewirtschaft

Die Energiepolitik der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns zielt auf Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Preiswürdigkeit ab. Obwohl diese Ziele in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen, müssen sie gleichermaßen beachtet werden. 23 Stadtwerke beliefern ihre Kunden mit Strom, Gas und/oder Fernwärme. Die Fläche wird von zwei Regionalversorgern mit Strom und von sechs Regionalversorgern mit Gas beliefert. Hinzu kommt eine ständig steigende Anzahl weiterer Anbieter im Strombereich, denn mit Inkrafttreten des neuen Energiewirtschaftsgesetzes am 29. April 1998 herrscht Wettbewerb in der Branche. Während die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in der Gaswirtschaft und in der Fernwärmeversorgung mit 894 bzw. 636 Beschäftigten annähernd stabil geblieben ist, sank sie in der Elektrizitätsversorgung von 2.712 im Jahr 1998 auf 2.205 im Jahr 1999.

Stromwirtschaft im Umbruch

Mit der Aufhebung der geschlossenen Versorgungsgebiete brauchen Drittanbieter über keine eigenen Leitungen mehr zu verfügen, um mit einem Abnehmer handelseinig zu werden. Die Betreiber der benötigten Leitungen sind verpflichtet, ihr Netz für die Übermittlung der vereinbarten Menge elektrischer Energie zur Verfügung zu stellen. Obwohl in Mecklenburg-Vorpommern - wie in allen neuen Bundesländern - eine Regelung zum Schutz der Braunkohlenverstromung gilt, kam der Wettbewerb auch hierzulande in Gang.

Als erstes profitierten erwartungsgemäß die Großkunden von der Liberalisierung. Gegenüber 1998 dürften die Preise hierzulande im Durchschnitt um 30 % gesunken sein, im Einzelfall sogar noch tiefer. Zu den Lieferverträgen mit Großkunden, die einen fest umrissenen Strombedarf haben, kommen neuartige Rahmenverträge für Bündelkunden. Dabei handelt es sich um Verträge mit Verbänden und Organisationen wie beispielweise dem Bauernverband, dem Gaststättenverband oder der Handwerkskammer, die ihren Mitgliedern die Gelegenheit zum Abschluss eines günstigen Liefervertrages bieten wollen. Auch Energieversorgungsunternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern profitieren von diesen bundesweiten Bündelungen. So versorgt die WEMAG z.B. alle EDEKA-Märkte in den neuen Bundesländern.

Im Sommer 1999 erreichte der Wettbewerb auch die privaten Haushalte. Auch wenn wegen fehlender Durchleitungsverträge auf breiter Front Drittanbieter nicht recht zum Zuge kamen, konnte und wollte es sich kein heimischer Versorger auf Dauer leisten, wesentlich ungünstiger als die Konkurrenten zu sein. Diese haben Billigangebote zum Teil mit riesigem Werbeaufwand propagiert. Als Folge dieser Angebote dürften die Preise im Gewerbe- und Haushaltsbereich um bis zu 20 % gegenüber 1998 gesunken sein, jedoch ist die Wechselwilligkeit der Kunden zu anderen Anbietern ähnlich dem Telekommunikationsmarkt eher verhalten.

Mit zunehmendem voll funktionierendem Wettbewerb werden die vom Wirtschaftsministerium genehmigten offiziellen Stromtarife bedeutungslos. Dennoch bietet die Strompreisaufsicht einen Schutz für Verbraucher, die aus verschiedenen Gründen auf ihren bisherigen Versorger angewiesen sind.

Tabelle 2-9: Vergleich Strompreise* für einen 4 Personenhaushalt (ca. 3.600 kWh pro Jahr)

Anbieter in M-V	Marktpreise (Wahltarife)	Tarife
	DM	
Stadtwerke		
Neubrandenburg	912	1.204
Rostock	990	1.224
Schwerin	1.044	1.214
Regionalversorger		
WEMAG	1.058	1.276
e.dis Energie Nord AG	1.032	1.224
Drittanbieter	Strompreis DM	
Yello Strom	912	
Avacon	918	
PreussenElektra		
- Electric direkt -	976	
RWE - Avanza -	1.002	

* einschließlich Konzessionsabgabe und Ökosteuer, ohne MWSt

Wettbewerb findet nicht nur unter etablierten Stromerzeugern statt; auch neue Unternehmen drängen auf den Markt. Im Herbst 1998 haben das deutsch-schwedische Unternehmen VASA Energy und das deutsch-finnische Unternehmen Fortum Energie Grundstücke am Standort des ehemaligen Kernkraftwerkes Lubmin erworben. Dort sollen nach dem Willen der Grundstückserwerber Gaskraftwerke mit modernster Technologie entstehen. Die Landesregierung setzt sich für den zügigen Abschluss der laufenden Genehmigungsverfahren ein, damit das erste Gaskraftwerk bereits im Frühjahr 2003 in Betrieb gehen kann.

Anders als in der Telekommunikationsbranche gibt es in der Energiebranche für einen steigenden Absatz kaum noch Potentiale. So ist z. B. der Stromverbrauch in den letzten Jahren mit durchschnittlich 0,5 % nur noch sehr moderat gewachsen.

Damit führen sinkende Strompreise zu sinkenden Erlösen und letztendlich zum Zwang zur Rationalisierung. Ein Weg zur effizienteren Unternehmensführung nach Aufbruch der alten Versorgungsstrukturen in der Energiewirtschaft ist die Zusammenführung von Energieversorgern. So haben sich Mitte 1999 zwei Regionalversorger aus Mecklenburg-Vorpommern mit zwei brandenburgischen Regionalversorgern zur e.dis Energie Nord AG zusammengeschlossen. Auch die größten deutschen Verbundunternehmen, die gleichzeitig Hauptgesellschafter der ostdeutschen Regionalversorger sind, haben beschlossen zu fusionieren. Die Stadtwerke im Land wiederum kooperieren, um von ihren Vorlieferanten günstigere Einkaufspreise zu erhalten.

Kraft-Wärme-Kopplung

Durch die Strompreissenkungen auf breiter Front drohten die in den letzten Jahren errichteten hocheffizienten und somit umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ins wirtschaftliche Abseits zu geraten. Hier gab es dringenden Handlungsbedarf. Hilfe bot die Bundesregierung, die ein Sofortprogramm zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung vorlegte. Das sogenannte KWK-Vorschaltgesetz ist am 18. Mai 2000 in Kraft getreten.

Strom aus KWK-Anlagen der öffentlichen Versorgung muss ähnlich dem Gesetz über Erneuerbare Energien vom Netzbetreiber vergütet werden. Um die Mehrkosten auf möglichst breite Schultern zu verteilen, müssen die Netzbetreiber untereinander einen sogenannten Belastungsausgleich zahlen. Die vertretbaren Mehrkosten von 0,3 Pf/kWh, die auf die Netzdurchleitungsentgelte aufgeschlagen werden, tragen alle Stromverbraucher über den Strompreis.

Markt für Ökostrom

Inzwischen hat sich auch ein kleiner Markt für Ökostrom in Deutschland etabliert. Umweltbewusste Kunden, die Strom aus Erneuerbaren Energien oder umweltfreundlichen Kraftwärmekopplungsanlagen beziehen wollen, müssen einen Aufpreis auf die Kilowattstunde bezahlen. Es gibt auf der einen Seite Unternehmen, die nur ökologischen Strom anbieten und auf der anderen Seite die etablierten Energieversorgungsunternehmen, die ihre Angebotspalette um Ökostrom erweitert haben. Die Energieversorgungsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern bieten zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch keinen derartigen Strom an.

Wettbewerb auf dem Gasmarkt

Mit mehrmonatiger Verspätung haben sich die Verbände der Gaswirtschaft und der verbrauchenden Industrie im Frühjahr 2000 auf Eckpunkte einer Vereinbarung für die künftige Durchleitung von Erdgas geeinigt. Dabei drängt die Zeit, da die von der EU eingeräumte Übergangsfrist zur Einführung des Gaswettbewerbs Mitte August 2000 ausläuft. Danach werden ab dem Jahr 2001 wettbewerblich induzierte Preissenkungen von 10 % für Industriekunden erwartet. Ähnlich wie beim Strommarkt werden private Haushalte und kleinere Unternehmen zunächst von der Verbändevereinbarung nicht erfasst.

Hat die Landeskartellbehörde noch Ende 1998 wegen der gesunkenen Einkaufspreise der Gasversorger sinkende Verbrauchspreise durchsetzen können, sind die Gaspreise am Anfang des Jahres 2000 wieder gestiegen; bei einem Verbrauch von rd. 15.000 kWh/a um rd. 6 %. Grund sind die nicht zuletzt wegen der Förderreduzierung der OPEC-Länder drastisch gestiegenen Heizölpreise, an die der Gaspreis gekoppelt ist.

Abbildung 2-1: Strom- und Gasverbrauch in Mecklenburg-Vorpommern

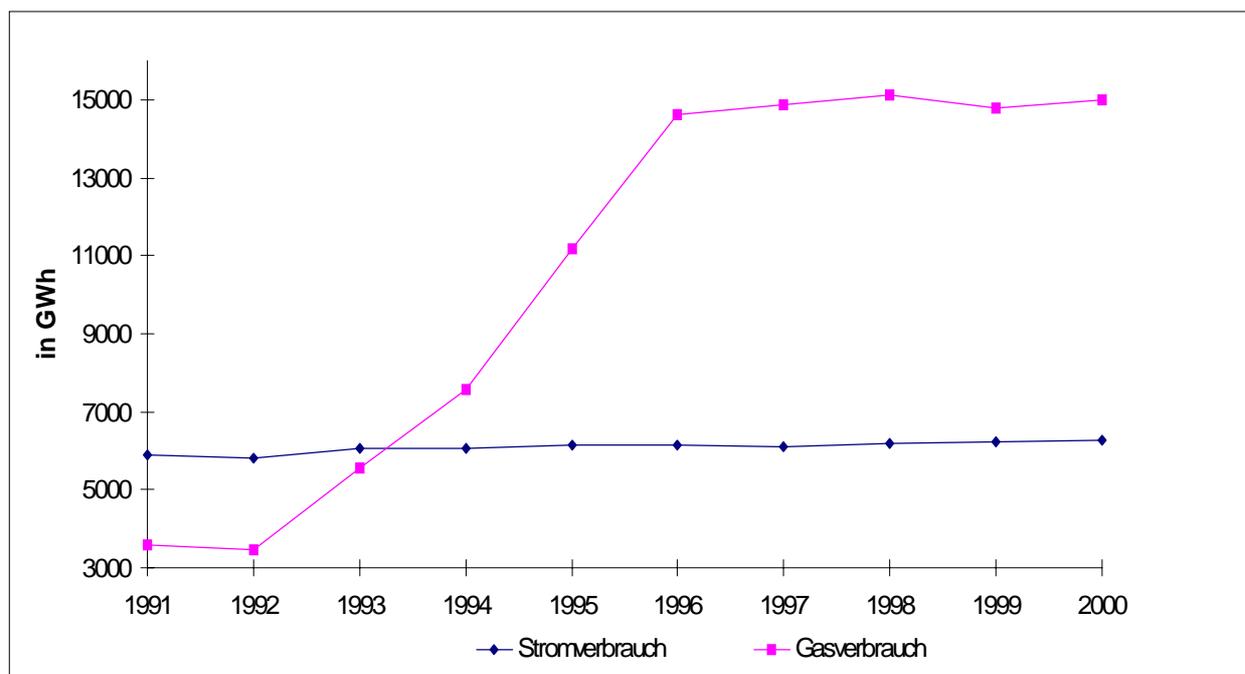


Tabelle 2-10: Vergleich Gaspreise*

Anbieter in M-V	Kleinverbrauch 2.500 kWh/Jahr	Vollversorgung Einfamilienhaus 15.000 kWh/Jahr
	DM	
Stadtwerke		
Neubrandenburg	241,00	1.048,50
Rostock	278,50	930,00
Schwerin	288,00	967,50
Regionalversorger		
HGW HanseGas	282,20	966,00
Ostmecklenburgische Gasversorgung	281,70	1.006,50
Gasversorgung Vorpommern	291,20	967,50
EWE (Rügen)	266,50	882,00

Stand 1. Januar 2000; * einschließlich Konzessionsabgabe und Ökosteuer, ohne MWSt

Ökologische Steuerreform

Der Preisanstieg bei Heizöl und Gas ist nicht nur der Marktentwicklung geschuldet, sondern fußt auch - allerdings zum kleineren Teil - auf der ökologischen Steuerreform. Im November 1999 haben Bundestag und Bundesrat der zweiten Stufe der ökologischen Steuerreform zugestimmt.

Ziel der Ökosteuer ist es, durch Verteuerung der Energie eine nachhaltige Umsteuerung der Nachfrage nach energiesparenden und ressourcenschonenden Produkten zu erreichen und der Entwicklung umweltfreundlicher Verfahren und Technologien neue Anstöße zu geben. Auf der anderen Seite wird der Einsatz von Arbeit über die Senkung der Lohnnebenkosten aus dem Ökosteueraufkommen finanziert. Im Großen und Ganzen ist - abgesehen von einigen Härtefällen - das produzierende Gewerbe netto entlastet worden.

Zentrale Vorhaben am Standort Lubmin sind zwei hocheffiziente umweltfreundliche Gaskraftwerke, die von skandinavischen Investoren errichtet werden sollen. Aus der Sicht der Betreiber ist dafür Voraussetzung, dass die Gaskraftwerke, die Magnet für weitere Ansiedlungen sein sollen, zumindest übergangsweise von der Erdgassteuer befreit werden. Um dies zu erreichen, musste die Landesregierung massiv zugunsten einer derartigen Regelung beim Bund intervenieren. Die Energiesteuergesetzgebung des Bundes sieht jetzt einen Verzicht auf die Erdgassteuer für hocheffiziente Gas- und Dampfkraftwerke unter bestimmten Voraussetzungen vor. Es bleibt allerdings nach wie vor politische Aufgabe der Bundesregierung, für eine Harmonisierung der Energiebesteuerung auf europäischer Ebene zu sorgen.

Regenerative Energien

Ein wichtiger Faktor der Energiepolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist die Nutzung regenerativer Energien. Aufgrund der begrenzten fossilen Energiereserven und des steigenden Energiebedarfes in den nächsten Jahren erhalten die unerschöpflichen Erneuerbaren Energien eine zunehmende Bedeutung. Für das Land Mecklenburg-Vorpommern wird daher eine nachhaltige und zukunftsfähige Energieversorgung, die mit einer Reduzierung von Schadstoffemissionen einhergehen muss, immer wichtiger. Im ersten Halbjahr 1999 betrug der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz bereits 6,8 %.

Seit 1991 beläuft sich die Förderung von Projekten der Solarthermie und Photovoltaik, der Wärmepumpentechnologie, der Nutzung biogener Rohstoffe, der Geothermie und der Windenergienutzung auf 65 Mio. DM für mehr als 1.300 Vorhaben. 1999 unterstützte das Wirtschaftsministerium 532 Projekte mit 5,2 Mio. DM. Zunehmend erobern diese Technologien ihren Anteil an der Wärme- und Elektroenergieversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen, vor allem in der Holzverarbeitenden Industrie, um anfallende Resthölzer im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes energetisch zu verwerten. Außerdem entstehen in Mecklenburg-Vorpommern weitere Biogasanlagen, die Abprodukte aus der Landwirtschaft und aus anderen Bereichen verwerten.

Mit dem im Februar 2000 im Bundestag beschlossenen Gesetz über Erneuerbare Energien sowie mit den Förderprogrammen von Land und Bund werden die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Erneuerbaren Energien weiter verbessert.

Die Unternehmen im Bereich der Erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern sehen damit verbesserte Chancen in einem ausbaufähigen Markt. Zudem können im Lande vorhandene Potenziale bei nachwachsenden Rohstoffen und bei der Windkraft genutzt werden, um bei den Erzeugern, in der Produktion von Anlagen und bei den Dienstleistern in diesem Bereich Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten.

Insbesondere haben sich die Fördermaßnahmen der regenerativen Energien positiv auf die Beschäftigungssituation in der Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärbranche sowie auf die Herausbildung von Planungsunternehmen ausgewirkt. In Mecklenburg-Vorpommern sind in den Regionalen Raumordnungsprogrammen für das Land insgesamt 105 Eignungsräume für Windenergieanlagen rechtsverbindlich ausgewiesen. Damit ist die räumliche Grundlage geschaffen, dass künftig 15 bis 20 % des gesamten Strombedarfs in Mecklenburg-Vorpommern schadstoffarm über Windkraft erzeugt werden kann. Gegenwärtig sorgen fast 600 Anlagen für eine umweltfreundliche Stromerzeugung, die im Jahre 2000 voraussichtlich 11 % des Strombedarfs abdecken werden.

Tabelle 2-11: Projektförderung Erneuerbare Energien 1999

Projektart	Bewilligte Anlagen
Solarthermie	281
Photovoltaik	32
Biomasse	129
Wasserkraft	3
Wärmepumpe	84
Geothermie	2
Windenergie	1
Summe	532

2.9 Wirtschaft und Umwelt

In Mecklenburg-Vorpommern betätigen sich überdurchschnittlich viele Unternehmen im Umweltbereich. Insbesondere durch die Umsetzung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes des Bundes (KrW-/AbfG) sind auf dem Abfallsektor zahlreiche neue Unternehmen im Recyclingbereich entstanden. Die Anzahl dieser privat geführten Unternehmen ist mittlerweile auf 403 Standorte in Mecklenburg-Vorpommern gestiegen (Ist 1998). Hinzu kommen weitere private Unternehmen, die am Umwelttechnikmarkt agieren und z. B. Windkraftanlagen, Technik für Wasser und Abwasser herstellen oder entsprechende Dienstleistungen erbringen.

Aufgrund des bereits hohen Umweltstandards in Deutschland liegen die Märkte allerdings weniger im eigenen Land. Da die Auslandsmärkte vor allem Paket- und Komplettlösungen verlangen, ist es für den Erfolg am Markt notwendig, dass sich mehrere kleine Anbieter zu Bietergemeinschaften zusammenschließen. Durch Informationsveranstaltungen und Kontaktbörsen unterstützt das Wirtschaftsministerium die Exportaktivitäten der einheimischen Umweltwirtschaft. Immer mehr Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern beteiligen sich am freiwilligen System einer wirksamen betrieblichen Eigenkontrolle im Sinne der EU-Öko-Audit-Verordnung (Umweltbetriebsprüfungen, Einführung eines Umweltmanagements). Nach Erweiterung der Anwendung des Öko-Audit-Systems auf andere Wirtschaftsbereiche, wie beispielsweise den Handel und Tourismus, bringen sich zunehmend mehr Unternehmen in das Öko-Audit-System in Mecklenburg-Vorpommern ein.

Effizientere und ökologisch orientierte Stoffabläufe sowie Imagegewinn sind wichtige Ergebnisse eines erfolgreich durchgeführten Öko-Audits. Das Wirtschaftsministerium unterstützt diese Unternehmeraktivitäten durch Informationen, praktische Handreichungen, über Modellprojekte und letztlich durch eine angemessene finanzielle Förderung.

2.10 Ordnungspolitische Infrastruktur

Beteiligungen des Landes

Gemäß § 65 der Landeshaushaltsordnung soll sich das Land an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur beteiligen, wenn ein wichtiges Landesinteresse vorliegt und sich der angestrebte Zweck nicht wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt.

Die Beteiligungen des Landes beschränken sich deshalb auf Unternehmen von besonderer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort und seine Infrastruktur. Die wirtschaftspolitischen Interessen des Landes vertritt das Wirtschaftsministerium in den Aufsichtsgremien der genannten Gesellschaften.

Ladenschluss

Die Inanspruchnahme der neuen Ladenschlusszeiten nach der Novellierung des Ladenschlussgesetzes vom Juli 1996 ist regional unterschiedlich. Während die großen Einkaufszentren auf der »grünen Wiese« montags bis freitags oft erst um 20.00 Uhr und sonnabends um 16.00 Uhr schließen, sind in den Innenstädten und kleineren Orten nicht selten frühere Ladenschlusszeiten zu verzeichnen. Gegenwärtig wird von verschiedenen Bundesländern eine Änderung des Ladenschlussgesetzes angestrebt.

Bäder- und Fremdenverkehrsregelung

Die Bäder- und Fremdenverkehrsregelung ist eine befristete Ausnahmegewilligung von den Vorschriften des Ladenschlussgesetzes, nach der Verkaufsstellen in Tourismusorten während der Saison sowohl werktags als auch sonn- und feiertags für den Verkauf von Gegenständen des täglichen Ge- und Verbrauchs sowie von Souvenirartikeln, ortstypischen Waren, Devotionalien, Schmuck- und Kunstgewerbe geöffnet sein dürfen.

Zusätzlich zu den bereits verlängerten Öffnungszeiten im Einzelhandel wurde im Jahr 1998 im Interesse einer bedarfsgerechten Versorgung der Touristen die sogenannte Bäderregelung des Landes in den Tourismuszentren zunehmend in Anspruch genommen.

Tabelle 2-12: Durch das Wirtschaftsministerium verwaltete Landesbeteiligungen 1999 *

Gesellschaft	Landesanteil am Stammkapital (%)
Deges Deutsche Einheit Fernstraßenplanung und -bau GmbH	10,00
Fährhafen Sassnitz GmbH	10,00
FPM Flughafen Parchim Mecklenburg GmbH	60,00
Gesellschaft f. Wirtschaftsförderung Mecklenburg-Vorpommern mbH	58,00
IIC The New German Länder Industrial Investment Council GmbH	8,39
Seehafen Rostock Verwaltungsgesellschaft mbH	25,10
Seehafen Wismar GmbH	10,00
TDP Trägergesellschaft Deutscher Pavillon mbH	0,71
VMV Verkehrsgesellschaft Mecklenburg Vorpommern mbH	100,00
Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG	0,30

* Ohne die Ostsee-Beteiligungsgesellschaft bR (OBG) und die Unternehmen, die durch die OBG verwaltet werden

Orte, für die die Bäder- und Fremdenverkehrsregelung seit 1. Mai 2000 gilt**- Landkreis Bad Doberan**

Bad Doberan, Graal-Müritz, Heiligendamm, Kühlungsborn, Nienhagen, Peelow, Rerik, Rövershagen

- Landkreis Demmin

Neukalen

- Landkreis Güstrow

Dahmen, Krakow am See, Serrahn

- Landkreis Mecklenburg-Strelitz

Blankenförde, Conow (Ortsteile Conow, Fürstenhagen), Diemitz (Ortsteile Diemitz, Fleeth), Feldberg, Lichtenberg, Mirow (Ortsteile Granzow, Mirow, Peetsch, Starsow) Priepert, Strasen (Ortsteil Pelzkuhl), Wesenberg (Ortsteile Ahrensberg, Klein Quassow), Wustrow (Ortsteile Canow, Drosedow, Neu Canow)

- Landkreis Müritz:

Alt Rehse (Ortsteile Alt Rehse, Wustrow), Alt Schwerin, Altenhof, Ankershagen, Bollewiek, Buchholz, Göhren-Lebbin, Klink, Ludorf, Nossentiner Hütte, Passentin, Penzlin, Rechlin (Ortsteile Boeck, Rechlin), Röbel (Innenstadt Mauerstraße, Mühlenberg, Straße des Friedens in Richtung Innenstadt, Straße der Deutschen Einheit bis Ecke Seebadstraße, Achter de Muer, Mühlenstraße, Hanne-Nüte-Straße, Hohe Straße bis Ecke Mauerstraße), Schwarz, Sietow-Dorf, Silz, Stuer, Vipperow, Wredenhagen, Waren (Altstadt innerhalb Schweriner Damm, Zur Steinmohle, Strandstraße, Ober- und Unterwallstraße, Mecklenburger Straße von Oberwallstraße bis Schweriner Damm sowie Kietzstraße, Am Seeufer Bahnhofstraße, Lloydstraße, Malchiner Straße bis Lloydstraße), Zislow

- Landkreis Nordvorpommern

Ahrenshoop (Ortsteile Ahrenshoop, Althagen, Nienhagen), Bad-Sülze, Barhöft, Barth (Innenstadt begrenzt durch Hafenstraße, Stadtwall und Bleicherwall), Born a. Darß, Dierhagen (Ortsteile Dändorf, Dierhagen, Dierhagen-Strand, Hof Körkwitz, Neuhaus), Parow, Prerow, Prohn, Stahlbrode, Wieck a. Darß, Wustrow, Zingst

- Landkreis Nordwestmecklenburg

Blowatz, Boiensdorf (Ortsteil Stove), Boltenhagen, Gramkow (Ortsteile Beckerwitz, Gramkow, Hohen Wieschendorf, Wohlenberger Wiek), Insel Poel (Ortsteile Am Schwarzen Busch, Gollwitz, Kirchdorf, Timmendorf), Zierow

- Landkreis Ostvorpommern

Ahlbeck einschl. Grenzmarkt, Bansin, Heringsdorf, Karlshagen, Koserow, Kröslin (Ortsteile Freest, Kröslin), Loddin (Ortsteile Kölpinsee, Loddin), Loissin, Lubmin, Peenemünde, Trassenheide, Ückeritz, Usedom, Wolgast (historische Altstadt sowie Schlossinsel), Zempin, Zinnowitz

- Landkreis Parchim

Lübz (Stadtkern, Am Markt, Mühlenstraße, Plauer Straße, Ziegenmarkt, Goldberger Straße, Schulstraße), Plau am See (Innenstadt innerhalb Strandstraße, Mühlenstraße, Steinstraße, Gr. Burgstraße), Sternberg (Altstadt begrenzt durch Wall, An der Bleiche, Hirtenstraße, An der Kornmühle, Rittersitz)

- Landkreis Rügen

gesamter Landkreis

- Landkreis Uecker-Randow

Altwar, Grambin, Mönkebude, Ueckermünde (Zentrum begrenzt durch Bundeswehrkrankenhaus, Töpferstraße, Ueckerdamm, Fluß Uecker, Neues und Altes Bollwerk, Wallstraße, Am Strand, Yachthafen)

Orte, für die die Bäder- und Fremdenverkehrsregelung seit 1. Mai 2000 gilt

- Hansestadt Greifswald
Eldena, Wiek
- Hansestadt Rostock
Diedrichshagen, Hohe Düne, Markgrafenheide, Warnemünde, Barnstorfer Wald/Zoo
- Hansestadt Wismar
Seebad Wendorf (Uferstreifen, Uferpromenade westlich Wäldchen)

Seit Juli 1999 sind mehrere Klagen gegen die Bäderregelung anhängig. Gleichzeitig gibt es Bestrebungen verschiedener Bundesländer, eine Änderung des Ladenschlussgesetzes herbeizuführen. Vor diesem Hintergrund hat sich das Wirtschaftsministerium für die Übergangszeit um ein allen gesellschaftlichen Gruppen gerecht werdende Bäder- und Fremdenverkehrsregelung bemüht.

Die Landesregierung hat beschlossen, die Bäder- und Fremdenverkehrsregelung zum 1. Mai 2000 teilweise zu widerrufen. An kirchlichen Feiertagen und am 1. Mai müssen die Geschäfte landesweit geschlossen bleiben. In den Kur- und Erholungsorten sowie in Orten, die in Tourismusschwerpunkten gelegen sind, dürfen die Geschäfte wie bisher sonntags öffnen, allerdings nur zwischen 12.00 Uhr und 18.00 Uhr statt bisher zwischen 11.00 Uhr und 18.30 Uhr. Herausgefallen sind die Zentren der kreisfreien Städte sowie Orte und Ortsteile, in denen von der Ausnahmeregelung kein oder kaum Gebrauch gemacht wurde und/oder die eine geringe touristische Bedeutung haben. Damit wurde die Zahl der Orte und Ortsteile, in denen künftig eine Sonntagsöffnung möglich ist, deutlich reduziert. Künftig ist auch der Geltungszeitraum der Bäderregelung eingeschränkt. Die erweiterten Öffnungsmöglichkeiten können nur noch in der Zeit vom 1. März bis 30. Oktober genutzt werden. Außerhalb dieser Zeiten gilt das Ladenschlussgesetz des Bundes. Auf dessen Grundlage können Läden samstags bis 16.00 Uhr öffnen, während die Öffnung am Sonntag nach Bundesgesetz nur in Ausnahmefällen (Bahnhöfe, Tankstellen etc.) möglich ist.

Durch den Teilwiderruf hat die Landesregierung einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen geschaffen, der in Mecklenburg-Vorpommern bis zur Änderung des Ladenschlussgesetzes eine eindeutige und tragfähige Lösung bildet.

Kartellrecht

Kraftstoffpreise. 1998 gestaltete sich das bundesweite Preisniveau für Kraftstoffe günstig. Dagegen wurden 1999 neue Rekordhöhen erreicht. Bei Vergaserkraftstoff verteuerten sich die Abgabepreise im Jahresverlauf um ca. 35 Pf pro Liter und bei Diesel um etwa 40 Pf pro Liter. Dieser Negativtrend setzte sich im 1. Quartal des Jahres 2000 fort. Im März war bei der Sorte Super Plus die 2-DM-pro-Liter-Marke bundesweit überschritten. Im Vergleich zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union waren die deutschen Kraftstoffpreise ohne Steueranteile allerdings in den ersten Monaten des Jahres 2000 noch die niedrigsten.

Die Verteuerung des Kraftstoffs ist maßgeblich zum einen national auf höhere Steueranteile und zum anderen auf gravierende Preisanhebungen an den internationalen Beschaffungsmärkten als Folge der seitens der OPEC beschlossenen Reduzierung der Öl-Fördermengen zurückzuführen. Eine weitere Ursache für die Preiserhöhungen an den Tankstellen ist in dem starken US-Dollar zu sehen.

Die Kartellbehörde hat die Preisentwicklung der letzten Monate aufmerksam beobachtet. Sie hat hierbei aber keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass die aktuelle Preisstellung Ausdruck einer missbräuchlichen Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung seitens der großen Mineralölgesellschaften ist.

In Mecklenburg-Vorpommern lag die Preisstellung in den größeren Städten im Jahresdurchschnitt weit überwiegend unter dem Bundesniveau. Die günstigsten Preise konnten 1999 in Greifswald, Parchim und Schwerin notiert werden. Im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet konnten die Kraftfahrer den Liter Kraftstoff hier durchschnittlich für 3 bis 4 Pf weniger erhalten.

Gaspreise. Die kartellrechtliche Untersuchung der Gaspreise endete 1998 mit positivem Ergebnis für den Verbraucher. Im Durchschnitt der 20 geprüften Unternehmen wurden die Preise im Kochgasbereich je nach Abnahmemenge zwischen 11 und 20 %, im Vollversorgungsbereich (Reihen- und Einfamilienhäuser) zwischen 4 und 5 % und im Kleingewerbebereich um 3 % gesenkt.

Die Preissenkungen konnten ohne kartellrechtlichen Zwang in konstruktiven Verhandlungen mit den Gasversorgungsunternehmen erreicht werden. Mit dem neuen Preisniveau wurde die gute Position der hiesigen Versorger im Vergleich zu denen in den anderen neuen Ländern abgesichert. Anlass für die kartellrechtliche Untersuchung waren festgestellte Preisdifferenzen zwischen einzelnen Gasversorgern. Damit lagen Verdachtsmomente des Preismissbrauchs vor, die das Wirtschaftsministerium als Landkartellbehörde zum Einschreiten veranlasste. Daneben hat auch das Bundeskartellamt die in seiner Zuständigkeit liegenden Regionalversorger OMG und HGW HanseGas geprüft und zu Preisreduzierungen bewegen können.

Weitere Preissenkungen - wenn auch teilweise erst auf Hinweis der Kartellbehörde - in der Größenordnung von etwa 0,32 Pf pro Kilowattstunde wurden seitens der Versorger im 1. Halbjahr 1999 realisiert. Ursächlich hierfür war der Ölpreisverfall in der zweiten Jahreshälfte 1998.

Die Gasbezugskonditionen der Gasversorger sind über die sog. Preisgleitklauseln an die Ölpreisentwicklung gekoppelt. Allerdings erfolgt diese Anpassung mit einer zeitlichen Verzögerung von einigen Monaten.

Diese allgemein in den Lieferverträgen zu findenden Regelungen führten dazu, dass sich die Gasbezüge der Versorger aufgrund des Ölpreisanstieges im Jahr 1999 im weiteren Verlauf deutlich verteuerten.

Diese Bezugssituation auf der Versorgungsebene hatte Preisanhebungen gegenüber den Endkunden zum Ende der 2. Jahreshälfte 1999 bzw. zum Anfang des Jahres 2000 zur Folge. Die Kartellbehörde sieht keine Möglichkeit, diesen Preisanhebungen entgegenzutreten. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob mit der vollständigen Ausbildung eines Wettbewerbsmarktes auch im Gasbereich die Anlegbarkeit an die Ölpreisentwicklung aufrechterhalten bleiben kann.

Zur Zeit ist die Liberalisierung des Gasmarktes in Deutschland noch nicht Realität. Nach wie vor fehlt es an den notwendigen nationalen Regelungen. Die jedoch schon jetzt vereinzelt abgeschlossenen Durchleitungsvereinbarungen dokumentieren, dass auch die Gaswirtschaft die Öffnung des Marktes offensiv angeht.

Strommarkt. Das neue Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie Teile des novellierten Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) haben die Schaffung eines liberalisierten Marktes maßgeblich für Strom zum Ziel gehabt. Hierbei kommt dem Netzzugang zentrale Bedeutung zu. Der Gesetzgeber hat dem u.a. dadurch Rechnung getragen, dass er die unberechtigte Netzzugangsverweigerung durch marktbeherrschende Unternehmen als weiteres Beispiel für einen Missbrauchstatbestand in das GWB aufgenommen hat.

Früher und deutlicher als von den meisten erwartet, hat die Liberalisierung des Strommarktes Auswirkungen auf das Preisniveau gezeigt. In Deutschland musste für Strom 1999 rund 15 Mrd. DM weniger bezahlt werden als im Vorjahr. Der Umsatz der Stromwirtschaft sank von 80 auf rund 65 Mrd. DM. Industrie und Gewerbe profitierten von Preissenkungen um 30 %. Sie zahlten 25 Mrd. DM. Tarifkunden, vor allem private Haushalte, zahlten knapp zehn Prozent - 40 Mrd. DM - weniger.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist das Strompreisniveau im Verlaufe des Jahres 1999 deutlich abgesenkt worden. Die hiesigen Versorger haben auf die Angebote der bundesweit agierenden Stromanbieter reagiert und ihren Kunden Neuabschlüsse zu deutlich günstigeren Konditionen angeboten. In den Fällen, in denen sich die Kunden für einen Versorgerwechsel entschieden haben, behelfen sich die Versorger zumeist bei noch fehlenden Durchleitungsvereinbarungen mit einer Beistellabrede.

In den neuen Ländern und damit auch in Mecklenburg-Vorpommern ist das Wettbewerbsgeschehen im Strommarkt aber zur Zeit noch durch die Braunkohlenschutzklausel belastet. Nach dieser Klausel ist bei der Beurteilung, ob die Ablehnung des Netzzugangs zur Belieferung von Abnehmern in den neuen Ländern missbräuchlich ist, die Notwendigkeit einer ausreichend hohen Verstromung von Braunkohle aus diesen Ländern besonders zu berücksichtigen. Durchleitungsbegehren sind wiederholt unter Verweis auf die Braunkohlenschutzklausel verweigert worden. Die Gerichte als auch die Kartellbehörden sind zur Zeit damit befasst zu klären, unter welchen konkreten Voraussetzungen die Klausel in Bezug genommen werden kann.

Verbraucherpolitik

Die Verbraucherpolitik trägt zum Schutz der Verbraucher vor Gefahren für ihre Gesundheit und Sicherheit sowie ihrer wirtschaftlichen Interessen gegenüber Staat und Wirtschaft bei.

Die Verbraucherpolitik des Landes umfasst:

- Mitwirkung des Landes am Gesetzgebungs- und Verwaltungshandeln des Bundes und der EG in Kooperation mit den Verbraucherschutzorganisationen,
- Maßnahmen zur Verbraucheraufklärung, -information und -erziehung,
- Förderung der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Im Mittelpunkt der Behandlung von gesetzlichen Regelungen steht die Transformation von EU-Gemeinschaftsregelungen mit verbraucherpolitischen Inhalten. Ein Beispiel dafür ist das geplante Gesetz über den Fernabsatz und andere Fragen des Verbraucherrechts sowie zur Umsetzung von Vorschriften auf Euro. Damit soll der rechtliche Verbraucherschutz in Deutschland gestärkt und die Verbraucher vor irreführenden und aggressiven Verkaufsmethoden insbesondere im Fernabsatzgeschäft (elektronischen Geschäftsverkehr) geschützt werden.

Bedeutsam ist auch die VO zur Kennzeichnung von Lebensmitteln ohne Anwendung von Gentechnik, durch die die europäischen Kennzeichnungsbestimmungen der Novel-Food-VO ergänzt und den deutschen Verbrauchern die Möglichkeit der Auswahl gegeben wird. Unterstützt werden außerdem Initiativen der europäischen Kommission wie der »Verbraucherpolitische Aktionsplan 1999-2001«, der vor dem Hintergrund wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen prioritäre Maßnahmen zur Sicherung eines hohen Verbraucherschutzniveaus auf dem europäischen Binnenmarkt vorsieht.

Die Verbraucherpolitik des Landes zielt darauf ab, die Verbraucher in ihrer marktwirtschaftlichen Funktion zu stärken. Voraussetzung dafür ist die gezielte Aufklärung und Information, damit die Verbraucher in die Lage versetzt werden, das Marktgeschehen gemäß ihren Bedürfnissen zu beeinflussen. Öffentlichkeitswirksame Gemeinschaftsaktionen zusammen mit örtlichen Verbraucherorganisationen, wie die Verbrauchertage Mecklenburg-Vorpommern 1998 und 1999 zu den Themen: »Multimedia und Verbraucherschutz« sowie »Gentechnik bei Lebensmitteln« leisten dazu einen aktiven Beitrag. Informations- und Beratungsangebote, Fachvorträge sowie eine Podiumsdiskussion zu Chancen und Risiken dieser neuen Technologiebereiche waren dazu angetan, Informationsdefizite und die mangelnde Akzeptanz bei den Verbrauchern abzubauen.

Die Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern e.V. vertritt die Interessen der Verbraucher in unserem Land. Ihre Aufgabe ist es, das Marktgeschehen für den Verbraucher transparent zu machen, ihn vor Übervorteilungen zu schützen und den Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern.

Durch den grenzenlosen Austausch und die zunehmende Vielfalt des Angebotes an Produkten und Dienstleistungen im EU - Binnenmarkt sowie durch neue verbraucherrelevante Themen (Telekommunikation) steigt der Bedarf an objektiver Verbraucheraufklärung, - information und -bildung. Zunehmend bedeutsam für die ratsuchenden Verbraucher sind deshalb neben dem landesweiten Beratungsstellennetz der telefonische Beratungsservice sowie der Fax-Abruf und das Internet-Angebot der Verbraucherzentrale. Hier wird ein umfassendes Angebot auf den Gebieten der Bau-, Produkt-, Wohn-, Ernährungs-, Umwelt- und Energieberatung sowie der Patientenberatung vorgehalten. Insbesondere Fragen aus den Bereichen Recht und Finanzdienstleistungen sowie die Budgetberatung sind wichtige Schwerpunkte der Verbraucherberatung.

Handwerksrecht

Der große Befähigungsnachweis - die abgeschlossene Meisterausbildung - ist Voraussetzung für das Führen eines selbstständigen Handwerksbetriebes. Meisterbrief mit speziellen Kenntnissen in rechtlichen und kaufmännischen Fragen garantieren im Handwerk solides unternehmerisches Fachwissen. Dieses hat über Jahre dazu geführt, dass die Handwerksunternehmen bisher die geringsten Insolvenzen aller Gewerbetreibenden aufwiesen.

Die starke Orientierung des Handwerks an den Meisterbrief birgt jedoch auch Risiken; beispielsweise könnte dem Handwerksmeister etwas zustoßen. Damit die Existenz der Handwerksbetriebe und die der Mitarbeiter auch in solchen Fällen gesichert ist, erteilt das Wirtschaftsministerium in besonderen Fällen Ausnahmewilligungen. Die §§ 8 und 9 Handwerksordnung lassen es zu, unter bestimmten Voraussetzungen ein Handwerk auch ohne Befähigungsnachweis selbstständig auszuüben. Mit der Erteilung von solchen Ausnahmen trägt das Wirtschaftsministerium zur Kontinuität im Handwerksbereich bei.

Das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern hat in den Jahren 1998/99 insgesamt 524 Handwerkern eine Ausnahmewilligung erteilt. Damit konnten Handwerksbetriebe weiter existieren bzw. neu gegründet werden.

Die Erteilung von Ausübungsberechtigungen erlaubt es Handwerksbetrieben, auch in einem anderen Handwerk tätig zu werden, wenn Betriebsinhaber oder Betriebsleiter in diesem meisterähnliche Fähigkeiten nachweisen. Die Ausübungsberechtigung festigt bereits existierende Handwerksbetriebe durch die Ausweitung des Leistungsangebotes und kommt auch dem Kundenwunsch nach, Leistungen möglichst aus einer Hand zu erhalten. Im Jahr 1999 erhielten ca. 150 bestehende Handwerksbetriebe die Möglichkeit, durch die Erteilung einer Ausübungsberechtigung gemäß § 7a HwO, ein zweites, zusätzliches Handwerk auszuüben.

Schornsteinfegerwesen

In den Jahren nach der Wende erfolgte vielfach die Umstellung von Einzelfeuerungsanlagen auf Blockheizwerke, Fernwärme und Zentralheizungen. Festbrennstoffe wurden durch Öl und Gas als Energiespender abgelöst. Dies führte zu einer erheblichen Reduzierung von Arbeitswerten, denn Festbrennstofföfen müssen zwei- bis viermal mal im Jahr gekehrt werden, während die neuen Anlagen nur noch ein Mal im Jahr gekehrt oder überprüft werden müssen. Im Laufe der vergangenen Jahre führte dies dazu, dass Arbeitswerte unbürokratisch zwischen den Kehrbezirken verschoben wurden, so dass teilweise zersplitterte Kehrbezirke die Folge waren.

Deshalb sah sich das Wirtschaftsministerium verpflichtet, eine landesweite Kehrbezirksneueinteilung vorzunehmen. Die Innung für das Schornsteinfegerwesen in Mecklenburg-Vorpommern wurde mit der Anfertigung eines Gutachten für die Kehrbezirksneueinteilung beauftragt, das dem Wirtschaftsministerium am 5. Oktober 1999 vorgelegt wurde.

Nach einer Anhörung aller Betroffenen zur Kehrbezirksneueinteilung und unter Berücksichtigung von natürlichen Schließungen von Kehrbezirken - durch Ruhestand bzw. Tod - wurden die ursprünglich 191 Kehrbezirke zum 1. Januar 2000 auf 189 und zum 1. Juli 2000 auf 188 Kehrbezirke reduziert.

Damit ist ab 1. Juli 2000 allen Bezirksschornsteinfegermeister ein gesichertes finanzielles Einkommen garantiert. Es wurden - wie im Schornsteinfegergesetz gefordert - wieder zusammenhängende Kehrbezirke geschaffen. Ein weiterer Schwerpunkt bei der Kehrbezirksneueinteilung war die Unterstellung eines Bezirksschornsteinfegemeisters unter die Aufsicht nur einer Kreisordnungsbehörde. Bis auf begründete Ausnahmen orientierte sich die Neueinteilung der Kehrbezirke an den Kreisgrenzen.

Im Jahr 1999 wurden durch das Wirtschaftsministerium als Bestellungsbehörde sechs freigewordene Kehrbezirke neubesetzt. Die Bewerberliste für die Bestellung zum Bezirksschornsteinfegermeister wird jährlich aktualisiert und verzeichnet eine stete Zunahme von Bewerbern. Derzeit bewerben sich 46 Schornsteinfegermeister um einen eigenen Kehrbezirk. Aufgrund der hohen Ausbildungsquoten im Schornsteinfegerhandwerk besteht eine große Nachfrage, die Meisterprüfung im Handwerk abzulegen, so dass auch in den kommenden Jahren mit einer Zunahme von Bewerbern um einen eigenen Kehrbezirk zu rechnen ist.

Die Kehr- und Überprüfungsordnung (KÜO) und die Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung (KÜGO) von Mecklenburg-Vorpommern wurde neu gefasst, um sie dem Stand der Technik anzupassen. Speziell die Überprüfungspflicht von Lüftungsanlagen, wie im Einigungsvertrag festgelegt, wurde klarer gefasst. Berücksichtigung bei der Neufassung der beiden Verordnungen fand u.a. das Gutachten von Prof. Dr. Rawe zur Reduzierung der Überprüfung der Abgasleitungen von Gasbrennwertgeräten.

Eichwesen

Die Eichverwaltung Mecklenburg-Vorpommern sichert den gesetzlichen Auftrag für den Verbraucherschutz, zur Gewährleistung der Mess-Sicherheit im geschäftlichen Verkehr, Gesundheitsschutz, Arbeitsschutz, Umweltschutz und bei amtlichen Messungen sowie zur Qualitätssicherung in medizinischen Laboratorien durch umfangreiche Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen sowie messtechnische Prüfungen. Die Eichämter eichten im Jahr 1998 ca. 26.000 und im Jahr 1999 insgesamt 19.800 Messgeräte. Die staatlich anerkannten Prüfstellen beglaubigen pro Jahr etwa 110.000 Messgeräte für Gas, Wasser, Elektrizität und Wärme.

In rund 200 Handelseinrichtungen und Abfüllbetrieben werden jährlich in den Bereichen Lebensmittel, Nichtlebensmittel und Arzneimittel etwa 700 Stichproben mit etwa 36.000 Fertigpackungen auf die Einhaltung der Füllmengen und -gewichte kontrolliert. Überwachungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Qualitätssicherung im medizinischen Bereich wurden 1998 in 60 und 1999 in 140 medizinischen Laboren durchgeführt.

Durch die neuen Regelungen (Medizinproduktegesetz, Betreiberverordnung) ist die Eichung medizinischer Messgeräte zum großen Teil durch messtechnische Kontrollen ersetzt worden, die von privaten Prüfdiensten durchgeführt werden können. In Mecklenburg-Vorpommern sind bereits Prüfdienste tätig, die durch die Landeseichbehörde überwacht werden.

Tabelle 2-13: Schornsteinfegerwesen in Mecklenburg-Vorpommern

	1995	1996	1997	1998	1999/2000
Kehrbezirke (Anzahl)	191	191	191	191	189
Bestellungen von Bezirksschornsteinfegermeistern	7	9	9	4	6*
Widerrufe			1		
Warnungsgelder		1	1	3	
Anzahl der Bewerber um einen Kehrbezirk	16	19	36	35	46

* darunter: 3 auf Probe

Die Unterstützung der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern durch international anerkannte metrologische Leistungen der Eichbehörde nimmt zu und wird durch die Akkreditierung von Prüflaboren, z. B. für Werkstoffprüfmaschinen, abgesichert.

Durch die Entwicklung des gemeinsamen europäischen Marktes ist die Eichverwaltung Mecklenburg-Vorpommern verstärkt in das europäische metrologische Konzept zur Qualitätssicherung eingebunden. Die metrologische Fachkompetenz der Eichbehörde wurde gegenüber der Europäischen Kommission durch Einführung eines Qualitätssicherungssystems nachgewiesen.

Erste Kontakte zur Eichverwaltung Polens wurden durch gegenseitige Besuche hergestellt. Derzeit wird beiderseits geprüft, ob lockere Kooperationen zur Vorbereitung der polnischen Eichbehörden auf den Europäischen Markt realisierbar sind.

Schwarzarbeit

Der Runderlass der Landesregierung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung vom 8. August 1998 hat sich bewährt. Durch das Zusammenwirken aller an der Bekämpfung der Schwarzarbeit beteiligten Behörden sind die Bußgeldverfahren von 190 im Jahr 1997 auf 227 im Jahr 1998 und auf 322 im Jahr 1999 angestiegen. Das von den Ordnungsbehörden verhängte Bußgeld stieg von 570.000 DM im Jahr 1997 auf 950.000 DM im Jahr 1998 und auf 1,23 Mio. DM im Jahr 1999. Trotz dieses positiven Entwicklungstrends bleibt die Schwarzarbeit ein permanentes Problem.

Zur intensiveren Gestaltung der Arbeit auf dem Gebiet der Schwarzarbeit wurde unter Leitung des Wirtschaftsministeriums eine Arbeitsgruppe gebildet. Mitglieder sind neben den Ministerien Inneres, Soziales, Finanzen, Justiz, Arbeit und Bau das Landesarbeitsamt und das Hauptzollamt. Die Arbeit wurde mit der ersten konstituierenden Sitzung am 24. August 1999 aufgenommen.

Kammeraufsicht

Das neue Beitragsrecht der Industrie- und Handelskammern gilt ab dem 1. Januar 1999. Das Gesetz sieht eine gänzliche Beitragsfreistellung für kammerzugehörige Unternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind und deren Gewerbeertrag bzw. Gewinn aus Gewerbebetrieb 10.000 DM nicht übersteigt, vor. Dieses betrifft insbesondere Kleinunternehmer, die somit weder einen Grundbeitrag noch eine Umlage an die Kammer zahlen.

Eine weitere Senkung des Beitrages wird für natürliche Personen und Personengesellschaften durch die ebenfalls vorgenommene Erhöhung des Freibetrages von 15.000 DM auf 30.000 DM für die Berechnung der Umlage erreicht.

Von diesen gesetzlichen Änderungen im IHK-Gesetz profitieren etwa ein Drittel der kammerzugehörigen Unternehmen und hierbei insbesondere die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden.

Versicherungsaufsicht

Das Wirtschaftsministerium führt die Versicherungsaufsicht über sechs Versorgungswerke in Mecklenburg-Vorpommern. Die Aufsicht erstreckt sich insbesondere auf die Anlage des Versicherungsvermögens. Durch eine angemessene Mischung und Streuung der Vermögensanlagen gilt es, sowohl Sicherheit und Rentabilität als auch eine hohe Liquidität zu gewährleisten. In Vorbereitung ist das Gesetzgebungsverfahren zur Errichtung eines Versorgungswerkes der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer in Mecklenburg-Vorpommern. Verabschiedet wurde das Gesetz zur Errichtung eines Versorgungswerkes der Steuerberater in Mecklenburg-Vorpommern.

Öffentliches Auftragswesen

Dem öffentlichen Auftragswesen kommt innerhalb der Wirtschaft des Landes ein hoher Stellenwert zu, weil staatliche Stellen eine umfangreiche Nachfrage nach Bau-, Liefer- und Dienstleistungen ausüben. Etwa jeder vierte bis fünfte Auftrag in den neuen Bundesländern kommt von der öffentlichen Hand. Der Staat trägt damit zu einer besseren Auslastung der Unternehmen und zur Arbeitsplatzsicherung - vor allem bei den mittelständischen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern - bei.

Öffentliche Ausschreibungen erfolgen in zahlreichen Ausschreibungsblättern (z. B. Bundesausschreibungsblatt, Submissionsanzeiger, Amtlicher Anzeiger/Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern, Fachzeitschriften, Tageszeitungen) und können zunehmend auch online abgerufen werden. Damit sich möglichst viele einheimische Unternehmen an den entsprechenden Ausschreibungen beteiligen können, misst das Wirtschaftsministerium dem Informationsaustausch über öffentliche Aufträge große Bedeutung zu.

Öffentliche Auftraggeber sind an die Ausschreibungspflicht und die einschlägigen Vergabevorschriften gemäß Landeshaushaltsordnung (§ 55) und Gemeindehaushaltsverordnung (§ 29) gebunden. Oberhalb der von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften festgelegten Schwellenwerte (siehe Kasten) sind öffentliche Auftraggeber im Sinne des § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) gesetzlich verpflichtet, die Vergabevorschriften der Verdingungsordnungen (VOB, VOL und VOF) anzuwenden und im Wege transparenter Vergabeverfahren zu beschaffen.

Die Vorschriften der Verdingungsordnungen sollen gewährleisten, dass die öffentlichen Auftraggeber dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in der Haushaltsführung gerecht werden und für interessierte Unternehmen ein fairer und diskriminierungsfreier Wettbewerb herrscht.

Das Anliegen eines transparenten und wettbewerbsorientierten Vergabeverhaltens der öffentlichen Hand basiert auf der gegenwärtigen Politik der EU. Ausdruck dessen ist das zum 1. Januar 1999 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Vergabe öffentlicher Aufträge, Vergaberechtsänderungsgesetz - VgRÄG vom 26. August 1998 (BGBl. I S. 2512), das als neuer vierter Teil »Vergabe öffentlicher Aufträge« in das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen i.d.F. der Bekanntmachung vom 26. August 1998 (BGBl. I S. 2446) aufgenommen wurde.

Das neue Vergaberecht

Mit dem Vergaberechtsänderungsgesetz wurde die bislang in Deutschland geltende »haushaltsrechtliche Lösung« aufgegeben und das Wettbewerbsprinzip als Kernprinzip des Vergaberechts gestärkt. Wichtigste Regelungsmaterien des Gesetzes, das nur für Aufträge oberhalb der EG-Schwellenwerte gilt, sind die erstmalige Konstituierung eines subjektiven Rechts von Bietern auf Einhaltung der Vorschriften über die öffentliche Auftragsvergabe (§ 97 Abs. 7 GWB) sowie die Nachprüfung des Vergabeverfahrens durch Nachprüfungsbehörden. Diese Aufgabe ist für die den Ländern zuzurechnenden Aufträge durch deren Vergabekammern vorzunehmen, deren Einrichtung, Organisation und Besetzung den Ländern selbst obliegt. Mecklenburg-Vorpommern hat die hierzu notwendigen landesrechtlichen Vorschriften geschaffen (Vergabenachprüfungsgesetz - VgNG M-V vom 28. Juni 1999 und Vergabekammernverordnung - VgKVO M-V vom 29. Juni 1999). Hiernach wurden zwei Vergabekammern beim Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet, die das Vergabekollegium des Landes bilden.

Der Nachprüfungsantrag zur Vergabekammer muss strengen formellen und inhaltlichen Maßstäben entsprechen. Er wird der Vergabestelle bei Vorliegen der Voraussetzungen zugestellt. Diese darf dann den Zuschlag bis zu einer Entscheidung nicht mehr erteilen. Das Verfahren vor der Vergabekammer löst Kosten (Gebühren und Auslagen) zwischen 5.000 DM und 50.000 DM aus, die letztlich von der unterliegenden Partei zu tragen sind.

Entscheidungen der Vergabekammer können mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden, über die der Vergabesenat beim Oberlandesgericht Rostock befindet. Bis zum 31. Dezember 1999 wurden vor den Vergabekammern des Landes 34 Verfahren anhängig gemacht. Zwei Antragsteller haben sofortige Beschwerde beim Oberlandesgericht eingelegt.

Ein entscheidender Kernpunkt im Öffentlichen Auftragswesen war und bleibt der Umgang mit den sogenannten vergabefremden Kriterien (z.B. Tariftreue, Frauenförderung, Ausbildungsplatzförderung). Hier hat der Bundesgesetzgeber mit § 97 Abs. 4 GWB die Möglichkeit der Einführung solcher Aspekte per Gesetz geschaffen. Es erscheint jedoch sachgerecht, die zur Zeit noch stattfindende rechtliche Diskussion zu der Reichweite der Regelungsmöglichkeiten zu einem Teilbereich ist das Bundesverfassungsgericht angerufen - abzuwarten.

Die Öffnung der Märkte und der europäische Binnenmarkt führen zu einem zunehmenden Wettbewerb im öffentlichen Auftragswesen. Dies hat sowohl eine verstärkte Konkurrenz für einheimische Unternehmen zur Folge, als auch die Chance, im europäischen Beschaffungsmarkt Fuß zu fassen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern begrüßt es daher, wenn sich einheimische Unternehmen und Freiberufler zu Bieter- und Arbeitsgemeinschaften zusammenfinden, da dies die Chancen auf Zuschlagserteilung gerade bei großen Aufträgen erhöht. Dabei verkennt das Land jedoch nicht, dass die für Mecklenburg-Vorpommern strukturbestimmenden kleinen und mittleren Unternehmen für ein erfolgreiches Agieren auf dem Markt einer weiteren Unterstützung bedürfen.

Zu seiner Verantwortung für eine mittelstandsfreundliche und -gerechte Vergabepaxis bekennt sich das Land im Mittelstandsförderungsgesetz (MFG) vom 14. Oktober 1993. Hierin wird die öffentliche Hand verpflichtet, Leistungen schon bei der Ausschreibung in Fach- und Teillote zu zerlegen, damit sich kleinere und mittlere Unternehmen an der Angebotsabgabe beteiligen können.

Dieses Grundanliegen findet sich auch in der »Richtlinie für die verstärkte Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen und die Berücksichtigung freier Berufe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge« vom 11. November 1999 (AmtsBl. M-V S. 1107) wieder. Die Richtlinie appelliert an die Vergabestellen des Landes, die mittelstandsfreundlichen Grundsätze der geltenden Vergabevorschriften strikt zu beachten und klärt sie verstärkt über die zulässigen Möglichkeiten, kleine und mittlere Unternehmen bei der öffentlichen Auftragsvergabe stärker zu berücksichtigen und damit regionale Wirtschaftskräfte zu unterstützen, auf. Darüber hinaus erfolgen in der Richtlinie mit der Ausgestaltung einzelner vergaberechtlicher Vorschriften, z. B. zu den Sicherheitsleistungen und zum Generalunternehmereinsatz, weitere Schritte in Richtung Förderung der mittelständischen Wirtschaft.

Der am 20. November 1998 ohne Befristung verlängerte Zubenennungserlass (AmtsBl. M-V S. 58) verpflichtet öffentliche Auftraggeber in Mecklenburg-Vorpommern, bei Beschränkten Ausschreibungen und Freihändigen Vergaben nach der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL/A) die Auftragsberatungsstelle in Mecklenburg-Vorpommern e.V. (ABSt) einzuschalten.

Die vom Wirtschaftsministerium mitfinanzierte Auftragsberatungsstelle bietet den interessierten Unternehmen kostenfreie Auskünfte über aktuelle Öffentliche Ausschreibungen. Sie ist als ein Bindeglied zwischen Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern nach wie vor unverzichtbar, um den wirtschaftlichen Aufschwung auch über öffentliche Auftragsvergaben voranzutreiben.

Unternehmen können ihre Adressen und Tätigkeitsprofile der Auftragsberatungsstelle überreichen. Die Auftragsberatungsstelle listet die Unternehmen auf und kann sie den Vergabestellen des Bundes sowie der Landes- und Kommunalverwaltung bei Beschränkten Ausschreibungen und Freihändigen Vergaben nach der VOL/A als mögliche Vertragspartner benennen. Damit ist die Auftragsberatungsstelle für die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern eine unentbehrliche Informationsquelle und Einrichtung zur Absatzhilfe.

Schwellenwerte* nach den EU-Richtlinien

- Bauleistungen allgemein:
5 Mio. Euro (für Lose: 1 Mio. Euro)
- Lieferungen/Dienstleistungen für Verkehr, Wasser, Energie: 400.000 Euro
- freiberufliche Leistungen: 200.000 Euro
- Lieferungen/Dienstleistungen allgemein:
200.000 Euro

* jeweils ohne Umsatzsteuer; 1 Euro = 1,95583 DM

Zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen des Landes befreit des weiteren der sogenannte Wertgrenzenerlass aus dem Jahre 1997 (AmtsBl. M-V S. 428) öffentliche Auftraggeber von dem Grundsatz der Öffentlichen Ausschreibung von Aufträgen mit einem geringen Auftragsvolumen und regelt die Voraussetzungen für eine Freihändige Vergabe oder eine Beschränkte Ausschreibung nach VOL/A und VOB/A. Dieser Erlass wurde am 31. August 1999 zugunsten der kleineren und mittleren Gewerbetreibenden durch Erweiterung der Anwendungsvoraussetzungen geändert (AmtsBl. M-V S. 902).

Der Erlass über die Vermeidung von Handelshemmnissen im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge vom 20. Juni 1997 (AmtsBl. M-V S. 683) verpflichtet die Vergabestellen weiterhin zu produktneutralen Ausschreibungen, um auch so einheimischen Anbietern mit ihren Produkten Zugangschancen zum Markt zu eröffnen. Der Problematik der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zu Dumpingpreisen auf den Baustellen in Mecklenburg-Vorpommern wurde frühzeitig Rechnung getragen. Ein Erlass aus dem Jahre 1994, der den temporären Ausschluss von Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge bei illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften vorsieht, wurde am 18. September 1995 ergänzt. Hiermit wurden die Vergabestellen verpflichtet, von den Auftragnehmern eine Erklärung zur Einhaltung der für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge zu verlangen.

Als Überblick über die komplizierte Materie des Vergaberechts sowie als praktische Informations- und Handlungshilfe zur Teilnahme am Wettbewerb wird im Jahre 2000 eine Broschüre mit dem Titel »Öffentliche Aufträge in der Bundesrepublik Deutschland und in der EU - Praktische Informations- und Handlungsanleitung für Unternehmen und öffentliche Hand in Mecklenburg-Vorpommern« erscheinen.

Preisprüfung bei öffentlichen Aufträgen

Auch auf dem Gebiet des öffentlichen Auftragswesens gelten marktwirtschaftliche Grundsätze. Öffentliche Aufträge sind grundsätzlich zu Preisen zu vergeben, die sich im Wettbewerb (z. B. durch öffentliche Ausschreibung) gebildet haben.

Für eine Reihe von Liefer- und Dienstleistungen, in Ausnahmefällen bis zur Aufhebung der Preisvorschrift zum 1. Juli 1999 auch für Bauleistungen, kann jedoch entweder kein konkreter Angebotspreis ermittelt werden, weil z.B. die zu erbringende Leistung noch nicht in vollem Umfang überschaubar ist, oder der zu vergebende Auftrag so speziell ist, dass von seiten des Auftraggebers nur ein bestimmtes Unternehmen in Betracht kommt bzw. eine Monopolstellung eines Unternehmens vorliegt. Dies trifft z. B. bei öffentlichen Aufträgen im Wehrbereich sowie bei speziellen Forschungsaufträgen zu.

In diesen Fällen stellt sich die Frage nach dem vom öffentlichen Auftraggeber für die erbrachte Leistung zu zahlenden angemessenen Preis. Dieser errechnet sich auf der Basis der dem ausführenden Unternehmen entstehenden Selbstkosten unter Beachtung des Preisgesetzes und entsprechender Preisverordnungen. Die Ermittlung der preisrechtlich zulässigen Preise obliegt den Preisüberwachungsstellen (PÜ) der einzelnen Bundesländer. Die für Mecklenburg-Vorpommern zuständige PÜ wurde im Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet. Nicht nur die öffentlichen Auftraggeber haben aus haushaltsrechtlichen Erwägungen heraus ein Interesse an der Feststellung des höchstzulässigen Auftragspreises, sondern auch die privaten Auftragnehmer.

Aufgrund der bestehenden Haushalts- und Preisrechtsvorschriften vergibt etwa der Bund die nicht im Wettbewerb zu vergebenden öffentlichen Aufträge bevorzugt an Firmen, bei denen die Prüfung der angefallenen Selbstkosten durch die örtlich zuständige PÜ sichergestellt ist. Preisprüfungsersuchen an die PÜ Schwerin bringen somit eine verstärkte Auftragsvergabe an hiesige Unternehmen auch bei nicht dem Wettbewerb unterliegenden öffentlichen Aufträgen zum Ausdruck.

Über die verbesserten Chancen für weitere Nachfolgaufträge hinaus wird ferner sichergestellt, dass von einer neutralen Prüfstelle - und nicht vom öffentlichen Auftraggeber - auskömmliche Selbstkostenpreise gemäß den bestehenden Preisvorschriften ermittelt werden.

Des Weiteren weisen die Preisprüfungen auch einen gewissen zusätzlichen Beratungseffekt für die Unternehmen in kostenrechnerischer Hinsicht auf. Gerade bei betriebswirtschaftlichen und vor allem kalkulatorischen Fragestellungen sind oftmals noch Defizite, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, festzustellen, die von Fall zu Fall im Rahmen der Prüfungspraxis abgestellt werden konnten.

Bis Ende 1999 wurden 215 Preisprüfungsersuchen (davon 210 im Dienstleistungs- und Lieferbereich in aller Regel durch Bundesbehörden, sowie fünf im Baubereich durch Vergabestellen der Landes- und Kommunalverwaltung) mit einem Prüfvolumen in Höhe von 206 Mio. DM an die PÜ Schwerin gestellt. Hiervon entfallen 31 Prüfungsersuchen mit einem Prüfvolumen von 36,8 Mio. DM auf das Jahr 1998 und 43 Prüfungsersuchen mit einem Umfang von 27,8 Mio. DM auf das Jahr 1999.

2.11 Regionale Strukturentwicklung Vorpommerns

Auf Initiative der Landesregierung hat das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommern in seiner konstituierenden Sitzung im Dezember 1998 die Arbeitsgruppe 2 »Regionale Entwicklung Vorpommerns« eingerichtet. In dieser Arbeitsgruppe arbeiten die regionalen Vertreter der Gewerkschaften, der Unternehmerverbände, der Kammern, der Hochschulen und der Technologiezentren u.a. gemeinsam mit der Landesregierung an konkreten Projekten, um Vorpommerns Infrastruktur weiter zu entwickeln und um Arbeitsplätze in Zukunftsfeldern zu schaffen.

Die Arbeitsgruppe hat sieben Projektgruppen gebildet, in denen Vertreter der Landesregierung gemeinsam mit den regionalen Akteuren engagiert arbeiten, um die Entwicklung Vorpommerns voranzutreiben. Darüber hinaus finden regelmäßige Treffen der Arbeitsgruppe 2 »Regionale Entwicklung Vorpommerns« unter Leitung des Ministerpräsidenten in Vorpommern statt, um die Projektgruppenarbeit zu koordinieren, neue Impulse zu geben und Entscheidungen bzw. Vereinbarungen von zentraler Bedeutung zu treffen.

Die Projektgruppe 1 »Vernetzung der Universität Greifswald und der Fachhochschule Stralsund mit u.a. Technologiezentrum Vorpommern und der regionalen Wirtschaft« unter Federführung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur widmet sich der Verbesserung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft, um zu einem verbesserten Wissens- und Technologietransfer in der Region zu gelangen. Die regionalen Potenziale in technologieorientierten Bereichen werden entwickelt und ausgebaut, um die Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen zu beschleunigen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Projektgruppe 1 in den drei Bereichen Ausbildung, Technologietransfer/Forschungsförderung und Aufbau von Netzwerken aktiv.

Die praxisnahe Ausbildung von Fachhochschul- und Universitätsstudenten in Zusammenarbeit mit Unternehmen der Region wird verstärkt. Es wurden die Voraussetzungen zur Durchführung von Absolventen- und Praktikantenbörsen an den Hochschulen durch Bereitstellung von Fördermitteln des Landes geschaffen. So wird im Mai 2000 an der Universität Greifswald ein »Existenzgründertag« durchgeführt, der sich auch mit Berufsstart und Berufsplanung befassen wird. Neben dem Angebot von Betriebspraktika werden insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen der Region die Gelegenheit haben, sich vorzustellen. Mit Unternehmen aus dem Medizintechnikbereich ist eine Diplomanden- und Absolventenbörse an der FH Stralsund in Planung. Zudem wird an der EMA Universität Greifswald mit Unterstützung der Deutschen Ausgleichsbank ein Gründerlehrstuhl aufgebaut.

Die Projektgruppe 1 hat bereits drei Vorhaben in zukunftsweisenden Technologien, die in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Privatwirtschaft projektiert wurden, auf den Weg gebracht: Das Proteinforschungsprojekt »Proteomics von Bacillus subtilis« als Zusammenarbeit der Universität Greifswald mit dem Unternehmen Mühlenchemie, eine Kooperation der Warnow-Werft mit der Universität Rostock im Bereich von Großstrukturen in der Fertigungstechnik (»3D - Messen«) und die gemeinschaftliche Entwicklung von Sensorsystemen für Gasraumanalysen durch das Forschungszentrum Sensorik und das Unternehmen IVL.

Zudem konnte die Projektgruppe 1 die Deutsche Bank AG für die Einrichtung eines Wagniskapitalfonds für Existenzgründungen, insbesondere aus Hochschulen heraus, gewinnen.

Durch die Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages zwischen dem Institut für Niedertemperaturplasmaphysik (INP) in Greifswald und der FH Stralsund wurde die Forschungszusammenarbeit vorangetrieben. Durch die Öffnung der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen für private Unternehmen, z.B. durch Eröffnung von Zugangsmöglichkeiten zu Laboren und Werkstätten der Hochschulen, werden Möglichkeiten geschaffen, die insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen dazu verhelfen, gemeinsam mit den Hochschulen Vorpommerns die eigenen Forschungs- und Entwicklungspotenziale zu entwickeln und wirtschaftlich zu nutzen.

Der InnoRegio-Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) hat viele gute Ideen und Initiativen hervorgebracht, die nun soweit als möglich auf Landesebene weiter verfolgt werden.

Zur Unterstützung von InnoRegio-Anträgen wurde ein Prozess-Center zur Koordination der einzelnen Projekte gebildet. Der InnoRegio-Gedanke hat über den Wettbewerb hinaus ein großes Netz der verschiedenen regionalen Akteure geschaffen.

Um dieses Netz nachhaltig zu stärken und die InnoRegio-Ideen - auch der durch das BMBF nicht prämierten Anträge - zu verwerten, bereiten das Wirtschafts- und das Bildungsministerium ein Förderprogramm vor.

Die gemeinsame Überzeugung vom Nutzen der wirtschaftlichen und technologischen Vernetzung verdeutlicht sich u.a. in der verbesserten Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Greifswald und in der Unterstützung des erfolgreichen InnoRegio-Antrages »DISCO« des Karlsburger Diabetes Informations- und Service-Centers Ostvorpommern, dem sich inzwischen auch die FH Stralsund und die Universität Greifswald angeschlossen haben. Technologie-Transforgespräche finden nunmehr monatlich zwischen dem Unternehmerverband Vorpommern und der Universität Greifswald sowie dem Institut für Niedertemperaturplasmaphysik (INP) und dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) statt. Erste Transfers von plasmaphysikalischen Erkenntnissen in Richtung wirtschaftliche Verwertung zeichnen sich ab. Diese Zusammenarbeit führt dazu, dass High-Tech-Unternehmen in Vorpommern optimierte Standortbedingungen vorfinden.

Die Projektgruppenarbeit hat bisher erfolgreich Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zusammengeführt. Dieser Weg wird auch zukünftig weiter beschritten, um Vorpommern als modernen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort mit qualifizierten und hochmotivierten Arbeitnehmern zu präsentieren.

Da Lubmin der potenzielle zukünftige große Industriestandort der Region ist, hatte sich die Projektgruppe 2 »Energiestandort Lubmin« unter Federführung des Wirtschaftsministeriums zum Ziel gesetzt, die Voraussetzungen für die Ansiedlung von Industrieunternehmen zu schaffen, insbesondere eine Trägerstruktur für die Standortentwicklung zu schaffen. Diese sollte durch Planung und Realisierung einer modernen Infrastruktur den Standort für Unternehmen attraktiver machen.

Im Februar 2000 hat sich der Zweckverband »Lubminer Heide« aus dem Planungsverband der Gemeinden Lubmin, Rubenow und Kröslin konstituiert, der die Voraussetzungen für die Umsetzung der konkreten Ansiedlungsvorhaben schaffen soll. Damit ist die Arbeit der Projektgruppe 2 beendet. Die nunmehr vordringliche effektive Koordinierung konkreter Ansiedlungsvorhaben wird für Lubmin durch die Interministerielle Arbeitsgruppe »Frühkoordinierung von Investitionsvorhaben« in Zusammenarbeit mit dem Beirat des Zweckverbandes durchgeführt.

Die Projektgruppe 3 »Regionalbahn Vorpommern« unter Federführung des Wirtschaftsministeriums setzt die Verpflichtung aus der Koalitionsvereinbarung zum Aufbau einer Vorpommern-Regionalbahn um. Zwischen den Inseln Rügen und Usedom soll ein regelmäßiger taktgebundener Schienenverkehr mit einheitlichem Zugäußeren und eine weitgehend umsteigefreie Verbindung geschaffen werden. Gleichzeitig soll u.a. die Anbindung der Teiloberzentren Stralsund und Greifswald an die beiden Inseln verbessert werden.

Am 10. März 2000 konnte ein neuer Gelenktriebwagen der Usedomer Bäderbahn der Öffentlichkeit präsentiert werden. Das Fahrzeug ist das erste von insgesamt 14 vom Land geförderten und in den Vorpommernfarben gehaltenen Dieseltriebfahrzeugen, die die im Einsatz der Usedomer Bäderbahn befindlichen veralteten Schienenbusse ersetzen werden. Die neuen Züge werden auch im Betrieb der Vorpommern-Regionalbahn zum Einsatz kommen.

Im Einzelnen müssen aber noch einige technische Detailfragen gelöst werden, damit es am Ende eine schnelle und komfortable Verbindung zwischen den Inseln Usedom und Rügen gibt. Derzeit ist eine Direktverbindung ohne Umsteigen zwischen Sassnitz/Binz und Ahlbeck/Grenze noch nicht realisierbar, da die Strecke nicht auf ganzer Länge elektrifiziert ist und der Integrale Taktplan gewisse Zwangshaltepunkte an den Knoten, insbesondere in der Hansestadt Stralsund und in Bergen/Rügen schafft. Dennoch wird im Frühjahr 2000 die erste Umsetzungsstufe der Vorpommern-Regionalbahn eingeleitet.

Ab 28. Mai 2000 wird erstmalig eine Durchbindung Usedom - Züssow im Ein-Stunden-Takt möglich, indem der Lückenschluss über die Brücke in Wolgast und damit die Gleisanbindung der Insel Usedom fertiggestellt wird. Dadurch entfällt der Fußweg von ca. 700 m, so dass gleichzeitig die Reisezeit um 20 Minuten verkürzt wird. Im Sommer 2000 wird die gesamte Insel Usedom im 1/2-Stunden-Takt unter Einschluss von Wolgast befahrbar sein. Die Vorpommern Regionalbahn von Usedom nach Rügen mit einmaligem Umsteigen in Stralsund startet also auf einer Teilstrecke schon im Jahr 2000. Es wird sowohl eine Durchbindung Rügen - Stralsund im Ein-Stunden-Takt als auch eine Durchbindung Usedom - Stralsund im Zwei-Stunden-Takt geschaffen, wobei übergangsweise durch ein weiteres Umsteigen in Züssow für Fahrgäste aus Richtung Usedom auch schon eine einstündige Anbindung gegeben ist.

Gleichzeitig wird erstmalig mit der Betriebsaufnahme der Regionalbahn von Rostock über die Hansestädte Stralsund und Greifswald bis nach Züssow mit dortigem Anschluss an die Usedomer Bäderbahn eine Direktanbindung der Hansestadt Greifswald an die Hansestadt Rostock eröffnet.

Zum Fahrplanwechsel 2001 werden weitere Sanierungsmaßnahmen auf der Strecke Züssow - Wolgast, insbesondere im Stadtgebiet von Wolgast, abgeschlossen sein, die zu weiteren Fahrzeitverkürzungen auf dieser Teilstrecke führen werden.

Um in 2002 und in weiterer Zukunft die Vorpommern Regionalbahn auf der Gesamtstrecke zu verwirklichen, ist zum Fahrplanwechsel im November 2002 vorgesehen, neue Fahrzeuge auf Seiten des Betreibers der Teilstrecke Rügen - Stralsund einzusetzen. Im Jahr 2002 wird die Usedomer Bäderbahn über Züssow hinaus in Richtung Stralsund fahren. Zudem wird eine Angebotsverdichtung zwischen den Hansestädten Stralsund und Greifswald und die Umstellung auf einen generellen Ein-Stunden-Takt angestrebt. Darüber hinaus soll langfristig die Bahnstrecke über Ahlbeck/Grenze hinaus bis nach Swinemünde verlängert werden. Geprüft wird auch, die Vorpommern-Regionalbahn zu einem späteren Zeitpunkt um den Betrieb der Strecke Stralsund - Barth zu erweitern.

Die weitere Arbeit der Projektgruppe 3 gilt einem einheitlichen Erscheinungsbild, einem gemeinsamen Marketing und den Fragen des Services und Tarifangebotes der Vorpommern Regionalbahn.

Mit dem Betrieb der Vorpommern Regionalbahn mit leistungsfähigen und komfortablen Schienenfahrzeugen wird für die Touristen und die Bürger Vorpommerns der Erlebnisraum Vorpommern auf moderne und ökologische Weise erschlossen. Ferner ist er ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Vorpommern-Identität.

Die Projektgruppe 4 »Media-Netz-Vorpommern und Elektronischer Marktplatz Pomerania« unter Federführung des Wirtschaftsministeriums unterstützt die Anwendung der modernen IuK-Technologien in der Region, um so Wissen, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region zu erhalten und auszubauen, indem sie den kleinen und mittleren Unternehmen Vorpommerns eine Plattform für Entwicklungsmöglichkeiten im Multimediabereich bietet.

Das Projekt beinhaltet auf der einen Seite die Nutzung einer breitbandigen Netzinfrastruktur (Unterarbeitsgruppe »Netze«) und auf der anderen Seite die Entwicklung von Dienstleistungen über dieses Netz (Unterarbeitsgruppe »Dienste«). Kernpunkte der Arbeit im Bereich »Dienste« sind das Projekt »Euroregionaler Elektronischer Marktplatz Pomerania - Pomerania.net« und der gemeinsame Aufbau von Informationssystemen der kreisfreien Städte und Landkreise.

Im Bereich »Netze« findet eine Zusammenführung und der Ausbau der vorhandenen Netzinfrastruktur statt. Es soll die Rückkanalfähigkeit der vorhandenen Netze hergestellt werden. Weitere Ergebnisse sind nach dem Verkauf des Breitbandkabelnetzes durch die Deutsche Telekom AG für die Region Norddeutschland zu erwarten.

Große Fortschritte hat die Projektgruppe 4 im Bereich »Dienste« erzielt. Nachdem das Stadtinformationssystem der Hansestadt Stralsund im Januar 2000 in Betrieb gegangen ist, haben die Hansestädte Stralsund und Greifswald am 3. März 2000 eine engere Zusammenarbeit beim Auf- und Ausbau der Stadtinformationssysteme beschlossen und erste Arbeitsschritte abgestimmt. Bis Ende März 2000 wird das Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum (SIG) ein Anforderungsprofil und einen Arbeitsplan für die weitere Entwicklung eines gemeinsamen Stadtinformationssystems erarbeiten. In Zukunft sollen dann die übertragbaren Leistungen des Stadtinformationssystems durch die Landkreise übernommen werden.

Neben den kommunalen Netzaktivitäten (»Media-Netz-Vorpommern«) unterstützt die Projektgruppe 4 im Bereich »Dienste« das Projekt »Euroregionaler Elektronischer Marktplatz Pomerania«. Das Design, die Navigation und das Layout der Plattform »Pomerania.net« sind abgeschlossen. Deren erstelltes Daten- und Aktivitätenmodell wird derzeit mit Inhalten gefüllt. Zudem wird an einem Online-Marketing-Konzept im »Pomerania.net« diskutiert. Die Projektarbeiten im »Pomerania.net« werden voraussichtlich im Oktober 2000 abgeschlossen sein.

Danach besteht die Arbeit der Projektgruppe 4 darin, die kommerziellen und kommunalen Nutzungselemente des »Media-Netzes-Vorpommern« und des »Euroregionalen Elektronischen Marktplatzes Pomerania« zusammenzuführen.

Die Projektgruppe 4 ist auf dem richtigen Weg, Vorpommern im zukunftsträchtigen Multimediabereich ein gutes Stück vorwärts zu bringen. Um auch zukünftig Visionen und ein innovatives Klima im IuK-Sektor Vorpommerns zu entwickeln, wird die Projektgruppe 4 verstärkt mit dem Multimediabeirat Mecklenburg-Vorpommern zusammenarbeiten. So werden zukunftsfähige Arbeitsplätze in den Bereichen IuK, Neue Medien und Multimedia geschaffen und gesichert.

In der Projektgruppe 5 »Tourismus - Infrastruktur« unter Federführung des Wirtschaftsministeriums werden die Möglichkeiten zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur besprochen und vorangetrieben. Die Erfolge des Landes im Tourismus beweisen, dass die Projektgruppe sich auf dem richtigen Weg befindet.

Im Jahr 1999 flossen insgesamt 130 Mio. DM in die Förderung von über 60 Projekte der touristischen Infrastruktur bzw. in tourismusrelevante Projekte Vorpommerns. Mehr als die Hälfte aller Mittel aus der GA und dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) wurden für Projekte in Vorpommern zur Förderung sowohl der touristischen Infrastruktur wie auch in der gewerblichen Förderung zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Tourismusbetrieben zur Verfügung gestellt. Schwerpunkte der Förderung waren Häuser des Gastes, Radwanderwege, Erschließungsstraßen für touristische Standorte, Strandpromenaden, regionale Entwicklungskonzepte, der Erholungspark »Hansedom« sowie das Freizeit- und Erholungsbad »Kapitän Nemo« in Sellin. Im Rahmen des Interreg II-Programmes konnten tourismusrelevante Projekte in Vorpommern in den Bereichen Kultur, Freizeit, Bildung und Jugendherbergs- und Begegnungseinrichtungen gefördert werden, wie der Ausbau der Klosterruine Eldena zur Kulturstätte in der Euroregion Pomerania, das Umweltbildungszentrum Szczecin - Uecker-Randow, das Theater Vorpommern, die Jugendherbergen in Greifswald, in Stralsund-Devin, in Born-Ibenhorst und in Murchin, das Tourismusinformationszentrum in Greifswald sowie die Jugendbegegnungsstätte »Am Kutzower See«. Auch in 2000 wird die Förderung der touristischen Infrastruktur sowie der tourismusrelevanten Projekte Vorpommerns fortgesetzt werden.

Mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen den vier regionalen Fremdenverkehrsverbänden Vorpommerns am 1. September 1999 in Greifswald können die touristischen Potenziale Vorpommerns u.a. durch gemeinsames Marketing und durch abgestimmte Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen noch wirksamer genutzt werden.

Ein weiteres Arbeitsfeld der Projektgruppe ist die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Tourismus. So wurde am 6. September 1999 in Stettin erfolgreich ein Wirtschaftsforum mit angeschlossenem Workshop »Tourismus« im Rahmen der Präsentation des Landes in der Wojewodschaft Westpommern durchgeführt, eine deutsch-polnische Tourismuskarte für die Saison 2000 erstellt und ein erster grenzüberschreitender deutsch-polnischer Urlaubskatalog (zweisprachiger Übernachtungskatalog) angefertigt.

Darüber hinaus hat die Projektgruppe 5 erfolgreiche Arbeit im Ausbildungsbereich geleistet. So konnte ein neuer Studiengang »Freizeit- und Tourismusmanagement« mit einem eigenen Lehrstuhl an der Fachhochschule Stralsund zum Wintersemester 2000/2001 eingerichtet werden. Studienbegleitend erfolgt dabei die Ausbildung in zwei Fremdsprachen. Auf Rügen ist eine Qualifizierung zum Fitnessfachwirt mit anerkanntem IHK-Abschluss möglich. Im Oktober fand eine erste Unternehmer-Akademie der IHK zu Neubrandenburg im Bereich Tourismus statt.

Besonders erfreulich ist das Engagement der Pommerschen Evangelischen Landeskirche in der Projektgruppe 5. Hier haben sich vielfältige Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Kirchentourismus gezeigt.

Auch der Bereich »Wellness- und Gesundheitstourismus« wird ein weiterer zukünftiger Arbeitsschwerpunkt der Projektgruppe 5 sein. Die hierzu eingerichtete Unterarbeitsgruppe »Gesundheitstourismus« hat eine Projektskizze »Wellness-Tourismus in Vorpommern« erstellt. Bis Frühjahr 2000 erfolgt eine Marktanalyse und bis Herbst 2000 wird ein übergreifendes Konzept entwickelt. Danach beginnt mit Wellness-Promotion, Ausbildungs-Fortbildungs-Coaching u.a. die eigentliche Pilotphase des »Wellness-Tourismus in Vorpommern«. Vorpommern bietet im Bereich »Gesundheitstourismus« ein ausbaufähiges Potenzial, das durch Einbindung verschiedenster Kooperationspartner aus unterschiedlichen Branchen und institutionellen Ebenen zur Schaffung von Arbeitsplätzen erschlossen wird.

Weitere Arbeitsfelder hat die Projektgruppe 5 im Binnenland Vorpommerns, im maritimen Tourismus, im Jugendtourismus, im ländlichen Tourismus und bei skandinavischen Touristen. Auch ist die Projektgruppe 5 bestrebt, das Merchandising gemeinsam mit Herstellern zu verstärken, um den Mangel an regionaltypischen Souvenirs zu beheben und um Auslastungen in der Vor- und Nachsaison zu verbessern.

Die Projektgruppe 5 hat touristische Potenziale Vorpommerns aufgezeigt, um sie zukünftig nutzbar zu machen. Neben der Umsetzung verschiedenster Infrastrukturprojekte wurde die Kooperation der regionalen Fremdenverkehrsverbände entscheidend verbessert. Sie wird weiter am Ausbau des Gesundheits- und Wellness-tourismus, des ländlichen Tourismus und an der Zusammenarbeit mit der Pommerschen Evangelischen Landeskirche und mit der Wojewodschaft Westpommern arbeiten, um weitere Arbeitsplätze in der Tourismusbranche zu schaffen.

Die Projektgruppe 6 »Regionales Marketing« unter Federführung des Ministeriums für Arbeit und Bau arbeitet am Aufbau einer Struktur für ein einheitliches Marketing der Region Vorpommern, um in Zukunft Werbung für die Region als Ganzes zu machen, damit eine überregionale Wahrnehmung Vorpommerns erfolgt. Sie soll ein Netzwerk entwickeln, das die wirtschaftlichen Kräfte der Region dauerhaft bündelt und so die Identität Vorpommerns weiter stärkt. Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der Standortsituation im Wettbewerb der europäischen Regionen als Wirtschafts- und Lebensraum unter Herausstellung der Standortvorteile der Region Vorpommern.

Im Rahmen einer koordinierenden Steuerungsgruppe Regionalmarketing wurden vier Schwerpunkte der Arbeit festgelegt:

- Tourismus und Gesundheit
- Bildung und Wissenschaft
- Kommunikation
- Energie und Technologie.

Zu den genannten Themen fand am 9. Mai 2000 in der Hansestadt Stralsund ein Regionalforum in Form eines Workshops statt, das eine Auftaktveranstaltung zu weiteren Veranstaltungen dieser Art war. Dort wurde mit auswärtigen und einheimischen Experten über die Ziele und Möglichkeiten des Regionalmarketings diskutiert. Weiterführende Maßnahmen sind für den Herbst 2000 geplant (z. B. Kontaktbörse).

Bei der Entwicklung eines Slogans und eines Logos für Vorpommern wirkt unter anderem die Designer Schule in Anklam mit. Das Leitbild für die Region Vorpommern soll eine Summation von branchen- und branchenübergreifenden Entwicklungszielen beinhalten. Die Öffentlichkeitsarbeit soll verstärkt werden. Die Regionalmarketing-Aktivitäten sollen mit den EXPO-Aktivitäten des Landes verknüpft werden.

Langfristig sollen mit Hilfe des Regionalmarketings positive Akzente für den Arbeitsmarkt gesetzt werden, die Verleihung eines Innovationspreises Vorpommern wird angestrebt.

Die entscheidenden Vorarbeiten für ein »Regionales Marketing« sind abgeschlossen. Die Projektgruppe 6 hat ein starkes Echo gefunden und eine sehr große Zahl regionaler Akteure zusammengeführt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl in Vorpommern wurde dadurch sehr gestärkt. Zukünftig wird die Projektgruppe 6 ihre außenwirksamen Werbemaßnahmen verstärken. Nur durch öffentliches Auftreten innerhalb und außerhalb Vorpommerns wird Vorpommern stärker »erlebbar« und damit ein interessanter, wettbewerbsfähiger Standort mit zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen werden.

Im September 1999 wurde die Projektgruppe 7 »Entwicklung des ländlichen Raumes« unter Federführung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei gegründet. Sie wurde als Pilotgruppe konzipiert, die bei Erfolg ihre Arbeit auf ganz Mecklenburg-Vorpommern ausweiten kann. Der Themenbereich dieser Projektgruppe bezieht die gesamte Entwicklung im ländlichen Raum ein. Zur Schaffung von Arbeitsplätzen sammelt die Projektgruppe 7 Ideen und konkrete Vorschläge in den verschiedensten Arbeits- und Lebensräumen im ländlichen Raum und koordiniert Initiativen zu deren Umsetzung. Daneben soll die Projektgruppe 7 alle bestehenden gesetzlichen Grundlagen der Förderung des ländlichen Raumes in den verschiedensten Arbeitsgebieten unter Darlegung ihrer Effizienz in räumlicher, wirtschaftssektoraler und beschäftigungspolitischer Hinsicht aufarbeiten.

Um die Fülle dieser Aufgaben zu bewältigen und zugleich regionale Besonderheiten ausreichend berücksichtigen zu können, hat die Projektgruppe 7 drei regionale Unterarbeitsgruppen gebildet, die sich mit »Entwicklungsmodellen im Umfeld der Landwirtschaft, der Wirtschaft und des Fremdenverkehrs« beschäftigen. Die Unterarbeitsgruppen wurden entsprechend der Zuständigkeitsbereiche der drei Ämter für Landwirtschaft in Vorpommern territorial gegliedert.

Es wurden bereits Vorschläge zu innovativen Projekten erarbeitet, die in Zukunftsfeldern nachhaltig die Beschäftigungssituation im ländlichen Raum verbessern sollen. Solche Vorschläge sind zum einen der Aufbau von Aquakulturen in der Fischproduktion und von Edelkrebsproduktionsstätten in den Regionen Vorpommerns als auch von Wildbeerenplantagen auf Rügen (Produktion, Veredelung, Vermarktung). Zum anderen wurde die Förderung von Bioheizanlagen auf Runkelrübenbasis für die Eigenversorgung landwirtschaftlicher Betriebe oder der Bau einer Raffinerie zur Herstellung von Biodiesel auf Rapsbasis vorgeschlagen.

Zudem will die Projektgruppe 7 verstärkt den Absatz von landwirtschaftlichen Produkten fördern, z.B. durch Direktvermarktung, Bauernläden, mobilen Frischdienst oder durch den Aufbau einer Marktplattform im Internet. Zu den Produktions- und Nachfragepotenzialen ist mit dem Ziel der Einrichtung einer Regionalbörse eine Studie über die Entwicklungspotenziale der Landwirtschaft (Marktforschungsprojekt) in Erarbeitung. Da die Projektgruppenarbeit alle ländlichen Entwicklungspotenziale umfasst, sollen auch touristische Bereiche wie »Ferien auf dem Bauernhof«, Reitwegeplanung, Radwegekonzepte, Naturlehrpfade weiterentwickelt werden.

Die Projektgruppe 7 befindet sich zwar noch in der Anfangsphase, doch die ersten Schritte in Richtung mehr Beschäftigung wurden getan.

Das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommern, damit auch die Arbeitsgruppe 2 »Regionale Entwicklung Vorpommerns«, ist ein auf Dauer angelegter Prozess, bei dem viele, teilweise auch wenig spektakuläre Schritte nötig sind, um vorwärts zu kommen. Es ist der Arbeitsgruppe 2 gelungen, einen neuen Schwung für die Entwicklung Vorpommerns zu erzeugen, der von den Akteuren vor Ort aufgenommen und weitergetragen wird. Es ist ein neues Gemeinschaftsgefühl in der Region durch stark verbesserte Zusammenarbeit der regionalen Akteure entstanden. Um aus diesem Schwung nachhaltige und greifbare beschäftigungs- und wirtschaftspolitische Erfolge zu erzielen, beabsichtigt die Landesregierung, für das Haushaltsjahr 2001 einen »Zukunftsfonds« einzurichten, zu dem als besonderer Bestandteil der »Entwicklungsfonds Vorpommern« gehören wird. Damit will sie eine Möglichkeit schaffen, bei Zukunftsvorhaben schnell und möglichst unbürokratisch zu helfen. Derzeit schafft die Landesregierung die Voraussetzungen für die Finanzierung und prüft die förderrechtliche Ausgestaltung des Fonds.

Aber auch bei der Verwendung der Fondsmittel wird es nicht ohne die Mitarbeit der regionalen Akteure gehen. Sie können aus näherer Anschauung die Vorhaben in Vorpommern empfehlen, die für die weitere Entwicklung Vorpommerns Vorrang haben sollen.

3. Moderne Wirtschaftsstrukturen gestalten

3.1 Investitionsförderung

Der Schlüssel für Aktivitäten von Investoren in Mecklenburg-Vorpommern liegt auch künftig darin, die erforderliche wirtschaftsnahe Infrastruktur bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen. Es ist zugleich das Anliegen der Wirtschaftspolitik, bestehende Standortnachteile rasch zu beseitigen. Wo dies nicht oder nicht sofort möglich ist, werden daraus erwachsende wirtschaftliche Nachteile in geeigneter Form (zum Beispiel durch Investitionszuschüsse) finanziell ausgeglichen.

Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

Die Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (GA) ist das finanziell umfangreichste Förderinstrument zur Stärkung der Wirtschaftskraft strukturschwacher Regionen. Es zielt darauf ab, regionale Disparitäten auszugleichen. Die Grundlage dieser Bund-Länder-Aufgabe bildet ein jährlicher Rahmenplan.

Der Bund-Länder-Planungsausschuss der GA hat am 25. März 1999 die Neuabgrenzung der GA-Fördergebiete für den Zeitraum vom 1. Januar 2000 bis 31. Dezember 2003 festgelegt.

Das gesamte Land Mecklenburg-Vorpommern ist für diesen Zeitraum Fördergebiet im Rahmen der GA. Es wurden 11 Arbeitsmarktregionen herausgebildet.

Gegenüber der Abgrenzung 1997-1999 ist die Arbeitsmarktregion Bergen, bestehend aus dem Landkreis Rügen, eine eigenständige Arbeitsmarktregion. Die Arbeitsmarktregion Schwerin liegt weiterhin im B-Fördergebiet, allerdings besteht sie ab dem Jahr 2000 aus der Stadt Schwerin und dem Landkreis Ludwigslust (ehemals bestehend aus Stadt Schwerin und Landkreis Parchim).

Die Arbeitsmarktregionen wurden in den Jahren 1998/1999 in eine zweistufige Förderkulisse (Normalfördergebiet und Sonderfördergebiet) unterteilt.

Im regionalen Förderprogramm 2000 wird diese zweistufige Förderkulisse beibehalten. Insbesondere der Landesteil Vorpommern wird mit Höchstförderung bedacht. Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft einschließlich Fremdenverkehr können nach den Regelungen des jeweiligen Rahmenplanes für ihre Investitionen im Normalfördergebiet mit bis zu 28 %, im Sonderfördergebiet mit bis zu 35 % gefördert werden. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU), insbesondere mit innovativem Potenzial, werden landesweit zusätzlich unterstützt.

Die räumlich-strukturelle Ausrichtung der Investitionsförderung in Form der zweistufigen Förderkulisse in Mecklenburg-Vorpommern hat sich bewährt und entspricht der wachstums- und ausgleichspolitischen Zielsetzung der Strukturpolitik Mecklenburg-Vorpommerns. Durch Fördersätze auf hohem Niveau im ganzen Land werden die Wachstumsreserven in den Problemgebieten mobilisiert. Im Sinne der Ausgleichspolitik erhalten die strukturschwächsten Regionen des Landes Förderhöchstsätze.

Das regionale Förderprogramm 2000 für den 29. Rahmenplan wurde unter besonderer Berücksichtigung der Vereinbarung über die Bildung einer Koalitionsregierung für die dritte Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern fortgeschrieben.

Der in dieser Vereinbarung festgeschriebene Anspruch nach Schaffung neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze und die zukünftig schlechter werdende Mittellage in der GA wurden bei der Fortschreibung des Regionalen Förderprogramms berücksichtigt.

Besonderes Anliegen der Förderung ist dabei die Schaffung von neuen bzw. zusätzlichen Arbeitsplätzen. Die Vergabe von Fördermitteln wird daher direkter an die Schaffung von Arbeitsplätzen gekoppelt. Aus diesem Grund wird die Gewährung von Höchstfördersätzen nur noch bei der (zusätzlichen) Schaffung von Arbeitsplätzen angewendet. In diesem Zusammenhang wird bei den Fördersätzen weiter nach Errichtungs-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen unterschieden.

Der Schwerpunkt der einzelbetrieblichen Förderung wird auf Investitionsvorhaben des Verarbeitenden Gewerbes, des förderfähigen Handwerks (gemäß Positivliste des Rahmenplanes) sowie auf ausgewählte Dienstleistungen gelegt. Dabei ist die Frage der Förderwürdigkeit von Investitionsvorhaben von ausschlaggebender Bedeutung. Wirtschaftsbereiche, die bereits jetzt erhebliche Überkapazitäten aufweisen, wurden von Förderung grundsätzlich ausgeschlossen.

In den Jahren 1998 und 1999 wurden 1.300 Vorhaben der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich Fremdenverkehr) mit Investitionszuschüssen in Höhe von 1,31 Mrd. DM (einschließlich VE für Folgejahre) bewilligt, die ein Investitionsvolumen von rund 4,4 Mrd. DM auslösen. Mit diesem Vorhaben sollen nach Abschluss der Investitionsvorhaben über 25.800 Dauerarbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

Tabelle 3-1: Förderkulisse und Fördersätze 1998 und 1999*

Arbeitsmarkt- region	<u>bestehend aus:</u> Kreisfreie Stadt bzw. Landkreis	Fördergebietszuordnung nach		Fördersätze nach Förderprogramm M-V für*)	
		Förder- programm MV	Rahmenplan ab 1. Januar 1997	Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft	KMU, insb. mit inno- vativem Potenzial
Schwerin	Parchim Schwerin	N	B	bis 28 %	bis 43 %
		N	B	bis 28 %	bis 43 %
Rostock	Bad Doberan Rostock	N	A	bis 28 %	bis 43 %
		N	A	bis 28 %	bis 43 %
Ludwigslust	Ludwigslust	N	A	bis 28 %	bis 43 %
Wismar	Nordwestmecklenburg Wismar	N	A	bis 28 %	bis 43 %
		N	A	bis 28 %	bis 43 %
Uecker-Randow	Uecker-Randow	S	A	bis 35 %	bis 50 %
Müritz	Müritz	S	A	bis 35 %	bis 50 %
Stralsund	Rügen	S	A	bis 35 %	bis 50 %
	Nordvorpommern	S	A	bis 35 %	bis 50 %
	Stralsund	S	A	bis 35 %	bis 50 %
Neubrandenburg	Demmin	S	A	bis 35 %	bis 50 %
	Mecklenburg-Strelitz	S	A	bis 35 %	bis 50 %
	Neubrandenburg	S	A	bis 35 %	bis 50 %
Güstrow	Güstrow	S	A	bis 35 %	bis 50 %
Greifswald	Ostvorpommern	S	A	bis 35 %	bis 50 %
	Greifswald	S	A	bis 35 %	bis 50 %

Erklärung der verwaltungsinternen Fördergebietszuordnung:

N... Normalfördergebiet; S... Sonderfördergebiet; A...A-Fördergebiet; B...B-Fördergebiet

*) Bei der Erweiterung, Verlagerung bzw. Rationalisierung einer Betriebsstätte wurden ab 1. Februar 1999 die Fördersätze um 10 % reduziert, wenn mit den Investitionen nicht wenigstens 15 % zusätzliche Dauerarbeitsplätze geschaffen werden.

Tabelle 3-2: Förderkulisse und Fördersätze 2000*

Arbeitsmarkt-region	bestehend aus: Kreisfreie Stadt bzw. Landkreis	Fördergebietszuordnung nach		Fördersätze nach Förderprogramm M-V für*)	
		Förder-programm MV	Rahmenplan ab 1. Januar 2000	Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft	KMU, insb. mit inno- vativem Pozenial
Schwerin	Ludwigslust Schwerin	N	B	bis 28 %	bis 43 %
		N	B	bis 28 %	bis 43 %
Rostock	Bad Doberan Rostock	N	A	bis 28 %	bis 43 %
		N	A	bis 28 %	bis 43 %
Parchim	Parchim	N	A	bis 28 %	bis 43 %
Wismar	Nordwestmecklenburg Wismar	N	A	bis 28 %	bis 43 %
		N	A	bis 28 %	bis 43 %
Pasewalk	Uecker-Randow	S	A	bis 35 %	bis 50 %
Waren	Müritz	S	A	bis 35 %	bis 50 %
Stralsund	Rügen	S	A	bis 35 %	bis 50 %
	Nordvorpommern	S	A	bis 35 %	bis 50 %
	Stralsund	S	A	bis 35 %	bis 50 %
Bergen	Rügen	S	A	bis 35 %	bis 50 %
Neubrandenburg	Demmin	S	A	bis 35 %	bis 50 %
	Mecklenburg-Strelitz	S	A	bis 35 %	bis 50 %
	Neubrandenburg	S	A	bis 35 %	bis 50 %
Güstrow	Güstrow	S	A	bis 35 %	bis 50 %
Greifswald	Ostvorpommern	S	A	bis 35 %	bis 50 %
	Greifswald	S	A	bis 35 %	bis 50 %

*) Bei der Erweiterung bzw. Rationalisierung einer Betriebsstätte werden im Jahr 2000 die Fördersätze um 10 % reduziert, wenn mit den Investitionen nicht wenigstens 15 % zusätzliche Dauerarbeitsplätze geschaffen werden.

Förderung der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe

Die Ergebnisse der gewerblichen GA-Förderung in den Jahren 1998 und 1999 sind in den Tabellen nach Arbeitsmarktregionen, Wirtschaftsgruppen und Betriebsgrößen dargestellt.

Die GA-Förderung seit 1990 bis Ende 1999 zeigt folgendes Bild: Es wurden rund 4,9 Mrd. DM GA-Mittel (einschließlich VE für Folgejahre) zur Förderung von 6.628 Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich Fremdenverkehr) mit einem Investitionsvolumen von rund 22,4 Mrd. DM bewilligt. Mit den bis zum Jahr 2002 abgeschlossenen einzelbetrieblichen Investitionsvorhaben werden über 140.000 Dauerarbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen.

Rund 64 % der Investitionen entfallen auf Errichtung und Erwerb, 17 % auf Erweiterung und 19 % auf Umstellung, grundlegende Rationalisierung und Verlagerung von Betriebsstätten. Mit den Errichtungs- und Erwerbsinvestitionen werden über 59.000 Dauerarbeitsplätze, mit den Erweiterungsinvestitionen fast 45.000 Dauerarbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen.

Über 80 % der an die gewerbliche Wirtschaft ausgereichten GA-Fördermittel sind in Unternehmen mit bis zu 250 Dauerarbeitsplätzen geflossen, davon der größte Anteil an Betriebe mit bis zu 50 Arbeitsplätzen - gemessen an der Zahl der Bewilligungen waren es sogar rund 99 % bzw. 91 %. Damit ist die Gemeinschaftsaufgabe ein bedeutendes Instrument der Mittelstandsförderung.

Tabelle 3-3: Förderung der gewerblichen Wirtschaft 1998/1999 nach Arbeitsmarktregionen

Arbeitsmarktregion	Förderfälle	Investitionsvolumen	Fördervolumen	Dauerarbeitsplätze
	Anzahl	Mio. DM		Anzahl
Schwerin	102	232,2	47,9	2.447
Rostock	176	589,2	158,3	3.340
Ludwigslust	89	256,7	67,5	2.219
Wismar	105	924,7	262,5	2.467
Güstrow	81	365,5	124	2.250
Müritz	94	304,0	106	1.449
Neubrandenburg	172	421,8	129,9	3.793
Stralsund	269	834,7	265	3.728
Greifswald	149	362,2	112,7	2.999
Uecker-Randow	63	122,0	34,8	1.171
Summe	1.300	4.413,0	1.308,6	25.863

einschließlich VE für Folgejahre; Quelle: Datenbank LFI Mecklenburg-Vorpommern

Tabelle 3-4: Förderung der gewerblichen Wirtschaft 1998/1999 nach Wirtschaftsgruppen

Wirtschaftsgruppe	Förderfälle	Investitions- volumen	Förder- volumen	Dauer- arbeitsplätze
	Anzahl	Mio. DM		Anzahl
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	79	1.015,8	302,8	2.530
Investitionsgütergewerbe	245	632,3	189,8	6.905
Verbrauchsgütergewerbe	171	593,4	152,8	4.663
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	51	260,2	74,1	2.683
Sonst. Dienstleistungen, Großhandel	254	541,2	155,7	5.622
Fremdenverkehrsgewerbe einschl. Dienstleistungen für Fremdenverkehr	500	1.370,1	433,4	3.460
Summe	1.300	4.413,0	1.308,6	25.863

einschließlich VE für Folgejahre; Quelle: Datenbank LFI Mecklenburg-Vorpommern

Tabelle 3-5: Förderung der gewerblichen Wirtschaft 1998/1999 nach Betriebsgrößen

Betriebsgrößenklasse	Förderfälle	Investitionsvolumen	Fördervolumen	Dauerarbeitsplätze
	Anzahl	Mio. DM		Anzahl
bis 50 Dauerarbeitsplätze	1.187	2.779,0	834,3	13.013
über 50 bis 250 DAP	109	1.101,0	327,6	11.034
über 250 bis 500 DAP	3	503,5	136,8	1.011
über 500 Dauerarbeitsplätze	1	29,5	9,9	805
Summe	1.300	4.413,0	1.308,6	25.863

einschließlich VE für Folgejahre; Quelle: Datenbank LFI Mecklenburg-Vorpommern

Tabelle 3-6: Förderung der gewerblichen Wirtschaft 1990-1999 nach Wirtschaftsgruppen

Wirtschaftsgruppe	Förderfälle	Investitions- volumen	Förder- volumen	Dauer- arbeitsplätze
	Anzahl	Mio. DM		Anzahl
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	366	2.860,5	642,0	12.072
Investitionsgütergewerbe	1.035	5.102,9	1.014,5	48.591
Verbrauchsgütergewerbe	776	2.224,5	442,7	17.809
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	281	2.432,2	448,6	15.943
Bau*, Sonstige Dienstleistungen, Großhandel	1.614	3.060,1	567,8	35.974
Fremdenverkehrsgewerbe einschließlich Dienstleistungen für Fremdenverkehr	2.556	6.773,6	1.815,6	15.950
Summe	6.628	22.453,7	4.931,1	146.339

Einschließlich VE für Folgejahre; *ab 1993 Baugewerbe von der Förderung ausgeschlossen

Quelle: Datenbank LFI Mecklenburg-Vorpommern

Tourismusförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur«

Wie aus folgender Tabelle ersichtlich, wurden die GA-Fördermittel für gewerbliche touristische Investitionen 1999 gegenüber dem Jahr 1998 etwa verdoppelt.

Tabelle 3-7: Fördervolumen GA im Bereich Gewerblicher Tourismus

	1998	1999
	Mio. DM	
Gesamtinvestition	472,4	897,7
Zuschussvolumen	151,7	281,7

Gleichzeitig wurde mit Wirkung vom 1. Februar 1999 die Förderpolitik und Förderpraxis im Rahmen des gewerblichen Tourismus umgestellt, grundsätzlich wird es keine Förderung zusätzlicher Bettenkapazitäten mehr geben.

Die Förderung der touristischen Infrastruktur, insbesondere durch gewerbliche Investitionen, hat Priorität. Es sollen solche Infrastrukturprojekte unterstützt und gefördert werden,

- die sich an einer Nachfrage orientieren, wie z. B. Jugendtourismus,
- die die Vor- und Nachsaison verlängern und stabilisieren,
- die uns unabhängiger von den typisch norddeutschen Witterungseinflüssen machen,
- die zur Belebung der Mittelzentren und des Binnenlandes beitragen.

Ausnahmen erfolgen bei der touristisch-gastgewerblichen Nutzung von Schlössern und Gutshäusern/Herrenhäuser und für Vorhaben in der sogenannten 1. Reihe in den anerkannten Kur- und Erholungsorten. Die Aufnahme des Ausnahmefördertatbestandes für Schlösser und Gutshäuser ist erfolgt, weil es sich hierbei um wertvolle Kulturgüter handelt, die erhaltenswürdig und touristisch interessant sind bzw. weil sie ein anderes Marktsegment betreffen, als die klassischerweise als Beherbergungsbetriebe errichteten Hotels und Pensionen.

Für dieses Marktsegment wird ein neuer Kundenkreis erschlossen (»Urlaub in Schlössern und Gutshäusern« als besonderes Beherbergungsangebot der Reisegebiete in Mecklenburg-Vorpommern).

Tourismusbetriebe werden im Jahr 2000 nur noch mit Fördermitteln unterstützt, wenn es sich um Standorte in Seebädern und Seeheilbädern in der sogenannten 1. Reihe handelt, die eine Lückenschließung ermöglichen sollen. An diesen Standorten sind große Investitionsanstrengungen erforderlich, weil sie in der Regel Denkmalschutzauflagen, baurechtliche Auflagen und Einschränkungen beinhalten, wie z. B. die Bäderarchitekturgestaltung, die eine betriebliche Rentabilität aufgrund der hohen Investitionskosten schwerlich zu lassen. Dies dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass die Lücken im Wesentlichen noch bestehen. Sie beeinflussen das Straßenbild negativ (z. B. seit Jahren stehende Bauzäune) und wirken sich demzufolge auch ungünstig auf die wirtschaftliche Entwicklung der Nachbarbetriebe aus.

Gemäß Festlegung im regionalem Förderprogramm zum 29. Rahmenplan wird auf der Grundlage der in den Regionalen Raumordnungsprogrammen festgelegten Fördergebietskulisse (Tourismusschwerpunkt- und Tourismusedwicklungsräume sowie Räume die keine Eignung für den Tourismus erkennen lassen) mit unterschiedlichen Fördersätzen gearbeitet. Investitionen in Räumen, die keine Eignung für den Fremdenverkehr erkennen lassen, können zukünftig nicht mehr mit Investitionszuschüssen begleitet werden.

In der gewerblichen Tourismusförderung wurden insbesondere Investitionen unterstützt, die mit einer Kombination von Sport-, Freizeit-, Kultur-, Gesundheits- und Erholungsangeboten einen Beitrag zur Saisonverlängerung bzw. zur Verbesserung des Schlechtwetterangebotes leisten werden. Dazu zählen insbesondere Sport- und Freizeitanlagen, Veranstaltungszentren, Reiterhöfe und Bäder.

Mit einem Investitionszuschuss in Höhe von 281,7 Mio. DM konnten im Jahr 1999 insgesamt 312 Investitionen realisiert werden, wobei ein Investitionsvolumen von insgesamt 897,7 Mio. DM ausgelöst wurde.

Mit der Ausreichung der Förderbescheide in 1997 und 1998 für die Ferien-Freizeitanlagen in Göhren-Lebbin, Linstow, Stralsund und Heiligendamm wurde der Grundstein für eine moderne Freizeitinfrastruktur geschaffen wird, die den jeweiligen Gesamtregionen zugute kommen.

Der Hanse-Dom in Stralsund, größter Sport-, Freizeit- und Badbetrieb Vorpommerns, öffnete Ende 1999 seine Pforten. Die Bauaktivitäten in Göhren-Lebbin haben in 1999 ihren Höhepunkt erreicht. Teilweise wurden mehr als 1.000 Bauleute auf der zeitweise größten Baustelle Europas gesichtet. Am 29. April 2000 wurde die Anlage feierlich übergeben. Mit dem Bau der Ferienanlage in Linstow wurde zwischenzeitlich ebenfalls begonnen. Es zeichnet sich ab, dass in diesem Jahr auch mit den Beginn der Baumaßnahmen am Standort Heiligendamm zu rechnen ist.

Tabelle 3-8: Geförderte Tourismusvorhaben 1998 nach Investitionsarten

Investitionsart	Vorhaben	Investitions- volumen	Fördervolumen	Dauer- arbeitsplätze	Betten- plätze
	Anzahl	Mio. DM		Anzahl	
Hotels	46	220,6	71,8	578	4084
Pensionen	36	38,9	10,3	110	1148
Ferienwohnungen/-anlagen	78	135,8	38,0	210	3208
Campingplätze	9	4,4	1,2	35	319
Sport- und Freizeitanlagen	9	57,8	24,6	67	72
Wasserwanderrastplätze	2	3,7	1,2	6	8
Yachthafen	2	5,1	2,5	17	173
Sonstige	6	6,1	2,1	64	0
Summe	188	472,4	151,5	1.087	9.012

Quelle: Datenbank LFI Mecklenburg-Vorpommern

Tabelle 3-9: Geförderte Tourismusvorhaben 1998 nach Betriebsgrößen

Betriebsgröße	Vorhaben	Investitions- volumen	Fördervolumen	Dauer- arbeitsplätze	Betten- plätze
	Anzahl	Mio. DM		Anzahl	
bis 50 Dauerarbeitsplätze	187	438,2	143,5	1.020	8886
51 bis 250 Dauerarbeitsplätze	1	34,2	8,2	67	126
Summe	188	472,4	151,7	1.087	9012

Quelle: Datenbank LFI Mecklenburg-Vorpommern

Tabelle 3-10: Geförderte Tourismusvorhaben 1999 nach Betriebsgrößen

Betriebsgröße	Vorhaben	Investitions- volumen	Fördervolumen	Dauer- arbeitsplätze	Betten- plätze
	Anzahl	Mio. DM		Anzahl	
bis 50 Dauerarbeitsplätze	308	830,6	257,4	1.932	13.322
51 bis 250 Dauerarbeitsplätze	4	67,1	24,3	441	2.771
Summe	312	897,7	281,7	2.373	16.093

Quelle: Datenbank LFI Mecklenburg-Vorpommern

Investitionszuschüsse für KMU aus dem Landesaufbauprogramm

Die Investitionszuschüsse aus dem Landesaufbauprogramm (LAP) erhielten kleine und mittlere Unternehmen, die von einer Förderung der GA aufgrund des fehlenden überregionalen Absatzes ausgeschlossen sind. Voraussetzung für eine Förderung ist die Schaffung zusätzlicher Dauerarbeits- und Ausbildungsplätze.

Für den Zeitraum 1998/1999 erhielten 617 Unternehmen Förderzusagen in Höhe von insgesamt 13,1 Mio. DM. Mit diesen Zuschüssen wurden Investitionen von 140,3 Mio. DM unterstützt und 1.781 zusätzliche Dauerarbeitsplätze sowie 216 Ausbildungsplätze geschaffen.

Während der gesamten Laufzeit des LAP - Investitionszuschüsse an KMU - wurden von 1995 bis 1999 5.907 Unternehmen mit insgesamt 219 Mio. DM gefördert. Die dadurch angeschobenen Gesamtinvestitionen von 1,68 Mrd. DM sicherten 24.338 Dauerarbeitsplätze und 2.621 Ausbildungsplätze. Neue Anträge für das LAP wurden seit dem 1. Februar 1998 nicht mehr entgegen genommen. Am 31. Dezember 1999 ist dieses Programm für kleine und mittlere Unternehmen ersatzlos ausgelaufen.

Im Durchschnitt erhielt jedes geförderte Unternehmen einen Zuschuss in Höhe von rund 37.000 DM, womit durchschnittlich Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 285.000 DM angeschoben und durchschnittlich vier Dauerarbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen werden konnten.

Tabelle 3-11: Investitionszuschüsse des LAP für KMU 1995-1999 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Fördermittel
	Mio. DM
Handwerk	106,70
Freie Berufe/Gesundheitswesen	11,40
Handel	34,10
Dienstleistungen	35,00
Tourismus/Fremdenverkehr im Nebenerwerb	31,80
Summe	219,00

Quelle: Datenbank LFI Mecklenburg-Vorpommern

Tabelle 3-12: Übernommene Bürgschaften und Garantien 1991 bis 1998

Art der Bürgschaft	Bewilligungen	zu verbürgende Kredite	Bürgschaftsvolumen	Sicherung von Investitionen	Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
	Anzahl	Mio. DM			Anzahl
Bürgschaften des Bundes (nur gewerbliche Wirtschaft)	13	799,0	604,9	925,4	5.800
Bürgschaften der Deutschen Ausgleichsbank	131	286,0	226,9	652,9	6.570
Bürgschaften des Landes (nur gewerbl. Wirtschaft)	171	846,9	699,3	341,9	17.115
Bürgschaften/Garantien der Bürgschaftsbank M-V	3.646	1.478,4	1.182,8	3.134,5	54.400
Insgesamt	3.961	3.410,3	2.713,9	5.054,7	83.885
<i>davon:</i>					
Freie Berufe	213	64,2	51,4		
Handel	989	356,8	285,4		
Handwerk	1.266	456,0	364,8		
Hotel/Gaststätten	342	169,5	135,6		
Industrie	286	208,0	166,4		
sonstige Gewerbe	550	223,9	179,1		

Bürgschaften und Garantien

Bürgschaften des Landes, des Bundes, der Deutschen Ausgleichsbank Bonn und der Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern dienen in erster Linie dazu, bei Unternehmen fehlende bankübliche Sicherheiten zu ersetzen und einer begleitenden Hausbank als Sicherheitenersatz zur Verfügung zu stellen, um Investitions- und Betriebsmittelkredite zugunsten von mittelständischen Unternehmen zu ermöglichen.

Seit Bestehen der genannten Bürgschaftsprogramme (1991) wurden bis zum 31. Dezember 1999 insgesamt 3.961 Bürgschaften bewilligt. Sie sicherten Investitionen in Höhe von 5,05 Mrd. DM und etwa 83.900 Dauerarbeitsplätze. Diese Zahlen verdeutlichen, dass Bürgschaften auch in den kommenden Jahren ein unverzichtbares Instrument für die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern darstellen.

Beteiligungen

Zur Stärkung des Eigenkapitals von mittelständischen Unternehmen ging die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft mbH des Landes Mecklenburg-Vorpommern 1991 bis 1999 insgesamt 171 stille Beteiligungen in einem Umfang von 142,1 Mio. DM ein. Sie sicherte dadurch Investitionen von rund 700 Mio. DM und etwa 6.500 Dauerarbeitsplätze.

Eine solche Beteiligung ermöglicht dem Unternehmen für 10 bis 15 Jahre eine Erhöhung der Eigenkapitalbasis zu günstigen Konditionen und ohne Einflussnahme auf die Geschäftsführung. Seit 1997 geht die Beteiligungsgesellschaft des Landes verstärkt stille Beteiligungen an technologieorientierten Unternehmen und innovativen Existenzgründungen ein, die während der Forschungs- und/oder Markteinführungsphase überdurchschnittlich viel Kapital benötigen. Bisher wurden 36 Beteiligungen in einem Umfang von 24,8 Mio. DM übernommen. Diese sichern Investitionen in Höhe von 84,0 Mio. DM und etwa 760 Arbeitsplätze ab.

Das Instrument der Kapitalbeteiligung wird angesichts der Eigenkapitalsituation der einheimischen Unternehmen für die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern von zunehmender Bedeutung sein.

Konsolidierung

Auf der Grundlage der Richtlinie »Sondervermögen Unternehmenshilfe« vom 1. Juni 1995 werden Konsolidierungshilfen (Darlehen) an Unternehmen gewährt, die - bei grundsätzlich positiven Entwicklungschancen - einen akuten Liquiditätsbedarf für die Konsolidierung und die Finanzierung ihres Wachstums ausweisen. Antragsberechtigt sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der gewerblichen Wirtschaft mit Sitz in Mecklenburg-Vorpommern.

Tabelle 3-13: Übernommene Beteiligungen der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit/ohne Refinanzierungsmittel des Landes 1991 bis 1999

Gegenstand der Beteiligung	Bewilligungen	zu verbürgende Kredite	Beteiligungsvolumen	Sicherung von Investitionen	Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
	Anzahl	Mio. DM			Anzahl
Handel	29	23,9	19,1	110,9	867
Handwerk	27	14,6	11,7	40,2	1.445
Hotel/Gaststätten	14	10,8	8,6	99,3	302
Industrie	45	49,7	39,8	233,6	2.575
sonstige Gewerbe	20	18,3	14,6	132,6	590
F&E/Markteinführung	36	24,8	0,0	84,0	760
Summe	171	142,1	93,8	700,6	6.539

Die Konsolidierungshilfe wird als Darlehen zu marktüblichen Konditionen ausgereicht und ist grundsätzlich auf 1,5 Mio. DM (max. 5 Mio. DM) je Antragsteller begrenzt. Die Laufzeit beträgt maximal 10 Jahre bei bis zu zwei tilgungsfreien Jahren. Konsolidierungsdarlehen werden nicht gewährt an KMU-Unternehmen des gewerblichen Mittelstandes, die nach Maßgabe der Daten der amtlichen Statistik einer stagnierenden Branche oder einer Branche mit Überkapazitäten zuzurechnen sind.

Voraussetzung für die Bewilligung ist ein tragfähiges Konsolidierungskonzept, das im Rahmen des Subsidiaritätserfordernisses auch die Beiträge der begleitenden Banken und des Unternehmens bzw. der Gesellschafter selbst ausweist. Konsolidierungshilfen werden grundsätzlich nur dann gewährt, wenn alle anderen Finanzierungsinstrumente der öffentlichen Hand nicht ausreichen und die Kreditierungsmöglichkeiten durch die Geschäftsbanken erschöpft sind. In Einzelfällen, z.B. bei Überschreitung der KMU-Grenzen, müssen Konsolidierungsdarlehen durch die Europäische Kommission genehmigt werden.

Im Jahr 1998 wurden zwölf Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 17,9 Mio. DM gewährt; im Jahr 1999 waren es sieben Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 8,08 Mio. DM.

Maßnahmen der Europäischen Strukturpolitik

Die Europäische Union stellt nahezu ein Drittel ihres Haushaltsbudgets für strukturpolitische Maßnahmen zur Verfügung. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Strukturfonds, die zwischen den Regionen der Mitgliedstaaten eine ausgewogene Entwicklung herbeiführen und dem sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaft dienen.

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) steht im Zentrum der Strukturfonds. Für den Zeitraum von 1994 bis 1999 verfügt das Land Mecklenburg-Vorpommern über ein EFRE-Mittelvolumen von rund 1,65 Mrd. DM.

Am 31. Dezember 1999 ist die EU-Förderperiode 1994 bis 1999 zu Ende gegangen. Das Land hat die gesamte aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung stehende Summe zu 100 % bewilligt.

Im Jahr 1998 war die Vergabe von EFRE-Mitteln wie in den Vorjahren weitgehend an das nationale Programm Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« angebunden. Damit wurden in erster Linie produktive Investitionen, Infrastrukturmaßnahmen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie die Bereitstellung von Dienstleistungen für KMU gefördert. Weitere Mittel standen für Umweltschutzmaßnahmen, Aus- und Weiterbildung und für die Entwicklung des ländlichen Raumes bereit. Ein Teil der EFRE-Mittel diente im Rahmen der sog. Technischen Hilfe der Vorbereitung, Beurteilung, Begleitung und Bewertung von Fördermaßnahmen. Zwischen 1994 und Ende 1998 wurden mit Hilfe EFRE-dominierter Förderprogramme - schwerpunktmäßig durch die Förderung von Investitionen - weit über 50.000 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen.

Auch im Jahr 1999 flossen Fördergelder in investive Maßnahmen, um Arbeitsplätze in gewerblichen Unternehmen zu erhalten bzw. neu zu schaffen. Damit trägt die Europäische Union intensiv zur Stabilisierung und Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen im Land bei.

In der jetzt anlaufenden Strukturfonds-Förderperiode 2000 bis 2006 steht die Absicherung der in den vergangenen Jahren getätigten gewerblichen Investitionen in Industrie, Dienstleistungssektor - insbesondere im Tourismus - im Vordergrund. Die geplanten Infrastrukturmaßnahmen sollen sowohl ansässigen Unternehmen bessere Wachstumsbedingungen verschaffen als auch den Standort Mecklenburg-Vorpommern für die Ansiedlung neuer Betriebe attraktiver machen. Dem Land werden bis 2006 nach Freigabe der Mittel 2,15 Mrd. DM Fördermittel aus dem EFRE zur Verfügung stehen.

Gemeinsam mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sowie weiteren Partnern hat die Landesregierung vorgesehen, die EFRE-Mittel in drei Schwerpunkten einzusetzen:

- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere der KMU,
- Förderung der Infrastruktur,
- Schutz und die Verbesserung der Umwelt, der natürlichen Grundlage jeder ökonomischen Aktivität.

Die Landesregierung wird die Effekte der EFRE-Förderung über ein differenziertes System von Indikatoren abbilden. Auf diese Weise lässt sich eine verbesserte Feinsteuerung der Mittelverwendungen vornehmen.

Es wird erwartet, dass der EFRE auch in den Jahren 2000 bis 2006 dazu beitragen wird, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung merklich zu erhöhen und eine Verbesserung der überregionalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Eine an den Bedarf angepasste Erschließung neuer Gewerbegebiete entlang sich entwickelnder Hauptachsen soll das Entstehen von Engpässen bei Ansiedlungsflächen verhindern.

Im Tourismusbereich sollen von den zu fördernden Infrastrukturmaßnahmen Impulse zur Mobilisierung vorhandener Wachstumsreserven ausgehen. Im Bereich Wissenschaft, F&E und IT soll sich als Förderresultat der Leistungstransfer zwischen wissenschaftlichen sowie Service-Instituten einerseits und Unternehmen andererseits beschleunigen.

Ferner soll die Verkehrsinfrastruktur verbessert werden. In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist dies dringend geboten, um die Erreichbarkeit von Wirtschafts- und Erholungsstandorten zu verbessern und die Verbindung mit überregionalen Märkten zu intensivieren. In den Bereichen Wasserversorgung wie -entsorgung gilt es, Lücken zu schließen. Nicht zuletzt im Sinne des Klimaschutzes sind materielle Einsparpotenziale auszunutzen. Hier werden europäische Fördermittel dazu eingesetzt, Emissionen zu reduzieren.

EU-Gemeinschaftsinitiativen

INTERREG II A

Angesichts des näher rückenden Beitritts der osteuropäischen Staaten, insbesondere des Nachbarn Polen zur Europäischen Union kommt der Förderung der Grenzräume eine zentrale Bedeutung zu.

Die INTERREG-Initiative beinhaltet die Förderung von Grenzregionen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Polen mit dem Ziel, dass nationale Grenzen ihren Hindernischarakter für eine ausgewogene Entwicklung und Integration des europäischen Raumes verlieren.

Ein Teil dieser Grenzregion und zugleich Fördergebiet ist in Mecklenburg-Vorpommern der Landesteil, der zugleich der Kommunalgemeinschaft POMERANIA angehört, nämlich die Landkreise Uecker-Randow, Ostvorpommern, Nordvorpommern, Rügen sowie die Hansestädte Greifswald und Stralsund.

Die Initiative unterstützt vor allem grenznahe und grenzüberschreitende Wirtschafts- und Verkehrsstrukturen, Projekte zur Entwicklung des Fremdenverkehrs, des ländlichen Raums und des Umweltschutzes sowie Maßnahmen auf den Gebieten der Ausbildung, Jugend und Kultur.

Damit soll die strukturelle Ausstattung des deutsch-polnischen Grenzraumes weiter verbessert werden und sein Zusammenwachsen weiter fortschreiten.

Mit dem Operationellen Programm für die POMERANIA, einem Entwicklungs- und Handlungskonzept wurden drei wesentliche Ziele festgelegt:

- Entwicklung einer funktionierenden, auf die vorhandenen Potenziale zugeschnittenen Wirtschaftsstruktur und die Profilierung zu einer ökologisch verträglichen Wirtschafts- und Tourismusregion,
- Verbesserung der grenzüberschreitenden regionalen Organisation, darunter die Verbesserung von Verkehrsinfrastrukturen und Grenzübergängen,
- Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der menschlichen Beziehungen.

Im Programmzeitraum 1994 bis 1999 standen EU-Mittel in Höhe von mehr als 72 Mio. DM zur Verfügung. Sie konnten per 31. Dezember 1999 zu 100 % durch Bescheide gebunden werden.

Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG II A wird in der beginnenden Förderperiode 2000 bis 2006 als INTERREG III A weitergeführt. Von der Europäischen Kommission wird ein Mittelvolumen in gleicher Größenordnung bereitgestellt.

KONVER II

Das Ziel von KONVER II besteht darin, über die zivile Nachnutzung ehemals militärischer Liegenschaften zur Stärkung der regionalwirtschaftlichen Entwicklung beizutragen. Damit einhergehend werden Verbesserungen der Umweltsituation und die Erneuerung der örtlichen Infrastruktur angestrebt.

Dem Programm standen für die Jahre 1995 bis 1999 rund 113 Mio. DM zur Verfügung. Bis zum 31. Dezember 1999 konnten für insgesamt 66 Projekte rund 112,6 Mio. DM bewilligt werden. Im Jahr 1999 wurden u.a. folgende Projekte realisiert:

- Gymnasium Ludwigslust 2. Bauabschnitt, Haus 3;
- Kleinsportanlage Goethe-Gymnasium Ludwigslust;
- Neubau der Haupteinfahrtsstraße Garnison Ludwigslust;
- Kleinsportanlage am Jugendclub »KON« in Hagenow;
- Geh- und Radwegbrücke über die Elde in Parchim;
- Rekonstruktion eines ehemals militärisch genutzten Gebäudes der WGT-Garnison Regimentsvorstadt Parchim zum Haus der Jugend;
- Erneuerung der Fassade Gymnasium Fredericianum Schwerin;
- Rekonstruktion Totendamm/Lobedanzgang Schwerin;
- Wassersportzentrum Neubrandenburg mit Bootsanleger;
- Rekonstruktion der Rudolf-Breitscheid-Straße und der Straße »An der Kürassierkaserne« Pasewalk;
- Rekonstruktion der Realschule Tutow.

Darüber hinaus wurden für die Vorbereitung einer zivilen Anschlussnutzung bzw. Renaturierung von Flächen und ihre Integration in die Umwelt Abriss- und Sanierungsarbeiten auf den WGT-Liegenschaften Lübsche Burg Wismar, Stern-Buchholz und Möwenburgstraße, Schwerin durchgeführt.

Im Jahre 1999 wurden wie in den Vorjahren außerhalb des Operationellen Programms »KONVER II« weitere sowohl öffentliche als auch private Finanzmittel für die zivile Anschlussnutzung ehemals militärisch genutzter Liegenschaften eingesetzt. Private Mittel beispielsweise wurden für die Erschließung von Wohnungsbaustandorten oder für die Rekonstruktion von Kasernen für Wohnzwecke eingesetzt.

Als EU-Gemeinschaftsinitiative ist das Programm am 31. Dezember 1999 ausgelaufen. Die Förderinhalte werden im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung jedoch weitergeführt. Damit soll gewährleistet werden, dass die nach wie vor wichtige Aufgabe der Konversion auch weiterhin mit Hilfe der Europäischen Gemeinschaft geleistet werden kann.

KMU

Kleine und Mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns. Oft sind sie besser in der Lage, sich an veränderte Marktbedingungen anzupassen als Großunternehmen. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative »Anpassung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Binnenmarkt (KMU)« erhalten KMU spezifische Unterstützung.

Das Programm zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen zu erhöhen, ihre Absatzchancen zu verbessern und die Anpassung an den europäischen Binnenmarkt zu unterstützen.

Die Gemeinschaftsinitiative KMU bildet vier Förderschwerpunkte ab:

- Beratungsleistungen zur Verbesserung des Managements und der Organisation,
- Einführung von Qualitätsmanagementsystemen sowie des EU-Öko-Audits,
- Maßnahmen im Bereich der Außenwirtschaft durch Unterstützung bei der Erschließung internationaler Märkte,
- Bereitstellung von Risikokapital im Bereich der Markteinführung.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen genehmigte die Europäische Kommission für den Programmzeitraum 1994 bis 1999 rund 36,8 Mio. DM. Inklusive der zu erbringenden nationalen Kofinanzierung steht insgesamt ein Ausgabevolumen an öffentlichen Mitteln von rund 49,3 Mio. DM bereit.

Vom März 1998 bis Ende 1999 konnten 1.534 Anträge mit einem Ausgabevolumen von 23,01 Mio. DM bewilligt werden. Der Schwerpunkt »Beratungsleistungen« nimmt mit 70 % des Gesamtvolumens den überwiegenden Anteil ein.

Als EU-Gemeinschaftsinitiative ist das Programm am 31. Dezember 1999 ausgelaufen. Die Förderinhalte werden im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung jedoch weitergeführt. Damit soll gewährleistet werden, dass die Wirtschaftskraft gerade der KMU auch weiterhin mit Hilfe der Europäischen Gemeinschaft gestärkt wird.

URBAN

Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN wird eine Gemeinschaftsbeteiligung in Form von Darlehen oder Zuschüssen zugunsten integrierter Entwicklungsprogramme für einen räumlich abgegrenzten Teil einer Stadt gewährt. URBAN hilft Unternehmen vor allem durch Mietzuschüsse und durch die Förderung von Existenzgründungen und -erweiterungen. Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen sollen die Arbeitsmarktchancen der ansässigen Bevölkerung erhöhen bzw. Langzeitarbeitslose für den ersten Arbeitsmarkt vorbereiten.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde hierfür die Kröpeliner-Tor-Vorstadt der Hansestadt Rostock ausgewählt. Mit dem Rostocker URBAN-Projekt wurden die Verbesserung des Investitionsklimas für die gewerbliche Wirtschaft, die Neuansiedlung von Kleingewerbe und die Verbesserung des sozialen und ökologischen Umfeldes durch Baumaßnahmen unterstützt. Des Weiteren wurden durch gezielte Förderung des Beschäftigungssektors die lokalen Humanressourcen entwickelt. Für das Gesamtprogramm standen 34,49 Mio. DM zur Verfügung. Die Hansestadt Rostock wird das Projekt voraussichtlich im Jahre 2001 beenden.

Bei der Umsetzung des Programms konnten im Jahre 1999 insgesamt 175 neue Arbeitsplätze geschaffen werden; 164 davon entfallen auf den ersten Arbeitsmarkt. 28 Teilnehmer aus Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen konnten in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. 368 Beschäftigten konnte ihr Arbeitsplatz gesichert werden.

Über den gesamten Programmzeitraum sind bisher 66 Förderprojekte durch URBAN-Gelder in der Kröpeliner-Tor-Vorstadt unterstützt worden.

Die Europäische Kommission legt für den Zeitraum 2001 bis 2006 eine neue Gemeinschaftsinitiative URBAN II auf. In diesem Rahmen wird eine weitere kreisfreie Stadt des Landes die Möglichkeit erhalten, mit EU-Geldern eines ihrer Stadtviertel entwickeln zu können.

EU-Finanzkontrolle bei EFRE-kofinanzierten Maßnahmen

In Anwendung der national und EU-weit geltenden haushaltsrechtlichen Vorschriften, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen zu den einzelnen Förderprogrammen im Rahmen der Strukturfondsförderung ist der erfolgreiche Abschluss der geförderten Projekte durch regelmäßige Kontrollen zu überwachen. Unregelmäßigkeiten bei den finanzierten Aktionen sind zu verhindern bzw. zu ahnden, zweckwidrig eingesetzte Beträge sind zurück zu fordern.

Darüber hinaus sieht die Verordnung (EG) Nr. 2064/97 der Kommission vom 15. Oktober 1997 bei den von EU-Strukturfonds kofinanzierten Maßnahmen wie dem EFRE neben den Einzelfallprüfungen (u.a. Verwendungsnachweisprüfungen) auch eine Fachaufsichts- und Systemprüfung als übergeordnete Prüfebene vor. Der Verordnungsvorgabe kam das Wirtschaftsministerium in 1999 durch die Einrichtung eines unabhängigen Prüfungsreferates (sog. »Unabhängige Stelle«) nach.

Durch diese Maßnahme sollen eventuelle Mängel im Kontrollsystem der Förderprogramme, die zu systematischen Fehlern bei der Aufdeckung von Verstößen seitens der Zuwendungsempfänger führen können, vermieden werden.

Von EU-Institutionen festgestellte Systemfehler bei der Durchführung der Förderprogrammkontrolle können zu einer Kürzung der dem Land zur Verfügung stehenden EU-Fördermittel für die Strukturfonds führen. Dies würde die künftigen Fördermöglichkeiten und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes beeinträchtigen. Durch rechtzeitige Kontrollen und eventuell notwendige Korrekturmaßnahmen soll einer solchen Situation vorgebeugt werden.

Die Fachaufsichts- und Systemprüfung durch die oben genannte Unabhängige Stelle umfasst alle mit EFRE-Mitteln kofinanzierten Fördermaßnahmen der GA, des Landesaufbauprogramms Mecklenburg-Vorpommern sowie der Gemeinschaftsinitiativen.

Die Prüfungen erstrecken sich hierbei in einem angemessenen Verhältnis auf Maßnahmen und Projekte verschiedener Förderprogramme, -schwerpunkte, -zeiträume, Größenordnungen und Regionen. In 1999 wurden von der Unabhängigen Stelle 50 Prüfungen durchgeführt. Das förderfähige Volumen der geprüften Fälle betrug 154,7 Mio. DM; das Zuschussvolumen belief sich auf rund 45,3 Mio. DM. Im Jahr 2000 sind ca. 300 Prüfungen vorgesehen.

Wohnungs- und Städtebauförderung

Wohnungsbauförderung. Eine wichtige Aufgabe der Wohnungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern nach 1990 war es, den vorhandenen Wohnungsbestand durch Instandsetzung- und Modernisierung dauerhaft zu erhalten und durch angemessenen Neubau das Wohnungsangebot zu vergrößern. Inzwischen hat sich die Wohnungssituation in unserem Land erheblich verbessert. Das zeigen nicht nur die Ergebnisse der letzten Wohnungs- und Gebäudezählung, sondern auch die neueren fortgeschriebenen Zahlen des Statistischen Landesamtes.

Wohnungsnot gibt es im Lande nicht mehr, auch wenn regional teilweise noch Engpässe bei preiswerten Wohnungen bestehen. Der Wohnungsbau und auch der Städtebau haben weiterhin für die Politik der Landesregierung eine hohe Priorität.

Die Schwerpunkte im Wohnungsbau sind:

- die Erhöhung der Angebote im betreuten Wohnen für ältere Menschen und für Behinderte,
- die bedarfsgerechte Modernisierung der Plattenbauwohnungen unter Einbeziehung des Wohnumfeldes.

Das Landeswohnungsbauprogramm 1999 trägt diesen Schwerpunkten Rechnung. Mit einem Programmvolumen von rund 261 Mio. DM in der Wohnungsbauförderung ist es gelungen, ein Niveau zu erhalten, das für 1999 und die Folgejahre gewährleistet, zielgenaue und effiziente Förderprogramme aufzustellen. Geplant ist die Förderung von rund 17.000 Sanierungsmaßnahmen und rund 1.800 Eigentumsmaßnahmen.

Im Programm 1999 waren strukturelle Veränderungen in einzelnen Teilprogrammen notwendig, damit weiterhin die notwendigen Mengeneffekte und eine breite Streuung der Förderung erreicht werden konnten. Unabhängig davon waren aber die Strukturveränderungen vor allem auch erforderlich, um einer deutlich veränderten Bedarfssituation Rechnung zu tragen. Mit dem Jahresbeginn 1999 ist das Investitionszulagengesetz in Kraft getreten. Danach werden für Sanierungsmaßnahmen bis zu 1.200 DM/m² Wohnfläche Zulagen in Höhe von 15 % (abzüglich eines Selbstbehaltes von 5.000 DM) gewährt. Diese Investitionszulagen können allein aber nicht die weiterhin notwendigen Investitionen zur Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes auslösen. Eine zusätzliche Landesförderung ist unentbehrlich. Allerdings bot der Liquiditätszuwachs des Investitionszulagengesetzes Spielräume, die zur Erhöhung der Zahl der geförderten Wohneinheiten genutzt wurden.

Im Rahmen des Mietwohnungsneubaus werden ausschließlich altengerechte Wohnungen mit Betreuungsangebot gefördert. Die Zahl der geförderten altenbetreuten Wohnungen konnte im Jahr 1999 auf 500 Wohnungen erhöht werden (Vorjahr: 350 Wohnungen).

Die Regelförderung zur Modernisierung und Instandsetzung von eigengenutzten Wohnungen sowie Miet- und Genossenschaftswohnungen wird mit 12.500 Wohnungen im Jahr 1999 fortgesetzt.

Die erhöhte Förderung im Teilprogramm »Beseitigung bauschadensbedingter Wohnungsleerstände«, die insbesondere für Baumaßnahmen im Innenstadtbereich genutzt wurde, wird fortgesetzt und auf »städtische Wohngebäude mit erhöhtem Sanierungsbedarf« ausgedehnt.

Von den im Land vorhandenen rd. 813.000 bewohnten Wohnungen befinden sich ca. 295.000 Wohnungen in Plattenbauten und Hochhäusern. Fast jeder dritte Haushalt wohnt also in einer Plattenbauwohnung. Damit haben die Plattenbausiedlungen eine Bedeutung für die Wohnungsverorgung der Bevölkerung, wie in keinem anderen Flächenland und sind damit zwangsläufig ein Schwerpunkt der Wohnungspolitik der Landesregierung.

Für die Sanierung der Wohnungen in industriell gefertigten Plattenbauten und in Hochhäusern sind wie bisher Mindestinvestitionskosten je m² Wohnfläche zu erbringen (1.000 bzw. 1.500 DM). Im Jahr 1999 ist eine Förderung von rd. 3.500 Wohnungen in Plattenbauten und von rd. 460 Wohnungen in Hochhäusern vorgesehen.

Die wohnungspolitischen Probleme liegen heute nicht mehr im Wohnungsmangel oder im Neubau, sie liegen vielmehr - und zwar in Ost und West - in den Wohnungsbeständen. Bei der Stabilisierung und langfristigen Sicherung der Plattenbaugebiete geht die Landesregierung mit zwei Wohnungsbauprogrammen neue Wege. Es sind dies das Landesprogramm Bestandserwerb und das Landesprogramm soziale Infrastruktur.

Gefördert werden in 1999 erstmals wohnungspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den großen Plattenbaugebieten.

Diese Förderung umfasst bestimmte wohnwertverbessernde Service- und Betreuungsleistungen. Wohnen wird künftig über die reine Vermietung von Wohnraum hinaus zunehmend als Dienstleistungs-Paket »Wohnraum + Sicherheit + Service - Leistungen« verstanden, das angeboten werden muss, wenn die Akzeptanz der Plattenbauwohnungen bei den Mietern erhalten und eine Abwanderung verhindert werden soll.

Die Förderung des Wohneigentums wird weiterhin eine bedeutende Rolle in der Wohnungspolitik des Landes spielen. Bisher wurde ausschließlich der Neubau bzw. der Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum gefördert, und zwar sowohl im 3. Förderungsweg (Bereitstellung von Baudarlehen) als auch im 2. Förderungsweg (Bereitstellung von Aufwendungsdarlehen). Die sehr große Nachfrage hat dabei jedoch den verfügbaren Programmrahmen weit überschritten. Die zur Verfügung stehenden Fördergelder in 1999 haben eine nachfragegerechte Erhöhung der Mittelzuweisung ausgeschlossen. Eine Neuakzentuierung der Förderung war erforderlich. Für den Neubau steht zukünftig der 2. Förderungsweg offen.

Erstmals in 1999 wurde der Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum aus dem vorhandenen Wohnungsbestand gefördert. Dies ist ein Teil des Maßnahmenbündels zur sozialen Stabilisierung der Plattenbausiedlungen. Gleichzeitig wird damit auch die Einkommenssituation in unserem Land berücksichtigt. Die Mehrheit der Haushalte liegt immer noch deutlich unter dem Einkommensniveau in Westdeutschland.

Die Erwerbskosten für die Bestandswohnungen sind in der Regel erheblich günstiger, als die Kosten eines Neubaus (durchschnittlich 140.000 DM gegenüber 350.000 DM). Durch die Einbeziehung des Bestandserwerbs kann mit dem gleichen Volumen an Fördermitteln eine sehr viel größere Zahl von Eigentumsmaßnahmen gefördert werden, als wenn - wie bisher - ausschließlich der aufwendigere Neubau gefördert würde. Die Bereitstellung zinsgünstiger Landesdarlehen, die die Förderung nach dem Eigenheimzulagengesetz ergänzen, wird einkommensschwächeren Haushalten, insbesondere Familien mit Kindern, die notwendige Unterstützung zur Selbsthilfe und Eigenvorsorge geben. Es werden Bevölkerungsschichten an das Wohneigentum herangeführt, für die der Neubau eines Eigenheims - mit oder ohne Förderung - wirtschaftlich unerschwinglich ist. Die Förderung erfolgt im 3. Förderungsweg.

Wohnungsbauförderung 1999
<ul style="list-style-type: none"> - Allgemeines Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramm mit 100 Mio. DM für 13.980 Wohneinheiten - Programm Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen in industriell gefertigten Gebäuden (»Plattenbauten«) und Hochhäusern mit 65 Mio. DM für 3.910 Wohneinheiten - Neubau und Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum mit 57,7 Mio. DM für 1.770 Wohneinheiten - Schaffung altenbetreuer Miet- und Genossenschaftswohnungen mit rund 40 Mio. DM für 500 Wohneinheiten - Sonderprogramm Mietwohnungen für Obdachlose mit 2,36 Mio. DM für 60 Wohneinheiten

Die Wohnungsunternehmen erhalten aus den Verkaufserlösen zusätzliche Liquidität und Handlungsspielräume für weitere Investitionen im Bereich des Wohnungsbausanierung.

Städtebauförderung. Sie ist eine Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund, Land und Gemeinden und hat sich seit mehr als 25 Jahren in den alten Bundesländern und nunmehr auch in den letzten fast zehn Jahren in den Neuen Bundesländern bewährt.

Städtebauförderung 1999
<ul style="list-style-type: none"> - Allgemeines Städtebauförderungsprogramm: 109,5 Mio. DM - Programm Städtebaulicher Denkmalschutz: 57,0 Mio. DM - Landeseigenes Städtebauförderungsprogramm: 29,7 Mio. DM - Programm Soziale Stadt: 8,2 Mio. DM - Landeseigenes Programm zur Weiterentwicklung großer Neubaugebiete (Wohnumfeldverbesserung): 37,5 Mio. DM

Durch die Programme der Städtebauförderung werden im Land Arbeitsplätze sowohl im Bauhaupt- als auch im Baunebengewerbe geschaffen und erhalten. Die Förderprogramme bewirken eine regionale Wirtschaftsförderung, insbesondere für klein- und mittelständische Unternehmen. Erste Ergebnisse der vergangenen neun Jahre sind im Lande sichtbar.

Mehrere Gutachten haben belegt, dass die geförderten Investitionen in den städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten hohe öffentliche und private Folgeinvestitionen sowie die Nachfrage nach Gütern und Leistungen auslösen. Im Zeitraum 1991 bis 1999 wurden in der Städtebauförderung ca. 2,5 Mrd. DM bewilligt und damit rd. 15.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert.

Nach einem Gutachten des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 1998 werden im Rahmen der Städtebauförderungsprogramme Bauleistungen zu 68 % von Firmen aus der Region und zu 93 % aus dem Lande erbracht.

Mit den Städtebauförderungsprogrammen und des Programms zur Verbesserung des Wohnumfeldes wurden im Jahr 1999 insgesamt 147 Gesamtmaßnahmen in Höhe von 241,9 Mio. DM gefördert.

3.2 Mittelstandspolitik

Die Basis für den strukturellen Wandel in Mecklenburg-Vorpommern nach der Wende haben die kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen. Während die Arbeitsplätze in den Großbetrieben vermehrt wegbrachen, schufen die kleinen und mittleren Unternehmen neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Zahl der Handwerksbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern entspricht inzwischen der in vergleichbaren Ländern. Die industrielle Dichte ist jedoch weiter zu entwickeln. Insgesamt steht bei kleinen und mittleren Unternehmen gegenwärtig die Festigung der zumeist jungen Unternehmen im Mittelpunkt.

Beratungsagenturen für KMU

Die Beratungsagenturen für kleine und mittlere Unternehmen in den Innenstädten Schwerin, Wismar, Rostock, Greifswald und Neubrandenburg haben 1999 einen wesentlichen Beitrag zur qualitativen Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Innenstadt geleistet. Entsprechend der jeweiligen Ausgangssituation in den Städten haben sich die Agenturen unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte gesetzt, diese sind u. a.:

- einheitliche Öffnungszeiten, Nutzung der Bäderregelung und Veranstaltung von Aktionstagen zu verkaufsoffenen Sonntagen,
- beratende Tätigkeit für Unternehmen zur Inanspruchnahme von Fördermöglichkeiten,
- Erarbeitung von Stärken-Schwächen Analysen,
- Mitarbeit an Leitbildentwicklung der Städte,
- Auflage von City-Zeitungen,
- Sondernutzung von öffentlichen Räumen,
- Herausgabe von Innenstadtwegweisern,
- Rückerstattung von Parkgebühren in den Innenstädten, Erarbeitung von Parkleitsystemen,
- Mitarbeit und Erfahrungsaustausch über das »Deutsche Seminar für Städtebau und Wirtschaft« (DSSW) sowie in der »Bundesvereinigung Stadtmarketing und Citymanagement Deutschland e. V.«

Die Agenturen setzen auch im Jahr 2000 ihre Arbeit fort und erlangen auf Grund zunehmender Erfolge ihrer Arbeit in der Innenstadt und steigender Mitgliederzahlen ihrer Trägervereine immer mehr Gewicht.

Herausbildung der Strukturen im Handel

1998 wurden die erheblichen Investitionen in den Innenstädten der Ober- und Mittelzentren fortgesetzt. Sie werten die Handelslandschaft, das Angebot und das Stadtbild der Innenstädte auf und bilden verstärkt ein Gegengewicht zu den Handelsansiedlungen auf der »grünen Wiese«.

Tabelle 3-14: Förderung des Handels

	Einheit	1998	1999
Investitionszuschüsse an Einzelhandelsunternehmen im innerstädtischen Bereich mit einer Verkaufsfläche bis 400 m ²			
- geförderte Unternehmen	Anzahl	131	8
- Zuschusssumme	1.000 DM	2.752	144
Investitionszuschüsse im Rahmen der GA an Großhandelsunternehmen			
- geförderte Unternehmen	Anzahl	39	39
- Zuschusssumme	1.000 DM	15.460	19.077
Zuschüsse zu Beratungsleistungen für Handelsunternehmen			
- geförderte Unternehmen	Anzahl	275	130
- Zuschusssumme	1.000 DM	1.632	1.162
Existenzgründerinnendarlehen			
- ausgereichte Darlehen	Anzahl	29	29
- Darlehensbetrag	1.000 DM	1.711	1.673
Markteinführungsprogramm			
- geförderte Unternehmen	Anzahl	13	10
- Zuschusssumme	1.000 DM	249	183
Messeförderung			
- geförderte Unternehmen	Anzahl	152	60
- Zuschusssumme	1.000 DM	304	268
Förderung von Firmengemeinschaftsbüros im Ausland			
- geförderte Unternehmen	Anzahl	4	4
- Zuschusssumme	1.000 DM	28	25
Personalkostenzuschuss für Außenwirtschaftsassistenten			
- geförderte Unternehmen	Anzahl	4	-
- Zuschusssumme	1.000 DM	85	-
Existenzgründungsberatungen			
- geförderte Existenzgründer	Anzahl	24	33
- Zuschusssumme	1.000 DM	120	116
Existenzgründerbeihilfen			
- geförderte Existenzgründer	Anzahl	251	-
- Zuschusssumme	1.000 DM	1.933	-

Existenzgründungen

Mittelständische Existenzgründungen sind eine wichtige Voraussetzung für die Dynamik und Stabilität einer Volkswirtschaft, denn zusätzliche Beschäftigung schaffen in erster Linie die kleinen und mittleren Unternehmen. In den großen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern ist kurzfristig kaum eine bedeutende Zunahme der Beschäftigungszahlen zu erwarten. Aus wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Erwägungen heraus kommt deshalb Existenzgründungen, besonders von technologieorientierten Unternehmen, eine wichtige Bedeutung zu. Der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen in Mecklenburg-Vorpommern ist mit 9,42 % (1999) gegenüber den Vorjahren gewachsen, liegt aber noch unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Das Potenzial für die Gründung von Existenzen ist also noch lange nicht ausgeschöpft. Hier setzt die Landesregierung mit der Vorlage einer Existenzgründerinitiative an. Durch einen 10-Punkte-Plan (vgl. Schaubild) sollen Existenzgründungen angeregt und nachhaltig unterstützt werden.

Die Landesregierung unterstützt die Bemühungen des Bundes um Abbau von Bürokratie und Verringerung der Regelungsdichte. Die Maßnahmen müssen dabei das Ziel haben, die administrativen Kosten und zeitlichen Belastungen im Umgang mit Behörden für Existenzgründer und kleine Unternehmen zu reduzieren.

Maßnahmeplan Existenzgründungen
<ul style="list-style-type: none"> - Darlehen für Existenzgründungen (Existenzgründerinnendarlehen) - Existenzgründungsförderprogramm (Existenzgründungsbeihilfen) - Beratungsförderung für Existenzgründer - Unterstützung marktorientierter Arbeitsförderbetriebe - Risikokapitalfonds - Projekt »START« - Beratung und Qualifizierung - Image- und Werbekampagne für Existenzgründungen und Unternehmertum - Anlauf- und Koordinierungsstelle für Existenzgründer (Existenzgründerleitstelle) - Modellprojekt »Gründungshilfe für technologieorientierte Existenzgründungen« - Patent- und Lizenzfonds

Qualifizierungsmaßnahmen. Das Landesprogramm »Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern (AQMV)« wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1998 um eine Richtlinie für die »Förderung und Qualifizierung von Existenzgründern« ergänzt.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern fördert mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds (ESF) Maßnahmen der Qualifizierung von Personen, die eine selbständige Existenz gründen wollen bzw. gegründet haben, sowie Hochschul- und Fachhochschulabsolventen und Studenten der Abschlusssemester. Letztere sollen zur Existenzgründung motiviert und qualifiziert werden. Diese Maßnahmen sollen - durch Vorbereitung und Stabilisierung von Neugründungen - den Arbeitsmarkt entlasten und die wirtschaftliche Struktur verbessern.

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als nicht rückzahlbarer Zuschuss in Form einer Anteilfinanzierung von bis zu 90 % gewährt. In Ausnahmefällen sind auch Vollfinanzierungen möglich. Zuwendungsfähig sind die für die Durchführung der Maßnahmen notwendigen Personal- und Sachausgaben.

Seit Inkrafttreten der Richtlinie wurden 17 Maßnahmen und 748 Teilnehmer mit rund 7,3 Mio. DM, darunter rund 4,9 Mio. DM aus dem ESF, gefördert. Eine Maßnahme mit zehn Teilnehmern richtete sich an junge Akademiker und arbeitslose Techniker, um sie auf die Existenzgründung vorzubereiten. Die übrigen Maßnahmen waren auf die Vorbereitung der Gründung bzw. Sicherung der Existenz gerichtet.

Existenzgründerleitstelle. Administrative Belastungen und lange Verwaltungswege sind für Existenzgründer und kleine Unternehmen oftmals eine besondere Belastung. Ein Großteil dieser Hemmnisse kann durch Kooperation und Vernetzung aller am Gründungsprozess beteiligten Institutionen abgebaut werden. Um Informationsdefizite zu Fördermöglichkeiten von Existenzgründungen in der Öffentlichkeit auszugleichen und bei Gründungsproblemen auch vor Ort Rat und Hilfe erteilen zu können, wurde im Wirtschaftsministerium eine Anlauf- und Koordinierungsstelle - die Existenzgründerleitstelle - geschaffen. Ein solcher »One-Stop-Shop« soll Gründungsvorhaben erleichtern und das Gründungsklima in Mecklenburg-Vorpommern verbessern.

Beratungsförderung für Existenzgründer.

Immer mehr potenzielle Existenzgründer fragen nach Beratung. Dies belegt nicht zuletzt das hohe Antragsvolumen im Programm »Beratungsförderung«. 1998 wurden 329 Anträge auf Beratungsförderung durch Existenzgründer gestellt. Bereits nach 92 Bewilligungen waren die Fördermittel in Höhe von 500.000 DM erschöpft.

Existenzgründer aus folgenden Wirtschaftsbereichen wurden bei der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen finanziell unterstützt:

- Land- und Forstwirtschaft	2
- Gastgewerbe	21
- Baugewerbe	10
- Handel	24
- Dienstleistungen	10
- Sonstige Gewerbe	25

Eine Evaluierung der geförderten Existenzgründer ergab, dass etwa die Hälfte der Befragten bereits im Jahr 1998 eine selbständige Tätigkeit aufgenommen hat.

Existenzgründungsbeihilfen. 1998 wurden 1.535 Förderfälle mit einem Volumen von insgesamt 10,7 Mio. DM bewilligt. 1999 waren es 2.108 Förderfälle mit einem Volumen von 14,3 Mio. DM. Bei einem dauerhaften Verbleib (5 Jahre) von ca. 70 % der Existenzgründer in der Selbständigkeit und einer durchschnittlichen Mitarbeiterzahl von drei Vollarbeitskräften dürfte 1999 die Grundlage für ca. 6.000 Arbeitsplätze gelegt worden sein.

Die vom Ministerium für Arbeit und Bau aus dem Programm AQMV gewährten Hilfen haben somit einen erheblichen Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes geleistet. Daher werden diese Zuwendungen weiter fortgesetzt und stellen auch in absehbarer Zukunft für den Aufbau einer selbständigen Existenz eine wesentliche Hilfe dar, die zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt beiträgt.

Technologieorientierte Existenzgründungen. Insbesondere das Modellprojekt »Gründungshilfe für technologieorientierte Existenzgründungen« und der »Patent- und Lizenzfonds« sollen die bereits bestehenden Förderinstrumente erweitern. Für das Modellprojekt wurde 1998 ein Risikokapitalfonds mit 1 Mio. DM zur Verfügung gestellt. 1999 kamen weitere 2,5 Mio. DM hinzu.

Existenzgründerinnendarlehen. Ein herausragendes Problem für Existenzgründer stellt gegenwärtig die geringe Risikokapitalausstattung dar. Die Gründung einer gewerblichen Existenz für Frauen wird zusätzlich erschwert, da Frauen vorzugsweise kleinere Unternehmen gründen und Investitionsvorhaben unter 100.000 DM seitens der Banken häufig nicht begleitet werden. Außerdem verlangen die Kreditinstitute in der Regel von Frauen größere Sicherheiten als von ihren männlichen Kollegen.

Diese Belastungen und Erschwernisse auszugleichen und gleichzeitig die Risikobereitschaft von Existenzgründerinnen zu stärken, ist das Anliegen des 1996 aufgelegten Existenzgründerinnendarlehensprogramms. Bei Vorlage tragfähiger Konzepte und Nachweis entsprechender Qualifikationen wird Gründungskapital zur Verfügung gestellt.

Tabelle 3-15: Ergebnisse im Existenzgründerinnendarlehensprogramm 1998

Branche	Bewilligungen	Darlehen	Arbeitsplätze	Ausbildungsplätze
	Anzahl	1.000 DM	Anzahl	
Dienstleistungen	10	590,9	19	0
Freie Berufe	5	133,9	4	0
Handel	29	1.711,5	41	1
Handwerk	8	389,9	13	0
Fremdenverkehr	9	567,7	16	0
Summe	61	3.393,5	93	1

Tabelle 3-16: Ergebnisse im Existenzgründerinnendarlehensprogramm 1999

Branche	Bewilligungen	Darlehen	Arbeitsplätze	Ausbildungsplätze
	Anzahl	1.000 DM	Anzahl	
Dienstleistungen	28	1.300,5	38	0
Tourismus	4	181,1	9	0
Handel	29	1.673,1	41	1
Handwerk	6	387,5	11	0
Summe	64	3.542,2	99	1

Der Schwerpunkt der Förderung liegt in der Gewährung von rückzahlbaren, verzinslichen Darlehen im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung (Projektförderung) für Investitionsvorhaben von maximal 100.000 DM. Für das Jahr 2000 stehen dafür 4 Mio. DM zur Verfügung.

Erschließung gemeinwohlorientierter Beschäftigungsfelder. Die Erschließung gemeinwohlorientierter Beschäftigungsfelder - beginnend ab dem 1. Januar 1999 - verlief im Berichtszeitraum auf der Grundlage der Förderung eines Modellvorhabens im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Landesprogramms AQMV. Dieses Modellvorhaben war konzentriert auf den Großraum Rostock.

Unter Einbeziehung der Förderung von Strukturanpassungsmaßnahmen gem. §§ 272-279 und § 415 SGB III wurde die Schaffung neuer und gegebenenfalls Fortführung bestehender Arbeitsverhältnisse in gemeinwohlorientierten Projekten finanziell unterstützt. Infolge dessen wurden in den Arbeitsamtsbezirken des Landes die nachfolgende Anzahl von Projekten und Teilnehmern gefördert.

Tabelle 3-17: Gemeinwohlorientierte Beschäftigungsfelder im Jahr 1999

Arbeitsamtsbezirk	Anzahl der geförderten Arbeitnehmer	Anzahl der Projekte
Neubrandenburg	18	4
Rostock	265	47
Schwerin	35	8
Stralsund	14	6
Summe	332	65

Quelle: Ministerium für Arbeit und Bau M-V

Maßnahmen zur Existenzgründung und Beratung

Im Jahr 1999 konnten laut Statistik 2.108 Förderfälle mit einem Gesamtbewilligungsvolumen von über 15 Mio. DM positiv beschieden werden. Statistisch gesehen wurde durch jede neue Existenzgründung ein zusätzlicher Beschäftigungseffekt von durchschnittlich drei Arbeitsplätzen geschaffen. Bei einer dauerhaften Erfolgsquote von 75 % der Existenzgründungen sind damit im Jahr 1999 die Grundlagen für ca. 6.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Land gelegt worden.

Gewöhnlich konnten je Person sowie Förderfall 6.250 DM bewilligt werden. Erfahrungsgemäß haben die meisten der Gründer, die auch die Existenzgründungsbeihilfe des Ministeriums für Arbeit und Bau in Anspruch nehmen konnten, vorab das Überbrückungsgeld für die ersten sechs Monate durch die Bundesanstalt für Arbeit gemäß § 57 SGB III erhalten.

Das Antragsvolumen im Jahr 1999 ist wie erwartet im Vergleich zum Vorjahreszeitraum weiterhin angestiegen. So ist festzustellen, dass im Zeitraum 1. Januar 1998 bis 31. Dezember 1998 »nur« 2.868 Anträge auf Existenzgründungsbeihilfe gestellt wurden. Im Jahr 1999 lagen dem Ministerium für Arbeit und Bau insgesamt 3.476 Anträge vor. Es ist festzustellen, dass die häufigsten Förderfälle im Bereich der Dienstleistungen (36 %) lagen. Danach folgte der Bereich Handwerk (18,2 %) sowie handwerksähnliche Betriebe (16,9 %) und der stationäre Einzelhandel (15,5 %). Es folgen der Garten- und Landschaftsbau (1,2 %), die Landwirtschaft (0,75 %), die Fischerei (0,1 %) und die Forstwirtschaft (0,05 %).

Die häufigsten Bewilligungen konnten im Arbeitsamtsbezirk Rostock vorgenommen werden, dicht gefolgt vom Arbeitsamtsbezirk Schwerin. Fast um die Hälfte weniger Förderungen gab es in den Arbeitsamtsbezirken Neubrandenburg und Stralsund. Diese ungleiche Verteilung ist damit zu begründen, dass die Existenzgründungswilligen sich kaum im Osten des Landes verwirklichen wollen (unzureichend ausgebaute Infrastruktur; erheblich höhere Arbeitslosenquote als anderswo, insofern ist auch die Kaufkraft der Bevölkerung in den östlicheren Gebieten geringer), sondern vermehrt im westlichen Mecklenburg. Diese Feststellung ergibt sich aus den täglich eingehenden Anträgen genauso wie auch aus der Statistik der jeweiligen Arbeitsämter.

Zum Thema Beratung ist zu erwähnen, dass potenzielle Existenzgründer im Ministerium direkt über die Möglichkeiten der Existenzgründungsbeihilfe informiert wurden. Darüber hinaus wurden die Gründer an das Landesförderinstitut (LFI) verwiesen, falls aus dem Gespräch eine Fördermöglichkeit des LFI gesehen wurde. Insbesondere auf Informationsveranstaltungen z.B. der Industrie- und Handelskammer bzw. der Handwerkskammer u.ä. Institutionen wurden Beratungen zu Fördermöglichkeiten des Ministeriums für Arbeit und Bau gegeben.

Regelmäßig fanden auch Seminarveranstaltungen in Bildungseinrichtungen wie z.B. in der SBW - Aus- und Fortbildungsgesellschaft für Wirtschaft und Verwaltung mbH oder im Bildungszentrum der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin zum Thema Existenzgründungsbeihilfe aus dem Landesprogramm AQMV statt.

Abbau von Jugendarbeitslosigkeit unter Einbeziehung des Sofortprogramms der Bundesregierung

Im Verlaufe des Jahres 1999 nahmen in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 13.063 junge Menschen an Maßnahmen des Sofortprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit teil.

Der überwiegende Teil nahm an Trainingsmaßnahmen (4.167) teil. Relativ ausgewogen waren die Eintritte in Maßnahmen der außerbetrieblichen Ausbildung (1.406), Integration durch den Einsatz von Lohnkostenzuschüssen (1.930), Qualifizierungsmaßnahmen (1.813) und beruflichen Zusatzqualifizierung (1.228). Die übrigen Maßnahmeangebote wurden in Mecklenburg-Vorpommern im wesentlichen nachrangig angenommen.

Während zu Jahresbeginn 1999 die Arbeitslosenquote der des Jahres 1998 glich, konnte durch das Sofortprogramm der Bundesregierung im Verlaufe des Jahres 1999 erreicht werden, dass die monatlichen Arbeitslosenquoten der Jugendlichen im Alter von 20 bis 25 Jahren im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich etwa 4 % geringer waren. Damit zeigt sich, dass die Sofortmaßnahmen auch in Mecklenburg-Vorpommern zu einem Erfolg führten.

Betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik

Mit der betriebsnahen Arbeitsmarktpolitik soll durch das Zusammenwirken der Arbeitsmarktpolitik und den Förderinstrumentarien des Landesprogramms »Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg- Vorpommern 2000 (AQMV 2000)« das Unternehmensumfeld verbessert werden. Die betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik orientiert sich dabei an den Bedürfnissen der am Markt agierenden Unternehmen.

Regionale Programme. Mit den regionalen Programmen und regionalen Lohnkostenzuschüssen werden in den Landkreisen und kreisfreien Städten Einstellungsförderungen gewährt. Durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze erhalten Arbeitslose, vor allem besonders sozial benachteiligte Personengruppen, dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten

Krisenintervention. Ein weiteres Element der betriebsnahen Arbeitsmarktpolitik ist die sog. Krisenintervention, wobei die TGS Schiffbau hier eine wichtige beratende Funktion übernommen hat. So konzentriert sich ein Großteil der Beratungsleistungen der TGS Schiffbau seit 1997 auf Aktivitäten betriebsnaher Arbeitsmarktpolitik.

Dabei tritt die TGS Schiffbau nicht als Maßnahmeträger auf, sondern bedient sich bestehender Auffanggesellschaften oder initiiert gemeinsam mit den Betriebsparteien neue auf den Einzelfall bezogene Gesellschaften. In diesen Gesellschaften werden Arbeitnehmer/innen im Rahmen struktureller Kurzarbeit zeitlich befristet eingestellt. Während der ersten Phase der strukturellen Kurzarbeit wird versucht, mit Hilfe von Qualifizierungen, Praktika und Zweitverhältnissen einen möglichst großen Anteil der Beschäftigten in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Mit diesen Auffanggesellschaften sollen im Verlaufe der Insolvenzen Sanierungen ermöglicht (z.B. Mineralwollewerk Lübz, Elbewerft Boizenburg) oder durch notwendige personelle Anpassungen bei Umstrukturierungen in erheblichem Umfang (z.B. Pirelli Kabel und Systeme, Neptun Industrie Rostock) Standorte gesichert werden. Die Ziele der Kriseninterventionen und die damit verbundenen Aufgaben lassen sich wie folgt definieren:

- Krisenmanagement und Sanierungen von Unternehmen in existenzgefährdenden Situationen durch eine Kombination von wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten
- Initiierung und Betreuung von Auffanggesellschaften mittels struktureller Kurzarbeit im Zusammenhang mit Insolvenzen zur Schaffung von Voraussetzungen für übertragende Sanierungen
- Interventionen bei Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, die durch Umstrukturierungen privatisierungsfähig gemacht werden sollten. Dies geschah ebenfalls durch Initiierung und Betreuung von Auffanggesellschaften mittels struktureller Kurzarbeit.
- Interventionen mit dem Ziel der Schaffung von Auffanglösungen bei privaten Unternehmen, die zur Vermeidung von Massenentlassungen strukturelle Kurzarbeit einzusetzen beabsichtigen.
- Interventionen mit dem Ziel der Sanierung bei Unternehmen, die Mittel aus dem Fondsmanagement der TGS Schiffbau erhalten haben.
- Interventionen (Sanierung, Verschmelzung etc.) bei ABS- Gesellschaften mit der Aufgabe, die Vor- Ort- Strukturen so zu stabilisieren, dass sie für die nächsten Jahre tragfähig sind.

Ein Beispiel für eine in vollem Umfang gelungene übertragende Sanierung ist die Krisenintervention im Mineralwollewerk Lübz.

Berufsbegleitende Qualifizierung. Das Ministerium für Arbeit und Bau fördert seit Jahren die berufsbegleitende Qualifizierung von Beschäftigten, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur betriebsnahen Arbeitsmarktpolitik geleistet. Etwa zwei Drittel der für AQMV bereitgestellten Fördermittel wurden in diesem Bereich eingesetzt. Durch die Förderung konnten Unternehmen, die ihre Beschäftigten für eine Weiterbildung freigestellt haben ihre Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern. Damit konnte ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung von Arbeitsplätzen geleistet werden.

Die Anpassung der Fähigkeiten der Mitarbeiter an die technologischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse ist ein wichtiger Bestandteil des lebenslangen Lernens. Aus diesem Grund war mehr als die Hälfte der Fördermaßnahmen der berufsbegleitenden Qualifizierung auf die Vermittlung von Kenntnissen in der Anwendung und Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien sowohl im gewerblich-technischen als auch im kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Bereich ausgerichtet.

In der metallverarbeitenden Industrie und im Schiffbau war die Vermittlung von Fähigkeiten zur Handhabung moderner Schweißtechniken ein besonderer Schwerpunkt der Weiterbildung.

Tabelle 3-18: Teilnehmer/innen und Mitteleinsatz AQMV-geförderter berufsbegleitender Qualifizierung in den Jahren 1997-1999

	1997	1998	1999
Teilnehmer	3.104	4.991	6.741
Mitteleinsatz (in Mio. DM)	7,97	16,76	21,05

Quelle: Ministerium für Arbeit und Bau M-V

3.3 Industriepolitik

Die Industriepolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist darauf gerichtet, durch gezielte Aktivitäten auf Struktur und Entwicklung der Industrie einzuwirken, um aktiv den Industrialisierungsprozess zu beeinflussen und den Strukturwandel zu befördern.

Die Industriepolitik des Landes versteht sich als Hilfe zur Selbsthilfe. Vorrangiges Ziel besteht darin, den im Land vorhandenen Bestand an Unternehmen durch Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit weiterzuentwickeln.

Branchengespräche und -dialoge

Um den verschiedenen Belangen der für das Land wichtigen Industriebranchen gerecht zu werden, wurden im Rahmen der sektoralen Industriepolitik 1998/1999 die existierenden Branchendialoge intensiviert und weiterentwickelt.

Branchendialoge finden in den folgenden Industriebranchen statt:

- Ernährungswirtschaft,
- Maritime Wirtschaft (»Reederstammtische«),
- Metall-Elektro-Industrie,
- Bauwirtschaft,
- Holzwirtschaft.

Der Teilnehmerkreis und die Organisationsstruktur der einzelnen Branchendialoge sind - bedingt durch die mittlerweile gewachsenen Strukturen - sehr unterschiedlich, haben sich jedoch in den jeweiligen Branchen bewährt.

Die übergreifende Zielstellung aller Dialoge ist eine Bündelung und Koordinierung der Kräfte und Aktivitäten der Wirtschaftspartner (Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften und Verwaltung/Politik) zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Verbesserung der Rahmenbedingungen in der jeweiligen Branche.

Ernährungswirtschaft

Die Ernährungswirtschaft gehört in Mecklenburg-Vorpommern zu den strukturbestimmenden Bereichen der Wirtschaft. Sie sichert den Absatz für die Landwirtschaft und schafft eine erhöhte Wertschöpfung für die landwirtschaftlichen Produkte des Landes. Damit ist sie auch ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung des ländlichen Raumes.

Der Branchendialog im Bereich Ernährungswirtschaft wurde 1996 etabliert und stellt gegenwärtig die wichtigste Plattform für den Dialog zwischen den beteiligten Akteuren zur Initiierung und Umsetzung konkreter projektbezogener Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Branche dar. Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Unterstützung in Marketing und Vertrieb einschließlich Ausbau der Exportpositionen, Ausgestaltung von Kooperationen in Einkauf und Absatz, Durchsetzung von Produktinnovationen und Verbesserung der Standortbedingungen. Beispielhaft seien genannt:

- Initiierung einer Studie zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Ernährungsindustrie
- Initiierung einer Qualifizierungsinitiative zur Verbesserung der Wettbewerbssituation der Unternehmen in der Ernährungsindustrie
- Bildung der Arbeitskreise »Backwaren« und »Fleischverarbeitung« zur Lösung gemeinsamer Problemfelder
- Produktpräsentation ausgewählter Erzeugnisse zur Dokumentation der Leistungsfähigkeit der Branche und ihrer Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern sowie Verknüpfung mit Kultur und Tourismus als Marketinginstrument für einheimische Produkte.

Metall-Elektro-Industrie

Der Branchendialog für den Metall- und Maschinenbau sowie für die Elektro- und Elektrotechnikbranche des Landes wurde im Frühjahr 1998 durch das Wirtschaftsministerium neu initiiert. Im Rahmen des Arbeitskreises Metall-Elektro wurde auf Betreiben des Wirtschaftsministeriums in Abstimmung mit den Verbänden, Gewerkschaften und Kammern nach intensiven Befragungen der Unternehmen ein Maßnahmenplan erarbeitet.

Dieser Maßnahmenplan beinhaltet Themenschwerpunkte, die innerhalb der Branche mit konkreten Ergebnissen umgesetzt werden können. Als Schwerpunkte wurden herausgearbeitet:

- systematische Erschließung von Produktivitätspotenzialen,
- Stärkung von Vertriebschancen durch Kooperationen,
- Unterstützung von Produktionskooperationen und Firmenverbundlösungen.

Sie sind mit konkreten Aktivitäten unternommen.

Im Bereich »Metall- und Maschinenbau« wird derzeit mit 22 Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern das Projekt »Erschließung und Umsetzung von Produktivitätspotenzialen« durchgeführt. In Projektstufen werden bis Ende 2000 die Ist-Situation der Branche ermittelt, ein Benchmarking durchgeführt sowie Unternehmensanalysen und Problemlösungen zur Steigerung der Produktivität in den Unternehmen erarbeitet. Die Ergebnisse sollten in der Branche vorgestellt und in geeigneter Weise veröffentlicht werden.

Ein weiteres Projekt mit dem Arbeitstitel »Internetfähiger kundenorientierter Marktauftritt« wird derzeit vorbereitet.

Das Ziel des Projekts besteht darin, die Darstellung der Unternehmen des Metall- und Maschinenbaus mit ihrem Leistungsprofil im Internet zu verbessern.

Das Projekt findet großes Interesse; viele Unternehmen haben die Bedeutung des Internets als zukunftsorientiertes weltweites Kundenforum erkannt. Die regelmäßige Kontrolle des Maßnahmenplans durch den Arbeitskreis Metall/Elektro soll die Zielstellung des Branchendialogs gewährleisten. Der Arbeitskreis hat es sich zum Ziel gesetzt, in mittelfristigen Zeiträumen zu konkreten Ergebnissen zu gelangen.

Bauwirtschaft

Der Branchendialog Bauwirtschaft ist seit 1997 die Klammer der gemeinsamen Zusammenarbeit der in der Bauwirtschaft beteiligten Akteure, mit dem Ziel, den gravierenden Strukturwandel der Branche abzufedern. Neben politischen Spitzengesprächen wird der Branchendialog projekt- und themenbezogen auf Arbeitsebene intensiviert. Dies erfolgte in der Vergangenheit beispielsweise durch folgende Projekte:

- Initiierung des Projektes »Innovative Bau- und Siedlungsprojekte in Mecklenburg-Vorpommern«, das der Branche und den Baubehörden neuartige bauliche Lösungen zur Information und Nachnutzung zur Verfügung stellt.
- Ausarbeitung einer Richtlinie zur Unterstützung einer mittelstandsfreundlichen Vergabe öffentlicher Aufträge
- Analyse und Bewertung der Bauschadenssituation in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen einer Studie zur Qualitätsstrategie der Bauwirtschaft
- Organisation eines Kolloquiums zum Thema »Bauzustandsanalyse und Qualitätsstrategien - Herausforderung an die Bauwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns«, als erste landesweite Veranstaltung zu diesem Problemkreis. Ziel ist, Schlussfolgerungen aus der Bauschadenssituation für die weitere Entwicklung der Baubranche zu erarbeiten.
- Initiierung eines Pilotprojektes, das die Vorteile einer Verbindung verschiedener Bauweisen, insbesondere von Massiv- und Holzbau demonstriert und die Bildung branchenübergreifender Kooperations- und Innovationsnetzwerke unterstützt.

Holzwirtschaft

Der Branchendialog Holzwirtschaft wurde Anfang 1998 begonnen; beteiligt sind sämtliche Akteure in der Wertschöpfungskette »Wald - Holzbearbeitung - Holzverarbeitung«. Das Ziel des Branchendialogs besteht darin, einheimisches Holz stärker zu nutzen, um vor Ort mehr Beschäftigung und Wertschöpfung zu realisieren. Erreicht werden soll dies durch die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der örtlichen Sägewerke sowie durch eine abgestimmte Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategie. Der Branchendialog wird ergänzt durch die Arbeitskreise »Möbel/Holzbau« sowie »Sägewerke/Holzverarbeitung«.

Beispielhaft für die Tätigkeit der beiden Arbeitskreise seien genannt:

- Erarbeitung der Branchenstudie »Holzwirtschaft« zur Untersuchung von Möglichkeiten einer Stärkung des Leistungsvermögens der Unternehmen der Holzwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern,
- Realisierung eines Referenzprojektes »Innerstädtischer Holzbau in Rehna«,
- Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen mit dem Schwerpunkt Marketing für Unternehmen der Holzbranche.

Regionale Standortentwicklung

Region Rostock. In der Region Rostock - bestehend aus der Hansestadt Rostock und den Landkreisen Bad Doberan und Güstrow (Planungsregion Mittleres Mecklenburg/ Rostock) - besteht ein erfolgreich arbeitender Standortarbeitskreis. Ende 1999 ging die Federführung für Organisation und Moderation vom Wirtschaftsministerium auf die Industrie- und Handelskammer Rostock über.

Der Standortarbeitskreis »Region Rostock« hat im zurückliegenden Berichtszeitraum unter anderem die Kooperationsbeziehungen in den beiden bedeutendsten Branchen des Landes - der Ernährungswirtschaft und der maritimen Industrie - thematisiert. Darüber hinaus wurden Themen wie die Neuordnung der Wirtschaftsförderung, die Bestandspflege regionaler Unternehmen, die Entwicklung des Arbeitsmarktes, die regionalwirtschaftliche Bedeutung und Perspektiven des Rostocker Hafens und die Rolle und Ausstrahlung der Rostocker Technologiezentren in der Region sowie die Vorbereitung der IGA 2003 behandelt.

Zu den bisherigen Teilnehmern sind seit Anfang des Jahres 2000 auch Vertreter der Airbus-Initiative Rostock (AIR) hinzugekommen, die sich - ungeachtet der erfolglosen Bewerbung um die Ansiedlung einer Produktionsstätte für das geplante Großraumflugzeug am Standort Laage - am regionalen Entwicklungsprozess weiter aktiv beteiligen.

Gemeinsam mit AIR und dem Regionalen Planungsverband beabsichtigt der Standortarbeitskreis »Region Rostock« eine Regionalmarketing-Initiative für die Planungsregion Mittleres Mecklenburg/ Rostock ins Leben zu rufen. Ziele sind unter anderem

- Stärkung der Wirtschaftskraft und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und damit einhergehend die Verbesserung der Beschäftigungssituation
- Entwicklung des Selbstverständnisses als einheitlicher Wirtschaftsstandort
- Entwicklung einer übergreifenden Vermarktungs-Plattform.

Eine ähnliche Regionalmarketing-Initiative gibt es auch für die Planungsregion Westmecklenburg. Hier hat das Wirtschaftsministerium bei der Vorbereitung des Vereins »Business-Marketing Mecklenburg-Schwerin« wesentlich mitgewirkt.

Greifswald-Lubmin. Parallel zu den Aktivitäten zum Rückbau des ehemaligen Kernkraftwerkes Greifswald-Lubmin betreibt die Landesregierung gemeinsam mit den Energiewerken Nord GmbH und den Gebietskörperschaften eine integrierte Standortentwicklung zur Reindustrialisierung und Revitalisierung des Standortes Lubmin.

Von großer Bedeutung ist hierbei der Bau der beiden sich derzeit in Planung befindlichen Gaskraftwerke, die maßgeblich zur Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region beitragen. Durch die Gaskraftwerke soll Lubmin zu einem Zentrum der Stromerzeugung werden.

Daneben ist die Ansiedlung weiterer Unternehmen, u.a. aus den Bereichen Energietechnik, Biotechnologie und Mikroelektronik, beabsichtigt.

Die Koordinierung der Ansiedlungs- und Erschließungsaktivitäten am Standort erfolgt zukünftig durch den aus dem bereits existierenden Planungsverband hervorgegangenen Zweckverband »Lubminer Heide«, dem die drei EWN-Belegenheits-gemeinden Kröslin, Lubmin und Rubenow angehören. Zu dessen Aufgaben gehört neben der Flächennutzungs- und Bebauungsplanung die Infrastrukturentwicklung und die Erarbeitung von allgemeinen Ansiedlungskonzeptionen. Des weiteren wird der Zweckverband durch die weitgehende Übernahme der Koordinations- und Informationsaufgaben des bisher vom Wirtschaftsministerium geleiteten Standortarbeitskreises, in seiner Rolle gestärkt. Dem Zweckverband steht ein Beirat unterstützend zur Seite, dem neben regionalen Vertretern auch das Wirtschaftsministerium angehört.

Eine Vermarktungsbroschüre »Synergiepark Lubminer Heide« befindet sich in der Endredaktion. Sie soll als Werbematerial für die EXPO 2000 verwendet werden. Das Greifswalder EXPO-Projekt »Vision-Fusion«, in das auch der Standort Lubmin einbezogen ist, wird im Haus der weltweiten Projekte auf der EXPO 2000 zu sehen sein. Daneben stellt die entsprechende Internetpräsentation zur EXPO ein wichtiges Medium für das Regionalmarketing und für die Präsentation des Standortes und Vorpommerns in der Welt dar.

Boizenburg. Von November 1998 bis Sommer 1999 arbeitete im Auftrag des Wirtschaftsministeriums eine Arbeitsgruppe »Boizenburg« an einer Auffanglösung für die Elbwerft Boizenburg (EWB). Ziel der Auffanglösung war die Entwicklung eines Industriepark-Konzeptes für den Standort EWB. Die Umsetzung des Auftrages erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Verwalter, der Stadt Boizenburg und dem Wirtschaftsministerium.

Die Umsetzung des Industriepark-Konzeptes wurde mit der Zielrichtung geführt, vorrangig Unternehmen der Metallverarbeitung, der maritimen Zulieferindustrie sowie relevante Engineering-Kapazitäten für ein wirtschaftliches Engagement am Standort zu gewinnen. Darüber hinaus wurde die Akquisition auch auf die Ansiedlung von Unternehmen im Gewerbegebiet Boizenburg gerichtet.

Für die erfolgreiche Umsetzung der Auffanglösung im Rahmen eines Industriepark-Konzeptes war auch die Klärung der künftigen Eigentumsfrage für das Gelände der EWB notwendig, zu der die Arbeitsgruppe ein Strategiepapier erarbeitet hat. Der Übergang der Liegenschaft auf die Stadt Boizenburg erfolgte im Mai 1999 mit der symbolischen Schlüsselübergabe.

Als Ergebnis sind bis zum Sommer 1999 insgesamt acht Unternehmen mit der Schaffung von ca. 180 Arbeitsplätzen und einem Investitionsvolumen von mehr als 25 Mio. DM in Boizenburg angesiedelt worden. Im Rahmen des Auftrages hat die Arbeitsgruppe auch ein Coaching mit Vertretern der Stadt Boizenburg zur Einrichtung der Betriebsgesellschaft EWB durchgeführt.

ANKER-Projekt

Um die Strukturanpassung und Konsolidierung des Mittelstandes in Mecklenburg-Vorpommern weiter voranzutreiben, entwickelte die Landesregierung in Abstimmung mit den Unternehmensverbänden und Gewerkschaften das sog. ANKER-Projekt. Es unterstützt und moderiert den Dialog zwischen Industrie, Wissenschaft und Politik zur Abfederung der mit dem schnellen wirtschaftlichen Strukturwandel verknüpften gesellschaftlichen und sozialen Probleme. Ziel ist die Bündelung der Instrumente der Förder- und Industriepolitik sowie die Vernetzung der Akteure. Dabei werden auch externe Managementkapazitäten zur Klärung von Sachfragen bei der Begleitung von Unternehmen in der Konsolidierungs- bzw. Wachstumsphase eingesetzt. Unterstützungen erhielten 1999 vorwiegend zukunftsorientierte Technologieunternehmen mit neuen Märkten und zusätzlichen Beschäftigungspotenzialen.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der sektoralen und regionalen Industriepolitik unternehmensgruppenbezogene Vorhaben durch das ANKER-Projekt begleitet. Die Ziele und Inhalte solcher Vorhaben wurden im Vorfeld durch die Akteure der jeweiligen Branchen und Standorte im Dialog erörtert und definiert.

Treuhandnachfolge

Ungeachtet der sich abzeichnenden konjunkturellen Aufwärtsbewegung ist parallel zu einer aktiven zukunftsgerichteten Ansiedlungspolitik die Fortsetzung einer auf wirtschaftliche Konsolidierung gerichteten Politik erforderlich, um das bisher Erreichte nicht zu gefährden. Auch wenn die Treuhandnachfolgeeinrichtungen ihre Aufgaben schrittweise erfüllen und ihre Tätigkeit dementsprechend reduzieren, ist ihre aktive Mitwirkung am Aufbau in den ostdeutschen Ländern sowie die fortführende Verantwortung des Bundes für Sanierungs- und Auffangmaßnahmen unabdingbar.

Auch künftig wird die Landesregierung darauf dringen, dass der gesetzgeberische Auftrag des Treuhandgesetzes ohne Abstriche erfüllt und für Risikofälle entsprechende Haushaltsvorsorge durch den Bund getroffen wird, da die ostdeutschen Länder nicht in der Lage sind, die Mittel für Sanierungsmaßnahmen privatisierter Treuhandunternehmen allein aufzubringen.

Entsprechend der im Verwaltungsrat der BvS zwischen Bund und Ländern gemeinsam vereinbarten Grundsätze des Vertragsmanagements sind auch weiterhin im Rahmen von konzentrierten Aktionen Auffanglösungen und Neuprivatisierungen zu gestalten. Bedingung dafür ist die Sanierungsfähigkeit der betroffenen Unternehmen. Um diese beurteilen zu können, rief die Landesregierung ein unabhängiges Expertenteam ins Leben, das die betriebswirtschaftliche Prüfung der Kapitaldienstfähigkeit, die Nachvollziehbarkeit der Ertragsvorschauen und die Zukunftschancen bewerten soll.

Beim Verkauf von Liegenschaften der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft mbH (TLG) bemüht sich die Landesregierung überdies permanent um investorenfreundliche Bedingungen (Verbilligungsregelungen). Insbesondere bei der BvS und bei der Rest-Beteiligungs Management Gesellschaft Berlin (BMGB) bemühen sich die ostdeutschen Länder weiter um die Erhaltung und Stärkung ihrer Mitwirkungsrechte.

4. Potenziale für den Mittelstand entwickeln

4.1 Berufliche Bildung und Qualifizierung

Eine hochqualifizierte Ausbildung der Fach- und Führungskräfte ist für die Sicherung und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern von herausragender Bedeutung. Heutzutage bestimmen Innovationsfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Aufgeschlossenheit der Menschen die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes. Sie entscheiden über Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Mecklenburg-Vorpommern stellt sich diesen Tatsachen durch Aktivitäten im Bereich der beruflichen Bildung. Berufliche Bildung, insbesondere die Verbesserung der Lehrstellensituation, ist einer der Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik des Landes. Es bleibt Aufgabe der Wirtschaft, insbesondere angesichts des in einzelnen Branchen (z. B. Hotel- und Gaststättenberufe, Groß- und Einzelhandel sowie IT und Multimedia-Branche) bereits bestehenden Fachkräftemangels, für die Heranbildung des Fachkräftenachwuchses Sorge zu tragen.

Die betriebliche Berufsausbildung ist eine notwendige Investition in die Zukunft junger Menschen und in die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft profitieren von dem weltweit vorbildlichen System der dualen beruflichen Ausbildung.

Zu den aktuellen Aufgaben gehört, den Rahmen für die Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze sowie überbetrieblicher Ausbildungsstätten und leistungsfähiger Zentren beruflicher Schulen in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen. Das flächendeckende Netz von ÜBS ist bedarfsgerecht zu ergänzen und fortlaufend dem Stand der Technik anzupassen. Entsprechende Maßnahmen werden auf der Grundlage schlüssiger Konzepte und differenzierter längerfristig nachgewiesener Bedarfe umgesetzt.

Ziel der Landesregierung ist es, gemeinsam mit allen Beteiligten im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommern sicherzustellen, dass jedem Jugendlichen im Land ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt wird und dass dieser Anspruch - falls notwendig - über eine außerbetriebliche Ausbildung realisiert wird.

Berufsberatungsjahr 1998/99

Im Berufsberatungsjahr 1998/99 bewarben sich bis zum 30. September 1999 (Ende des Vermittlungszeitraumes) beim Arbeitsamt 29.576 Schulabgänger um eine Lehrstelle. Dies bedeutete im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang der Bewerberzahlen von 755 oder -2,5 %. Bis zu diesem Stichtag waren 20.759 Ausbildungsstellen gemeldet, darunter 13.722 betriebliche. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze lag um 766 bzw. 5,3 % unter dem Vorjahreswert. Damit hatte Mecklenburg-Vorpommern hinter Sachsen einen der geringsten Rückgänge im Vergleich zu den anderen neuen Ländern zu verzeichnen. Den stärksten Rückgang bei der Schaffung von betrieblichen Ausbildungsplätzen musste erneut das Land Brandenburg hinnehmen.

Das Berufswahlverhalten und somit die Nachfrage nach Ausbildungsstellen ist in den einzelnen Berufen sowie zwischen männlichen und weiblichen Bewerbern sehr unterschiedlich. Gleichwohl wird in den jeweiligen »Bewerbergruppen« eine gewisse Fixierung auf bestimmte Ausbildungsberufe deutlich; von den 355 zur Verfügung stehenden anerkannten Ausbildungsberufen werden etwa 20 Ausbildungsberufe besonders stark nachgefragt.

Trotz des nach wie vor hohen Angebotes an betrieblichen Ausbildungsplätzen im Vergleich sowohl mit Hamburg und Schleswig-Holstein, als auch mit den anderen Neuen Bundesländern, konnte die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage von der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung nicht geschlossen werden. Der Bund und die neuen Länder stellten deshalb mit dem »Ausbildungsplatzprogramm Ost 1999« bis zu 17.500 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung; 3.516 dieser zusätzlichen Ausbildungsplätze entfielen auf Mecklenburg-Vorpommern. Diese zusätzlichen Lehrstellen wurden mit Jugendlichen, die vor Maßnahmebeginn unmittelbar bei der Bundesanstalt für Arbeit als noch nicht vermittelte Ausbildungsplatzbewerber gemeldet waren, in betriebsnahen Kapazitäten und in vollzeitschulischen Maßnahmen besetzt.

Tabelle 4-1: Gemeldete betriebliche Ausbildungsplätze

Region	Ausbildungsplätze	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	
	Anzahl		%
Berlin	12.467	- 232	- 1,8
Brandenburg	9.724	- 1.488	- 13,3
Mecklenburg-Vorpommern	13.722	- 766	- 5,3
Sachsen	24.768	- 1.269	- 4,9
Sachsen-Anhalt	14.648	1.112	- 7,1
Thüringen	18.557	- 1.168	- 5,9

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Stand: 30. September 1999

Tabelle 4-2: Berufe mit besonders starker Nachfrage

Beruf	Angebot	Nachfrage	Differenz
Kraftfahrzeugmechaniker(in)	525	1.311	- 786
Kaufmann/-frau für Bürokommunikation	1.547	2.195	- 648
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	1.132	1.715	- 583
Arzthelfer(in)	141	715	- 574
Bankkaufmann/-frau	265	810	- 545

Quelle: Landesarbeitsamt Nord, Stand 30. September 1999

Tabelle 4-3: Berufe mit geringer Nachfrage

Beruf	Angebot	Nachfrage	Differenz
Hauswirtschaftler(in)	796	397	+ 399
Übrige Hotel- und Gaststättenberufe	1.321	1.033	+ 288
Verkäufer(in) im Nahrungsmittelhandwerk	422	152	+ 270
Technische(r) Zeichner(in)	237	98	+ 139
Zentralheizungs-/Lüftungsbauer	219	122	+ 97

Quelle: Landesarbeitsamt Nord, Stand: 30. September 1999

Tabelle 4-4: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen

Beruf	Zahl der männlichen Auszubildenden	Beruf	Zahl der Weiblichen Auszubildenden
Maurer	2.758	Bürokauffrau für Bürokommunikation	3.149
Kfz-Mechaniker	2.281	Kauffrau im Einzelhandel	1.966
Maler/Lackierer	2.249	Verkäuferin	1.197
Elektroinstallateur	1.564	Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	1.117
Tischler	1.319	Hotelfachfrau	1.062
Koch	1.314	Restaurantfachfrau	933
Gas-Wasser-Installateur	1.191	Köchin	847
Metallbauer	1.130	Friseurin	837
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	1.061	Verwaltungsfachangestellte	676
Zimmerer	921	Zahnarzthelferin	633

Quelle: Statistisches Landesamt M-V, Angaben zum Stichtag 31. Dezember 1998

Die Bündnispartner des »Ausbildungspaktes 2000 Plus« setzten 1999 ihre Arbeit fort. Durch die gemeinsamen Anstrengungen von Wirtschaft, Kammern, Verbänden, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung sowie Landesregierung konnte die Zahl der bei den Arbeitsämtern in Mecklenburg-Vorpommern gemeldeten Jugendlichen, die noch auf Suche nach einem Ausbildungsplatz waren, verringert werden.

Von 1.109 im September auf 330 zum Ende des Jahres 1999. Diesen verbliebenen Jugendlichen konnten am 31. Dezember 1999 599 außerbetriebliche bzw. vollzeitschulische Ausbildungsplätze aus dem Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und dem Lehrstellensonderprogramm sowie andere Maßnahmen der Arbeitsverwaltung angeboten werden.

Die nach wie vor hohe Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft lässt sich erst im Vergleich mit anderen Ländern feststellen. Die Nachfrage nach Lehrstellen ist in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu den anderen Bundesländern recht hoch. Im Vergleich zu Hamburg zum Beispiel hat Mecklenburg-Vorpommern eine um mehr als 50 % größere Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu befriedigen.

Berufsberatungsjahr 1999/2000

Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt wird sich nach den vorliegenden Prognosen auch im Jahr 2000 schwierig gestalten. Das Landesarbeitsamt Nord und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern rechnen im Jahr 2000 mit rd. 29.200 Ausbildungsnachfragern.

Trotz aller Bemühungen wird die Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns aufgrund der demographischen Situation und der wirtschaftlichen Lage auch im Jahr 2000 das Lehrstellenproblem nicht aus eigener Kraft lösen können. Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage ist die Fortsetzung des Lehrstellensonderprogramms für die neuen Länder zur Schaffung eines ausreichenden zusätzlichen Ausbildungsplatzangebotes nach wie vor notwendig.

Ergebnisse der Förderung von Ausbildungsplätzen im Ausbildungsjahr 1998/99

Trotz aller bisheriger Bemühungen blieb das Lehrstellenproblem im Ausbildungsjahr 1998/99 akut. Für die Schaffung von zusätzlichen und erstmaligen betrieblichen Ausbildungsplätzen standen dem Land 30 Mio. DM (darunter 16,5 Mio. DM aus dem Europäischen Sozialfonds - ESF) zur Verfügung.

Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung

Neben der unmittelbaren Ausbildungsplatzförderung gewährt das Land Hilfen, um eine fachgerechte Ausbildung zu ermöglichen. Kleine und mittlere Betriebe können oftmals aufgrund fehlender wirtschaftlicher und technischer Voraussetzungen nicht alle praktischen Fertigkeiten und fertigungsbezogenen Ausbildungsinhalte selbst erbringen. Die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) vermittelt den Jugendlichen eine breite praxisnahe und an die technische Entwicklung angepasste Ausbildung. Im Rahmen der zwischen Bund, Länder und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks vereinbarten Mittelstandsförderung werden die anerkannten Kosten der Fachstufenlehrgänge des Handwerks zu je einem Drittel von den Partnern (Bund, Land, Betrieb) getragen.

Bei den Grundstufenlehrgängen trägt das Land Mecklenburg-Vorpommern allein zwei Drittel der anerkannten Kosten. Diese Regelung gilt auch für andere KMU im Bereich der Industrie- und Handelskammern, da sie sich in der gleichen wirtschaftlichen Situation befinden wie Handwerksunternehmen.

Die Ergänzung der betrieblichen beruflichen Ausbildung durch überbetriebliche Lehrgänge wurde 1999 für 26.397 Lehrlinge mit 5,4 Mio. DM unterstützt. Zum überwiegenden Anteil wurden diese Lehrgänge in den von Bund und Land mit bis zu 90 % der Investitionskosten geförderten Bildungszentren der Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern durchgeführt.

Besonders die kleinen Unternehmen können Lehrlinge zumeist nur einstellen, wenn spezielle Teile der Lehrlingsausbildung durch die überbetrieblichen Lehrgänge abgesichert und Kostenanteile der Lehrgänge gefördert werden. Zusammen mit der Ausbildungsplatzförderung konnte deshalb sichergestellt werden, dass Unternehmen zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen.

Die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung ist auch wegen der Einbettung neuester technischer Entwicklungen immer mehr zum Bestandteil der beruflichen Ausbildung geworden.

Tabelle 4-5: Nachfragequote und Versorgungsgrad bei Ausbildungsplätzen

Region	Bevölkerung	Lehrstellenbewerber	Nachfrage-Quote*	Gemeldete Stellen	Versorgungsgrad**
	Anzahl		%	Anzahl	%
Brandenburg	2.592.466	41.356	16	23.454	56,7
Hamburg	1.701.785	11.203	7	10.430	93,1
Mecklenburg-Vorpommern	1.794.856	29.576	16	20.759	70,2
Sachsen	4.476.341	66.693	15	36.678	55,0
Sachsen-Anhalt	2.663.626	40.003	15	22.966	57,4
Schleswig-Holstein	2.770.032	20.828	8	19.995	96,0
Thüringen	2.455.955	38.365	16	25.033	65,3

* Lehrstellenbewerber pro 1.000 Einwohner;

** Gemeldete Stellen pro 100 Bewerber

Quelle: Landesarbeitsamt Nord, Statistisches Bundesamt 30.06.99, eigene Berechnungen zum Stichtag 30. September 1999

Tabelle 4-6: Geförderte Ausbildungsplätze aus dem Programm zur Schaffung von betrieblichen Ausbildungsplätzen im Ausbildungsjahr 1999/2000

	Arbeitsamtsbezirk				M-V
	NB	HRO	SN	HST	
Geförderte Ausbildungsplätze insgesamt	1.368	1.475	1.766	1.701	6.310
Davon wurden geschaffen ...					
- in Unternehmen, die erstmals ausbilden			224	157	681
- für Auszubildende aus Konkursunternehmen			82	84	287
- für weibliche Auszubildende in Berufen, die für Frauen nicht typisch sind			53	26	150
- die über den eigenen Bedarf des Unternehmens hinausgehen			1.172	1.213	4.338
- in Berufen, bei denen die Bereitschaft der Unternehmen zur Übernahme der Ausbildung gering ist			103	79	388
- in Unternehmen, die die Ausbildung im Verbund vornehmen			42	94	266
- in neuen Berufen			90	48	200
Fördersumme (in Mio. DM)			7,22	6,76	25,44

Quelle: Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern; Stand: 27. März 2000

Tabelle 4-7: Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Teilnehmer	14.087	18.803	23.867	29.443	27.780	29.007	26.397
Lehrgänge	1.550	1.937	2.464	3.227	3.165	3.520	3.526

Modellversuch der beruflichen Bildung

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern seit 1996 den Modellversuch »Erprobung des integrativen Zusammenwirkens von betrieblichen Aus- und Weiterbildungsprozessen« im Rahmen der Verbundausbildung. Der Modellversuch, der unter der Trägerschaft des Schweriner Ausbildungszentrums läuft, wird bis zu 75 % aus Bundesmitteln und mit 10 % aus Landesmitteln gefördert.

Eine wesentliche Zielstellung des Modellversuches besteht darin, das duale System mit innovativen Elementen anzureichern. Es besteht ein Verbund von arbeitsplatzabhängigen Ausbildungsplätzen der Betriebe mit arbeitsplatzunabhängigen Ausbildungsplätzen des Schweriner Ausbildungszentrums in einem Kompetenzsystem. Bis Anfang 1999 haben sich so bereits 36 Unternehmen mit 98 Auszubildenden und 40 Teilnehmern in Fortbildungsmaßnahmen vorwiegend in den Branchen Elektro, Metall und Kunststoff im Kompetenzverbund zusammengeschlossen, die sich insbesondere durch Vielfalt und Differenziertheit auszeichnen. 1996 bis 1999 wurde der Modellversuch jährlich mit 34.000 DM durch das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern gefördert. Im Abschlussjahr 2000 beträgt die Förderung 10.000 DM.

4.2 Technologische Kompetenz und Innovationskraft

Technologie- und Innovationsförderung

Innovative Produkte und die Einführung moderner Technologien bestimmen zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen. Die Vorteile durch Produkt- oder Verfahrensinnovationen sind um so nachhaltiger, je intensiver ein (oft nur kurzzeitiger) Geschäftsvorsprung genutzt wird. Technologie und Innovation sind für die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern der Schlüssel für die Sicherung bestehender und die Erschließung neuer Märkte. Steigende Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie immer kürzere Innovationszyklen stellen dabei jedoch oft ein erhebliches Problem dar.

Die Industrieforschung befindet sich in Mecklenburg-Vorpommern wie in den anderen Neuen Bundesländern nach wie vor auf einem sehr geringen Niveau. Je 1.000 Erwerbstätige arbeiten in den alten Ländern dreimal so viele Personen in der Industrieforschung als im Osten. Auf Mecklenburg-Vorpommern entfallen 2,5 % der Ost-Forschungskräfte.

Das Wirtschaftsministerium unterstützt im Rahmen der Technologie- und Innovationsförderung sowohl privatwirtschaftliche Unternehmen als auch außeruniversitäre wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen und freie Erfinder. Das Förderprogramm hilft bei der Entwicklung neuer, weltmarktfähiger Produkte und Leistungen, bei der Umsetzung erfolgversprechender Ideen und wissenschaftlicher Ergebnisse. Es will vor allem Forschung und Entwicklung ankurbeln, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern und hochwertige Arbeitsplätze schaffen bzw. sichern.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern setzte in den Jahren 1998 und 1999 die Förderung von Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet der Technologie und Innovation auf hohem Niveau fort. Mit bewilligten Zuschüssen in Höhe von rund 19 Mio. DM im Jahre 1998 und rund 21 Mio. DM im Jahre 1999 wurden wirtschaftsnahe und anwendungsorientierte technologische Projekte sowie erfolgversprechende innovative Ideen gefördert. 1999 konnten mit 267 Vorhaben so viele Vorhaben gefördert werden, wie in keinem Jahr zuvor.

Rund 81 % der gewährten Zuschüsse wurden für Vorhaben zur Entwicklung neuer Produkte und Verfahren vergeben. Speziell kleine und mittlere Unternehmen nutzten die Technologie- und Innovationsförderung des Landes. Rund drei Viertel der gebundenen Zuschüsse wurden an Unternehmen mit bis zu 49 Mitarbeitern ausgereicht.

Mecklenburg-vorpommersche Unternehmen bauten in den Jahren 1998 und 1999 ihr Innovationspotenzial schwerpunktmäßig in den Technologiefeldern Informations- und Kommunikationstechnik, Biotechnologie und Biomedizintechnik, Maschinenbau und Metallverarbeitung sowie in den maritimen Technologien aus. Projekte in der Informations- und Kommunikationstechnik machten 1998 mit 46 % und 1999 mit 32 % einen großen Anteil der bewilligten Vorhaben aus.

Die Inanspruchnahme der Fördermittel ist regional recht ausgewogen. Unternehmen mit Sitz in den IHK-Bezirken Schwerin und Neubrandenburg erhielten rund 27 % bzw. rund 32 % der Fördermittel. Gegenüber dem Jahr 1997 stieg der Anteil bewilligter Zuschüsse im Kammerbezirk Neubrandenburg um acht Prozentpunkte. Unternehmen aus dem Kammerbezirk Rostock erhielten 41 % der ausgereichten Fördermittel.

Auch 2000 setzt das Wirtschaftsministerium die Förderung anspruchsvoller und erfolgversprechender einzelbetrieblicher Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in kleinen und mittleren Unternehmen auf hohem Niveau fort. Daneben soll die Förderung von Betriebsstätten größerer Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern zur Schaffung und Sicherung von hochwertigen Arbeitsplätzen sowie zum Ausbau oder zur Neuansiedlung entsprechender Kapazitäten in Mecklenburg-Vorpommern beitragen. Trotz notwendiger Sparmaßnahmen wurden die Haushaltsmittel in 2000 um 4 Mio. DM gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Tabelle 4-8: Technologie- und Innovationsförderung 1998 und 1999

Kategorie	Bewilligte Vorhaben		Fördervolumen	
	Anzahl		1.000 DM	
	1998	1999	1998	1999
A – Entwicklungsvorhaben	53	67	15.515	16.906
B – Innovationsassistenten	103	110	2.899	3.121
C - Technologische Beratungen	24	34	150	212
D – Schutzrechte	54	56	433	729
Summe	234	267	18.997	20.968

Tabelle 4-9: Anzahl der bewilligten Vorhaben und Zuschüsse 1998 und 1999 nach Technologiefeldern

Technologiefeld	Bewilligte Vorhaben		Fördervolumen	
	Anzahl		1.000 DM	
	1998	1999	1998	1999
Informations- und Kommunikationstechnik	51	66	8.723	6.763
Biotechnologie, Biomedizintechnik	27	30	2.668	4.256
Maschinenbau und Metallverarbeitung	49	51	2.481	4.984
Maritime Technologien	20	35	1.690	2.633
Umwelttechnik	19	18	1.512	583
Sonstige Technologien	34	39	887	966
Regenerative Energien/nachwachsende Rohstoffe	15	9	459	265
Kunststoff- und Holzverarbeitung	15	19	456	517
Qualitätsentwicklung	4	-	121	-
Summe	234	267	18.997	20.968

Mit einem Patent- und Lizenzfonds (PLF) unterstützt das Wirtschaftsministerium seit 1998 kleine und mittlere Unternehmen beim Erwerb von Patenten oder Lizenzen für marktfähige Produkte oder Verfahren. Gleichzeitig sollen Freie Erfinder bei der Sicherung und Verwertung ihrer Schutzrechte unterstützt werden. Existenzgründern werden durch den PLF erworbene Patente und Lizenzen für eine wirtschaftliche Umsetzung in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung gestellt. Die Grundidee des PLF besteht in einer weitestgehenden finanziellen Risikoentlastung und kompetenten Betreuung für Freie Erfinder und Unternehmen einerseits und einer Beteiligung des Fonds an den möglichen zukünftigen wirtschaftlichen Erfolgen andererseits. Für diesen revolving Fonds sind seit 1998 Mittel in Höhe von 1,9 Mio. DM durch das Wirtschaftsministerium bereitgestellt worden.

Venture Capital

Für die Entstehung eines leistungsstarken Mittelstandes sind junge technologieorientierte Unternehmen besonders wichtig. Gerade sie haben aber aufgrund der hohen Risiken bei der Entwicklung und Markteinführung ihrer Produkte sowie wegen langer Amortisationszeiträume erhebliche Probleme bei der Beschaffung von Fremdkapital.

Mecklenburg-Vorpommern bietet diesen Unternehmen Eigenkapital und Managementhilfe durch ein 1998 gestartetes Modellvorhaben an. Zu diesem Zweck wurde im Mai 1998 durch das Technologie- und Gewerbezentrum e.V. Schwerin/Wismar die GENIUS Venture Capital GmbH gegründet, um kleine und mittlere technologieorientierte Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern bei der Beschaffung und Bereitstellung von Eigenkapital zu unterstützen. Das Land hat dafür im Jahr 1998 1 Mio. DM und 1999 2,5 Mio. DM im Rahmen des Modellprojektes »Gründungshilfe für technologieorientierte Unternehmen« im Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums zur Verfügung gestellt.

Mit diesem Geld (Risikokapital), werden Beteiligungen - in der Regel eine Kombination aus offener und stiller Beteiligung - an jungen technologieorientierten Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern eingegangen. Besonderes Anliegen ist es dabei auch, die Wirtschafts- und Innovationskraft des Landes weiter zu stärken sowie den Venture-Capital-Markt in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig zu beleben. Bisher wurden fünf Beteiligungen an Technologieunternehmen realisiert. Durch Inanspruchnahme von Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW und das Einwerben von weiteren Risikokapitalgebern wurde Beteiligungskapital von über 18,2 Mio. DM für diese Unternehmen mobilisiert. Die Bereitstellung von Kapital ist mit einer laufenden Managementunterstützung verbunden.

Innovationsagentur Mecklenburg-Vorpommern

Bereits seit 1994 fördert die Innovationsagentur Mecklenburg-Vorpommern e.V. als Dachorganisation Initiativen zur Produkt- und Verfahrensinnovation und wirkt bei der Entwicklung grundsätzlicher Förderstrategien mit. Sie erschließt mittelständischen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern Kooperationsmöglichkeiten mit Forschungseinrichtungen, informiert über neueste Trends in Forschung und Technik und regt zu Verbundprojekten von Wissenschaft und Wirtschaft an. In speziellen Arbeitskreisen organisiert die Agentur den Informationsaustausch und die Kontakthanbahnung von zur Zeit über 1.100 Wissenschaftlern und Unternehmern auf den Technologiefeldern Bautechnologien, Biotechnologien, Biomedizintechnik, Erneuerbare Energien, Informations- und Kommunikationstechnologien, Lebensmitteltechnologien, Maschinenbau, Produktions- und Sensortechnik, nachwachsende Rohstoffe und Umwelttechnologien.

Technologietransfer und Beratung

Die in den Technologiezentren angesiedelten wirtschaftsnahen Forschungsstätten sowie Wirtschaftsfördereinrichtungen ergänzen die Wirtschaftsförderkapazitäten für kleine und mittlere Unternehmen. Zu ihnen gehören die vom Bund eingerichteten Agenturen für Technologietransfer und Innovationsförderung (ATI) in Rostock, Greifswald und Neubrandenburg und das TechnologieBeratungs-Institut (TBI) in Schwerin. Sie stehen den Unternehmen für ingenieurtechnische und betriebswirtschaftliche Beratung, zu Fragen des Marketings bzw. der Markterschließung sowie für wirtschaftsrelevante Recherchen als Berater oder Vermittler zur Verfügung. Als Partner für die Wirtschaft sind darüber hinaus an den Hochschulen und den Industrie- und Handelskammern des Landes Technologietransferbeauftragte tätig.

Ausgewählte Projekte des Technologietransfers und der Unternehmensförderung

1. »Patentinformationsstelle«

Im Rahmen des Projektes werden Unternehmen und freie Erfinder bei Patentrecherchen, Produktfindungen und deren Verwertung unterstützt. Eine der Hauptaufgaben der Patentinformationsstelle ist es, den Firmen und freien Erfindern auf dem Gebiet des Patentwesens beratend zur Seite zu stehen. Im Rahmen des Projektes führen Patentanwälte regelmäßig Erfinderberatungen durch. Die sofortige Koordinierung aller notwendigen Aktivitäten hilft dem Unternehmen Zeit zu sparen, denn der Erfolg hängt wesentlich von den benötigten Zeiträumen ab. Die Patentinformationsstelle führt im Verbund mit anderen Einrichtungen, die sich mit dem Patentwesen befassen, zahlreiche Veranstaltungen durch, die das erfinderische Schaffen im Land fördern sollen. Sie dienen insbesondere der Verbesserung der Nutzung der aus gewerblichen Schutzrechten verwertbaren Informationen und tragen damit zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit bei.

2. »Sensorik für die Lebensmittelindustrie - Einsatz der menschlichen Sinne zur Produktoptimierung«

Ziel des Projektes ist der Aufbau von Experten-Panels für sensorische Prüfungen von Lebensmitteln. Bei der sensorischen Analyse werden Merkmale von Lebensmitteln mit den menschlichen Sinnesorganen erfasst. Bisher diente diese Prüfung vorwiegend zur Qualitätskontrolle des Endproduktes. Mit neuen Methoden der Sensorik kann der gesamte Entwicklungs- und Herstellungsprozess effektiv begleitet werden. Nach dem Prinzip »as soon as possible« kann schon in frühen Entwicklungsphasen eines Produktes auf die Verbraucherwünsche reagiert

werden und die Entwicklung eines neuen Produktes »am Markt vorbei« verhindert werden. Ziel ist die geschmackliche Beurteilung von Lebensmitteln aus Mecklenburg-Vorpommern. Die Expertenpanels sind auf eine bestimmte Produktgruppe ausgerichtet (Milch, Wurst, Backwaren etc.). Sie stehen mit ihren Fähigkeiten allen kleinen und mittelständischen Unternehmen der jeweiligen Branche zur Verfügung.

3. »Bereitstellung rechnergestützter Methoden zur Formteilentwicklung, Werkzeugkonstruktion und Spritzgießoptimierung für die kunststoffverarbeitende Industrie M-V«

Mit dem Projekt sollen Unternehmen aus dem Bereich der Kunststoffverarbeitung bei Produkt- und Verfahrensentwicklungen in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen unterstützt werden. Zwischen Produktidee und Produktion steht im Mittelpunkt das Werkzeug, dessen Konstruktion im Vorfeld durch Methoden der Produkt- und Verfahrensentwicklung unter Berücksichtigung des Materialeinsatzes vorbereitet werden muss. Hierzu sind Maßnahmen zur Produktionsvorbereitung von der Prozessoptimierung bis hin zur Teilekalkulation erforderlich. Wesentlich für die Effektivität dieses Gesamtprozesses ist die enge Vernetzung insbesondere zwischen den Arbeitsfeldern Produkt- und Verfahrensentwicklung sowie Werkzeugkonstruktion. Aus Industrieanfragen ist zu erkennen, dass gerade der Bereich der rechnergestützten Entwicklungsmethoden eine Schlüsselkompetenz für den Einstieg in weitere Dienstleistungsaktivitäten darstellt. Diese Entwicklungsmethoden sollen im Rahmen des Projektes erarbeitet werden.

4. Stärkung der Innovationskraft in der Region Westmecklenburg (SIK)

Inhalt des Projektes ist u.a. die Schaffung von Leistungsangeboten für Existenzgründer. Die Unternehmen sollen in der Gründungsphase und bei der weiteren Unternehmensentwicklung durch komplexe und Einzelmaßnahmen begleitet werden. Insbesondere sollen die Motivations- und Akquisitionsaktivitäten in wissenschaftlichen Einrichtungen zu Existenzgründungen erhöht werden.

5. Landesinitiative »Neue Kommunikationswege« (LiNK M-V)

Das Projekt wurde in den Jahren 1998 und 1999 durchgeführt. Mit diesem Projekt sollte die Wirtschaft des Landes hinsichtlich einer rechtzeitigen Reaktion auf neue, weltweit veränderte technische Rahmenbedingungen im wirtschaftlichen Wettbewerb bei der Anwendung neuer Kommunikationswege sensibilisiert werden. Die Unternehmen wurden z. B. vor Ort bei der Umsetzung von Teledienstleistungen (Telearbeit & Telekooperation) fachlich und herstellernerneutral unterstützt.

Neben der Bereitstellung kostengünstiger und funktionsgerechter Räume und Serviceleistungen werden an den Technologiezentren unter Federführung des Managements der Zentren firmenübergreifende Projekte als wirtschaftsfördernde Maßnahme vom Wirtschaftsministerium unterstützt.

Informations- und Kommunikationstechnologien

Die modernen Technologien im Bereich der Information und Kommunikation (IuK) haben ihre Schlüsselrolle als Motor des technischen und industriellen Fortschritts weiter ausgebaut. Nicht umsonst gelten sie als Querschnittstechnologien, die nahezu alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft durchdringen und deren Wettbewerbsfähigkeit bestimmen. Die Chance, die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch IuK-Technologien zu stärken, gilt es insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen zu nutzen.

Über welche Potenziale Mecklenburg-Vorpommern im IuK-Bereich verfügt, haben die 1997 und 1999 stattgefundenen »IuK-Tage Mecklenburg-Vorpommern« deutlich gemacht. Diese sind eine Kongressmesse, die unter Federführung des Wirtschaftsministeriums veranstaltet wird.

Die »2. IuK-Tage Mecklenburg-Vorpommern« vom 17. bis 19. Juni 1999 verzeichneten fast 800 Kongressteilnehmer und etwa 2.800 Messebesucher. Dies zeigt deutlich das überaus große Interesse an neuen IuK-Technologien im Land. Der Kongress umfasste neben einem Plenarprogramm 137 Beiträge in zwölf Workshops, ein Tutorial, ein Rundtischgespräch und eine Anwendungswerkstatt zu allen relevanten Themen bei der Nutzung dieser neuen Medien. Die begleitende Messe war mit 61 Ausstellern so gut wie ausgebucht.

Der konsequente Einsatz von IuK-Technologien ist nicht frei von technischen und finanziellen Problemen sowie organisatorischen Hemmnissen. Dem trug das Wirtschaftsministerium in den vergangenen Jahren durch umfangreiche Fördermaßnahmen Rechnung. Es unterstützte bisher mit eigenen Mitteln über 250 Projekte mit etwa 30 Mio. DM, was etwa einem Drittel der gesamten einzelbetrieblichen Technologie- und Innovationsförderung des Landes entspricht.

Im Facharbeitskreis IuK der Innovationsagentur Mecklenburg-Vorpommern haben sich bisher mehr als 300 Interessenten in sechs Arbeitsgruppen zusammengeschlossen, um gemeinsam bei Forschung und Entwicklung voranzukommen (Siehe auch: <http://fak-iuk.egd.igd.fhg.de/arbeitsgruppen.html>).

Der Verbreitung und Nutzung neuer multimedialer Technologien dient ebenfalls das durch das Wirtschaftsministerium im Zentrum für Grafische Datenverarbeitung Rostock seit 1995 geförderte »Zentrum für Multimediale Kommunikation«, das vor allem KMU nutzen. Arbeitsschwerpunkte sind herstellerneutrale Demonstrationen, Beratungen und Schulungen und die Begleitung und Begutachtung von Projektideen und Projektergebnissen.

Tabelle 4-10: Mitglieder in den Arbeitsgruppen des IuK-Facharbeitskreises der Innovationsagentur M-V

Arbeitsgruppe	Mitglieder
Multimedia	85
Telematik	45
Neuroinformatik	26
Informationsmanagement	51
Geographische Info-Systeme	60
Facility Management	71

Dem Innovationstransfer und der neutralen Beratung vor Ort dient darüber hinaus der 1998 gegründete und durch das Wirtschaftsministerium geförderte Verein LiNK MV. Er behandelt vor allem Belange der Telematik (Telearbeit, Telekooperation, Videokonferenzen, ISDN, usw.). Außerdem führt er eine Firmendatenbank mit etwa 900 technologieorientierten Unternehmen und Forschungseinrichtungen des Landes. Die Vorzüge der Datenbank liegen in der ständigen Verfügbarkeit und Aktualität, in der freien Recherchierbarkeit, Mehrsprachigkeit und Interaktivität. Sie ist Basis für Einkaufsführer, Technologiereporte und Kooperationsvorhaben und seit der CeBIT'96 im Landesinformationssystem Mecklenburg-Vorpommern über das Internet erreichbar (Siehe auch: <http://www.m-v.de>).

Nach einer sehr intensiven Arbeitsphase unter Federführung des Wirtschaftsministeriums, in die auch Kammern, Verbände, Unternehmen, Forschungseinrichtungen und die Sozialpartner einbezogen waren, beschloss die Landesregierung im Frühjahr 1998 einen Maßnahmenplan zur Umsetzung der entwickelten Multimedia-Konzeption. Das Konzept zieht Bilanz und entwickelt strategische Vorstellungen und konkrete Maßnahmen zur Stärkung und Ausweitung der Multimediaaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern in den Bereichen Wirtschaft, Forschung, Bildung und Gesellschaft. Kontinuität zu sichern und infrastrukturelle Voraussetzungen zu schaffen stehen im Vordergrund. Die Konzeption wird unter Federführung des Wirtschaftsministeriums unter Beachtung der aktuellen Trends kontinuierlich fortgeschrieben. Alle Vorhaben zusammen erreichen gegenwärtig einen Umfang von rund 20 Mio. DM.

Im September 1999 wurde zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Deutschen Telekom AG eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen, die vorsieht, einige weitere Projekte des Multimediakonzeptes im Umfang von annähernd 10 Mio. DM gemeinsam zu realisieren.

Darüber hinaus wurden erfolgreich Verhandlungen mit der Microsoft Deutschland GmbH mit dem Ziel geführt, ebenfalls eine Rahmenvereinbarung zur Umsetzung beide Seiten interessierender Projekte vorzubereiten. Beide Vereinbarungen beinhalten die Einbeziehung Dritter; also auch von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus Mecklenburg-Vorpommern.

Am 1. November 1999 berief der Wirtschaftsminister des Landes einen 15-köpfigen Multimedia-Beirat. Dieser Beirat setzt sich aus Vertretern von Forschung, Wirtschaft, Kammern und Verbänden zusammen. Er soll die Landesregierung bei der Entwicklung und Umsetzung neuer multimedialer Strategien unterstützen. Zugleich wurde der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium zum Multimedia-Beauftragten des Landes berufen.

Technologietage und Technologiepreis

Jährlich führen die Technologiezentren des Landes Technologietage durch. Die Themen orientieren sich an der Wissenschafts- und Technologieentwicklung der jeweiligen Region und haben das Ziel, neue Technologien vorzustellen und den Erfahrungsaustausch von Wissenschaftlern und Unternehmern zu unterstützen. Darüber hinaus finden Landestechnologiekonferenzen statt.

Seit 1992 wird in Mecklenburg-Vorpommern unter der Schirmherrschaft des Wirtschaftsministers der Technologiepreis ausgelobt. 1995 ist der Nachwuchs-Innovationspreis hinzugekommen. Beide Preise dienen in hervorragender Weise der Förderung und Würdigung der Kreativität und des unternehmerischen Denkens vor allem von jungen Unternehmern, Studenten und Jugendlichen. Der Technologiepreis ist mit einem Preisgeld von insgesamt 35.000 DM dotiert.

Technologiepreis 1998
<p><u>1. Stufe</u> »WELDMAN« Weltneuheit in der Schweißautomatisierung der Gemeinschaftsentwicklung der MIKA Schweißtechnik GmbH (Stralsund) und Universität Rostock, Institut für Mess- und Regelungstechnik</p> <p><u>2. Stufe</u> »Mikrozahnringpumpe« HNP Mikrosysteme GmbH, Parchim</p> <p><u>3. Stufe</u> »Computer-To-Plate für konventionelle Offsetdruckplatten, Proofmaterialien und Tageslichtfilm mit dem UV-Setter 710«; basysPrint GmbH, Boizenburg</p>
Nachwuchs-Innovationspreis 1998
<p><u>1. Stufe</u> »Mikroprozessorsteuerung für On-Line Sonde für die chemische Schnellanalytik« Bert Ungethüm, Schwerin</p> <p><u>2. Stufe</u> »Vorrichtung zur Steigerung des dynamischen Auftriebs bei Flugzeugen und anderen Transportsystemen« Christiane und Janine Seemann, Rövershagen</p>
Technologiepreis 1999
<p><u>1. Stufe</u> »Intelligente Zeilenkamera der LIXUS-i Systemreihe« OPTOLOGIK Mess- und Systemtechnik GmbH Rostock</p> <p><u>2. Stufe</u> »Viskosimeter für klinische Laboratorien« MICOR Labor für Mikrobielle Prozesse und Materialkunde Rostock</p> <p><u>3. Stufe</u> »Entwicklung eines patentierten Probenentnahmegertes«; Molsner Sonde GmbH Lauterbach</p>

Nachwuchs-Innovationspreis 19991. Stufe

»Seebärenbecken Rostocker Zoo Strömungsanalyse «
Schülergruppe des Goethe-Gymnasiums Rostock

2. Stufe

»Versuch der Einschränkung des Nachstars im Auge«
Sabine Schott, Kessin

Produktdesign und Designpreis

Innovationen sind ohne ansprechendes Produktdesign zuweilen nicht marktfähig. Das Design kann das Image von Produkten und Leistungen und deren Absatzchancen wirksam verbessern. Die vom Wirtschaftsministerium betriebene wirtschaftliche Designförderung ist auf die Stärkung des Designbewusstseins in den Unternehmen gerichtet und zielt praktisch auf die Verbesserung der Designqualität von Produkten und Präsentationen. Schwerpunkt der Designförderung ist die einzelbetriebliche Förderung durch Mittel aus dem Technologie- und Innovationsförderprogramm oder dem Markteinführungsprogramm. Außerdem werden Projekte zur Entwicklung landestypischer und absatzfähiger Produkte in aussichtsreichen Branchen begleitet. Projektträger und Initiator der Projektarbeit ist in diesen Fällen das Design-Zentrum Mecklenburg-Vorpommern e.V. Intensive Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen, Informationsveranstaltungen, Foren und Qualifizierungsangebote sollen dazu beitragen, Design als strategisches Instrument für Produktentwicklung und Marketing in Unternehmen einzusetzen.

Dem dient auch die Verleihung des Designpreises Mecklenburg-Vorpommern. Der Designpreis des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde im Dezember 1999 zum 5. Mal verliehen. Darüber hinaus erfolgte in diesem Jahr erstmalig die Auslobung eines Designförderpreises für Studierende des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt stand ein Preisgeld in Höhe von 22.000 DM zur Verfügung. Die Ausschreibung für den Designpreis erfolgte in den Bereichen Produkt- und Raumdesign sowie erstmalig auch in der Sparte Servicedesign. Insgesamt sind 66 Bewerbungen erfolgt. Von Studierenden in Mecklenburg-Vorpommern wurden 15 Arbeiten für den Designförderpreis eingesandt.

Im neu aufgenommenen Bereich Servicedesign wurden besondere Dienstleistungen prämiert. Servicedesign hat im Urlaubs- und Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern ein breites Anwendungsfeld, z.B. können für Tourismusunternehmen neue Wege der Werbung um Kunden erschlossen werden. Gerade beim Servicedesign wird deutlich, wie sich die Gestaltungsaufgaben verändert haben. Design bedeutet heute nicht mehr nur die Gestaltung einzelner Dinge sondern die Gestaltung von Prozessen und Netzwerken, also von Dienstleistungen.

Der sechste Designpreis des Landes wird im Oktober 2000 in Rostock verliehen. Zur Teilnahme am Wettbewerb können sich Unternehmen, Absolventen und Designer mit Sitz in Mecklenburg-Vorpommern bewerben. Die Ausschreibung umfasst diesmal die Bereiche Produktdesign, Servicedesign sowie Grafikdesign.

Tabelle 4-11: Bewerbungen zum Designpreis 1992-1999

	1992	1994	1996	1998	1999
Anmeldungen	48	102	113	76	51
Einreichungen:					
Produkte	15	23	29	19	30
Grafik/Kommunikation	24	75	78	47	-
Raum	1	4	14	-	5
Textil- und Schmuckdesign	-	-	-	10	-
Gesamtkonzepte	-	4	13	10	-
Servicedesign					16
Designförderpreis					15

Designpreis 1998

1. Preis:

Exponat: Bodenwaage WTS 550
 Design: Johannes Borngässer, Dütschow
 Auftraggeber/Hersteller: Borngässer Waagenbau, Dütschow

2. Preis:

Exponat: PKW-Reifen
 Design: Hagen und Heimo Milbrandt Mercur Design, Neubrandenburg
 Auftraggeber/Hersteller: Vulkanisierwerkstatt und Reifenservice Hans Presche, Dargun

Designpreis 1999

Produktdesign

1. Preis:

Exponat: Integrierte Mikrozahnringpumpe mzt-4611
 Design: Mathias Wagner, Christoph Winkler, Stuttgart
 Auftraggeber/Hersteller: HNP Mikrosysteme GmbH, Parchim

2. Preis:

Exponat: MARS Monitor, Leberdialysegerät
 Design: Henning Spitzer, Rostock
 Auftraggeber/Hersteller: TERAKLIN AG, Rostock

Servicedesign

1. Preis:

Exponat: Müritz-Nationalpark-Information
 Design: Software für Touch-Box-Service
 Auftraggeber/Hersteller: Creative Technical Visions GmbH, Neustrelitz

2. Preis:

Exponat: Erscheinungsbild der Hansestadt Wismar
 Gestaltungshandbuch
 Design: Bernhard Huber, Esslingen
 Auftraggeber/Hersteller: Hansestadt Wismar, Tourismusamt, Wismar

Designförderpreis 1999

1. Preis:

Exponat: Landestourismus Mecklenburg-Vorpommern, Gestaltungsvorschlag zur Fremdenverkehrswerbung
 Design: Kati Vollmeister, Brohm
 Auftraggeber/Hersteller: GRAFIK + DESIGN-Schule, Anklam

4.3 Absatzförderung und Stärkung der Exportkraft

Die Außenwirtschaftspolitik ist darauf gerichtet, kleine und mittlere Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte zu unterstützen sowie ausländisches Kapital und Know-how nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen.

Die gezielte und systematische Steigerung des Exportvolumens ist ein wichtiger Beitrag, um die wirtschaftliche Situation - insbesondere den Arbeitsmarkt - in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig zu stabilisieren.

Das Absatz- und Exporthilfeprogramm in Mecklenburg-Vorpommern mit seinen vier Programmteilen ergänzt die einschlägigen Programme des Bundes und der Europäischen Union. Seit 1998 stehen für die Programmteile »Markteinführung« und »Außenwirtschafts-assistent« auch Mittel aus der GA zur Verfügung. Diese Programme werden sehr gut angenommen und sind aus der Sicht kleiner und mittlerer Unternehmen beim Einstieg in Außenhandelsaktivitäten sehr hilfreich.

Leitgedanke der Förderung ist grundsätzlich die »Hilfe zur Selbsthilfe«, damit sich die Unternehmen zu langfristig wettbewerbsfähigen Handelspartnern entwickeln können.

Markteinführungsprogramm

Das Markteinführungsprogramm unterstützt einheimische Unternehmen, insbesondere die mit innovativen und exportorientierten Produkten, bei der Erschließung bzw. Wiedergewinnung überregionaler Märkte und Exportmärkte. Mit Hilfe der Zuschüsse können kleine und mittlere Unternehmen ihre Defizite im Marketingbereich sowie in der Produktpäsentation weiter abbauen. Durch unternehmensspezifische Absatz- und Werbestrategien können die Unternehmen ihre Aktivitäten ziel- und wettbewerbsorientiert auf gegenwärtige und künftige Kundenpotenziale ausrichten. Im Jahr 1998 wurden 110 Unternehmen mit einem Fördervolumen von 2,1 Mio. DM und im Jahr 1999 107 Unternehmen mit einem Fördervolumen von mehr als 2,2 Mio. DM unterstützt.

Förderschwerpunkte waren wie in den vergangenen Jahren die Entwicklung von Werbestrategien, die Erarbeitung von Konzeptionen sowie Beratungsleistungen.

Personalkostenzuschuss für einen Außenwirtschaftsassistenten

Dieses Instrument ist auf den Aufbau von Außenwirtschaftspotenzialen in Vertriebs-, Einkaufs- und Marketingabteilungen kleiner und mittlerer Unternehmen gerichtet. Durch die Förderung sollen die Unternehmen angeregt werden, Fachkräfte für Außenwirtschaft einzustellen, um ihr Exportpotenzial besser zu nutzen. Zuschüsse werden gewährt, wenn ein Unternehmen einen Außenwirtschaftsassistenten einstellt, der über das notwendige Know-how für das Exportgeschäft verfügt.

Die Fördermittel für einen Außenwirtschaftsassistenten können für die Dauer eines Jahres gewährt werden, sofern sie die Außenwirtschaftsaktivitäten unterstützen. Neben dem Export werden unter Außenwirtschaftsaktivitäten auch Technologiekooperationen über die eigenen Landesgrenzen hinaus verstanden.

Der Know-how-Transfer über den Außenwirtschaftsassistenten ermöglicht den KMU, sich effizienter um ausländische Märkte zu bemühen. Nicht zuletzt gibt das Programm Arbeit-suchenden mit einer entsprechenden Ausbildung eine Perspektive im Land.

In den Jahren 1998/99 wurden 24 Unternehmen mit einem Fördervolumen von insgesamt 300.000 DM unterstützt. Seit Einführung des Programms 1994 wurde bisher die Beschäftigung von 70 Außenwirtschaftsassistenten bezuschusst. Von den 69 bereits ausgelaufenen Fördermaßnahmen kam es in 46 Fällen zu einer Übernahme des Außenwirtschaftsassistenten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis; dies entspricht einer Quote von 65 %.

Messeförderung

Um sich auf In- und Auslandsmärkten zu etablieren und einheimische Produkte und Leistungen zu vermarkten, ist es notwendig, dass sich die Unternehmen auf Messen und Ausstellungen im In- und Ausland präsentieren. Im Rahmen der Messeförderung als Landesprogramm werden die Ausgaben für Miete, Bau und Betrieb des Messestandes sowie für veranstaltungsbezogene Werbung bezuschusst.

Bei Auslandsmessen werden zusätzlich Ausgaben für Transport und Versicherung sowie Dolmetschereinsatz berücksichtigt. Im Jahr 1998 wurde die Teilnahme von 411 Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern an 45 internationalen, 78 nationalen und 3 regionalen Messen und Ausstellungen gefördert. Für 1999 wurde das Förderprogramm von 151 Unternehmen für die Teilnahme an 55 internationalen und 67 nationalen Messen in Anspruch genommen. Die Teilnahme an regionalen Messen wird seit 1999 nicht mehr gefördert.

Förderung von Firmengemeinschaftsbüros im Ausland

Bei den Firmengemeinschaftsbüros handelt es sich um Repräsentanzen einheimischer Unternehmen auf dem zu erschließenden Auslandsmarkt. Sie unterstützen die Vermarktung von Produkten und dienen als Kontaktstelle zur Informationsbeschaffung und Geschäftsanbahnung für andere interessierte Unternehmen. Mit dem Programm werden für ein Jahr die Kosten für die Errichtung und die Ausstattung des Auslandsbüros anteilig finanziert, wenn sich mindestens drei Firmen zusammenfinden.

Gegenwärtig existieren 24 Firmengemeinschaftsbüros; mehr als drei Viertel der Büros befinden sich in Mittel- und Osteuropa. Neben den Zuschüssen unterstützt das Wirtschaftsministerium die Unternehmen bei der wirtschaftlichen Kontaktabahnung.

Firmengemeinschaftsbüros im Ausland

Belarus: Grodno, Minsk
Botswana: Gaborone
Bulgarien: Burgas, Sofia
Estland: Tallinn
Gabun: Libreville
Großbritannien: Northampton, Birmingham
Lettland: Riga, Daugavpils
Litauen: Wilna/Vilnius, Klaipeda
Peru: Arequipa
Polen: Srem
Russland: Königsberg/Kaliningrad, Moskau,
St. Petersburg, Saratow, Tambow
Schweden: Skivarp
Singapur: Singapur
Ukraine: Kiew
Ungarn: Budapest

Im Vergleich zu den anderen Ländern ist dieses Programm insofern einmalig, als Mecklenburg-Vorpommern mit Ausnahme des Informationsbüros Tallinn bewusst auf die Errichtung landeseigener Auslandsbüros verzichtet hat. Der Vorteil liegt darin, dass die Firmengemeinschaftsbüros unter unternehmerischen Gesichtspunkten betrieben werden.

Wirtschaftskontakte in Mittel- und Osteuropa sowie im Ostseeraum

Aufgrund des großen Interesses der heimischen Wirtschaft an der Wiederbelebung und Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas bilden diese einen Schwerpunkt bei den Außenwirtschaftsaktivitäten des Landes.

Die neuen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa betrachten viele Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern - ungeachtet des zweifellos steigenden strukturellen Anpassungsdrucks - als Chance für einen strategischen Produktionsverbund, für die Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und für die Erschließung neuer Märkte.

Republik Polen

Eine besondere Bedeutung misst Mecklenburg-Vorpommern der Zusammenarbeit mit seinem unmittelbaren Nachbarn Polen bei. Mit dem polnischen Markt befindet sich ein Wachstumsmarkt unmittelbar vor der Haustür.

Die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG, deren Gesellschafter auch Mecklenburg-Vorpommern ist, unterstützt mit ihrem Kontaktbüro in Schwerin Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern bei ihren Bemühungen, Kontakte zu polnischen Partnern aufzubauen, und begleitet sie bis hin zur Gründung von Joint Ventures oder eigenen Tochterunternehmen.

Intensive Kontakte bestehen zur Nachbarwojewodschaft Westpommern. Im Mai 1998 fand eine Präsentation der damaligen Wojewodschaft Stettin in Mecklenburg-Vorpommern statt, in deren Rahmen sich auch eine Wirtschaftsdelegation zu Kooperationsgesprächen in Schwerin, Rostock und Neubrandenburg aufhielt. Im September 1999 fand in Stettin eine umfassende Präsentation Mecklenburg-Vorpommerns statt. Die Präsentation umfasste neben dem Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Bereiche Kultur und Jugend. Im Rahmen dieser Präsentation fanden eine Unternehmerdelegationsreise nach Stettin unter der Leitung des Wirtschaftsministers sowie ein Wirtschaftsforum in Stettin mit Workshops zu den Schwerpunktbereichen Technologie-, Tourismus- und Hochschulzusammenarbeit statt. Vom 18. Juni bis 2. Juli 2000 fand eine Präsentation der Wojewodschaft Westpommern in Mecklenburg-Vorpommern statt. Im Rahmen dieser Präsentation wurde eine Kooperationsbörse für polnische und mecklenburg-vorpommersche Unternehmen in Neubrandenburg durchgeführt.

Das Wirtschaftsministerium unterstützt jährlich die Teilnahme von Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern an Messen in Polen, insbesondere in Posen und Stettin.

Im Juni 1998 nahmen vier Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern an der »Internationalen Messe« in Posen teil. Die Absatzfördergesellschaft M-V organisierte für diese Unternehmen den Landesstand.

Ferner hat das Land in den vergangenen Jahren die Gemeinschaftsbeteiligung mecklenburg-vorpommerscher Unternehmen an der Internationalen Baufachausstellung BUD-GRYF in Stettin gefördert.

Eine wichtige Rolle im Rahmen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit misst das Wirtschaftsministerium der Euroregion POMERANIA bei. Sie verbindet deutsche, polnische und seit Februar 1998 auch schwedische kommunale Körperschaften miteinander. Ziel der grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenarbeit sind gemeinsame Aktivitäten für eine gleichmäßige und ausgewogene Entwicklung der Region sowie die Annäherung der Bewohner und Institutionen in den beteiligten Grenzgebieten. Das Wirtschaftsministerium unterstützt die Arbeit der POMERANIA finanziell aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II.

Baltische Staaten

Eine weitere Schwerpunktregion in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bilden die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Hierbei hat das Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Tallinn eine besondere Bedeutung. Im Juni 1998 weilte eine Unternehmerdelegation unter Leitung des Wirtschaftsministers in der lettischen Hauptstadt Riga.

Im Dezember 1999 besuchte eine Unternehmerdelegation unter Leitung des Wirtschaftsministers die litauische Hauptstadt Vilnius. Im Rahmen der Intensivierung des Schiffsverkehrs wurde die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe »Verkehr« vereinbart.

Im März 2000 hielt sich eine estnische Unternehmerdelegation auf Einladung des Wirtschaftsministeriums in Mecklenburg-Vorpommern auf. Neben Kooperationsgesprächen fand ein Erfahrungsaustausch zu Themen Wirtschaftsförderung und EU-Wirtschaftspolitik statt.

Russische Föderation

Im April 1998 organisierte die Absatzfördergesellschaft Mecklenburg-Vorpommern für fünf Unternehmen eine Gemeinschaftsbeteiligung an der BATIMAT - Internationale Fachmesse für Bau und Innenausbau - in Sankt Petersburg. Wichtige Messeziele waren Image- und Kundenwerbung. Die Bedingungen für Nachmessegeschäfte mit Vertragsabschlüssen wurden nur mit »bedingt gut« bewertet, wofür in erster Linie die Russlandkrise als Grund gesehen wurde.

Im September 1998 besuchte der Wirtschaftsminister mit einer Delegation von Vertretern der Häfen in Mecklenburg-Vorpommern und einiger Reedereien Sankt Petersburg zu Gesprächen mit den Vizegouverneuren von Sankt Petersburg und dem Leningrader Gebiet sowie mit Repräsentanten des Hafens Sankt Petersburg und von Hafenumschlagsgesellschaften. Mit dem Ziel der Belebung der Schiffbaukooperation, insbesondere maritimer Zulieferunternehmen mit russischen Partnern, besuchten Vertreter des Wirtschaftsministeriums im September 1999 die russische Schiffbaumesse »Neva« in St. Petersburg.

Osteuropaverteiler

Über den Osteuropaverteiler informiert das Wirtschaftsministerium interessierte Unternehmen des Landes in loser Folge über Entwicklungen, Tendenzen und Aktivitäten in den mittel- und osteuropäischen Ländern.

Multilaterale Zusammenarbeit in der Ostseeregion

Mit der stärkeren Anbindung der skandinavischen Länder an die Europäische Union und mit der Aufhebung der Teilung Europas hat auch der Ostseeraum neues Profil gewonnen. Das Wirtschaftsministerium sieht die Schwerpunkte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Ostseeraum in der Wiederbelebung der traditionellen Handelsbeziehungen zu den Ostseeanrainerstaaten und in der Förderung des Integrationsprozesses auf politischer, wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Ebene.

Eine wichtige Institution der Ostseezusammenarbeit ist der im März 1992 eingerichtete Ostseerat. Der Ostseerat ist das Gremium der Außenminister der Ostseeanrainerstaaten, in dem auch Norwegen, Island und die Europäische Kommission mitwirken. Er wurde eingerichtet, um die Kooperation und die Koordinierung der Aktivitäten der Ostseeanrainerstaaten zu fördern.

Ziel ist es, die Ostseeregion in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu stärken und die demokratischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse in den östlichen Anrainerstaaten zu unterstützen. Arbeitsorgan ist unter anderem die Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Mecklenburg-Vorpommern entsendet - sich abwechselnd mit Schleswig-Holstein und Hamburg - einen gemeinsamen Vertreter in diese Arbeitsgruppe. Im Sommer 1999 hat turnusgemäß das Land Mecklenburg-Vorpommern den Koordinierungsvorsitz der drei Küstenländer übernommen. Die Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein werden regelmäßig über die Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzungen unterrichtet.

Ein weiteres wichtiges Gremium der Ostseezusammenarbeit ist die »Konferenz der Subregionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum (BSSSC)«. Sie tritt für die Zusammenarbeit der Regionen im Ostseeraum ein. Zu den Mitgliedern zählen mehrere polnische Wojewodschaften, finnische Gebietskörperschaften, schwedische Provinzen und die drei norddeutschen Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

Das Interesse der Organisation liegt darin, eine kohärente Politik im Ostseeraum zu formulieren und die Interessen der Subregionen gegenüber den nationalen Regierungen und europäischen Organisationen darzustellen.

Das Wirtschaftsministerium hat an der im Oktober 1998 in Roskilde (Dänemark) stattgefundenen BSSSC-Konferenz sowie an der im Rahmen der Konferenz stattgefundenen Sitzung der Arbeitsgruppe »Wirtschaftliche Zusammenarbeit« teilgenommen.

Das Wirtschaftsministerium ist bestrebt, die Ostseeaktivitäten stärker mit den übrigen norddeutschen Küstenländern abzustimmen. Gemäß Beschlussempfehlung der Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister/-senatoren der norddeutschen Küstenländer vom 22. Februar 1999 wurde eine Arbeitsgruppe der Ressorts aus den Ländern Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern unter der Federführung Hamburgs eingesetzt.

Das Ziel bestand darin, die Aktivitäten der Länder in den Bereichen Wirtschaft und Verkehr aufzubereiten, die gemeinsamen Interessen zu definieren und der Konferenz am 10. Dezember 1999 zu berichten. Der nunmehr vorliegende Bericht enthält eine Auflistung von derzeitigen Aktivitäten der fünf norddeutschen Länder mit Bezug zum Ostseeraum in den Bereichen Wirtschaft und Verkehr.

Norwegen

Die wirkungsvollste Zusammenarbeit im Ostseeraum wie in anderen Gebieten ist die, bei der konkrete bilaterale Kontakte entstehen. Neben Schweden und Dänemark gehört Norwegen zu den wichtigsten Auslandsinvestoren in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Juni 1998 weilte der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit dem Bundespräsidenten in Norwegen. Der Ministerpräsident sprach sich im Gespräch mit dem norwegischen Wirtschaftsminister Sponheim für eine Intensivierung der Wirtschaftskontakte aus.

Im Mai 1999 fand in Rostock-Warnemünde die Tagung des Norwegischen Wirtschaftsrates für Deutschland statt. Dieses Gremium der Leiter norwegischer Tochterunternehmen in Deutschland tagte in Anwesenheit der norwegischen Wirtschaftsstaatssekretärin Berg erstmals in Mecklenburg-Vorpommern.

Norwegen ist für Mecklenburg-Vorpommern ein interessanter Markt für die maritime Zulieferindustrie. Im Jahr 1999 war das Land Mecklenburg-Vorpommern zum vierten Mal in Folge an der ONS Offshore Northern Seas im norwegischen Ölzentrum Stavanger vertreten; im Jahr 1999 beteiligten sich insgesamt fünf Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit der Absatzfördergesellschaft des Landes an der Messe.

Im Rahmen der Norwegen-Reise des Ministerpräsidenten im Februar 2000 richtete die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH eine Veranstaltung zur Investorenwerbung für Mecklenburg-Vorpommern aus.

Schweden

Im April 1999 wurde in Schwerin die »Gemeinsame Erklärung über die regionale Zusammenarbeit zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Vereinigung der Provinziallandtage, Regionalverbände, Gemeindeverbände und Gemeinden in Südschweden (SydSam)« unterzeichnet. Die Vorarbeiten für die Unterzeichnung der »Gemeinsamen Erklärung« erfolgten federführend durch das Wirtschaftsministerium.

Im Anschluss an die Unterzeichnung fanden zu den Themen Außenwirtschaft/Tourismus, Verwaltung/ Kommunale Angelegenheiten sowie Kultur/Jugend Workshops statt, um über gemeinsame Projekte zu diskutieren. Große Chancen für eine Zusammenarbeit werden in der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit und im Tourismus gesehen.

Im Oktober 1998 präsentierte sich die Absatzfördergesellschaft Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit drei Unternehmen und der Fachhochschule Stralsund auf der Technischen Messe in Stockholm. Bei dieser Beteiligung ging es dem Land und den beteiligten Unternehmen vorrangig darum, Kontinuität zu zeigen, Vertrauen zu gewinnen und um Kunden zu werben.

Im Oktober 1999 hielt sich der Ministerpräsident in Schweden auf. Auf dieser Reise entstanden wichtige Kontakte zu der schwedischen Medicon Valley Academie. Gegenwärtig gibt es Gespräche hinsichtlich Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beider Seiten.

Das Ziel ist eine engere Zusammenarbeit im nordeuropäischen Raum, beginnend in der Öresund Region Dänemark/Schweden. Als zentraler Ansprechpartner hierfür wurde das Medicon Valley Academie-Liaison-Office mit Geschäftssitz im BioTechnikum Greifswald gegründet.

Finnland

Im November 1999 besuchte eine Delegation aus der Region Südwestfinnland/Turku Mecklenburg-Vorpommern. Dabei standen die Teilnahme am Kontakttag des EuroLink Projektes in Rostock, die Besichtigung des Hafens in Sassnitz-Mukran sowie die Teilnahme an der Außenwirtschaftsveranstaltung »FINANZA« auf dem Programm. Bei der bevorstehenden Reise des Ministerpräsidenten im April 2000 sind auch Gespräche hinsichtlich einer erweiterten Aufnahme von Fährverkehren vorgesehen.

Israel

Das Konzept für Auswärtige Angelegenheiten der Landesregierung sieht einen Schwerpunkt in der Knüpfung enger Kontakte mit Israel.

Zum intensiven Ausbau der Beziehungen besuchte im März 1998 eine Wirtschaftsdelegation des Landes Mecklenburg-Vorpommern den Staat Israel. Unternehmen aus den Bereichen Maschinenbau, Kunststoffverarbeitung, Nahrungsgüterindustrie, Biotechnologie, Biomedizin, Bauindustrie, Kläranlagentechnik und Alternative Energien nahmen an der Reise teil.

Das Ziel der Delegationsreise bestand darin, Möglichkeiten des bilateralen Warenaustausches und Kooperationen zu erörtern. Im Ergebnis der Reise konnten zahlreiche Wirtschaftskontakte geknüpft werden. Darüber hinaus hat der Wirtschaftsminister einen deutsch-israelischen Austausch für Fachkräfte der beruflichen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern angeregt. Dieser Einladung folgend, konnten im November 1998 zehn Vertreter des israelischen Arbeitsministeriums in Mecklenburg-Vorpommern begrüßt werden.

In Vorbereitung der Reise veranstaltete das Wirtschaftsministerium einen Länderabend Israel, auf dem sich interessierte Unternehmen über die wirtschaftlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf dem israelischen Markt informieren konnten.

Zur Vertiefung der geschlossenen Kontakte anlässlich des Besuches der Wirtschaftsdelegation aus Mecklenburg-Vorpommern im März 1998 erfolgte eine Beteiligung Mecklenburg-Vorpommerns auf der internationalen Technologieausstellung »Technology'99« in Tel Aviv. Diese Messe gehört zu den wichtigsten technischen Messen in Israel und bietet vor allem KMU gute Möglichkeiten der Präsentation und Kontaktaufnahme zu potenziellen Gesprächspartnern.

Japan

Im Oktober 1999 besuchte eine Wirtschaftsdelegation des Landes Mecklenburg-Vorpommern Japan. Anlass für diese Reise waren die bereits bestehenden wirtschaftlichen und freundschaftlichen Kontakte zwischen den Industrie- und Handelskammern Hiroshima und Rostock.

Vereinigte Staaten von Amerika

Anlässlich der Internationalen Fachmesse für Biotechnologie in Boston, auf der sich auch fünf Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern präsentierten, hielt sich in der Zeit vom 26. März bis 1. April 2000 eine Unternehmerdelegation unter Leitung des Wirtschaftsministers in den USA auf. Während der einwöchigen Arbeitsreise besuchte die Delegation die Städte Boston, Philadelphia, Raleigh und Charlotte. Das Ziel der Reise bestand darin, Mecklenburg-Vorpommern als einen attraktiven Standort für Biotechnologien bekannt zu machen und für wirtschaftliche und wissenschaftliche Investitionen zu werben.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Entwicklungshilfe und entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist grundsätzlich Aufgabe der Bundesregierung. Die Regierungschefs der Länder haben sich jedoch verpflichtet, im Rahmen ihrer Möglichkeiten eigene Beiträge in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu leisten.

Die Entwicklungszusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommerns konzentriert sich aufgrund der sehr begrenzten finanziellen Mittel auf die Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft aus Transformations- und Entwicklungsländern. Fach- und Führungskräfte aus mittel- und osteuropäischen Ländern und Entwicklungsländern erhalten die Möglichkeit zu einer betriebswirtschaftlichen Fortbildung, einschließlich eines Praktikums in mecklenburg-vorpommerschen Unternehmen. Durch diese Maßnahmen erhofft sich das Wirtschaftsministerium langfristig gesehen eine positive Rückwirkung auf unser Land. Die Fortbildungsmaßnahmen sollen dazu dienen, die Wirtschaftsbeziehungen im beiderseitigen Interesse zu verstärken. Schwerpunktländer in der personellen Entwicklungsarbeit bildeten 1998/1999 Polen, Lettland und Litauen mit einem Fördervolumen von 80.000 DM.

Partner des Wirtschaftsministeriums in der personellen Entwicklungszusammenarbeit ist die Landesstelle der Carl Duisberg Gesellschaft (CDG). Sie wird durch das Land institutionell gefördert.

Als weiteren Schwerpunkt der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sieht das Wirtschaftsministerium die Förderung von Projekten der Nichtregierungsorganisationen an, um das Verständnis der Bevölkerung für fremde Kulturen zu sensibilisieren bzw. das Engagement der Bevölkerung für die Probleme des Südens zu wecken. Entwicklungspolitische Projekte sind auch ein wichtiger Beitrag, um Toleranz zu fördern und Ausländerfeindlichkeit abzubauen.

Die Nichtregierungsorganisationen Mecklenburg-Vorpommerns sind aktiv in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit tätig. In den Jahren 1998/99 wurden hierfür finanzielle Mittel in Höhe von 40.000 DM bereitgestellt. Im Oktober 1999 wurde ein Landesnetzwerk für entwicklungspolitische und interkulturelle Initiativen in Mecklenburg-Vorpommern gegründet.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern unterstützt finanziell die Koordinierungsstelle des World University Service in Wiesbaden, ein Gemeinschaftsprojekt der Bundesländer. Durch die Koordinierungsstelle werden aus dem gesamten Bundesgebiet Informationen aus dem Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit erfasst und für die einzelnen Bundesländer aufbereitet.

In den Wirtschaftsstrukturen der Industrieländer und im weltwirtschaftlichen Gefüge vollzieht sich ein tiefgreifender Umbruch. Das Entstehen weltweiter Produktionsnetze einhergehend mit technologischen Umwälzungen stellen die Anpassungsfähigkeit auch der mecklenburg-vorpommerschen Volkswirtschaft vor völlig neuartige Herausforderungen.

Das Wirtschaftsministerium geht davon aus, dass das dargestellte Instrumentarium diesen Herausforderungen, die häufig unter dem Stichwort »Globalisierung« subsumiert werden, gerecht wird.